Donnerstag, 27. November 1986 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 276 - 48. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Heute in der WELT



200 000 neue Arbeitsplätze

Schmarotzer werden es schwerer haben: Durch einen Austausch von Daten mit der Krankenversicherung will die Bundesanstalt für Arbeit schnell darauf kommen, wenn jemand unberechtigt Arbeitslosengeld kassiert. Dies erklärte der Präsident der Bundesanstalt, Heinrich Franke, bei einem Besuch der WELT. Franke rechnet damit, daß im nächsten Jahr 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Seite 13

„Machtzentrale der frühen Neuzeit"

Vier Jahrhunderte nach der Fertigstellung des Regierungsklosters Escorial eröffnete jetzt der spanische König Juan Carlos I. eine Ausstellung, die die Geschichte dieser „Machtzentrale der frühen Neuzeit" darstellt; ein Gebäude, das unter anderem über den größten Bibliotheksneubau seiner Zeit verfügte. Im Mittelpunkt steht der Mann, der hier zum ersten Mal seine Dynastie seßhaft machte: Philipp II. Seite 23

POLITIK

Irak: Bei einem iranischen Raketenangriff auf die irakische Hauptstadt Bagdad sind gestern insgesamt 48 Menschen getötet und 52 verletzt worden. Der Schlag mit einer Boden-Boden-Rakete war der folgenschwerste dieses Jahres und der dritte binnen zwei Wochen.

Südkorea: Oppositionsführer Kim Dae-Sung ist gestern wieder unter Hausarrest gestellt worden. Die Polizei hatte erfahren, daß er an einer Versammlung teilnehmen wollte. Daher stellte das Regime mehr als 200 Bereitschaftspolizisten auf, die Kims Haus bewachten.

Abrüstung: Moskau wird sechs Unterseeboote mit 18 ballistischen Mittelstreckenraketen aus der Ostsee abziehen, falls es zu einer Einigung über ein atomwaffenfreies Nordeuropa kommt. Dies kündigte der sowjetische Abrüstungsexperte Tscherwow an.

Anschläge: In der Bundesrepublik sind in diesem Jahr bereits 113 Anschläge auf Strommasten verübt worden, fast genauso viele wie in den fünf Jahren zuvor. Allein in Bayern, so Innenminister Lang, entstand bei der Elektrizitätsversorgung seit Anfang 1986 zwei Millionen Mark Schaden.

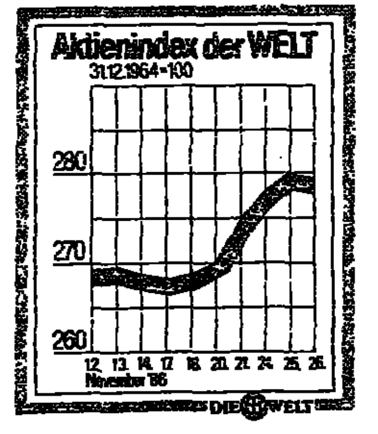
Österreich: Bundespräsident Kurt Waldheim beauftragte nach den Nationalratswahlen den SPÖ-Spitzenkandidaten Franz Vranitzky gestern mit der Bildung der 18. Nachkriegsregierung. Waldheim sagte, er habe dem amtierenden Kanzler völlig „freie Hand" gelassen.

Philippinen: Die Regierung und die kommunistischen Rebellen der Neuen Volksarmee vereinbarten gestern eine Feuerpause von 60 Tagen, die am 10. Dezember wirksam werden soll. Die Verhandlungen hatten am Dienstag dieser Woche begonnen.

WIRTSCHAFT

Preisrückgang: Die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik sind im November so stark gesunken wie seit 32 Jahren nicht mehr. Wie das Statistische Bundesamt berichtete, sank nach den Ergebnissen aus vier Bundesländern der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte gegenüber November 1985 um 1,1 Prozent.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten entwickelten sich die Kurse gestern uneinheitlich. Öffentliche Anleihen am Rentenmarkt zeigten geringe Ausschläge nach beiden Seiten. WELT-Aktienindex 279,20 (279,37). BHF-Rentenindex 106,276 (106,305). BHF-Rentenindex 107,548 (107,547). Dollarmittelkurs 1,9881 (2,0088) Mark. Goldpreis je Feinunze 383,60 (383,75) Dollar.



KULTUR

Drewitz gestorben: Die Berliner Schriftstellerin Ingeborg Drewitz erlag gestern im Alter von 63 Jahren einem langwierigen Krebsleiden. Die mit zahlreichen Preisen geehrte Autorin wurde vor allem als Mitbegründerin des Verbandes deutscher Schriftsteller bekannt. (S. 21)

Oper: Gasparo Spontinis Werk „Agnes von Hohenstaufen" ist jetzt in Rom aufgeführt worden. Der auf pure Lautstärke drängende Dirigent Maximiano Valdes und der Regisseur Antonio Caldenra haben die Oper viel zu verwirrend und auch zu aufwendig inszeniert. (S. 23)

SPORT

Tennis: Boris Becker besiegte bei einem Einladungsturnier den Amerikaner John McEnroe mit 6:3, 5:7, 7:5. Becker betrachtet dieses Turnier als Vorbereitung auf das Masters-Finale, das in der nächsten Woche in New York ausgetragen wird. (S. 11)

Fußball: Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) will einen Fairneß-Preis für das beste Publikum bei der Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik stiften. Das wurde vom DFB-Sicherheits-Beauftragten im Organisations-Komitee angekündigt. (S. 11)

AUS ALLER WELT



Traum-Fabrik: In Berlin hat Bundespräsident von Weizsäcker eine Welt-Novität eingeweiht, das weiß strahlende „Produktionstechnische Zentrum Berlin" (Foto). Die Traum-Fabrik verbindet Technik, Know-how und Forschen – eine „swingende" Werkstatt von Geist und Praxis. (S. 24)

Geld: Wenn's um den „Kies" geht, halten die Älteren die Jungen für Verschwender. Das ist aber nur eins von vielen Vorurteilen, wie das Franfurter Psydata-Institut herausgefunden hat. (S. 24)

Umwelt – Forschung – Technik Seite 8
Leserbriefe und Personalien Seite 8
Fernsehen Seite 10
Wetter: Wolkig, aufheiternd Seite 24

Reagan stärkt Position von Shultz

Iran-Politik der USA liegt allein beim Außenminister / Israel bestätigt Beteiligung an Waffengeschäft

DW. Washington/Jerusalem

Aus den Rivalitäten in Washington, die durch Enthüllungen über geheime Waffenverkäufe an Iran ausgelöst worden waren, ist das amerikanische Außenministerium als eindeutiger Sieger und der Nationale Sicherheitsrat als Verlierer hervorgegangen.

Unabsehbar sind die Folgen für Präsident Ronald Reagan und seine Nicaragua-Politik, nachdem Justizminister Edwin Meese erklärt hatte, Ermittlungen seiner Behörde hätten ergeben, daß zehn bis 30 Millionen Dollar aus dem Erlös an die „Contras" abgezweigt worden seien.

Reagan versicherte, die Iran-Politik der USA werde künftig einzig und allein in den Händen des State Department liegen. Auch werde es künftig keine außenpolitische Initiative mehr ohne seine persönliche Erlaubnis geben. Er sei nicht darüber informiert gewesen, daß Gelder aus den Waffenverkäufen an die „Contras" gegangen seien. Dieser Vorgang bedeute eine „schwere Beeinträchtigung" seiner Nahost-Politik. Der Präsident verteidigte allerdings noch einmal die grundsätzliche Richtigkeit der Waffenlieferungen an Teheran, da sie Teil einer Politik seien, „welche eine wirklich tragische Lage im Nahen Osten zu lösen versucht".

Außenminister Shultz war sichtlich bemüht, allen Spekulationen über eine sich weitende Kluft zwischen seinem Ressort und dem Weißen Haus ein Ende zu machen. Er stellte sich „voll und ganz" hinter den Präsidenten. Dessen Außenpolitik sei „solide und den US-Interessen dienlich". Die Nahost-Politik ziele auf die Beendigung des Golfkrieges, einer Verbesserung der Beziehungen zu Teheran und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Reagan kündigte an, daß nach der Entlassung seines Sicherheitsberaters John Poindexter und des Mitglieds des Sicherheitsrates Oberstleutnant Oliver North „Rolle und Verfahren" dieses Gremiums und seines Personals einer eingehenden Untersuchung durch eine Sonderkommission unterzogen würden. Das Amt Poindexters nimmt vorübergehend Alton Keel ein, der erst kürzlich zum Stellvertreter des Sicherheitsberaters ernannt worden war.

Unterdessen hat die israelische Regierung zugegeben, an dem Waffenhandel beteiligt gewesen zu sein. Ministerpräsident Shamir betonte jedoch, daß Jerusalem von einer Weiterleitung von Geldern an die „Contras" nichts gewußt habe. Das gesamte Geld sei direkt auf ein Schweizer Konto überwiesen worden.

Außenminister Peres, der zur Zeit des Waffengeschäfts Ministerpräsident war, erklärte vor der Knesset: „Es gibt nichts, wofür wir uns schämen müssen. Wir haben einem Verbündeten auf seinen Wunsch hin in einer humanitären Angelegenheit geholfen und dabei keinen einzigen Cent verdient." Er verwies auf die amerikanische Hilfe für Juden in Äthiopien und der Sowjetunion. Israel hatte bisher erklärt, nur bis 1982 Waffen an Teheran verkauft zu haben. Außerdem hätten Peres und Verteidigungsminister Rabin, so berichtete die israelische Zeitung „Haaretz", erst kürzlich Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger versichert, daß Israel keine Vereinbarung mit Beauftragten aus dem Weißen Haus hinter dem Rücken der US-Ministerien getroffen habe.

Gleichzeitig weitete sich die Affäre auf Saudi-Arabien aus. Die „New York Times" berichtete, aus amerikanischen und israelischen Quellen gehe hervor, daß der saudische Waffenhändler Adnan Khaschoggi für die Regierung in Riad vermittelt habe. Saudi-Arabien, das im Golfkrieg Irak unterstützt, habe Beziehungen zu Teheran herstellen wollen, da es mit einem Sieg Irans rechne.

Die „Washington Times" berichtete, Oberstleutnant North habe die Saudis überredet, für die amerikanischen Waffen mehr als den eigentlichen Kaufpreis zu bezahlen. Das überzählige Geld sei auf Schweizer Konten zur Finanzierung der „Contras" geleitet worden.

Die holländische Firma Muiden Chemie wird verdächtigt, tonnenweise Sprengstoff im Wert von Millionen von Gulden über Jugoslawien an Iran geliefert zu haben. Dies teilte der Amsterdamer Staatsanwalt Henk Wooldrik gestern der WELT mit. Der holländische Staat ist an der Firma mit 25 Prozent beteiligt. Der Export von „strategischen Rüstungsgütern" einschließlich Sprengstoff in Spannungsgebiete ist nach niederländischem Recht verboten.



Sinnbild einer Krise der Administration: Reagan und Meese

DER KOMMENTAR

Kein Watergate

FRITZ WIRTH

Eine Affäre, die entstand, weil sie in den Händen von Unbefugten lag, droht jetzt mit einem unbefugten Etikett behangen zu werden: Washington wittert ein neues Watergate.

Das sagt etwas über die fiebrigen politischen Neurosen in dieser Stadt, in der man stets schneller urteilte und verurteilte, als Fakten zu sammeln. Solange sie nicht vollständig vorliegen, ist dies zunächst einmal eine schlichte Affäre, peinlich, schmerzhaft und wohl auch grotesk. Doch nicht von der Art, die Präsidenten stürzt. Nicht einmal von der Art, daß ihre Macht und Wirksamkeit erheblich beeinträchtigt würde.

Dennoch gibt es keinen Zweifel: diese bisher schwerste Krise des erfolgsverwöhnten Ronald Reagan ist mehr als nur ein Fehlgriff von Mitarbeitern, die in den Untergrund und zu den Praktiken internationaler Waffenhändler hinabstiegen. Hier wurden vielmehr überaus gefährliche Schwachstellen im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration sichtbar.

Die Folgen dieser Fehlleistungen und unzureichenden politischen Koordination wurden nicht nur in der Iran-Affäre, sondern in der Nach-Reykjavik-Diskussion offenbar. Die Leidtragenden sind nicht nur Ronald Reagan und seine Regierung. Zu den Leidtragenden gehört überdies das gesamte westliche Bündnis, dem es in den letzten Monaten an einer klaren Führung und damit in gewissem Sinn auch an Berechenbarkeit mangelte.

Die Entlassung einiger Mitarbeiter des Präsidenten löst dieses Problem nicht. Es muß Strukturänderungen im Entscheidungsprozeß der wichtigsten Großmacht der Welt geben.

Und die Zeit für solche Änderungen drängt. Denn man muß davon ausgehen, daß ein so geschickter Mann wie Michail Gorbatschow nicht zögern wird, diese Schwachstellen zu nützen.

Gericht hat keinen Zweifel an syrischer Verwicklung

Hohe Strafen für Angeklagte im Berliner Terroristenprozeß

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die Bundesregierung steht nach der Verurteilung von zwei jordanischen Sprengstoffattentätern in Berlin zu 14 und 13 Jahren Freiheitsstrafe vor der Frage, ob sie nach Londoner Vorbild die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abbrechen soll: Das Schwurgericht ließ in seinem Urteil keinen Zweifel daran, daß es den Geständnissen der Angeklagten über die Hilfestellung syrischer Geheimdienste beim blutigen Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in West-Berlin glaubt und sie für schlüssig und zutreffend hält.

„Es paßt alles zusammen", erklärte der Vorsitzende Richter Hans-Joachim Heinze, als er die Entscheidung begründete. Das Gericht sprach den 35jährigen Ahmad Hasi und seinen 40jährigen jordanischen Landsmann Faruk Salameh schuldig, einen „gemeinschaftlichen Mord" versucht, eine Sprengstoffexplosion herbeigeführt und entgegen den alliierten Bestimmungen in Berlin Kriegsmaterial (Sprengstoff) befördert und gelagert zu haben. Bei dem Anschlag am Ostersonnabend 1986 waren – nach zwei Fehlversuchen – acht Mitglieder der Deutsch-Arabischen Gesellschaft durch Glassplitter, Putz und Mauerwerk zum Teil schwer verletzt worden.

Die Täter hätten, so das Gericht, bei dem Anschlag auch den Tod der Opfer „billigend in Kauf genommen". Nur die weitgehenden Geständnisse der beiden Angeklagten retteten sie vor einer Verurteilung zu lebenslanger Haft. Gegen das Urteil ist Revision bis hin zum Bundesgerichtshof zulässig – allerdings nicht wegen angeblich fehlerhafter Tatsachenfeststellung.

Mit dem verhängten Strafmaß entsprach das Schwurgericht unter Vorsitz des Richters Hans-Joachim Heinze in vollem Umfange den Anträgen der Staatsanwaltschaft und folgte in keinem Punkt den Einlassungen der Verteidigung.

Von politischem Gewicht ist die Feststellung des Gerichts, zwar sei man über die Verwicklung staatlicher Stellen – sie ließen den Sprengstoffkoffer in Syriens Ost-Berliner Botschaft bringen und ihn dort durch Hasi abholen – ausschließlich durch die beiden Geständnisse informiert: „Aber wir haben keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Angaben."

In „keinem einzigen wesentlichen Punkt" sei das Gericht zu dem durch zusätzliche Beweismittel zu anderen Schlußfolgerungen gekommen. Der „Schlüsselsatz" des Vorsitzenden Richters lautete in diesem Zusammenhang: „Wir sind uns so sicher, wie ein Gericht nur sein kann, wenn es über ein Verbrechen mit politischem Hintergrund zu entscheiden hat, an dem auch Geheimdienste Interesse haben."

Heinze sprach vom „Wahnwitz und der Irrationalität" dieses Verbrechens. Die beiden Angeklagten seien „gewiß keine Top-Terroristen gewesen, aber auch terroristische Dilettanten sind nicht weniger gefährlich".

Seite 2: Kein Zweifel

Kohl: Die SPD zeichnet „Katastrophengemälde"

Vogel: Der Kanzler malt Trugbild vom Aufschwung

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der knapp sechsstündigen Aussprache des Bundestages über seine Regierungspolitik in den vergangenen vier Jahren der sozialdemokratischen Opposition vorgeworfen, unrealistische „Katastrophengemälde" von der Lage in der Bundesrepublik Deutschland zu zeichnen. Die traditionelle Generalaussprache im Rahmen der Haushaltsdebatte war von SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel eröffnet worden. Er warf im innenpolitischen Teil seiner einstündigen Rede dem Kanzler vor, ein Trugbild von ewigem Aufschwung zu vermitteln. Das CDU-Wahlkampfmotto „Weiter so" bedeute Fortsetzung des atomaren Wettrüstens und seine Ausdehnung auf den Weltraum. Dauerarbeitslosigkeit von zwei Millionen Menschen und das Hinnehmen von Risiken durch die weitere Nutzung der Kernenergie. Außenpolitisch habe die Bundesregierung unter Helmut Kohl das unter den SPD-Kanzlern Brandt und Schmidt erworbene Ansehen und Vertrauen verspielt. Unter empörtem Protest von CDU und CSU warf Vogel Kohl vor, er habe es zugelassen, daß jene Schlagworte in der politischen Sprache wieder Raum fänden, „die der Weimarer Republik den Todesstoß versetzt haben".

SEITE 2:
Stabilität gegen Ausstieg

Der Kanzler zog eine positive Bilanz der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Dem von Vogel erhobenen Vorwurf, seine Regierung sei im Grunde gar nicht abrüstungswillig, hielt er entgegen, auf der Basis der wiederhergestellten vertrauensvollen Bindung Bonns an das Bündnis, voran an Paris und Washington, betreibe er die Fortsetzung des Dialogs mit Moskau und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes. Diese Dialogbereitschaft ändere allerdings nichts daran, daß er entschieden für die Verwirklichung der Menschenrechte auch im Ostblock und im besonderen in der „DDR" eintrete. Die SPD sei hier auf einem Auge blind.

Der FDP-Vorsitzende Wirtschaftsminister Bangemann bekräftigte die Bereitschaft seiner Partei zur Fortsetzung der Regierungskoalition mit der Union. Unter Anspielung auf die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit für die CDU/CSU sagte Bangemann, ohne die FDP würde die Arbeit des Regierungsbündnisses nicht so gut weitergehen wie bisher.

Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, befaßte sich in der deutlich von der Wahlkampfauseinandersetzung geprägten Debatte mit der inneren Situation der SPD. Er warf ihr vor, die politische Mitte geräumt zu haben und zu den grünen Aussteigern übergelaufen zu sein. CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel warf den Sozialdemokraten ebenfalls Schwarzmalerei vor: er bedauerte es, daß sich SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau auch diesmal nicht im Bundestag gestellt habe.

Strauß plädiert für Waffenlieferungen

DW. Bonn

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat sich nach seinen Gesprächen mit führenden Politikern Saudi-Arabiens für deutsche Waffenlieferungen an Riad ausgesprochen. In einem Interview mit der WELT vertritt Strauß die Ansicht, daß dazu das Kriegswaffengesetz nicht geändert werden müsse, aber „seine Handhabung sollte so erfolgen, daß wir auf einer Linie liegen mit vergleichbaren NATO-Ländern". Zu den verhängnisvollen Entwicklungen in Iran warnt Strauß vor einem Verlust der politischen Stabilität Saudi-Arabiens. Die Europäer und die USA „müssen sich davor hüten zu glauben, daß alles von alleine gut ginge".

Seite 5: „Unser Geld wollt ihr . . ."

Hat Kieler Werft Pläne für U-Boot an Pretoria verkauft?

Oberfinanzdirektion ermittelt gegen HDW-Vorstand

JAN BRECH, Hamburg

In Kiel verdichten sich Vermutungen, daß die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) ohne Genehmigung Konstruktionspläne für den Bau von U-Booten nach Südafrika verkauft haben. Der Werftvorstand teilte gestern lediglich mit, daß HDW zu der öffentlichen Diskussion keine Stellungnahme abgeben werde, da zunächst eine Abstimmung mit den Organen des Unternehmens erforderlich sei. An HDW ist die bundeseigene Salzgitter AG zu 74,9 und das Land Schleswig-Holstein zu 25,1 Prozent beteiligt.

Nach Informationen der „Kieler Nachrichten" soll HDW das Geschäft im Wert von 46 Millionen Mark ohne die notwendige Ausnahmegenehmigung abgewickelt haben. Über die Genehmigung zum Export der Blaupausen sei zwar im Bundeskabinett beraten, aber kein Beschluß gefaßt worden. Bundesaußenminister Genscher hat am Rande der Bundestags-Debatte angekündigt, daß das Auswärtige Amt eine strafrechtliche Untersuchung einleiten werde.

Die Oberfinanzdirektion Kiel, die im Fall eines illegalen Geschäftes Bußgelder bis zu 500 000 Mark verhängen kann, hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß bereits seit Anfang November gegen den HDW-Vorstand wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz ermittelt werde. Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt. Unklar blieb auch, ob die Untersuchungen unmittelbar mit dem angeblichen Südafrika-Geschäft in Verbindung stehen.

Die Kieler Landesregierung erklärte, daß sie von dem behaupteten Vorgang keine Kenntnis habe. Das gelte auch für die beiden Vertreter des Landes im Aufsichtsrat der Werft. Ministerpräsident Uwe Barschel habe Wirtschaftsminister Manfred Biermann und den Staatssekretär im Finanzministerium, Schleifer, gebeten, auf eine Klärung im HDW-Aufsichtsrat zu drängen.

Offen ist bislang auch die Frage, ob das Waffengeschäft mit den bei HDW diskutierten Personalveränderungen in Verbindung steht.

800 Kilogramm Methanol flossen in den Rhein

UR. Bonn

Bundesumweltminister Wallmann geht davon aus, daß in rund einem Jahr das Ökosystem des Rheins in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wiederhergestellt sein wird. Als Wallmann gestern mittag diese Erwartung äußerte, war er noch nicht über den jüngsten Zwischenfall beim Chemiekonzern Bayer in Leverkusen informiert. Das Unternehmen gab bekannt, daß rund 800 Kilogramm Methanol mit Kühlwasser vermischt in den Rhein geflossen seien. Dieser Stoff sei jedoch gut abbaubar und habe keine Bedeutung für die Trinkwasserversorgung.

Der Entwurf einer Teilstudie des TÜV Norddeutschland über Druck- und Siedewasser-Reaktoren ist für Wallmann kein Anlaß zum Abschalten der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel. Der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Adolf Birkhofer, bedauerte, daß die TÜV-Studie nicht auf die Sicherheitsvorkehrungen eingehe, die zum Schutz vor einer Kernschmelze getroffen worden seien.

Seite 4: Weitere Berichte

Wie ein Ausgestoßener wird Südafrika weltweit gemieden

Importe aus Asien sollen europäische Boykotts ausgleichen

JAMES SMITH, Johannesburg

Südafrika bekommt zunehmend die Auswirkungen seiner Isolierung zu spüren. Viele ausländische Sportler treten nicht bei Wettbewerben am Kap an, britische Gewerkschaften verhindern die Ausstrahlung britischer Produktionen im südafrikanischen Fernsehen, südafrikanische Wissenschaftler werden von internationalen Kongressen ausgeschlossen.

Der US-Fernsehfilmvertrieb Lorimar hat den Südafrikanern „Denver" gestrichen, der Columbia-Verleih will die Belieferung mit Filmen stoppen, wenn nicht bis zum Mai 1987 die Rassentrennung in sämtlichen südafrikanischen Kinos aufgehoben ist.

Noch sind 240 amerikanische Unternehmen in Südafrika tätig. 60 haben in den letzten beiden Jahren das Südafrikageschäft aufgegeben.

Schwarzafrikanische, arabische und östliche Länder lassen schon lange keine Südafrikaner mehr einreisen. Seit Oktober erteilen Australien und Kanada keine Visa mehr, Japan hat angekündigt, es wolle nur noch Geschäftsreisende sehen.

Der im Import-Export-Geschäft tätige Colin Williams berichtete, bis vor einem Jahr habe er hochwertiges Geschirr aus Westeuropa bezogen, aber jetzt habe die dänische Regierung den Export nach Südafrika verboten, und andere europäische Produkte seien angesichts des drastischen Kursverfalls des Rands zu kostspielig geworden. „Jetzt heißt es, nach fernöstlichen Lieferanten Ausschau zu halten – Südkorea, Hongkong, Taiwan und Japan."

Professor Carl Noffke vom Institut für Amerikanische Studien der Rand-Af[illegible]ns-Universität vertritt die Ansi[illegible]aß Südafrika sogar von den Bo[illegible] profitieren könne. Bis zu 40 P[illegible] der Importe könnten durch e[illegible] Waren ersetzt werden, wenn u[illegible]tzte Produktionskapazitäten ak[illegible]t würden. „Die Sanktionen wer[illegible]ns nicht dazu zwingen, etwas z[illegible] was wir nicht wollen", sagte er[illegible] meisten Südafrikaner haben [illegible] ihre eigene politische Tagesordnung gemacht, und wir lassen uns nicht durch Druck von außen gängeln." (AP)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Präsident kommt

Von Ernst Cramer

Das ist kein Staatsbesuch wie jeder andere. Der Präsident Israels wird als offizieller Gast in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Er unterstreicht dadurch das, was schon bei der Israel-Reise des deutschen Bundespräsidenten im Herbst 1985 deutlich wurde: Die Beziehungen zwischen dem freien Deutschland und dem Staat der Juden sind ausgezeichnet. Sie sind so, wie sie zwischen befreundeten Staaten mit ähnlichen freiheitlich-demokratischen Idealen sein sollen.

Dennoch ist dieser Besuch ebenso etwas Besonderes, wie es die offizielle Reise Richard von Weizsäckers war. Denn Chaim Herzog fliegt eben nicht in irgendeinen befreundeten Staat. Er sucht vielmehr das Land auf, in dem vor etwa einem halben Jahrhundert die Ausrottung seines, des jüdischen Volkes geplant wurde; das Land, von dessen Repräsentanten in Durchführung dieses wahnwitzigen Planes Millionen Juden auf bestialische Weise hingemordet wurden.

Deshalb ist in Israel dieser Besuch, den Herzog schon seit längerer Zeit plante (unter anderen hatte ihn schon der verstorbene Verleger Axel Springer gebeten, Deutschland zu besuchen) und der von der Jerusalemer Regierung gutgeheißen wird, keinesfalls unumstritten. Die Erinnerung an das furchtbare Geschehen, an Auschwitz, ist im Lande der Überlebenden des Holocaust und der Kinder und Enkel der Ermordeten wacher als hierzulande, wo von einigen immer wieder versucht wird, die Schande von damals zu bagatellisieren oder zu verdrängen. So gibt es viele in Israel, die meinen, es sei noch immer zu früh für einen derartigen Besuch.

Dennoch kommt der Staatspräsident. Er, wie die meisten der heute aktiven Politiker Israels, will eine neue Seite im Geschichtsbuch aufschlagen – ohne dabei zu vergessen, was auf früheren Folien nachzulesen ist. Chaim Herzog kann sicher sein, daß er für diese Haltung trotz einiger Mißtöne, die es auch hier geben wird, bei der großen Mehrheit der Deutschen offene Ohren und Herzen findet. Daß man ihm danken wird für diesen Besuch.

„Kein Zweifel": Syrien

Von Hans-Rüdiger Karutz

Mit gespannter Gelassenheit werden die Diplomaten im Foreign Office in den nächsten Tagen auf Bonner Post warten. Denn die Botschaft des Berliner Urteilsspruchs ist eindeutig.

Die Bundesregierung muß alsbald entscheiden, ob sie die diplomatischen Beziehungen zu einem Regime in Damaskus aufrechterhalten will, das Bombenleger nach Deutschland schickt und „Berlin zu einem Schlachtfeld des mittleren Ostens" (Staatsanwaltschaft) machen wollte.

Denn mit kühler Präzision folgte der Vorsitzende des Berliner Schwurgerichts dem, was die beiden Angeklagten Achmed Hasi und Faruk Salameh bekundeten: Die Indizienkette von Damaskus nach West-Berlin, hinüber in die syrische Botschaft in Ost-Berlin und zurück, schließt sich durch Geständnisse, bestätigt sich durch weitere Erkenntnisse und ist lückenlos.

Denn der Vorsitzende Richter hob hervor, daß das Gericht „keinen Zweifel an der Richtigkeit" der Geständnisse habe – andere Beweismittel nicht hätten „nicht in einem einzigen wesentlichen Punkt" zu anderen Erkenntnissen geführt.

Der Schlüsselsatz in der Urteilsbegründung fordert nunmehr die politischen Konsequenzen aus Bonn heraus: „Wir sind uns so sicher, wie ein Gericht nur sein kann, wenn es über ein Verbrechen mit politischem Hintergrund zu entscheiden hat, an dem auch Geheimdienste Interesse haben."

Nein, „Top-Terroristen" seien beide beileibe nicht gewesen, sagte der Vorsitzende. „Aber terroristische Dilettanten sind nicht weniger gefährlich." Am gefährlichsten bleiben jedoch die Hintermänner.

Nun wartet man auf eine Kanzleramts-Anfrage an Ost-Berlin, wie es das dortige Regime mit einer syrischen Botschaft in den eigenen Mauern hält, die Sprengstoffkoffer nach West-Berlin gelangen läßt. Ost-Berlin ist Rechenschaft schuldig, was es zu unternehmen gedenkt.

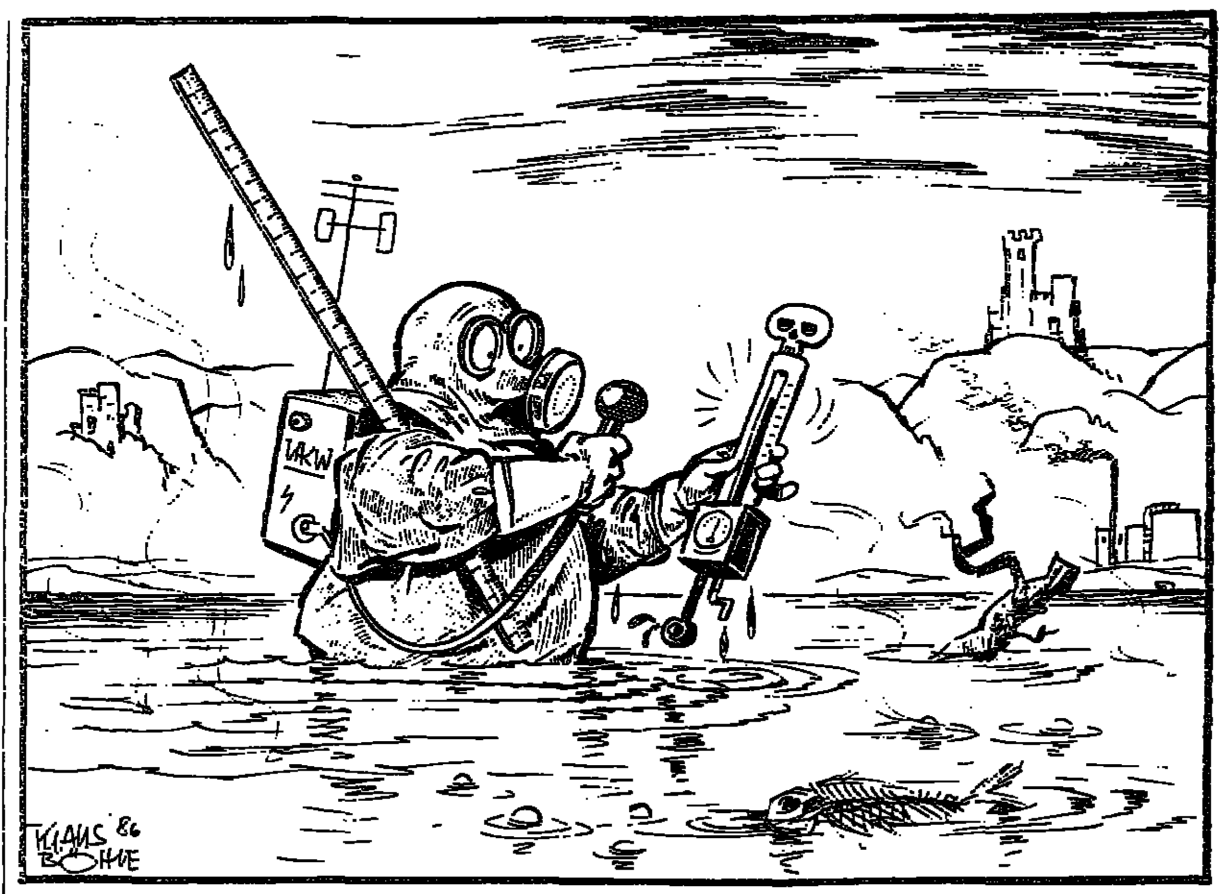
Biedenkopf und Grüne

Von Enno v. Loewenstern

Kurt Biedenkopf hat einem Buchautor ein Interview zum Lobe der Grünen („richtige Fragen", „Wahrheiten") gegeben, das geeignet scheint, CDU-Wähler ins grüne Lager zu treiben. Er schreibt außerdem auch noch über die Grünen für ein Buch ausgerechnet des Wagenbach-Verlags. Das ist zunächst Sache seiner Partei; am Rande mag man amüsant finden, wie *seine Sympathie sich daran hochrankt, daß nur* die Grünen seine absurde Idee einer Alters-„Grundsicherung" begrüßt haben. Gekränkter Erfinderstolz ist eben manchmal ein politischer Faktor. Aber der Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen ist auch ein politischer Faktor, so oder so. Wenn er Dinge erzählt, die den intellektuellen Anspruch seiner Partei und eines ganzen politischen Lagers in Frage stellen, dann sollte man nicht darüber hinweggehen.

Biedenkopf erzählt die Entstehung der Grünen, als hätten sie wahrgenommen, was von den anderen Parteien „nicht ausreichend ... besetzt" war. Faktisch sind die Grünen nichts anderes als Trittbrettfahrer einer Idee, die längst von anderen verfochten wurde. Als es endlich gelungen war, die öffentliche Aufmerksamkeit dafür zu wecken (Biedenkopf selbst erwähnt gewisse Unionsprogramme schon aus den fünfziger-sechziger Jahren; man kann ruhig die damals von allen Fortschrittlern herzlich belachte SPD-Kampagne „Blauer Himmel über der Ruhr" dazuzählen), da hängten sich ein paar Aktivisten dran und machten daraus eine eigene Firma. Heute wird es vielfach so dargestellt, als hätten sie erst das „Bewußtsein geweckt".

Zum zweiten h[illegible] Biedenkopf – obwohl er einige Fakten dazu anspricht – nic[illegible]digt, daß die Grünen ihrerseits sofort von den Kom[illegible] und dem Sozialistischen Büro Offenbach verschlu[illegible]urden. Längst ist ihnen die Umwelt nichts als ein [illegible]m mit dem „Kapitalismus" den Staat zu zerschlagen[illegible]e Abrüstung, Terror-Sympathisantentum, Massen-A[illegible]g, Abschaffung der Polizei – was hat das alles und mehr [illegible]ler Umwelt zu tun? Aber als einer ihrer Funktionäre einma[illegible]te, ob Kernkraftwerke nicht doch weniger schädlich se[illegible]s Kohlekraftwerke, wurde er aus der Partei gehetzt. W[illegible]nn einer dort „richtige Fragen" stellt und „Wahrheite[illegible]ausspricht. *Nur haben das immer noch viele* eher unpolitische Wähler nicht gemerkt. Kann man ihnen das verübeln, wenn Spitzenpolitiker es auch nicht merken?



„Und nun die tägliche Wasserstandsmeldung . . ." KLAUS BÖHLE

Stabilität gegen Ausstieg

Von Günther Bading

Fast auf den Tag genau zwei Monate vor der Bundestagswahl konnte es nicht ausbleiben, daß die traditionelle Generalaussprache über die Regierungspolitik in der Haushaltsdebatte des Bundestags zum Auftakt der intensiven Phase des Winter-Wahlkampfes wurde. Von der „wichtigsten Wahl seit 1949" sprach der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger im Verlauf des Rede-Marathons im Bundestag. Das mag überspitzt klingen, aber soviel stimmt: wie die Dinge stehen, ist diese Wahl mindestens so wichtig wie irgendeine davor. *Oppositionsführer* Hans-Jochen Vogel, der auch in dieser Debatte ohne Unterstützung des SPD-Kanzlerkandidaten Rau auskommen mußte, machte in seinem einstündigen Beitrag deutlich, daß es im Januar nicht um Alternativen in der Suche nach dem besten Weg *zu einem gemeinsamen* Ziel *geht*. Es geht um grundsätzlich andere Zielvorstellungen, einen anderen Kurs in der Außen- und Sicherheits- wie der Innen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das Ziel der Koalitionsparteien hat der Bundeskanzler noch einmal klar umrissen. Er will die wiedergewonnene Stabilität der deutschen Position im Bündnis mit den USA und den europäischen Partnern, allen voran Frankreich bewahren: er will die Stabilität unserer wirtschaftlichen Entwicklung sichern und unsere Spitzenposition im Wettbewerb der Handelsnationen erhalten. Und er will den Herausforderungen der unmittelbaren Zukunft begegnen von der Bereinigung des staatlichen Einnahmewesens durch eine große Steuerreform über die Stabilisierung der Alterssicherungssysteme bis zur Bewältigung der Veränderung unseres Wirtschaftslebens durch die modernen Techniken.

Sucht man für die ersten vier Jahre der Regierung Kohl einen beschreibenden Begriff, wie er für die Amtszeiten früherer Bundeskanzler mit den Worten von der Westbindung, dem Wirtschaftswunder, der Ostpolitik gefunden worden war, so wird man sich mit dem Wort von der Stabilisierungsphase begnügen müssen. Für Visionen war angesichts des desolaten Zustands der Republik und ihrer Wirtschaft bei der Amtsübernahme der Regierung *Kohl 1982* ja auch zunächst wenig Zeit.

Diesem Kurs der Stabilisierung als Voraussetzung zur Bewältigung Zukunft setzt die SPD mit den Grünen die Politik des Ausstiegs entgegen. Bei aller verbalen Abgrenzung gegenüber Grünen und Kommunisten skizzierte Oppositionsführer Vogel ein Ausstiegsszenario, dem die Grünen jeweils immer nur ein paar Schritte voraus sind. Oder eben die SPD ein wenig hinterher – je nach Betrachtungsweise.

Da will die SPD heraus aus der engen Bindung an die USA – die Grünen wollen sich gleich ganz aus der NATO lösen. Da propagiert er den langsamen Ausstieg aus der Atomenergie, neuerdings auch der Chemieindustrie – und die Grünen wollen dasselbe, aber sofort. Er erteilt dem auf Unternehmungsgeist und Unternehmertum setzenden Wirtschaftsdenken von Union und FDP eine klare Absage und tritt für mehr Staat ein – die Grünen wollen die Industriegesellschaft gleich ganz verlassen.

Es war nicht ganz klar, wen der Bundeskanzler bei der etwas unübersichtlichen Sitzordnung im Ersatz-Plenarsaal des Bonner Wasserwerks meinte, als er in Richtung der Opposition sagte: „Sie wollen eine andere Republik." Für die Grünen stimmt das heute schon; für die SPD erst bei der Betrachtung bestimmter Parteiflügel. Die Rede Vogels jedenfalls hat nichts dazu beigetragen, hier Klarheit zu schaffen.



„Schlagworte eingebürgert": Reaktion auf die Vogel-Rede auf der Regierungsbank FOTO: AP

Es war kaum zufällig, daß der SPD-Fraktionschef den schwerwiegenden Vorwurf an den Bundeskanzler in diese Generaldebatte einbrachte, Kohl habe zugelassen, daß sich unter seiner Schirmherrschaft Schlagworte im politischen Sprachgebrauch wieder eingebürgert hätten, die einst der Weimarer Republik den Todesstoß gegeben hätten. Die Attacke im Bundestag war durch Pressekonferenzen von Vogel und Glotz am Vortag gezielt vorbereitet worden. Der ungeheuerliche Vorwurf, der Kanzler habe einer „kühl geplanten Kampagne" zur Schürung von Ausländerhaß, von antisemitischen Ausfällen, zur Hetze gegen alles Linke Vorschub geleistet, sollte wohl Startschuß sein für einen emotionsgeladenen Schlagabtausch, mit dem sich trefflich von den Identitätsproblemen einer zwischen traditioneller Arbeiterbewegung und rot-grüner Aussteigerpartei hin und her gerissenen SPD ablenken ließe. Der Kanzler ging Vogel nicht auf den Leim. Er wischte diesen Vorwurf mit wenigen Sätzen weg.

Festzuhalten bleibt, daß Vogel und Glotz, den wahren Steuerleuten der SPD seit der Desavouierung des Spitzenkandidaten Rau durch die eigene Führung, jedes Mittel und anscheinend auch jeder Partner recht ist, wenn es gegen die Koalitionsregierung unter Helmut Kohl geht. Die Parole „Gemeinsam gegen rechts" ist keine Erfindung der Sozialdemokraten. Sie wird von den Kommunisten schon lange propagiert. Es mag sein, daß man in der SPD-Baracke hofft, in einer solchen Kampagne die Konturen der Helfer und der Helfers-Helfer verwischen zu können. Angesichts des von den jeweiligen Parteiflügeln jeweils anders definierten Selbstverständnisses der SPD ist dies allerdings ein gefährliches Unterfangen.

So geriet, was eine Generalabrechnung mit der Bilanz der Bundesregierung werden sollte, lediglich zur Offenbarung des desolaten Zustands einer Sozialdemokratischen Partei, die mit der Abkehr von den festen Grundsätzen ihres Godesberger Programms an die Stelle der dort 1959 gewonnenen Regierungsfähigkeit den Alleinvertretungsanspruch für angeblich benachteiligte Randgruppen gesetzt hat.

IM GESPRÄCH Hossein Montaseri

Khomeinis Erbe – vielleicht

Von Volker Stahr

In Iran gilt der Primat der Religion vor der Politik. Über allen staatlichen Organen steht die (in der Verfassung festgeschriebene) *Institution* des „Welayat-e faqih", des „herrschenden Rechtsgelehrten". Gegenwärtiger „Welayat-e faqih" ist Ayatollah Khomeini. Doch angesichts seines hohen Alters und seiner angegriffenen Gesundheit hat ein islamischer „Expertenrat" bereits vor einem Jahr einen Nachfolger designiert: den Ayatollah *Montaseri*.

Hossein Ali Montaseri (Jahrgang 1923), ein Bauernsohn aus Nadschafabad nahe Esfahan, ist einer der engsten Vertrauten und Weggefährten des Revolutionsführers. In Esfahan begann er seine theologischen Studien, die er später in der „heiligen Stadt" Qom unter Khomeini fortsetzte. Während dessen Exil in Bagdad und bei Paris war er im Lande einer der Führer des Widerstandes gegen den Schah; immer wieder tat er sich als unerschrockener Organisator von Demonstrationen hervor. Dafür mußte er mehrmals ins Gefängnis.

Nach dem Sturz des Schah 1979 belohnte Khomeini seinen getreuen Paladin *mit dem Amt des Ayatollahs* von Teheran. Aber bereits 1980 zog es Montaseri *nach* Qom zurück, wo er einst auch selber gelehrt hatte. Damit war er wieder in engster Umgebung des Revolutionsführers, dem er übrigens auch persönlich durch die Ehe mit dessen Schwester verbunden ist. Da er als Propagandist Khomeinis *hervortrat und Khomeini ihn* persönlich portierte, war seine Wahl zum Erben nicht verwunderlich.

Damals hatte Montaseri auch das Plazet der einflußreichen Kreise um Parlamentspräsident Rafsandschani: sie hielten ihn für politisch schwach, ohne Charisma, ohne eigene Meinung und leicht beeinflußbar. In der Tat galt Montaseri als *harmloser* und liebenswerter Kauz, über den das ganze Land seine Witze machte, da er mit seiner rundlichen Gestalt, der jovial-großväterlichen Art und dem hinter dicken Brillengläsern und dem buschigen Bart verschmitzt hervorlugenden Gesicht einer beliebten Trickfilmfigur (einer Katze) des iranischen Fernsehens ähnelte. Doch sie scheinen ihn unterschätzt zu haben.



Zum Welayat-e faqih geeignet, da scheinbar harmlos: Ayatollah Montaseri FOTO: DPA

Der Ayatollah erwies sich als viel „politischer" als erwartet. Dabei hatte er schon vor seiner Wahl mit dem Ruf nach mehr Liberalisierung, mehr Pressefreiheit und der Freilassung politischer Häftlinge von sich reden gemacht. Doch da er mit diesen liberalen Ansichten wenig bewegte, nahm ihn wohl keiner ernst.

Wie um einen Kontrapunkt zu setzen, *betätigte er sich hernach* als Konservativer, forderte mehr Marktwirtschaft und machte sich zum Hüter des Islam und zum Exponenten des Revolutionsexportes (mit eigener Organisation) – just zu einem Zeitpunkt, als Rafsandschani diesen gerne auf Sparflamme fahren wollte. Zudem blockierte er über Monate die Regierungsbildung *mit ständigen Einwürfen* gegen einzelne Minister. So unternehmen die Leute um Rafsandschani alles, ihn wieder abzuschießen zugunsten einer kollektiven Nachfolgeregelung.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt kommentiert den Nicht-Abbau von Subventionen:

Es hat seine Gründe, weshalb die Bundesrepublik bei der Beseitigung *von Subventionen so gar keine Fortschritte* gemacht hat. Derartiges läßt sich nämlich nur erreichen, wenn damit eine kräftige, für jeden fühlbare Verminderung der Steuerlast verbunden wird. Bei uns hat es dagegen immer nur Korrekturen am Steuertarif gegeben, nie eine Reform.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er meint zur Rheinvergiftung:

Jetzt gibt es auch in der Unionsfraktion Zweifel, ob der Umweltminister seine Aufgabe so erfüllt, wie es die Öffentlichkeit von ihm erwarten darf. Nach der Serie von Störfällen in chemischen Unternehmen und einer immer neuen Verseuchung des Rheins präsentiert die Union einen Katalog mit Vorschlägen für eine bessere Vorsorge im Gewässerschutz. Der umweltpolitische Sprecher Laufs bittet dazu die Bundesregierung, die „Anregungen sorgfältig zu prüfen und notwendige Konsequenzen umgehend in Angriff zu nehmen".

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie geht auf die Haushaltsberatungen im Bundestag ein:

Die Beratungen des Haushalts im Parlament sind traditionsgemäß die Stunden der Opposition. Daß die Sprecher der SPD trotz der bevorstehenden Bundestagswahlen diese Gelegenheit zumindest am ersten Tag der Etat-Debatte nur recht zurückhaltend nutzten, lag wohl vor allem daran, daß zunächst der Themenkreis Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der Tagesordnung stand. Und auf diesem Feld waren sie ja vor vier Jahren gescheitert, hatten die Macht verloren und ergehen sich seither in Ratschlägen an die mit erkennbarem Erfolg Regierenden, die jeden Lernprozeß vermissen lassen.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung steckt den Rahmen der Metall-Tarifverhandlungen ab:

Sollen flexible Arbeitszeitregelungen einem reibungslosen Produktionsablauf und einer optimalen Maschinennutzung dienen, oder sollen sie den Beschäftigten und ihren Interessen dienen? So wird die Kernfrage dieser Flexibilisierungsdiskussion lauten. Da mag es zwar hier und da durchaus Lösungen geben, die beide Funktionen erfüllen. Im Regelfall allerdings stehen sich die verschiedenen Interessen konfliktgeladen gegenüber.

KURIER

Die Wiener Zeitung bemerkt zu Waldheim:

Die israelische Regierung mußte sich zu dem Eingeständnis bequemen, daß gegen den „Kriegsverbrecher Waldheim" nur solche „Beweise" vorliegen, die nach kurzer Prüfung als Unsinn zu erkennen sind.

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung schreibt zur Iran-Affäre:

Die antisandinistischen „Contras" haben Millionen Dollar erhalten, die Israelis in Bezahlung von Waffenverkäufen an Iran einnahmen ... Die beiden umstrittensten Aspekte der Reagan-Diplomatie sind somit miteinander verbunden. Der Geist von zwei Gesetzen wurde verletzt, wenn *vielleicht auch nicht* ihr Buchstabe.

Commander Dante bietet Frau Aquino seine Dienste an

Nach dem großen Erfolg: Kommen die Kommunisten nun aus den Bergen? / Von Jochen Hehn

Letzte Woche noch stand sie mit dem Rücken an der Wand. Feinde in der Armee, politische Attentate, Entführungen, Bombenanschläge und Putschgerüchte hatten sie in die Enge getrieben. Ihre Tage schienen gezählt. Doch dann riß sie das Gesetz des Handelns an sich. Und die Wende, der Erfolg stellten sich ein über Nacht.

Zuerst entledigte Corazon Aquino sich ihres größten Widersachers Enrile. Dann folgte der große Verhandlungserfolg: Fast auf den Tag genau neun Monate nach ihrer Amtsübernahme ist der so sehnlich erwartete Waffenstillstand mit den Kommunisten unter Dach und Fach. Die Ausdauer, mit der Frau Aquino dieses Ziel verfolgte, verdient Bewunderung, auch wenn ihr Verhalten zuweilen selbstmörderisch gewirkt hatte.

Doch nun stehen die Aussichten gut, daß die fünfundfünfzig Millionen Filipinos zum ersten Male seit siebzehn Jahren wieder ein Weihnachtsfest in Frieden feiern können. Die Freude in Manila, vor allem im Regierungslager, ist verständlicherweise groß. Die Präsidentin will die Feuerpause nutzen, um den demokratischen Prozeß fristgerecht abschließen zu können. Vordringlichste Aufgabe ist es, eine solide Mehrheit im philippinischen Volk für die Annahme der neuen Verfassung zu gewinnen. Gelingt dies im Februar nächsten Jahres – und damit ist jetzt eigentlich zu rechnen –, dann sollten auch die Kongreß- und Kommunalwahlen im Mai ungestört über die Bühne gehen.

In der philippinischen Armee, die für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen schon Gewehr bei Fuß stand, wird die Freude über die Waffenruhe freilich eher gedämpft sein, und sie wird ganz gewiß nicht von allen geteilt. Viele bezweifeln immer noch die Weisheit eines Verhandelns mit den Kommunisten überhaupt.

Die Gespräche mit den Kommunisten, so argumentieren sie, haben im Volk den Eindruck erweckt, neben der Regierung Aquino existiere *gleichberechtigt noch eine* kommunistische. Neben diesen politischen Vorteilen befürchten viele Militärs aber auch, daß die Rebellen die Feuerpause nutzen werden, um ungestört zu rekrutieren und sich mit neuen Waffen zu versorgen. Mißtrauen herrscht auch darüber, ob die kommunistisch dominierte „Nationale Demokratische Front" (NDF), die im Namen der Guerrilla mit der Regierung verhandelte, über den *Einfluß verfügt*, um wirklich alle über das ganze Land verstreuten Rebelleneinheiten zur Einhaltung der Waffenruhe zwingen zu können.

Doch auch die Kommunisten haben ihre Zweifel. Sie mißtrauen jenen Einheiten in der Armee, die immer noch Marcos loyal sind, aber auch den zahlreichen Privatarmeen, von denen es auf den Philippinen mehr als zweihundert gibt, ferner der lokalen Polizei, vor allem aber den Einheiten der Bürgermiliz (CHDF), deren rund fünfzigtausend Mann bis an die Zähne bewaffnet sind und sich in der Vergangenheit regelmäßig an militärischen *Aktionen gegen die Guerrilla* beteiligt hatten. Das größte Fragezeichen schwebt jedoch über jener Zeit, die auf die Feuerpause folgt.

Werden nun Tausende der Rebellen, des Kämpfens überdrüssig, von den Bergen und aus den Dschungeln kommen, um die Früchte der Demokratie zu genießen, sollte dieser hoffnungsvolle Traum, den Kardinal Sin und auch Frau Aquino immer wieder genährt hatten, wirklich in Erfüllung gehen? Dann müßten umfassende und solide wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet werden, die garantieren können, daß die Rückkehrwilligen auch in Lohn und Brot gelangen.

Doch bisher fehlt es noch an Geld und an Programmen. Dies gilt *insbesondere* für die Bodenreform, die bislang am Widerstand der millionenschweren Landbesitzer, zu denen auch die Familie von Präsidentin Aquino gehört, gescheitert ist. Ohne konkrete Aussichten auf eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der notleidenden Bevölkerung werden die Rebellen, von denen die überwältigende Mehrheit eben wegen dieser Not sich den Kommunisten angeschlossen hat, kaum jemals bereit sein, die Rebellenarmee zu verlassen.

Die von vielen immer noch gehegte Erwartung, daß dies doch noch eintreten könnte, wird auch durch die Erkenntnis des philippinischen Geheimdienstes nicht gestützt, nach der „nur" fünf Prozent der dreiundzwanzigtausend Mann starken Rebellenarmee eingeschriebene Mitglieder der Kommunistischen Partei seien, also zum „harten Kern" gehören. Denn, zum Vergleich: Im kommunistisch regierten China sind es lediglich vier Prozent.

Dennoch, *vielleicht* ist die Hoffnung nicht ganz unbegründet. Bernade Buscayno, besser unter dem Namen „Commander Dante" bekannt, einer der Gründer der kommunistischen Rebellenarmee, erschien gestern beim neuen Verteidigungsminister Ileto, um ihm seine Dienste anzubieten. Er wolle, so versicherte er, auf diese Weise einen Beitrag zur nationalen Versöhnung leisten.

Ein Cocktail aus Giften für die Bürger von Rom

Er ist ein einfacher Amtsrichter, doch er könnte in die Geschichte Roms eingehen. Gianfranco Amendola droht damit, den gesamten historischen Stadtkern für den Autoverkehr zu sperren. Der Grund: Die dramatische Vergiftung der Luft.

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Die Mediziner warnen: In der römischen Innenstadt liegt die Sterblichkeitsrate bei Krebserkrankungen dreimal höher als in den Außenbezirken. Die Archäologen und Ökologen klagen: In den letzten drei Jahrzehnten haben die antiken Monumente durch Umweltschäden mehr gelitten als in den 2000 Jahren zuvor durch Vandalen-Einfälle und absichtliche Zerstörungen, durch Erdbeben oder Feuersbrünste. Der Grund: Die von Giften verseuchte Luft.

Die Alarmrufe haben jetzt sogar die Justiz auf den Plan gerufen. Ein Amtsrichter droht mit der Sperrung des gesamten historischen Stadtzentrums für den privaten Autoverkehr, wenn die Gemeindeverwaltung bis Ende dieses Monats nicht von sich aus entschieden für Abhilfe sorgt.

Gianfranco Amendola ist seit Jahren in Rom bekannt und gefürchtet als sogenannter „pretore d'assalto", als besonders umweltbewußter „Sturm-Amtsrichter". Er scheut kein heißes Eisen, läßt sich weder von großen Namen noch von mächtigen Institutionen schrecken, wenn es darum geht, Fälle aufzugreifen, bei denen seiner Überzeugung nach Umweltdelikte vorliegen.

Ein römischer Verkehrspolizist schützt sich mit einer Maske gegen die vergiftete Luft FOTO: AP

Kürzlich ordnete sein Amtsgericht *eine sich über mehrere Wochen* erstreckende systematische Messung der Luftverschmutzung in der römischen Innenstadt an. Schon die ersten Ergebnisse waren derart alarmierend, daß die Techniker an der Zuverlässigkeit ihrer Instrumente zweifelten und diese von Experten überprüfen ließen.

Die Zweifel erwiesen sich als unbegründet. Die gesundheitsschädlichen Stoffe – vor allem schwefelige Anhydride, Stickstoffoxide, Kohleoxid und Kohlenwasserstoffe – übertreffen bei weitem die von der EG festgelegte zulässige Höchstgrenze solcher Giftstoffe. Dabei konnten bei den bisherigen Messungen nicht einmal die durch die winterliche Heizung zusätzlich produzierten Schadstoffe mitberücksichtigt werden, da die Heizperiode in Rom noch nicht begonnen hat.

Nach Bekanntwerden dieser Messungsergebnisse erschienen einige römische Verkehrspolizisten am nächsten Tag mit Schutzmasken vor Mund und Nase zum Dienst. Der städtische Polizeiassessor ließ sie freilich unter Berufung auf das im Anti-Terrorismus-Gesetz festgelegte Vermummungsverbot sofort ablösen und untersagte weitere derartige Demonstrationen.

Amendola kündigte an, daß er, um „die Fortsetzung von Verbrechen gegen die öffentliche Gesundheit" zu unterbinden, die Carabinieri mobilisieren werde, falls die Stadtväter weiter *untätig bleiben sollten*. Er werde dann Ende des Monats alle Zufahrtsstraßen zum Zentrum für den privaten Autoverkehr gerichtlich sperren lassen.

Die unter dem christdemokratischen Bürgermeister Nicola Signorello in Rom regierende Fünferkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen protestierte wegen angeblicher Bevormundung einer frei gewählten Verwaltung durch die Justiz und wandte sich hilfesuchend an die Zentralregierung.

Die Kritiker des „Sturm-Amtsrichters" *malten in düstersten Farben* das Chaos an die Wand, das durch die Sperrung der Innenstadt entstehen würde. Außerdem, so argumentierten sie, würde durch die von Amendola angedrohte Maßnahme die Luftverschmutzung aus der Innenstadt nur in die Vorstädte verlagert werden. Die Regierung Craxi kündigte schließlich an, daß sie in der Frage der Luftverschmutzung der Städte ihrerseits aktiv werden und demnächst ein Gesetzesdekret mit neuen zulässigen Höchstwerten erlassen wolle.

Weder ad-hoc-Dekrete noch spek*takuläre amtsrich*terliche Verbote scheinen freilich die angemessenen Mittel zu sein, um das zur Katastrophe tendierende römische Umwelt-Übel an der Wurzel zu treffen. Denn diese Wurzel sitzt tief. Sie wurde schon kurz nach dem Krieg durch eine chaotische Stadtentwicklung gelegt, deren treibende Kräfte Profitsucht und Bauspekulation waren. Jahrzehntelang hat sich die Stadt wie ein Ölfleck nach allen Seiten ausgebreitet. Ein vor 20 Jahren verabschiedeter Bebauungsplan wurde nie verwirklicht.

Keine der Stadtverwaltungen, die einander ablösten und zeitweise von den Christdemokraten, zeitweise von den Kommunisten geleitet wurden, hatte ein klares Konzept für den Umweltschutz. Anstatt mit allen Mitteln den U-Bahn-Bau voranzutreiben, dachte man sich alle paar Monate ein neues System von Einbahnstraßen für den immer stärker werdenden Autoverkehr aus, ersetzte umweltfreundliche Oberleitungsbusse „aus *ästhetischen Gründen*" *durch* Dieselbusse und legte zur Erleichterung des Autoverkehrs die Straßenbahnen still.

Alle Warnungen verhallten ungehört – und das sicherlich nicht nur aufgrund der Hörschäden, die der römische Verkehrslärm mit seinen weit über den Normen der Weltgesundheitsorganisation liegenden Dezibel-Werten (65–90 anstatt der zulässigen 50–65) auch auf dem Kapitol verursacht haben muß. Die Befürchtung, daß radikale Maßnahmen gewichtige Interessen verletzen und Wähler verschrecken könnten, erwies sich offensichtlich gegenüber dem Notwendigen als stärker.

Aber auch die römische Bevölkerung zeigt, so sehr sie sich heute über die Luftverschmutzung in der Stadt erregt, kaum Neigung, auch nur die geringsten persönlichen Opfer zu bringen – etwa das Autofahren auf das Notwendigste zu beschränken. „Sollen wir uns etwa Rollschuhe, Wanderstiefel oder Pferdekutschen anschaffen?" lautet nicht selten die ironisch-polemische Reaktion auf die Aufforderung, das private Auto möglichst in der Garage zu lassen. So wird die Stadt tagtäglich weiterhin von Hunderttausenden privater Autos erstickt, und jeder, der zu diesem Chaos beiträgt, tut sich dabei auch noch selbst leid.

Nostalgisch preist so mancher die „guten alten Zeiten" – wohl wissend, daß er nicht die geringste Gefahr läuft, dahin zurückversetzt zu werden. Ein Abgeordneter der extrem linksliberalen *Radikalen Partei ging* in seiner Nostalgie sogar so weit, ein Denkmal für Benito Mussolini zu verlangen. Begründung: Der „Duce" war der einzige Politiker der modernen Zeit, der für Rom eine städteplanerische Konzeption hatte und diese auch, solange ihm die Zeit gelassen wurde, verwirklichte. Noch heute prangt an einem Fries in der von Mussolini konzipierten römischen Satellitenstadt EUR das Programm des faschistischen Bebauungsplanes für Rom: „Das dritte Rom wird sich über die Hügel entlang des heiligen Flusses (Tiber) ausdehnen bis hin zum Tyrrhenischen Meer."

Und das ist in der Tat bisher geschehen – ungeachtet des eher in Richtung Tivoli zielenden nach-faschistischen Bebauungsplanes, der toter Buchstabe blieb. Die einzige moderne Satellitenstadt Roms ist heute noch Mussolinis EUR zwischen der alten Stadt und dem Meer. Paolo Portoghesi, Präsident der Biennale, sprach sich zwar gegen ein Monument für den „Städteplaner Mussolini" aus, da dieser ja schließlich auch die Zerstörung einiger mittelalterlicher Viertel Roms auf dem Gewissen hat, die seinen imperial-monumentalen Straßenprojekten im Zentrum weichen mußten. Er räumte aber ein: „Das Gute war, daß er sich mit den Problemen der Stadt befaßte, daß er die öffentlichen Arbeiten mit seltener Schnelligkeit und Effizienz in Gang brachte, daß er die Universität und EUR baute." Die Faschisten hätten sich hier voll eingesetzt – „etwas, was unserer Demokratie nie gelingt".

Dieser volle Einsatz erscheint jedoch heute dringender und zwingender denn je – und dies nicht nur angesichts der Herausforderung der demokratischen römischen Stadtverwaltung durch einen kleinen Amtsrichter.



Waffengeschäfte mit dem Iran brachten sie um ihren Job: US-Sicherheitsberater John Poindexter (r.) und sein Gehilfe Oberstleutnant Oliver North FOTOS: AFP

Der Präsident – betroffen, schweigend

Nun sind sie – allen Vorankündigungen Ronald Reagans zum Trotz – doch gerollt, die ersten Köpfe in der Iran-Affäre. Doch ob das Opfer reicht ist mehr als zweifelhaft. *Ihr nächstes Ziel scheinen die* Jäger schon ausgemacht zu haben: Donald Regan, den Stabschef des Weißen Hauses.

Von FRITZ WIRTH

Sein Gesicht war grau, fahl, mürrisch. Nirgendwo mehr der Hauch eines Lächelns, verweht alle Spuren des Optimismus, die ihn *zur Legende machten*. Es war der Auftritt eines Mannes, der zum ersten Mal die Bürde seines Amtes zur Schau trug, es war der Auftritt des ältesten Ronald Reagans, den Washington jemals erlebte. Die erste schwere Krise seiner Amtszeit hatte ihn gezeichnet.

So trat Ronald Reagan am Dienstag vor die Presse, fingerte nervös ein Manuskript aus seiner Jackentasche und verlas fast monoton eine Erklärung, die ihm bis zur Stunde selbst unbegreiflich schien, teilte in 15 Sätzen den Rücktritt seines Sicherheitsberaters Poindexter und dessen Assistenten North mit und hatte spürbar nur einen Wunsch: So schnell wie möglich die Szene zu räumen. Der große Kommunikator war wortkarg geworden.

Die Journalisten im Presseraum des Weißen Hauses spürten es und verlangten kalt von ihm mehr als nur eine Erklärung, sie wollten eine Beichte: „Glauben Sie immer noch, Herr Präsident, daß Sie keinen Fehler gemacht haben als Sie Waffen an den Iran liefern ließen?" Die Antwort war zunächst nur ein Blick mit großen Augen. Man spürte, daß diese Frage ihn verletzte. Dann ein langes Zögern und schließlich die knappeste aller Antworten: „Nein".

Ende einer Tortur, Abgang eines Gezeichneten. Der Auftritt dauerte drei Minuten. Es war die erste Ewigkeit in seiner Amtszeit. Es wurde offenbar: Dieser Mann der Erfolge und des Optimismus hat in seinem Vokabular keine Worte für die Krise, die Belagerung, den Fehlschlag. Und so schwieg er, betroffen und ein wenig hilflos.

Kaum hatte er die Szene geräumt, tönten schrill altvertraute Alarmsignale durch Washington. Die Spürhunde der Skandale hatten die Witterung aufgenommen und buchstabierten, was sie vorzufinden glaubten, in lustvoller Entrüstung: „Watergate". Man hatte, besonders auf dem Kapitol, keine Zeit mehr für Fragezeichen, man forderte: Eine Untersuchung durch das Justizministerium genügt nicht. Ein unabhängiger Ankläger muß her, wie einst bei Watergate.

Und dann begann man, teils genüßlich, teils entrüstet, das, was man hörte und zu wissen glaubte, zu Schlagzeilen zu destillieren: „Ein Präsident, der nicht weiß, was in seinem Keller passiert" (Im Keller liegen die Büros des Sicherheitsberaters.) „Das Weiße Haus unterhält Geheimkonten in der Schweiz". Und schließlich: „Geschäfte mit den Kashoggis dieser Welt".

Henry Kissinger: „Dies ist nicht Watergate"

Es dauerte bis in die späten Abendstunden, bis in diese oft spürbar echte Verblüffung und ebenso spürbare oft bemühte Bestürzung, erste Stimmen der Vernunft sich Gehör verschaffen konnten. Henry Kissinger, ein Mann, der es wissen mußte, denn er stand einst im Krisengewitter eines Skandals, hatte diese Krise abgeschmeckt: „Dies ist nicht Watergate. Bei Watergate ging es um persönliche politische Interessen, hier aber versuchten Leute, im nationalen Interesse zu handeln. Zwar töricht, doch, soweit wir bisher wissen, nicht kriminell."

Es half nicht viel, die Krisen-Spürhunde von der Fährte abzubringen. Und so beschäftigt bis zur Stunde Washington vor allem diese zentrale Frage: Wo begann und wo endete der Skandal? Ist es denkbar, daß solche Operationen wie Waffenlieferungen an den Iran und Abschöpfung des Profits für Waffenlieferungen an die „Contras" im Weißen Haus von unteren Chargen wie dem Oberstleutnant North durchgeführt wurden, ohne daß seine Vorgesetzten, vor allem aber Stabschef Regan, davon wußten? Selbst ein Kenner wie Kissinger hat da keine großen Zweifel: Es ist *schwer vorstellbar*, daß andere und höhere Chargen nicht davon wußten.

Die grosse Frage, vor allem von der Opposition immer wieder ins Spiel gebracht, heißt also: Wußte auch der Präsident davon? Er selbst bestreitet es mit Nachdruck und Edward Meese, sein Justizminister wiederholt es an diesem Tage ein Dutzend Mal: Der Präsident war nicht informiert. Er ist in dieser Affäre nicht der Angeklagte, sondern der Ankläger. Er war es, der die Dinge ins Rollen brachte, denn „er beauftragte mich mit der Untersuchung dieser Vorfälle."

Edwin Meese, Justizminister und der unzerstörbare Cherubim des Reagan-Optimismus, ist über Nacht zur beherrschenden Figur auf der Krisenszene geworden. Nichts macht den Ernst der Situation deutlicher als das plötzliche Auftauchen dieses Mannes. Denn er erscheint hier nicht nur in der Rolle des zuständigen Justizministers, es ist die Rückkehr des großen Beschützers und Schirmherren des Präsidenten, des Chefs der kalifornischen Brigade, die einst mit Ronald Reagan nach Washington gezogen war, um ihn vor Unbill zu schützen.

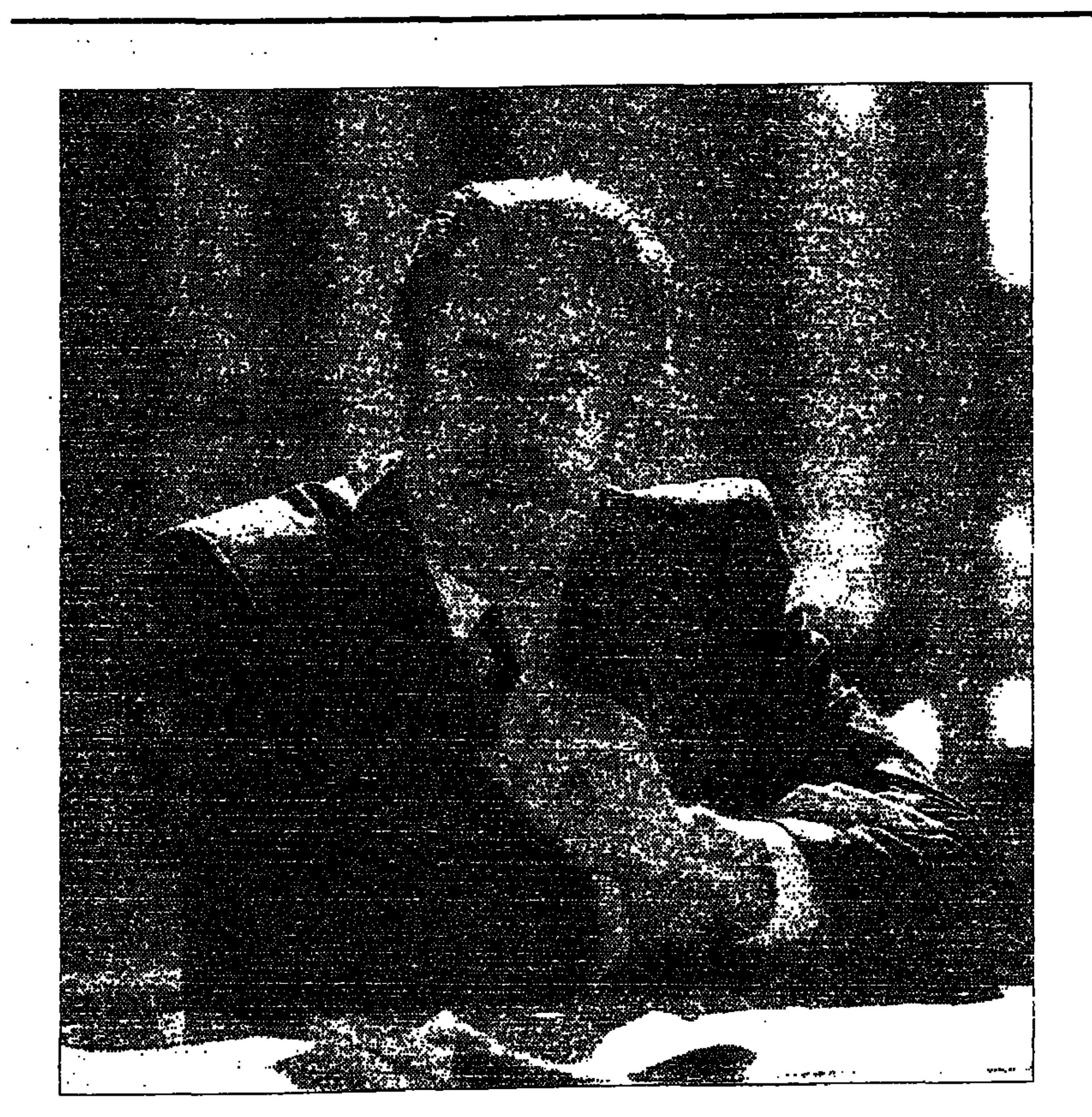
Und Edwin Meese spielt diese alt*vertraute Rolle virtuos*. „Dies ist kein geschlagener Präsident", ruft er in den Wind dieser Affäre hinein. „Von diesem Präsidenten dürfen wir in den kommenden zwei Jahre noch große Dinge erwarten". Zugleich aber gibt er Notstandssignale an die Truppen: „Es ist jetzt die Zeit, sich loyal um den Präsidenten zu scharen. Wer es nicht will, soll es sagen und die Szene räumen."

Es ist unübersehbar: Meese spielt hier die Rolle, die eigentlich dem Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan zukommt. Denn die Panne, die hier passiert ist, fällt in das Ressort dieses Mannes. Regan ist nicht *nur der oberste* Berater, er ist auch der oberste Beschützer des Präsidenten. Und seit gestern ist es bemerkenswert still geworden um diesen sonst sehr lautstarken politischen Chefmanager. Es ist begreiflich, denn die Zeigefinger einer verwundeten Administration zeigen vor allem auf ihn. Er hat geduldet, daß die Männer des Nationalen Sicherheitsrates, angestellt und berufen zur politischen Analyse und zur Koordination zwischen Aussen- und Verteidigungspolitik, aus dem Ruder liefen und aktive Geheimdienstpolitik mit Waffen und mit gewaschenen und ungewaschenen Geldern betrieben. Regan war ihr unmittelbarer Vorgesetzter, er trägt die Verantwortung. Die Frage scheint *nicht mehr*: Wird dieser Mann bleiben, sondern wie lange kann er bleiben. Es gibt Anzeichen dafür, daß er das Vertrauen des Präsidenten verloren hat.

Einer der Gewinner heißt George Shultz

Der Sieger in einer düsteren und ungewohnten Stunde der Verlierer? Es ist fraglos Außenminister George Shultz, dessen Bedenken und Einwände gegen die Rolle der Sicherheitsberater im Weißen Haus und ihren Waffen-Transaktionen voll bestätigt wurden. In Zukunft wird der Iran wieder im Zuständigkeitsbereich seiner Beamten liegen.

Diese Cowboys aber, vor allem der *offensichtliche Drahtzieher des Iran-*Coup, Oliver North, bleiben vorerst weiter die großen unsichtbaren Männer dieser Affäre. Poindexter verweigert jedes öffentliche Gespräch und Oliver North ist weiter die Schattenfigur, die er stets war. Der muskelstarke Macher, der die Bürokraten der Administration überspielte, der Mann, der im Nervenzentrum der Grenada Invasion stand und im letzten Jahr dafür sorgte, daß nach der Achille Lauro Affäre ein Flugzeug mit den Terroristen dieses Coups abgefangen wurde. Oliver North ist ein Mann für Filme, doch ein Fremdling und ein gefährlicher Risikofaktor auf weltpolitischer Bühne.







Lübeck droht Hamburg Klage um Schönberg an

dpa, Lübeck/Hamburg

Im Streit um die Sondermülltransporte zu der nahe Lübeck gelegenen „DDR"-Mülldeponie Schönberg hat die Hansestadt jetzt auch Hamburg eine Klage angedroht. Hamburg will dagegen zunächst versuchen, beim Lübecker Senat Verständnis für die schwierige Situation der Elbmetropole zu wecken.

Nach den Gerichtserfolgen in Darmstadt und Schleswig gegen Genehmigungsbescheide Hessens und Schleswig-Holsteins für Sondermülltransporte erklärte Lübecks Innensenator Egon Hilpert, er könne sich nicht vorstellen, daß der Hamburger Senat freiwillig auf den weiteren Transport von Sondermüll nach Schönberg verzichten werde. Lübeck räume der Elbmetropole maximal 14 Tage Überlegungsfrist ein. Komme Hamburg der Aufforderung nicht nach, werde Lübeck klagen.

Der Staatsrat in der Hamburger Umweltbehörde, Fritz Vahrenholt, erklärte dazu, Hamburg habe in einem Schreiben an Hilpert Gespräche vorgeschlagen. Das Problem der Beseitigung von Sondermüll, von dem sieben Bundesländer betroffen seien, könne nur national gelöst werden. Dabei hätten auch die Flächenländer eine besondere Verantwortung. „Wir haben keine Alternativen – wir können ja nicht auf dem Rathausmarkt abkippen". Hamburg habe sich eingehend mit Schönberg befaßt und gehe davon aus, daß die Deponie westdeutschen Standards entspreche. Jährlich gehen etwa 135 000 Tonnen Sondermüll aus Hamburg in die „DDR".

Mit Dauerlächeln verfolgt der Kanzler die Generaldebatte

Zu Vogels Nachhutgefecht reicht die Union Bonbons

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Es ist ziemlich genau auszumachen, woran Bundeskanzler Helmut Kohl denkt: Während der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel am Rednerpult in der Generaldebatte des Parlaments anläßlich der Verabschiedung des Kanzlerhaushalts 1987 das Kolossalgemälde einer unter Kohls angeblich „redseliger Sprachlosigkeit" völlig ruinierten und von Krisen geschüttelten Bundesrepublik Deutschland entwirft, mustert er die Zuhörertribüne und nickt unmerklich jedesmal, wenn Vogel „Weiter so!" sagt.

Unter diesem CDU-Wahlslogan freilich zählt der Oppositionschef der Sozialdemokraten alles das auf, was seiner Ansicht nach auf nahezu sämtlichen Gebieten der Politik zu schlimmstem Elend geführt habe. Dabei zitiert er, auf Kohl gemünzt, den philosophischen Guru der Aussteiger, Erich Fried, mit dem Satz: „Habe Angst vor dem, der sagt: ich kenne keinen Zweifel." Vogel rügt das, was er bei der Regierung als „geistige Immunschwäche" ausgemacht hat, doch als er gerade zum Höhepunkt seiner Anklagen ansetzt, unterläuft ihm ein Fehler. Er sagt, zu Kohl gewandt: „Wir wollen, daß Johannes Rau an Ihre Stelle tritt!"

Der Rest der einstündigen Rede ging daraufhin in einer Welle der Heiterkeit bei der Koalition unter. Besorgt erkundigte sich der gerade amtierende Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen (CDU/CSU), ob den Redner der Beifall nicht genauso störe, wie die Unruhe, was Vogel beleidigt zurückwies: „Ich danke für die diffizile Betrachtung meines Gefühlslebens!" Und im Abstieg von der Tribüne meinte er noch zur Koalition: „Sie werden sich täuschen, wenn Sie glauben, die SPD wegwischen zu können."

Im engen Behelfsplenarsaal Wasserwerk ist an diesem Mittwoch um 9 Uhr die Regierungsbank so komplett besetzt, daß Zuspätkommende wie Regierungssprecher Friedhelm Ost Mühe haben, irgendwo unterzukommen.

Auf der anderen Seite des Rednerpultes, auf der Länderbank, dagegen große Leere: Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl am 25. Januar, ist nicht erschienen. Das „müde, lustlose Nachhutgefecht", so Theo Waigel als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe über die Vogel-Rede, löst in den Sitzreihen der Union eine so fühlbare Entspannung aus, daß eine große Tüte mit Bonbons in Umlauf gegeben wird, aus der sich jedermann bedient.

Kohl im dunkelblauen Einreiher verharrt während der ganzen auf fünf Stunden angesetzten Debatte, oft mit leicht gefalteten Händen, in der Haltung lockerer Aufgeräumtheit. Die an ihn von Vogel gerichtete Anklage, er sei der „Kanzler der Konkurse und Zwangsversteigerung" amüsiert ihn sichtlich. Im Oktober 1982, als er vor der gleichen schwarz-rot-goldenen Fahne, die jetzt unmittelbar hinter seinem Sessel steht, den Amtseid ablegte, hatte eine der Union sehr kritisch gegenüberstehende Wochenschrift festgestellt: „Noch nie hat ein Kanzler dieses Amt in einer ähnlich schlechten Lage übernehmen müssen." Damals war ihm sogar attestiert worden, es sei höchst ungewiß, ob er bei den für den 6. März 1983 anberaumten Bundestagswahlen nach dem erfolgreichen Mißtrauensvotum der Union gegen Kanzler Helmut Schmidt überhaupt eine Mehrheit erobern könne. Und der jetzige so glücklose Herausforderer Johannes Rau trat damals auf dem Bonner Münsterplatz bei einer von 4000 Sympathisanten der untergegangenen sozial-liberalen Koalition besuchten Versammlung auf, um zu verkünden, die „linke Mehrheit" im Lande werde dafür sorgen, daß die neue Bonner Regierung „ein Zwischenspiel" bleibe.

Dies alles war wohl Grund genug für den Kanzler, sich nun vier Jahre danach mit einem nach innen gekehrten milden Dauerlächeln seiner Aussage für die Presse am Abend des ersten Kanzler-Arbeitstages zu erinnern: „Ich bin der gewählte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und ich gedenke das noch eine Weile zu bleiben."

‚Leichtfertiger Umgang mit Risikopotential'

DW. Bonn

Vor dem Hintergrund der dieser Tage bekanntgewordenen Fälle von wiederholten Gifteinleitungen in den Rhein hat Bundeskanzler Helmut Kohl erneut von „Umweltkriminalität" gesprochen. Die WELT dokumentiert nachfolgend die Kanzler-Passage aus der Bundestagsrede zum Thema Umweltbelastung:

„Der Chemieskandal in Basel hat deutlich gemacht, daß internationale Standards zum Schutz unserer Umwelt nicht nur beim Thema Kernenergie auf der Tagesordnung stehen.

Es ist in jeder Weise unverständlich und in keiner Weise zu entschuldigen, daß dort nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit einem solchen Risikopotential so leichtfertig umgegangen wurde.

Ich füge hinzu, wir brauchen die chemische Industrie und ihre Erzeugnisse, aber wir müssen auch erwarten, daß bei Herstellung und Lagerung ein Maximum an Vorsicht, Voraussicht und Vorsorge gewährleistet wird. Wenn jemand sich nicht daran hält, beziehungsweise im Unglücksfall durch Nachlässigkeit oder sogar Vertuschungsversuche den Schaden vergrößert, dann ist das nichts anderes als Umweltkriminalität.

Wir werden deshalb in engem Zusammenwirken mit den Bundesländern prüfen, wie der Vollzug bestehender Sicherheitsvorschriften verbessert werden kann und ob die Vorschriften zum Umgang mit gefährlichen Stoffen verschärft werden müssen.

Angesichts des hohen Risikopotentials, mit dem die chemische Industrie auch bei uns umgeht, muß sichergestellt werden, daß die Firmen die notwendige Eigenverantwortung und Sorgfalt auch in der Unterrichtung gegenüber den staatlichen Stellen und der Öffentlichkeit wahrnehmen.

Die Sanierung und Revitalisierung des Rheins ist nicht nur im Interesse unserer Trinkwasserversorgung, aber vor allem in diesem Interesse unerläßlich."

Wallmann hält an einer Politik der Kooperation mit der Chemie fest

Aber der Minister will die gesetzlichen Regelungen erheblich verschärfen

ULRICH REITZ, Bonn

Die Bundesregierung will auch nach den jüngsten Chemie-Unfällen, die das Ökosystem des Rheins schwer geschädigt haben, grundsätzlich nicht davon abrücken, „über Kooperation zu einer Selbstverpflichtung der Industrie" zu kommen. Dies bedeute jedoch nicht, daß „wir nach entsprechenden Prüfungen auf notwendige Verschärfungen von Gesetzen verzichten", sagte Bundesumweltminister Walter Wallmann gestern in Bonn. Die chemische Industrie „ist dabei, in eine beachtliche Vertrauenskrise zu kommen", konstatierte der CDU-Politiker.

Wallmann kündigte eine Reihe von verschärften Verordnungen an, die „so früh wie möglich in der nächsten Legislaturperiode" verabschiedet werden sollen. Dazu gehöre auch die Überlegung, die Störfall-Verordnung in einigen Punkten zu verbessern. Wallmann erklärte, seit 1980 seien lediglich 14 Störfälle in der chemischen Industrie an die Behörden gemeldet worden. Der Bundesumweltminister drückte sich vorsichtig aus, als er erklärte: „Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß es tatsächlich nur 14 Fälle gegeben hat". Deshalb müßten die Bestimmungen über die Meldung von Zwischenfällen verschärft werden.

Der Bundesumweltminister kündigte auch die Prüfung der Liste gefährlicher Stoffe an. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz werde mit Blick auf die Lagerhaltung auf den Prüfstand kommen. „Erheblichen Widerstand der chemischen Industrie" erwartet Wallmann bei der Einführung von „Regelwerken" in die Störfall-Verordnung. Damit soll festgeschrieben werden, welche Materialien im Umgang mit gefährlichen Stoffen verwendet werden müssen.

Es werde außerdem geprüft, eine betriebsunabhängige Überwachung der chemischen Industrie zu installieren. In diesem Zusammenhang ließ Wallmann auch Sympathie für den Vorschlag des nordrhein-westfälischen SPD-[illegible] erkennen, eine „Öko-Eingreiftruppe" einzurichten, die bestimmte Betriebe „rund um die Uhr" überwacht.

„Befremdlich" [illegible] Wallmann, daß der hessische Umweltminister Fischer (SPD) [illegible] erst zehn Tage nach dem Unfall bei Hoechst informiert. „Bis zur Stunde haben auch wir keine [illegible] Informationen der Landesregierung", sagte Wallmann. [illegible] schuß, der gestern [illegible] Fischers Staatssekretär [illegible] gens erklärt, er habe weder einen Grund gehabt, den Alarmplan auszulösen, noch die Bundesregierung zu informieren, da dieser Fall nicht in Bundeskompetenz falle. Zu dieser Erklärung heißt es in einer von der [illegible] Unionsfraktion herausgegebenen Stellungnahme: „Es zeigt sich wieder einmal, daß rot-grüne Regierungen den von ihnen selbst geweckten hohen Erwartungen im Bereich des Umweltschutzes in Wirklichkeit nicht entsprechen können."

Laut HEW kein Sicherheitsrisiko

TÜV-Studie ging von hypothetischen Unfällen in Siedewasser-Reaktoren aus

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die Hamburgischen Electricitäts-werke (HEW) haben sich nachdrücklich gegen Mutmaßungen gewandt, ein vom Technischen Überwachungsverein Norddeutschland erstelltes Gutachten über Kernschmelzabläufe in Atomkraftwerken habe Sicherheitsdefizite in den mit Siedewasserreaktoren arbeitenden Kernkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel deutlich werden lassen. Die HEW sind für die Betriebsführungen beider Anlagen verantwortlich.

Das für den Kraftwerkspark des Unternehmens zuständige HEW-Vorstandsmitglied Manfred Timm erklärte dazu, die HEW seien am 5. Juni bei einem Gespräch im Kieler Sozialministerium mündlich und in groben Zügen über das TÜV-Gutachten unterrichtet worden. Offiziell liege die Expertise den HEW seit Dienstag dieser Woche vor.

Timm und der Leiter des Kraftwerks Krümmel, Werner Hartel, versicherten in einem Pressegespräch, die TÜV-Untersuchung befasse sich „mit hypothetischen Unfällen, die nach geltendem Recht dem sogenannten Restrisiko zuzuordnen sind." Sie existiere bisher nur als Entwurf und sei Teil einer Gesamtstudie der Firma „Energie-Systeme Nord" (ESN). Es gehe dabei um „Informationen zur Optimierung der Katastrophenschutz-Planung". Die Autoren des Gutachtens, so betonten Timm und Hartel weiter, hätten auftragsgemäß und bewußt aus methodischen Gründen unterstellt, daß sämtliche vorhandenen Sicherheitseinrichtungen ausfallen und die Betriebsmannschaft nicht reagiert. Aus diesem Grunde enthalte das Gutachten auch keine Aussagen über die Sicherheitsbewertung von Kraftwerken mit Siedewasserreaktoren.

Die tatsächlich vorhandenen Sicherheitsbarrieren schilderten Timm und Hartel für das Kraftwerk Krümmel im Hinblick auf einen der vom TÜV angenommenen Fälle – den Ausfall der gesamten Stromversorgung: Falls dieses Ereignis im gesamten norddeutschen Raum, also „großflächig" eintrete, sei das Kraftwerk Krümmel in der Lage, den für seinen Betrieb notwendigen Strom selbst zu erzeugen. Wenn auch das Abfangen der Anlage auf Eigenbedarf nicht gelinge, so führe das zur automatischen Abschaltung und dem Anspringen von sechs voneinander unabhängigen Notstromdiesel[illegible]. Davon sei jedoch nur einer für die gesicherte Kühlung des Reaktors erforderlich. Selbst bei einem Versagen dieser Aggregate könne die notwendige Stromversorgung der Anlage durch das benachbarte Pumpspeicherwerk Geesthacht sichergestellt werden.

Erst wenn auch das mißlinge, bestehe die Gefahr der Kernschmelze. Die beiden HEW-Manager zeigten sich überzeugt, daß die bevorstehenden Überprüfungen durch die Internationale Atomenergieorganisation und die Reaktorsicherheitskommission die „erforderliche Vorsorge" bestätigen werden.

هكذا في الأصل

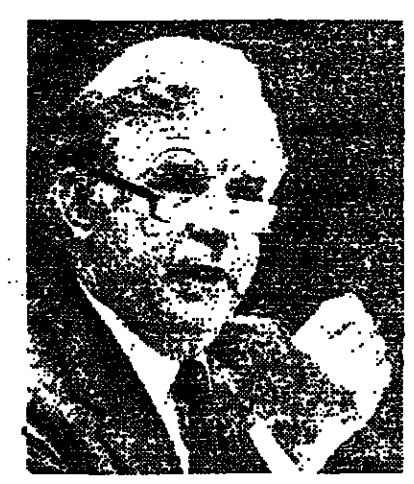
Der Emotion ein Recht oder Des Professors unbefriedigte Nachfrage

Von HELMUT BREUER

Ich begrüße die Grünen als neue politische Kraft, die sich durch ihren Wahlerfolg die Eintrittskarte in die politische Arena erworben und sich als seriöse politische Partei etabliert haben." Mit diesem überschwenglichen Willkommensgruß verblüffte Kurt Hans Biedenkopf am 18. März 1980 Parteifreunde, politische Gegner und wohl am meisten die Grünen selbst, die zwei Tage vorher die Fünf-Prozent-Hürde in Baden-Württemberg übersprungen und damit zum ersten Mal den Einzug in den Landtag eines Flächenstaats geschafft hatten. Biedenkopf war damals Wahlkampfleiter der nordrhein-westfälischen CDU, wurde wenige Wochen später nach dem jähen Herztod von Heinrich Köppler Spitzenkandidat seiner Partei, die bei der Landtagswahl am 4. Mai 4,3 Prozentpunkte verlor und dem noch bundesweit recht unbekannten Johannes Rau zur ersten absoluten Mehrheit der Mandate verhalf. Wer damals in der CDU an eine taktische Finte des wendigen Professors gedacht hatte, der auf diese Weise der SPD/FDP-Koalition in Düsseldorf einheizen zu können glaubte, wurde durch Biedenkopf selbst später immer wieder eines Besseren belehrt.

Darum verschreckte das jüngste Lob Biedenkopfs an die Adresse der Grünen gestern auch nur die zahlreichen Neulinge in der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion, die mitten im Wahlkampf gegen „Rot-Grün" von den neuen Komplimenten ihres Landesvorsitzenden an die alternativen Gegner überrascht worden waren. Staunend lasen sie die Ansicht ihres „Professors", daß die Grünen durch ihre Existenz und Anwesenheit im Bundestag die Prioritäten in den großen Parteien, „vor allem" in der Union", in der Friedens-, Umwelt- und Frauenpolitik entscheidend verändert hätten, was eine „gute Entwicklung" sei. Mit Überraschung nahmen sie gestern auch Biedenkopfs Feststellung zur Kenntnis, daß Gewaltanwendung bejahende Grüne „der Emotion wieder ein Recht in der Politik verschafft" und für sie „die menschliche Toleranz und menschliche, personale Solidarität" große Bedeutung habe. Und verwundert stellten CDU-Abgeordnete auch fest, daß Biedenkopf in seinem Interview 1986 die These vertritt, die Grünen hätten zum Beispiel in der Umweltpolitik auch Antworten gegeben und Modelle geschaffen, „wie man miteinander menschlich umgeht", obwohl seit den umweltpolitischen Anstößen der Grünen doch „mindestens sechs, sieben Jahre vergangen sind", wie ein Fraktionskollege Biedenkopfs im Landtag anmerkte.

Erfahrenere CDU-Parlamentarier dagegen ärgerten sich gestern nur noch über den Zeitpunkt des Erscheinens, nicht aber über den Inhalt der neuen Ideen Biedenkopfs. Während Ina Radke, die Referentin des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden, die Kritik an dem Buchbeitrag ihres Chefs „völlig unverständlich" findet, da CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erst am Wochenende in Köln „ähnliche" Gedanken geäußert habe und schließlich auch so gestandenen Politiker wie Rudolf Seiters (CDU) (Überschrift: „Sie spielen den Sowjets in die Hände") und Burkhard Hirsch (FDP) (Überschrift: „Nur die Schaumkronen auf der Welle") in dem Interviewband des Journalisten Dirk Cornelsen als (allerdings wesentlich kritischere) Co-Autoren vertreten seien, erklären Parteifreunde die Affinität Biedenkopfs zu den Grünen mit anderen Zitaten. Schließlich hätten lediglich die Grünen den von der Union verworfenen Vorschlag des Bonner Instituts Biedenkopfs zur Einführung einer Grundrente begrüßt, wie Biedenkopf es in seinem Interview jetzt ausdrücklich lobend erwähnt. Und außer Biedenkopf hätten ja auch nur grüne Politiker „so geheiligte Sachgesetzlichkeiten wie Wachstumsvorstellungen oder Energieverbrauch radikal in Zweifel gezogen", wie an anderer Stelle zu lesen sei. Dies alles mache die Grünen für Biedenkopf so sympathisch, weil er schließlich mit vielen seiner Thesen in der CDU ein politischer Einzelgänger und Querdenker geblieben sei, wie ein führender westfälischer CDU-Politiker gestern kommentierte und auch darauf verwies, daß so mancher Vorschlag der seit 1977 von Biedenkopf geführten westfälischen CDU „in den Archiven des Bonner Adenauer-Hauses abgelegt worden ist".



Immer wieder für Überraschungen gut: Professor Kurt Biedenkopf
FOTO: DPA

Besonderes Interesse aber fand gestern in der Düsseldorfer CDU-Zentrale der Satz Biedenkopfs: „Ich kenne Joschka Fischer aus einer Reihe von Gesprächen und es war immer ein Gewinn, mit ihm zu reden." Denn mit Freundlichkeiten dieser Art bleibe der „Honorar-Professor", wie Biedenkopf wegen seiner zahlreichen Vortragstermine bei Funk, Fernsehen und Podiumsdiskussionen in seiner Partei zuweilen ironisch-anerkennend genannt wird, im Gespräch und im Geschäft. Oder wie formulierte es schließlich Biedenkopf in seinem Interview selbst: „Die Entstehung der Grünen ist – für einen Wettbewerbsrechtler im übrigen gar nicht überraschend – die Antwort auf eine unbefriedigte Nachfrage."

Bischöfe nehmen vor Wahl Stellung

dpa/KNA, Bonn

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz wird möglicherweise erst kurz nach Jahresbeginn eine Erklärung zur Bundestagswahl veröffentlichen. Die Bischöfe wollen darin unter anderem ihre Ablehnung der Abtreibungsregelung bekräftigen und für einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens eintreten.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Kronenberg, hat die Wähler aufgerufen, die Politiker aller Parteien nach ihrer Haltung zum Schutz des ungeborenen Lebens zu befragen und die Diskussion darüber wachzuhalten.

Frey gründet „Deutsche Liste"

hd. München

Nach dem Erfolg der rechtsorientierten Republikaner bei den Landtagswahlen in Bayern will der Herausgeber der „National-Zeitung", Gerhard Frey, eine neue Partei unter dem Namen „Deutsche Liste" gründen. Sie sei als „Sammelbecken aller nationalen Gruppierungen" gedacht und wolle vom nächsten Jahr an als „wählbare Partei" auftreten, sagte er. Der Generalsekretär der Republikaner, Harald Neubauer, vermutet, daß „die Parteigründung als Abwehrreaktion gegen den Erfolg der Schönhuber-Partei mit CSU-Kreisen abgesprochen ist".

ÖTV-Richter für Verfahrens-Stopp

dpa, Stuttgart

Die in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) organisierten Richter und Staatsanwälte haben eine schnelle Beendigung anhängiger Strafverfahren wegen Nötigung durch Sitzblockaden gefordert und an die Staatsanwälte appelliert, keine neuen Verfahren mehr einzuleiten. Sie beriefen sich dabei auf die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Danach seien Sitzblockaden nicht in jedem Fall strafbar, auch wenn der Senat Sitzblockaden nicht grundsätzlich aus dem Nötigungstatbestand herausgenommen habe.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der noch nie ein Hehl aus seinen freundschaftlichen Gefühlen für die arabischen Staaten gemacht hat, fordert ein Umdenken Bonns, was Waffenlieferungen an die Saudis betrifft. Nach Gesprächen mit führenden Politikern in Riad richtet er mit Blick auf die verhängnisvollen Entwicklungen in Iran einen mahnenden Appell an Bonn und Washington: Wir müssen uns davor hüten zu glauben, daß alles von alleine gut ginge. Mit Strauß sprach Peter Schmalz.



„Eine Bekundung freundschaftlicher Gefühle": Strauß bei König Fahd
FOTO: DPA

„In Riad heißt es: Unser Geld wollt ihr, für unsere Sicherheit tut ihr nichts"

Herr Ministerpräsident, Sie haben auf ihrer viertägigen Reise durch Saudi-Arabien mit den führenden Politikern des Landes konferiert. Können Sie am Tag der Rückkehr eine kurze Bilanz ziehen?

Strauß: Es ist nach neun Jahren mein zweiter Besuch, zu dem ich wiederholt eingeladen wurde. In diesem Land empfindet man Besuche, die vielleicht anderswo als lästige Störung des Alltags empfunden werden, als einen Akt der Höflichkeit, Nichtbesuche als eine Art Absage. Und deshalb wird allein schon ein solcher Besuch gewertet als eine persönliche Bekundung freundschaftlicher Gefühle und partnerschaftlicher Verbundenheit. Demgemäß bin ich hier mit Ehren empfangen worden, wie ich es nicht erwartet hatte und wie ich es nur selten erlebt habe.

Und das alles, obwohl man hier weiß, daß Sie auch in Jerusalem ein gern gesehener Gast sind?

Strauß: Man weiß, daß ich kein Feind Israels bin, aber man erkennt meine objektive Würdigung der Interessen beider Seiten an, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die innere und äußere Sicherheit dieses für uns so wichtigen Landes, die auch durch Beiträge deutscher Technik verstärkt und erhöht werden sollen.

Man erwartet von der Bundesrepublik, daß man die Bedeutung Saudi-Arabiens gerade in der heutigen instabilen Weltlage anerkennt.

Was bedeutet das konkret?

Strauß: Ein Verlust der Stabilität dieses Landes würde ja nicht nur Saudi-Arabien aufs Spiel setzen, sondern auch arabische Staaten, wie Kuwait, Oman, Qatar, die Emirate, die ja eine gemeinsame strategische Einheit bilden. Die Europäer – und das gilt auch für die Amerikaner – müssen sich davor hüten zu glauben, daß alles von alleine gutginge, um dann eines Tages die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen und zu sagen: Das haben wir a) nicht gewußt und b) nicht gewollt. Wie bei der Entwicklung im Iran.

Die Saudis sind verärgert und verunsichert über Reagans geheime Waffenlieferungen an den Iran. Was kann Amerika tun, um den Schaden zu begrenzen?

Strauß: Die Saudis sehen drei Konfliktherde: Afghanistan, der Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Arabern, dessen Lösung endlich mal begonnen werden muß, und der dritte ist der Krieg vor ihrer Haustüre zwischen dem Iran und dem Irak. Der König will einen Frieden, aus dem beide Staaten möglichst unversehrt hervorgehen sollen. Er wünscht sich aber sicher nicht den Krieg der Iraner mit der möglichen Ausstrahlungskraft auf die arabische Halbinsel. Deshalb waren die Saudis von Reagans Geheimaktion so überrascht, obwohl die USA sich beklagen über den internationalen Terrorismus.

Ihr Rat an Washington?

Strauß: Es ist für uns schon sehr schwer, den Amerikanern Ratschläge zu erteilen oder in die Souveränität des Präsidenten einzugreifen. Aber es ist ja nicht das erste Mal, daß um den Präsidenten herum sich Befürworter und Gegner einer bestimmten Entscheidung gruppieren. Ich würde die Befürworter dieser Entscheidung entlassen und Regeln aufstellen, nach denen die USA Waffenhilfe zu gewähren bereit sind. Denn noch größer als der objektive Schaden ist der Verlust an Vertrauen. Die amerikanische Außenpolitik muß kalkulierbar und vorhersagbar sein.

Sie haben sich hier in Saudi-Arabien für eine Änderung unserer Waffenexportbestimmungen eingesetzt. Worin unterscheidet sich denn ihre Haltung konkret von der des Bonner Außenministeriums?

Strauß: Das Kriegswaffengesetz braucht nicht geändert zu werden, nur seine Handhabung sollte so erfolgen, daß wir auf einer Linie liegen mit vergleichbaren NATO-Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Italien. Dieses Problem wird auch manchmal in einem schiefen Licht dargestellt. Ich habe sowohl hier erklärt wie in Israel vor einem Jahr: Wenn die Bundesrepublik das einzige Land wäre, das als Waffenlieferant in Betracht käme, dann würde ich dazu eine völlig negative Haltung einnehmen. Es geht aber nicht um die Frage, ob diese Länder hier Waffen kaufen können, denn die Engländer, Amerikaner und Franzosen liefern ohne Begrenzung an bestimmte und befreundete Staaten – und da sollten wir uns nicht ausschließen.

Warum nicht?

Strauß: Aus einer Reihe von Gründen. Aus politischen und strategischen Gründen und nicht zuletzt aus Gründen der laufenden Modernisierung unserer Rüstungstechnik. Wir haben unseren Vorsprung auf gewissen Gebieten längst verloren.

Riskieren wir durch unsere Zurückhaltung bei Rüstungsgütern auch den Absatz dieser Produkte?

Strauß: Eines hängt mit dem anderen eng zusammen. Auf Schritt und Tritt begegnet man hier der vorwurfsvollen Frage: Warum haltet ihr uns für politisch unverantwortlich und für moralisch unreif; unser Geld wollt ihr haben, aber zu unserer Sicherheit wollt ihr nichts oder nur hinter verschlossenen Türen etwas beitragen.

Bonn und Peking schweigen zur Diplomatenflucht

Co. Bonn

Vor den ersten chinesischen Diplomaten, der in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl gebeten hat, ist ein „Bambusvorhang des Schweigens" herabgelassen worden. Weder von der Bundesregierung noch von chinesischer Seite waren gestern Details über die Umstände und Hintergründe des Übertritts des Ersten Sekretärs Tu Bingru aus der Handels- und Wirtschaftsabteilung der chinesischen Botschaft in Bonn und seiner Ehefrau Zhu Meilan zu erfahren.

Den Chinesen ist die Sache wahrscheinlich sehr peinlich; die Bundesregierung wiederum will die ausgezeichneten Beziehungen zu Peking durch eine größere Publizität des Falles nicht belasten. Nach vorliegenden Informationen hatte Tu Bingru am Montag beim Bonner Ausländeramt um Asyl nachgesucht. Als Begründung hatte er angeführt, er lehne das kommunistische System in China ab. Dem Auswärtigen Amt sandte der bisherige Erste Sekretär, der seit dem 1.4. 1984 in Bonn stationiert war, seinen Diplomatenpaß zurück. Seitdem ist er – vermutlich aus Sicherheitsgründen – nicht mehr erreichbar.

Grausamkeiten der Sowjetarmee

AP, Toronto

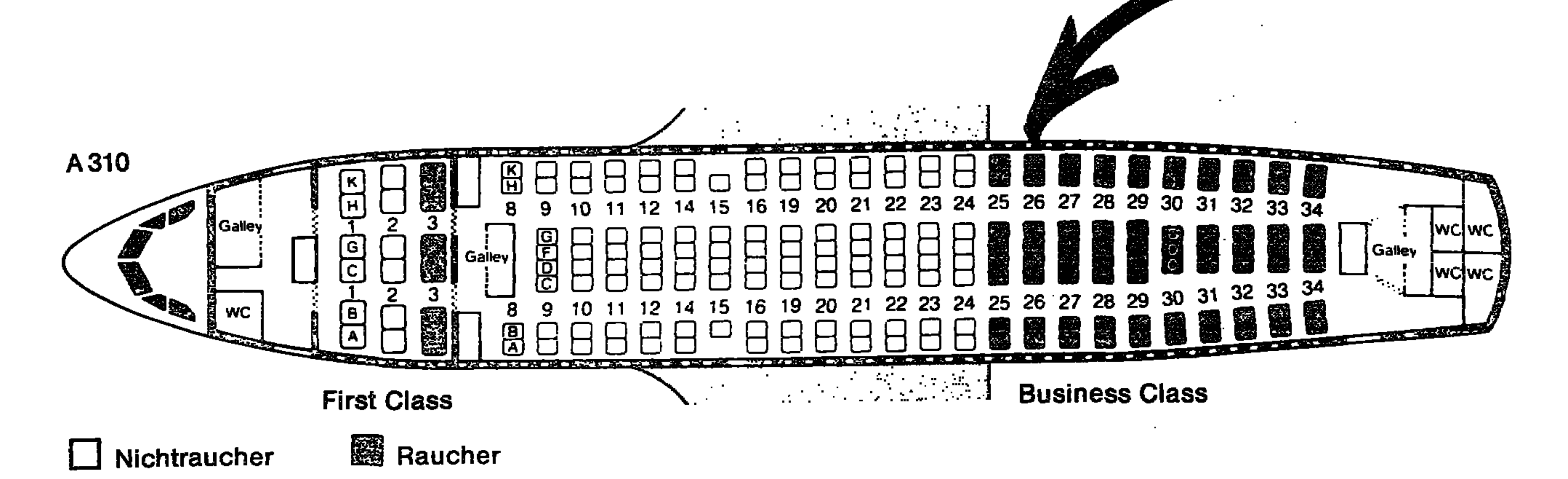
Über die von sowjetischen Truppen in Afghanistan verübten Grausamkeiten haben fünf desertierte Sowjetarmisten vor Journalisten in Toronto berichtet. Während einer Pressekonferenz, zu der ukrainisch- und russisch-orthodoxe Kirchen eingeladen hatten, berichtete der 24 Jahre alte Wladimir Naumow aus Wolgograd, er sei Zeuge eines Angriffes auf ein Dorf geworden, bei dem 98 Menschen den Tod gefunden hätten. Doch habe lediglich einer von ihnen zu den Mudschahedin gehört.

Die zahlreichen Graumsamkeiten hätten die jungen Sowjetbürger veranlaßt, zu den Widerstandskämpfern überzulaufen. Nach den Worten des 22 Jahre alten Sergej Bussows sei die Stimmung bei den sowjetischen Soldaten in Afghanistan sehr schlecht: „Sie wollen nicht kämpfen." Der 24 Jahre alte Nikolai Golowin aus Uljanowsk und der 21 Jahre alte Wadim Plotnikow aus Moskau berichteten, sie seien in einem Straflager der Armee gefoltert worden, nachdem eine Streife beobachtet hatte, wie sie Waffen an Widerstandskämpfer weitergegeben hätten.

Die desertierten Sowjetsoldaten seien vor der Pressekonferenz mit zwei Vertretern der sowjetischen Botschaft in Kanada zusammengetroffen, die ihnen Straffreiheit versprochen hätten, falls sie in die UdSSR zurückkehrten. Sergej Bussow kommentierte das Treffen mit den Worten: „Sie lügen. Wir wollen in Kanada bleiben."

Lufthansa heute:

Seit 1. November können Sie bei Lufthansa zusammen mit dem guten Flug gleich den guten Sitzplatz buchen.



☐ Nichtraucher ■ Raucher

Nun sieht das Angebot der Lufthansa in Europa für Geschäftsreisende so aus:

1. Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

2. Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Normaltarif schon bei der Buchung reservieren.

3. In der neuen Business Class erwarten Sie neue, bequemere Sitze. Mit nunmehr 86 cm Beinfreiheit.

4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.



Eine Freundschafts-Brücke trennt Saudis von Bahrain

PETER M. RANKE, Bahrain

Die Atlanten müssen berichtigt werden: Bahrain ist keine Insel mehr. Nach gut fünf Jahren Bauzeit ist die 25 Kilometer lange Brücke fertiggestellt, die mit vier Fahrbahnen auf haushohen Betonpfeilern die Hauptstadt Manama mit dem saudischen El-Khobar verbindet. Die Kosten des gigantischen Bauwerks betragen mit Zubringerstraßen knapp eine Milliarde Dollar, die allein von Saudi-Arabien gezahlt werden.

Die Einweihung war immer wieder hinausgeschoben worden, denn bei den Regierungen von Saudi-Arabien und Bahrain sind starke Zweifel laut geworden, ob die neue und teure Brücke der Freundschaft und Verbundenheit, die Bahrain ans Festland anschließt, nicht völlig überflüssig ist. Einmal sind die paarweise angeordneten 534 Betonpfeiler, die neben künstlichen Inseln die Brückenkonstruktion tragen, sehr anfällig für Sabotage-Akte. Im Golfkrieg hat das Ayatollah-Regime in Teheran eine „Islamische Front zur Befreiung Bahrains" gegründet, die unter den 350 000 Einwohnern von Bahrain Mitläufer und Agenten hat. 60 Prozent der Bevölkerung sind Schiiten, die seit 200 Jahren regierende Herrscherfamilie der El-Khalifa ist dagegen – wie die Saudis – sunnitisch.

Die Saudis fürchten, daß über die neue Brücke allerlei Unterstützung für die eigene unruhige Schiiten-Bevölkerung in der Ostprovinz kommen wird. Deshalb haben beide Regierungen auf einer künstlichen Insel in der Brückenmitte umfangreiche Polizei- und Zollstationen errichtet. Die Fahrzeit, die ein Auto in einer halben Stunde bewältigen könnte, wird sich wegen der strengen Kontrollen vielleicht auf Stunden ausdehnen. Eine Maut von rund 30 Mark für eine Fahrt ist eine weitere Erschwernis.

Die Hotel-Manager in Bahrain hoffen, daß sie bald viele und reiche Saudis über das Wochenende beherbergen werden. Die saudische Regierung ist an einem solchen Reiseverkehr gar nicht interessiert. Denn in Bahrain ist der Ausschank von Alkohol nicht verboten, während die Koran-Zucht in Saudi-Arabien immer strenger wird. Dieses Klima könnte auch ausländische Firmen in Saudi-Arabien veranlassen, nach Bahrain abzuwandern.

Die Lebenshaltungskosten in Bahrain sind höher als in Saudi-Arabien, so zahlen Amerikaner für eine einfache Dreizimmerwohnung in Manama schon 700 Dollar (1400 Mark). Die Geschäftsleute in Bahrain fürchten nun, daß billigere Waren aus Saudi-Arabien hereinströmen, so daß alle Preise um rund zehn Prozent fallen könnten. Den Befürchtungen über eine Importschwemme von Konsumgütern und Alkohol-Touristen haben die Bahrainis und Saudis insofern vorgebeugt, *daß sie Busse und schwere* Lkw nur bis zur Brückenmitte passieren lassen wollen. Dort muß alles umgeladen werden, die Passagiere müssen umsteigen.

Zur Stunde sehen die Saudis und Bahrainis vor allem einen Vorteil in ihrer kühnen Konstruktion: Sollte sich der Golfkrieg ausweiten oder geriete das Herrscherhaus von Bahrain in Bedrängnis, könnten saudische Truppen in Stundenfrist zur Unterstützung nach Manama rollen. Dank der Brücke wäre der Weg zur Hilfe für die 3000 Soldaten und Polizisten schnell zurückgelegt. Nur weiß niemand sicher in Bahrain: Kommen die Saudis überhaupt, oder sind im Ernstfall die Ayatollahs schneller?

Frankreich zieht 800 Blauhelme aus Libanon ab

pr. Paris

800 Franzosen werden voraussichtlich schon in den nächsten Tagen die UNO-Friedenstruppe in Libanon verlassen. Dieser Teilabzug der Blauhelme bedeutet für Paris aber nicht die Aufgabe seiner Nahostpolitik. Für die *Regierung Chirac ist die Verpflichtung* Frankreichs, Truppen für diese Sondereinheit zu stellen, eigentlich seit April fragwürdig geworden: Kurz nachdem die Bürgerlichen die Macht *übernommen hatten, lehnte es* Paris ab einer Mandatsverlängerung von jeweils sechs Monaten gleichsam automatisch zuzustimmen. Er forderte außerdem eine Revision der Aufgabenbestimmung für die Blauhelme.

Die Mission der Friedenstruppe galt seit ihrer Entsendung im Jahre 1978 der „Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit" in Südlibanon. Dieser Auftrag ist nach französischer Auffassung gescheitert, da sich die UNO bei ihrer Nahost-Resolution vom 23. September nicht einmal dazu durchringen konnte, den Blauhelmen wenigstens die Gegenwehr zu gestatten.

Nachdem sich im August und September Anschläge besonders auf französische Soldaten mehrten, erklärte Premierminister Chirac, er werde nicht länger dulden, daß Franzosen (ihr Kontingent umfaßt 1390 Fallschirmjäger) als „Zielscheibe terroristischer Elemente" würden.

Dennoch: Terrororganisationen forderten von Frankreich die Freilassung „arabischer Häftlinge", darunter die Anführer von drei Mordkommandos – des Armeniers Varoujan Garbedjian, des pro-syrischen Libanesen Georges Ibrahim Abdallah und des Schiiten Anis Naccache.

Den Übergriffen in Nahost folgten im September zahlreiche Bombenanschläge in Paris. Die Täter sind bis heute nicht gefaßt, zur Urheberschaft bekennen sich jedoch arabische Gruppen. Die Manövrierfähigkeit der französischen Regierung wird zudem durch Geiseln im Nahen Osten beengt.

Obwohl Paris immer wieder versichert, daß mit Terroristen nicht verhandelt werde, hat die Regierung auf verschiedenen Kanälen Fühler nach Nahost ausgestreckt und damit erhebliche Irritationen über ihren Nahost-Kurs ausgelöst. Chirac bekam zwar drei Geiseln frei, aber die Sorge darüber, welchen Preis die Nation letztlich zu bezahlen habe, nimmt zu.

Deshalb wird die Meldung der satirischen Wochenzeitung „Canard Enchaîné", Chirac sei einvernehmlich mit Staatspräsident Mitterrand bereit, die letzten fünf französischen Geiseln im Libanon gegen den Terroristen Anis Naccache auszutauschen, in Paris durchaus ernst genommen.

Der frühere Premier Fabius warf Chirac einen „gigantischen Irrtum" vor, wenn er sich auf einen solchen Handel einlasse. Die Vorgänge in Amerika zeigten, welcher Schaden dabei für eine Demokratie entstehe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Gandhi verschließt sich dem Werben Gorbatschows um asiatische KSZE

Indien sieht Sonderbeziehungen zur Sowjetunion gefährdet / Rummel um den Besuch

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

Moskaus Initiative für eine asiatisch-pazifische Sicherheitskonferenz sei lediglich ein „Gedankenanstoß", sagte der indische Premier Rajiv Gandhi bei dem Staatsbankett, das er anläßlich des Besuches des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Neu-Delhi gab.

Gorbatschow hatte diesen Vorschlag in dieser Form erstmals bei seiner Wladiwostok-Rede vorgetragen, bei der er die Asienpolitik Moskaus umriß.

Auch bei dem vorausgegangenen mehr als drei Stunden dauernden Gespräch, das die beiden Politiker unter vier Augen führten, wurde das Thema einer „asiatischen KSZE" angesprochen, ohne aber von indischer Seite allzu große Befürwortung zu erfahren. Schon Leonid Breschnew wollte Anfang der siebziger Jahre Indien für eine asiatische Sicherheitskonferenz gewinnen. Dieser Vorschlag wurde von Gorbatschow unter Einbeziehung des Pazifischen Ozeans erweitert.

Nach wie vor ist Indien der Ansicht, daß eine asiatisch-pazifische Sicherheitsvereinbarung *auf Kosten der sowjetisch-indischen* Sonderbeziehungen geht, und regionale Sicherheit, wie zum *Beispiel in Südasien*, vorrangiges Thema sei. Wirtschaftliche Kontakte dagegen, nach Art der südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) seien ein guter Vorreiter. Wege zur asiatischen Sicherheit zu finden. Indien wehrt sich außerdem dagegen, eine befürchtete sowjetische Vormacht in Asien in Zukunft Realität werden zu lassen.

Sowohl beim Gandhi–Gorbatschow-Gespräch als auch beim abendlichen Festbankett waren nukleare Abrüstung und die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) vorrangige Themen. Während sich Gorbatschow in seiner Rede zu SDI zurückhaltend verhielt, sprach sich Rajiv Gandhi scharf gegen eine Militarisierung des Weltraumes aus, wobei es keine Rolle spiele, ob SDI als Verteidigungswaffe bezeichnet würde. Als „prompte und positive Antwort" auf die „Neu-Delhi-Erklärung zur nuklearen Abrüstung" aus dem Jahre 1985 wertete Gandhi das einseitige sowjetische nukleare Teststopp-Moratorium.

Gorbatschow wies in seiner Rede darauf hin, daß die „Ketten des Militarismus" den Fortschritt aufhalten würden. Indien unter Gandhi habe in den letzten 20 Monaten einen „höchst beeindruckenden Beitrag" zum Friedensprozeß geleistet.

Auch Sicherheitsfragen in Südasien standen auf dem Themenkatalog: Rajiv Gandhi teilte Gorbatschow die indische Besorgnis über Pakistans Aufrüstung und Nuklearprogramm mit. *Gandhi sieht darin, wie er sagte,* „eine zunehmende Bedrohung unserer Sicherheit, die uns zwingt, die knappen Mittel für die Entwicklung in die Verteidigung umzuleiten".

Indien ist vor allem besorgt über jüngste Verhandlungen zwischen den USA und Pakistan über die Lieferung von mindestens zwei „Awacs"-Aufklärungssystemen – *möglicherweise bemannt mit* amerikanischem Personal und stationiert in Pakistan – sowie Pakistans Kaufverhandlungen über hochentwickelte M-1-Panzer mit lasergesteuerten Kanonen. Eine Lieferung von Awacs-Systemen stellt nach indischer Ansicht Pakistans Blockfreiheit in Frage.

Dem KP-Chef wurde in Neu-Delhi *ein prunkvoller Empfang bereitet* – prunkvoller als je zuvor für irgendeinen anderen Staatsgast. Im indischen Fernsehen gibt es seit Tagen sowjetische Spielfilme und Beiträge *über sowjetische Kultur, die Presse* preist im Übermaß die sowjetisch-indische Freundschaft.

Junge Mädchen heißen Michail Gorbatschow und seine Frau Raissa willkommen FOTO: AP

Prozeß gegen Demjanjuk vertagt

dpa/AP, Jerusalem

Der Prozeß gegen den mutmaßlichen Kriegsverbrecher John Demjanjuk ist gestern nach 45minütiger Verhandlung vor einem Jerusalemer Gericht auf den 19. Januar vertagt worden. Zu Beginn der Verhandlung war Demjanjuk weinend zusammengebrochen. Später erklärte der Angeklagte in seiner ukrainischen Muttersprache, er sei nicht der als „Iwan der Schreckliche" bekanntgewordene KZ-Wächter, nach dem die Israelis suchten. Diesen Namen hätten Häftlinge einem gefürchteten Angehörigen der Wachmannschaften des Vernichtungslagers Treblinka gegeben. Das Gericht bewertete die Aussage von Demjanjuk dahingehend, daß der Angeklagte auf nicht schuldig im Sinne der Anklage plädiere, und vertagte sich, um der Verteidigung weitere Vorbereitungszeit einzuräumen.

Ein Friedhof mit Toten, die Geschichte machten

Von R.-M. BORNGÄSSER

Kränze türmen sich auf dem frischen Erdhügel. Grabkränze, besteckt mit roten Nelken, den Blumen, die hierzulande längst politisiert sind, vereinnahmt von Politfunktionären. *Man liest auf der weißen Grabschleife* „dem teuren und lieben Vater und Großvater" von Tochter Swetlana und Schwiegersohn Alexej.

Zwischen dürren Daten 1890–1986 *scheinbar ein langes, normales Leben* gepreßt. Doch der Tote, der hier begraben liegt, war nicht nur ein Sowjetbürger, der liebte, lebte und als friedlicher Pensionär starb, sondern *war einer, der eingriff in die* Geschichte dieses Landes, der das schmerzhafteste Kapitel mitprägte.

Der 96jährige Wjatschelew Molotow, der am 11. November hier auf *dem Nowodjewitschij-Friedhof* am Moskwa-Ufer begraben wurde, war mehr als 30 Jahre lang der „engste Freund und Kampfgefährte des Genossen Stalin". Nur eine rote Grabschleife vom Ministerrat der UdSSR kündet noch von mächtiger politischer Vergangenheit.

Stalin, der Tyrann, wurde aus dem Lenin-Mausoleum 1961 auf Betreiben Chruschtschows verbannt, er liegt an der Kreml-Mauer begraben. Chruschtschow hingegen, der Entstalinisierer, fand seine Grabstätte im neuen Teil dieses Friedhofs. In einem Netz von Daten sind sie nun miteinander verspannt, in das sich die Zeitabläufe flechten, diese Toten, die Geschichte machten.

Molotow schon Legende

Freundlich lächelt der alte Mann *mit dem Zwicker auf der Nase auf* dem Foto, das man auf den Blumenhügel gelegt hat. Freundlich lächelnd auch das Antlitz einer jungen schönen Frau auf braungelbem Porzellan*foto: Molotows* Frau, Polina Schentschuzschina (1897–1970), die Jüdin, die im Zuge der antisemitischen Säuberungen ins Lager geschickt wurde, ohne daß ihr Mann eingriff. Nun liegen sie im Tode vereint, das gemeinsame Grab als endgültiges Faktotum.

An diesem grauen Novembertag, an dem die Dohlen noch erbärmlicher krächzen als sonst, und auch die vergoldeten Zwiebeltürme des nahen Jungfrauenklosters nicht die Tristesse des Tages durchbrechen können, scheint der tote Molotow bereits zur Legende herabgesunken, nichts mehr vom einstigen Schrecken begangener Blutbäder.

Und doch vergrößert sich sein Schatten mitunter wieder in die Gegenwart herüber. Während ich an der Grabstelle stehe, kommen zwei alte Frauen. Die Neugierde mag sie zum frischen Grab getrieben haben. Doch dann sprechen sie vor dem Grab miteinander. Erst ruhig, dann heftig und immer lauter. Eine dritte Frau kommt hinzu. Einzelne Worte durchdringen die Nachmittagsstille, Worte wie „Mörder", „Sühne" und „Strafe", aber auch Worte wie „Ungerechtigkeit" und „Schande". Eine weint.

Der Kreis der Toten schließt sich hier auf diesem Prominentenfriedhof, der Tag und Nacht bewacht wird, den man nur mit besonderer Erlaubnis besuchen kann. Und doch scheint auch in der Anordnung der Gräber – beabsichtigt oder nicht – eine seltsame Logik der geschichtlichen Verknüpfung zu liegen.

Während das Chruschtschow-Grab – die weichen Züge des Bauerngesichts wurden hart und einprägsam vom Bildhauer gestaltet – im neuen Teil des Friedhofs liegt, wo Panzermodelle, herabstürzende Flugzeuge den Ruhm der Sowjet-Armee verkünden, liegt Molotow im alten Teil. Liegt nahe der Grabstelle Allelujewa Stalins, die 1932 freiwillig aus dem Leben schied.

Die Toten jener Jahre zeigen nichts auf von der blutigen Zäsur, die ein Millionenheer von Menschen liquidierte. Auch der Bruder der Allelujewa, Pawel Sergewitsch Allelujew, der seine Schwester um sechs Jahre überlebte, liegt direkt neben Molotow. Und sozusagen Kopf an Kopf erhebt sich das Grabmal der Familie Mikojan. Hier liegt mit Anastas Mikojan ein weiterer Gehilfe Stalins begraben. Auch ihm gelang es, zu überleben – über alle Säuberungen hinweg.

Alte Wunden reißen auf

Diese Nekropole scheint die Zusammenraffung der Geschichte der Sowjetunion, ein Ort, scheinbar eingebettet in die Normalität eines Friedhofs. Doch ab und an reißen die Wunden der Vergangenheit auf. Nur die Milizionäre am Eingang des Friedhofs scheinen unwissend, sind jung. Sie müssen nur aufpassen, daß kein Unbefugter hier hereinkommt. Unbeeindruckt auch die Dohlen, die über das Schattenheer der Toten streichen.

„Es wird Jahre dauern, den Schaden gutzumachen"

Aussöhnungsversuche mit den Arabern in Jerusalem

lav., Jerusalem

Was dem Bürgermeister, dem Stadtrat und der Polizei mißlungen war, gelang einem selbsternannten Schlichtungskomitee von drei Knessetabgeordneten – zwei Araber und ein Druse: Sie besuchten die Gegend in der Jerusalemer Altstadt, in der die jüdischen Einwohner ihre arabischen Nachbarn in die Flucht gejagt hatten, und erreichten eine Aussöhnung.

Tatsächlich war es die Bewegung des chauvinistischen Rabbis Meir Kahane gewesen, die die Unruhen provoziert und zum großen Teil angeheizt hatte. Einige andere orthodoxe Extremisten waren als Mitläufer aktiv gewesen.

Aber die Vorfälle lassen sich nicht ungeschehen machen. Bürgermeister Teddy Kollek sagte: „Es wird Jahre dauern, bis wir den angerichteten Schaden wieder gutgemacht haben." Zum ersten Mal war es zu regelrechten ethnischen Zusammenstößen gekommen. Dazu Kollek: „Genau dies war das Ziel der Terroristen, die vor einer Woche aus Dschenin nach Jerusalem geschickt wurden und einen Juden erstachen. Rabbi Kahane hat ihnen in die Hände gespielt."

Die arabischen Einwohner der Altstadt *befanden sich in einer mißlichen* Lage, die jedoch eines der Kernprobleme des israelisch-arabischen Konfliktes widerspiegelt: Ihre jüdischen Nachbarn warfen den Augenzeugen des Mordes, der die Unruhen ausgelöst hatte, vor, sich geweigert zu haben, der Polizei eine Beschreibung der Täter zu geben. Das stimme, sagten sie, „aber wenn wir das getan hätten, hätte die PLO uns umgelegt."

Die Pflicht des Bevölkerungsschutzes lag bei den israelischen Behörden. Die nicht ausreichenden Polizeikräfte wurden durch 400 reguläre Soldaten verstärkt, in drei Tagen wurden 42 Juden festgenommmen. Aufrufe zur Beruhigung kamen von höchster Ebene. Der sephardische Oberrabbiner Mordechai Eliahu, Staatspräsident Herzog, Außenminister Peres und Knessetpräsident Hillel forderten Ruhe. Der Mufti von Jerusalem ersuchte die Konsuln der Westmächte in Jerusalem um Schutz für die arabische Bevölkerung in Jerusalem.

In der Knesset wurden vier Mißtrauensanträge der *linksgerichteten* Opposition mit großer Mehrheit abgewiesen. Die Opposition hatte die Regierung beschuldigt, nicht entschlossen genug gegen extremistische jüdische Kreise vorgegangen zu sein.

NOTIZEN

Epilepsie-Chirurgie

Düsseldorf (dnw) – Das erste Zentrum für Epilepsie-Chirurgie in der Bundesrepublik soll den Bodelschwinghschen Anstalten Bethel angegliedert werden. Wie NRW-Gesundheitsminister Hermann Heinemann gestern mitteilte, wird das Land Nordrhein-Westfalen rund zehn Millionen Mark für die Einrichtung des Zentrums zur Verfügung stellen. Rund 800 000 Personen leiden nach Schätzung von Experten unter einer aktiven Epilepsie, davon sind etwa 200 000 Kinder und Jugendliche. Bei 15 bis 20 Prozent der Patienten bringt die medikamentöse Therapie keine wesentliche Besserung. Für sie könne ein operativer Eingriff eine wesentliche Linderung bringen. Bisher seien diese Menschen meist auf neuro-chirurgische Behandlung im Ausland angewiesen.

Parkinson-Krankheit

Düsseldorf (dpa) – Parkinson-Patienten sollten nach der zweifelsfreien Diagnose ihrer Krankheit möglichst frühzeitig über ihr Leiden aufgeklärt werden. Nur so könne der zur Apathie und Depression neigende Kranke zur aktiven Mitarbeit an der Therapie gewonnen werden. Darauf hat gestern der Münchner Psychologe Frank Decker bei der ärztlichen Fortbildungsveranstaltung Medica in Düsseldorf hingewiesen. In der Bundesrepublik leiden etwa 120 000 Menschen an der Nervenkrankheit, die zur völligen Bewegungsunfähigkeit führt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Kristallklare Klänge am laufenden Band" – Dieter Thierbach beschreibt die Querelen um das „Digital Audio Tape".

*

„Rechenkünstler im Spannungsverhältnis" – Die elektronischen „Neuralen Netzwerke". Von A. Nöldechen.

*

Annette Tuffs berichtet über den Mißbrauch von Zahlen in Statistiken.

Den Blick auf die Zukunft gerichtet

Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft: Ausbau trotz stagnierender Haushaltsmittel

Von LUDWIG KÜRTEN

Wie in den letzten Jahren kämpft die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) weiterhin mit einer angespannten Finanzlage, die durch einen real stagnierenden Haushalt in den letzten zehn Jahren gekennzeichnet ist. Der rund eine Milliarde Mark umfassende Haushalt der Wissenschaftsorganisation soll 1987 nur um 29 Millionen steigen, die fast vollständig von der nächsten Gehaltserhöhung aufgezehrt werden. Dennoch zeichnet sich jetzt Anlaß für vorsichtigen Optimismus ab, wie der Präsident der Gesellschaft, Prof. Heinz Staab, auf der Jahrespressekonferenz in Bonn erklärte. Die Ministerpräsidenten der Länder haben auf ihrer letzten Sitzung Anfang Oktober beschlossen, den Haushalt der MPG im Jahr 1988 um fünf Prozent zu erhöhen.

Auch der Haushaltsausschuß des Bundestages hat sich für eine verbesserte Mittelausstattung der Gesellschaft ausgesprochen. Mit dieser Aufstockung des Finanzsockels könne die MPG einen Teil jener Flexibilität zurückgewinnen, so Prof. Staab, die sie für eine erfolgreiche Arbeit dringend benötige. Sie würde es auch ermöglichen, begonnene Ausbaupläne der Institute weiterzuführen, die zur Zeit gefährdet seien.

Dazu gehört die zweite Ausbaustufe des Max-Planck-Institutes für Polymerforschung in Mainz, das in seiner ersten Stufe im März dieses Jahres eingeweiht wurde. Weitere Pläne bestehen für das Institut für Immunologie in Freiburg, das um zwei neue Abteilungen erweitert werden soll. In Stuttgart soll der Arbeitsbereich Halbleiterphysik vergrößert werden, nachdem es der Gesellschaft endgültig gelungen ist, den Physik-Nobelpreisträger von 1985, Klaus von Klitzing, am Stuttgarter Institut für Festkörperforschung zu halten.

Am Göttinger Institut für Biophysikalische Chemie wurde durch zwei Neuberufungen der molekularbiologische Teil ausgebaut. Ähnliche thematische Erweiterungen stehen am Institut für Biochemie in Martinsried und am Institut für experimentelle Medizin in Göttingen bevor. Dabei ist es gelungen, renommierte deutsche Wissenschaftler von amerikanischen Universitäten zurückzuholen.

Die Durchsetzung einer deutlichen Zuwachsrate bei der Mittelzuweisung ist nach Auskunft von Prof. Staab auch die Voraussetzung dafür, daß die Gesellschaft den Wünschen der Länder Bremen und Saarland Rechnung tragen kann, in denen noch keine Einrichtungen der MPG bestehen. Zur Zeit wird für Saarbrücken die Einrichtung eines Institutes für Informatik, für Bremen die eines Institutes für Hochseebiologie diskutiert. Eine endgültige Entscheidung ist aber in beiden Fällen noch nicht getroffen. So ist nach Staabs Ansicht eine finanzielle Beteiligung der beiden Länder an den Neugründungen unumgänglich. Ungeklärt sei auch, inwieweit die beiden Forschungsgebiete tatsächlich im Rahmen eines Max-Planck-Institutes am besten verwirklicht werden können.

Die angestrebte höhere Finanzausstattung wird nach Ansicht von Staab aber nicht dafür ausreichen, den Investitionsstau im Bau- und Apparatebereich abzubauen. Gegenüber den Hochschulen seien die Max-Planck-Institute bei ihrer apparativen Ausstattung deutlich ins Hintertreffen geraten. Zusätzlich zur Erhöhung der Grundfinanzierung benötige die Gesellschaft daher ein Sonderprogramm zur Modernisierung. Hierfür sind 60 Millionen Mark beantragt worden.

Die MPG wird auch weiterhin auf Drittmittel angewiesen sein, betonte Staab. Die zusätzliche Finanzierung stammt dabei zum Teil von den Bundesländern, aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, oder von Einrichtungen zur Forschungsförderung, wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Stiftung Volkswagenwerk. Die jeweiligen Anteile für die MPG seien aber gering im Verhältnis zu anderen Förderungen. So betrage der Anteil der in Max-Planck-Institute fließenden Gelder von der DFG nur etwa 2 Prozent.

Staab verwies darauf, daß die Max-Planck-Gesellschaft trotz ihrer angespannten Finanzlage keine Auftragsforschung annehmen werde, sondern sich – wie es ihre Statuten vorsehen – weiterhin ganz der Grundlagenforschung widmen werde.

Kommt „Rosat" in die Mottenkiste?

dpa, **München**

Der neue Flugplan für die US-Raumfähre „Space Shuttle", in dem nach der Explosion der „Challenger" im Januar 1986 zahlreiche geplante Flüge gestrichen worden sind, droht die Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik in Garching bei München in Schwierigkeiten zu bringen. Der ursprünglich für das Frühjahr 1988 vorgesehene Start des unter wissenschaftlicher Leitung dieses Instituts entwickelten deutschen Röntgensatelliten „Rosat" soll sich danach um etwa sechs Jahre verschieben. Das aber hätte zur Folge, daß dieses Stück deutscher Spitzentechnologie für Jahre „eingemottet" werden müßte – mit nicht absehbaren Folgen für seine spätere Leistungsfähigkeit.

„Das hat unsere schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen", kommentierte Projektleiter und Institutschef Prof. Joachim Trümper nach einer Mitteilung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) vom Mittwoch in München den amerikanischen Flugplan, „eine Verschiebung auf 1994 ist wissenschaftlich, technisch, finanziell und organisatorisch absolut untragbar".

„Rosat" ist der größte wissenschaftliche Satellit, der bisher in Westeuropa entwickelt wurde. Er besitzt auch das weitaus größte und genaueste Röntgenteleskop, da je gebaut wurde. Der Röntgensatellit soll innerhalb der ersten 16 Monate mit bisher unerreichter Schärfe den Himmel absuchen und entsprechende Daten für einen neuen Atlas kosmischer Röntgenquellen liefern.

Möglich erscheint den Wissenschaftlern nun aber auch der Start mit einer Rakete. Dafür eigne sich die amerikanische Rakete Atlas Centaur, von der die Nasa allerdings nur noch zwei Exemplare in der Form von Einzelteilen besitzt. Daraus ließe sich, so die Mitteilung, bis zum April 1989 eine einsatzfähige Rakete bauen.

Eine Alternative wäre auch ein Start im Dezember 1989 mit einer neuproduzierten Rakete dieses Typs, falls der US-Kongreß das Baukonzept dafür genehmigt. Der Start mit einer Rakete statt mit der Raumfähre könnte „Rosat" ein längeres Leben bescheren, in einer Umlaufbahn in 530 Kilometern Höhe statt der bisher vorgesehenen 470 Kilometer.

Der Sternenhimmel im Dezember

Von ERICH ÜBELACKER

Wie in den beiden Vormonaten sorgen auch im Dezember unsere unmittelbaren Nachbarn, die Mitglieder des Sonnensystems, für ein besonderes und leicht beobachtbares Himmelsschauspiel. Nach der totalen Mondfinsternis im Oktober und dem Merkurdurchgang im November stehen diesmal die beiden Planeten Mars und Jupiter im *Blickpunkt*.

Der schnelle, etwas rötliche Mars nähert sich in der ersten Monatshälfte dem strahlend hellen Jupiter. Am 19. 12. ist es dann soweit: Die beiden Planeten stehen eng beieinander und bilden ein eindrucksvolles Doppelgestirn, sozusagen den Weihnachtsstern 1986. Auch die Himmelserscheinung, die vor 2000 Jahren die Weisen aus dem Morgenland nach Bethlehem rief, war eine solche Planetenkonjunktion. Damals allerdings lief Jupiter dreimal an Saturn vorbei, was von den sterngläubigen Weisen als die Geburt eines neuen Herrschers gedeutet *wurde*.

Aber kommen wir noch einmal auf Mars und Jupiter zurück. Ihr rapides Zusammenrücken kann von Tag zu Tag in den frühen Abendstunden über dem Südhorizont leicht mit bloßem Auge verfolgt werden, wobei Jupiter als hellster Stern des Himmels als Orientierungshilfe dienen kann.

Unser Mond erreicht am 1. 12. die Neumondstellung und am 8. des Monats das erste Viertel. Wir haben also den seltenen Fall, daß der Mondzyklus mit dem Kalendermonat übereinstimmt. Am 16. 12. ist Vollmond, in der Weihnachtszeit dagegen steht der Erdbegleiter am Morgenhimmel, wo er am 23. 12. mit der jetzt besonders hellen Venus zusammentrifft, die zur Zeit Morgenstern ist.

Im kleinen Fernrohr erscheint Venus, ähnlich wie der sie am Monatsende überholende abnehmende Mond, als Sichel, da ihre uns zugewandte Seite nur zu einem kleinen Teil von der Sonne beleuchtet ist. In den allerersten Tagen des Monats kann man sogar zwei Morgensterne beobachten: Bis zum 6. 12. ist auch Merkur kurz vor 7.00 Uhr knapp über dem Osthorizont zu finden.

Alle anderen Sterne am Dezemberhimmel sind Fixsterne, ferne Sonnen, die so weit entfernt sind, daß man im Gegensatz zu Mond und Mars ihre Bewegungen untereinander in einem kurzen Menschenleben nicht mit bloßem Auge beobachten kann. Sie bilden seit Jahrhunderten und Jahrtausenden praktisch immer dieselben Figuren am Himmel, die Sternbilder.

Besonders sternreich ist gegen 22.00 Uhr die Region über dem Osthorizont, wo nun die ganze Pracht des *Winterhimmels erschienen ist*. Das schönste aller Sternbilder, der Himmelsjäger Orion mit seinen Schulter-, Gürtel- und Fußsternen gehört ebenso dazu wie der Große und der Kleine Hund, die Zwillinge und der Stier. Hoch über dem Ostpunkt findet man das markante Fünfeck des Fuhrmanns, während die Herbststernbilder Perseus und Kassiopeia fast genau im Zenit, den höchsten Punkt des Himmels stehen.

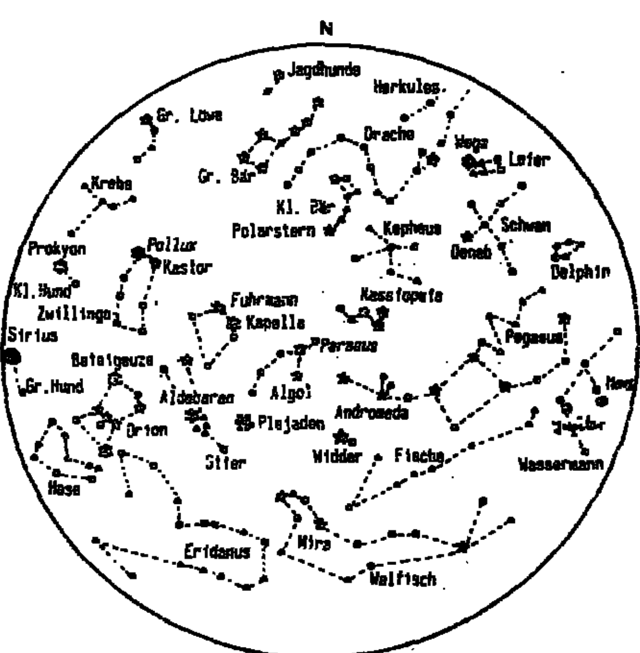
Der Himmel über dem Südhorizont erscheint dagegen fast sternleer, zumal die dort angekommenen unscheinbaren Sternbilder Widder, Fische, Walfisch und Eridanus besonders in *Großstadtnähe* kaum auffallen.

Der *Grund* für den völlig unterschiedlichen Sternenreichtum im Osten und Süden ist leicht einzusehen: Die prächtigen Wintersternbilder über *dem* Osthorizont liegen mitten in der Milchstraße. Wo viele Sterne *sind*, ist auch die Wahrscheinlichkeit groß, mehrere sehr helle Sterne zu finden. Blicken wir dagegen nach Süden, so schauen wir *aus der* Milchstraßenebene heraus in die Tiefen des Alls. Unser Blick trifft *nur* auf wenige Sterne: die Wahrscheinlichkeit, auf sehr helle *Vertreter zu treffen*, nimmt stark ab.

Im Südwesten haben die Herbststernbilder Andromeda und Pegasus gerade ihre Höchststellung überschritten, während sich im Westen mit Leier und Schwan die letzten Sommerbilder verabschieden. Über dem Nordhorizont hat der Große Bär gerade seine niedrigste Stellung überschritten.

Untergehen kann dieses bekannte Sternbild bei uns ja nicht, da sein Kreis um den ruhenden Polarstern im Kleinen Bären so klein ist, daß es nie den Horizont berühren kann.

Ähnlich wie im August können wir auch um den 15. 12. mit einer stark erhöhten Sternschnuppentätigkeit rechnen. Die Erde rast dann durch den ergiebigen Meteoritenstrom der Geminiden hindurch und fängt Tausende seiner Teilchen ein. Diese flitzen mit rund 40 Kilometer pro Sekunde durch unsere Atmosphäre und regen dabei deren Atome und Moleküle zum Leuchten an, so daß man viele prächtige Lichtspuren sehen kann. Sie treten besonders in den Morgenstunden auf, da der Morgenhimmel in *Fahrtrichtung des Raumschiffs* Erde liegt, das ja selbst mit 30 Kilometer pro Sekunde durch das All rast.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zu schön, um wahr zu sein?

„Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Ost und West"; WELT vom 12. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Friedmann kommt zu für die Wiedervereinigungspolitik meiner Ansicht nach recht unrealistischen Folgerungen. Will er doch ein wiedervereintes Deutschland als Sicherheitskonzept für Ost und West in die operative Außenpolitik einführen. Ein wiedervereintes freies Deutschland, so meint er, wäre die beste Sicherheitsgarantie für den Osten wie für den Westen. Es wäre zu schön, um wahr zu sein, wenn beide Seiten dieser zuweilen von sozialistischer Seite vertretene Meinung sich zu eigen machen würden.

Das aber dürfte weder für den Osten noch für den Westen zutreffen. Für Moskau ist die DDR einstweilen die äußere harte Schale, um in Polen und in den übrigen Satellitenländern gelegentlich mal die Zügel etwas lokkern zu können. Die Sowjets gäben die DDR vielleicht frei, wenn für sie dabei die Aussicht auf ein rosarotes Gesamtdeutschland herauskäme. Aber selbst für diesen Fall wäre es noch fraglich, denn 80 Millionen wiedervereinte Deutsche böten einen wahrscheinlich noch größeren Unruheherd, als es die Polen schon heute tun.

Was den Westen betrifft, so wären für ihn 80 Millionen wiedervereinte Deutsche nur im Rahmen eines geeinten künftigen Europas akzeptabel. Die beste Wiedervereinigungspolitik geht daher Hand in Hand mit einer Politik zu einem vereinten Europa. Die Lösung der deutschen Frage wird also vermutlich erst im Zuge einer Wiedereinigung Europas möglich werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. C. C. von Pfuel,
Bonn 1

*

Seit Beginn der SDI-Diskussion frage ich mich, warum unsere Experten die mit der Verwirklichung des SDI-Programmes verbundene Destabilisierung der potentiellen Nebenkriegsschauplätze – insbesondere Europa und Deutschland – nicht, zumindest nicht in der breiten Öffentlichkeit vernehmbar ansprechen. Sollte es durch SDI für die USA und die Sowjetunion *möglich* werden, alle weitreichenden Raketen abzufangen, *entstünde im Prinzip die gleiche Problematik*, die Bernhard Friedmann *jetzt von den Verhandlungen in* Reykjavik her beleuchtet: Ein Krieg in *Europa würde wieder ohne größere* Gefahr für die Weltmächte führbar.

Allerdings gibt es einen gravierenden Unterschied: Als Naturwissenschaftler halte ich die SDI-Phantasie in ihrer Gesamtheit – und nur die ist strategisch relevant – aus wirtschaftlich-technischen Gründen nicht für durchführbar. Eine solche Diskussion wäre also eher von akademischem Charakter, wenn auch von hoher politischer Brisanz.

Jedenfalls hat Friedmann wohl recht, daß sich Westeuropa über kurz oder lang mit einem deutlich verringerten *Engagement der USA* einrichten muß. Will man aber unter diesen *Umständen ein langfristig stabiles* System in Frieden und Freiheit für Europa, zumindest für Westeuropa schaffen, ist ein zerteiltes Deutschland als Grundlage dafür denkbar ungeeignet.

Dr. Hans-Ulrich Höfs,
Krefeld
Vorsitzender des Gesamtdeutschen Studentenverbandes

*

Die Teilung unseres Vaterlandes fällt weniger zu Lasten der Westdeutschen, sondern der Mitteldeutschen aus. *Jeder weitere Tag bedeutet für* sie einen weiteren Tag Unterdrükkung und Unfreiheit.

Sturm und Entrüstung gibt es, teilweise *zu* Recht, um Südafrika und Mittelamerika. In Europa betreibt man Appeasement-Politik gegenüber einem Regime, das offensichtlich die Menschenrechte mißachtet. Die CDU/CSU handelt trotz neuartiger lautstarker Reden von Kanzler Kohl deutschland- und außenpolitisch nicht anders, als die alte sozial-liberale Koalition.

Die Bundesrepublik Deutschland ist lediglich als Provisorium gegründet worden. Dies scheinen unsere Politiker ebenso vergessen zu haben wie die Präambel unseres Grundgesetzes.

Heiko Pätzmann,
Hamburg 90

*

Der Vorschlag des Herrn Friedmann, die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Kontext der Sicherheitsfrage politisch zu artikulieren bzw. zu aktualisieren, *ist zu begrüßen*.

Beginnen könnte eine solche *Operation mit dem Abzug der Besatzungstruppen inclusive ihrer Atomwaffen aus beiden deutschen Teilstaaten*, bis auf ein symbolisches *Restkontingent von jeweils 25 000* Mann (davon jeweils 5000 Mann in Berlin).

Dieser Truppenabzug, der nichts an der Bündniszugehörigkeit beider deutscher Staaten zu NATO und Warschauer Pakt und damit an der allgemeinen Sicherheitslage ändern würde, *könnte kombiniert werden mit einem* deutsch-deutschen *Nichtangriffspakt*, was ebenfalls die Bündnisstatuten nicht tangieren würde.

So wäre weder ein atomarer noch ein begrenzter konventioneller Krieg auf deutschem Boden möglich. Der Abschluß eines Konföderationsver*trages zwischen* beiden deutschen Staaten und eine gleichmäßige Herabsetzung der deutsch-deutschen Truppenstärken bis zum Jahre 1990 *könnten quasi automatisch folgen*.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wolfgang Venohr,
Berlin

Staatsbürger

Sehr geehrte Damen und Herren,

die erneut aufgeworfene Frage einer Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft veranlaßt mich zu einem rechtlichen Hinweis, den ich bisher vermißt habe.

Art. 16, Abs. 1, Satz 1 GG untersagt *Regierung, Gesetzgeber und* Rechtsprechung (Art. 20, Abs. 3 GG), einem Deutschen die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen.

Die Anerkennung einer ausschließlichen Staatsbürgerschaft der DDR würde den Verlust (Entziehung) der gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft durch die anerkennende Regierung bedeuten, also verfassungswidrig sein. Eine nach Völkerrecht zu beurteilende Vereinbarung schlösse nämlich eine Betreuung von Bürgern jenseits der Mauer aus. Sie könnten allenfalls einen Asylantrag stellen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Helmut Karstendiek,
Bremen 41

Kontinuität?

„Ist das Abitur am Ende?": WELT vom 20. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Abitur hat, besonders infolge des Fehlens jeder hinreichenden und überwachten Kontinuität der Arbeit in den Schulen, schon so sehr an allgemein anerkannter Aussagekraft verloren, daß sich die künftigen Abiturienten, die sich um einen qualifizierten Ausbildungsplatz bemühen, erst einmal von den Stellen, die solche Plätze anbieten, gründlich überprüfen lassen müssen.

Diese Prüfungen finden in der Regel schon während des letzten (13.) Schuljahres statt. Da auf Hunderte Bewerber oft nur vier oder fünf Ausbildungsplätze kommen, müssen sich diese Schüler(innen) oft Dutzende Male an den verschiedensten Stellen bewerben. Dutzende Schultage gehen ihnen so verloren und der Unterricht verliert noch mehr an Kontinuität und Wirksamkeit, als es schon durch die zahlreichen sonstigen Ausfälle geschieht.

So produziert mangelnde Kontinuität und Aufsicht neuen Mangel an Kontinuität: ein Circulus vitiosus, ohne dessen Druchbrechung das Abitur bald wirklich am Ende sein wird, auch ohne sonstige Einwirkungen.

Mit freundlichen Grüßen
Adolf Beil,
Hamm

Feigenblätter

„Raus Wahltour erfordert auch viel ‚heiße Luft'"; WELT vom 20. November

Für „Bruder Johannes" sei – wie Harald Günter in seinem Beitrag schreibt – „soziale Gerechtigkeit" das „erste Thema" seines Wahlkampfes. Herr Rau müßte aber einmal klipp und klar sagen, was er darunter eigentlich versteht. Hält er es etwa für sozial gerecht, wenn Genosse Lappas nach seiner Abhalfterung ein volles Jahr monatlich 60 000 Mark kassiert? Das wären nach Adam Riese im Jahr 720 000 Mark. Für diese Summe müßte ein „Lohnabhängiger" mit einem Jahreseinkommen von 36 000 Mark 20 Jahre arbeiten.

Dieser Skandal – den Herr Rau auf seiner Wahlkampftour einmal anprangern sollte, ehe er nach sozialer Gerechtigkeit ruft – zeigt eines mit aller Deutlichkeit: Die „Umverteilung von unten nach oben", die SPD und DGB den Unionsparteien immer wieder *vorhalten*, ist im Gewerkschaftsbund längst gang und gäbe. Die Beiträge der Mitglieder werden von unten nach oben zugunsten der Spitzenfunktionäre umverteilt, die – von einigen „Feigenblättern", wie beispielsweise Gustav Fehrenbach, abgesehen – allesamt Genossen des Herrn Rau sind.

Ein anderer Skandal ist, daß die IG Metall Niedersachsen vier bis fünf Millionen Mark an Mitgliedsbeiträgen für den Wahlkampf gegen die CDU *mißbraucht* hat.

Paul Voelker,
Hildesheim

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Vor der Wahl und unter dem Einfluß von Alkohol tun die Menschen Dinge, die sie in normalem Zustand niemals tun würden."

Manfred Rommel, deutscher Politiker (geboren 1928)

Personen

MILITÄR

Oberst i. G. **Karl-Eduard von Kospoth** wird am 1. Januar 1987 neuer General Manager der NATO Airborne Early Warning and Control Programme Management Agency (NAPMA) im niederländischen Brunssum. Er wird Nachfolger des deutschen Generalmajors a. D. der Luftwaffe, **Siegfried Boy**, der als pensionierter General diese Position bisher innehatte. Zum Jahresende wird Brigadegeneral **Heinz Laube**, Stellvertretender Kommandeur und Chef des Stabes des Luftwaffenunterstützungsgruppenkommandos Nord in Münster, pensioniert. Sein Nachfolger wird Brigadegeneral **Hugbert Ibel**, der bisherige Systembeauftragte des Waffensystems MRCA im Führungsstab der Luftwaffe im Bonner Verteidigungsministerium.

VERANSTALTUNG

Werbung und Wohltätigkeit haben jetzt, nach westlichem Muster, auch die Sowjets entdeckt. Sowjetbotschafter **Julij Kwizinskij**, Schirmherr einer „russischen Gala" in der Bad Godesberger Redoute, verband Propaganda für Kaviar und „Champanskaja" sehr geschickt mit einer Spende für die „Deutsche Krebshilfe". Er persönlich überreichte Frau Professor **Sabine von Kleist**, der stellvertretenden Vorsitzenden der Krebshilfe, einen Scheck über 10 000 Mark. Gastgeber der „russischen Nacht" mit dem Nachrichtensprecher **Werner Veigel** als *Moderator, der aus der Sowjetunion* ausgewanderten jüdischen Pianistin ***Emma Metrikin*** war die Plodimex Außenhandels GmbH. Die russisch-deutsche Firma in Hamburg hat sich auf den Export russischer Delikatessen spezialisiert. Die Gästeliste war kunterbunt wie das Programm. Am Tisch des Botschafters AA-Staatssekretär **Andreas Meyer-Landrut**. An den Nebentischen Vertreter der verschiedensten deutschen Unternehmen und Branchen.

KIRCHE

Zum neuen Generalsekretär der Reformierten Kirche (Hervormde Kerk) in den Niederlanden ist der 54jährige Theologe **Karel Blei** ernannt worden. Blei, der in den letzten Jahren vor allem auf dem Gebiet der internationalen Ökumene tätig war, wird sein Amt im Juli 1987 antreten.

EHRUNGEN

Die Alexander-von-Humboldt-Stiftung hat den – je nach Aufenthaltsdauer – mit 20 000 bis 70 000 Mark dotierten Forschungspreis für ausländische Geisteswissenschaftler in diesem Jahr dem finnischen Philosophen **Georg Henrik von Wright** (70) zugesprochen. Wright ist vor allem durch bahnbrechende Forschungen auf dem Gebiet der Normenlogik hervorgetreten.

*

Professor **Peter Starlinger** (55), Direktor am Institut für Genetik der Universität Köln, erhält den mit *40 000 Mark* dotierten Ernst-Hellmut-Vits-Preis 1986 der Gesellschaft zur Förderung der Wilhelms-Universität Münster. Nach Angaben der Hochschule wird damit ein Wissenschaftler geehrt, der durch seine Forschung die Genetik „revolutioniert" habe. Durch seine Entdekkung der Transposition habe der gebürtige *Freiburger* die bis dahin geltende Auffassung korrigiert, daß die *genetische Information* in den Chromosomen im wesentlichen statisch sei.



Peter Starlinger

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Wolfgang Strasser** von der Technischen Hochschule Darmstadt ist auf den Lehrstuhl für Praktische Informatik der Eberhard-Karls-Universität Tübingen berufen worden.

*

Dr. **Burghard Rieger**, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Linguistische Datenverarbeitung an der Universität Trier erhalten.

VERNISSAGE

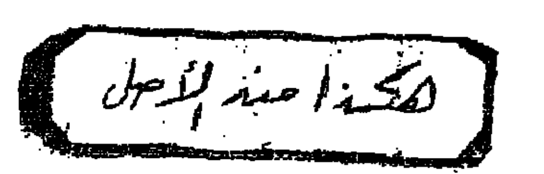
Bremerhavens großes internationales Seglertreffen von diesem Sommer, die „Sail Bremerhaven 86", wurde in Bonn noch einmal lebendig bei der Fotoausstellung „Festival der Windjammer", zu der die Bremer Landesvertretung einlud. Bremens Senator für Bundesangelegenheiten, **Wolfgang Kahrs**, war zwar beim Eröffnungsempfang verhindert, entsandte aber Staatsrat **Erwin Weiss** nach Bonn. Zur Bilderschau kam auch **Karl Willms**, Oberbürgermeister der Seestadt Bremerhaven und früher acht Jahre lang Bremens Bevollmächtigter in Bonn. **Heinz-Otto Schwiering**, Fotoamateur und von Beruf Dachdeckermeister, hatte das Seglertreffen fotografiert und befand sich in Bonn *im* großen Kreis von Marineexperten: Zahlreiche Marine-Attachés der Botschaften kamen in die Vertretung, unter ihnen der Amerikaner **Robert Anson**, Kapitän zur See, der sowjetische Kapitänleutnant **Jurij Pawlow**, der britische Korvettenkapitän **Richard F. Stanton** sowie ein Botschafter, dessen Land mit der See in besonderer Weise verbunden ist, der Ire **Kester W. Heaslip**.

GESTORBEN

Der italienische Philosoph und Germanist **Mazzino Montinari**, im deutschsprachigen Raum vor allem als Herausgeber der historisch-kritischen Ausgabe von Friedrich Nietzsches *Werken und* Briefen bekannt, ist im Alter von 58 Jahren in Florenz gestorben. *Zusammen* mit Giorgio Colli hatte Montinari die Herausgabe der Nietzsche-Werke besorgt, nachdem beide Anfang der sechziger Jahre in *Weimar* den Nachlaß des großen deutschen Philosophen (1844–1900) gesichtet hatten. Nach dem Tode Collis im Jahre 1979 hatte Montinari, der zuletzt als Germanistik-Professor in Pisa lehrte, diese Aufgabe allein übernommen. Seine philologisch-editorische Leistung hatte internationalen Widerhall gefunden. Nach Angaben des Deutschen Taschenbuch Verlages in München (dtv) verdankt ihm die Wissenschaft die „textlich abgesicherte und hervorragend kommentierte Nietzsche-Ausgabe als Grundlage für eine sachgerechte Diskussion des Jahrhundert-Philosophen". Die Textgestaltung der Nietzsche-Ausgabe habe der Germanist noch abschließen können, eine Reihe von Kommentarbänden aber nicht.

*

Professor **Oskar Benl**, einer der führenden Japanologen der Bundesrepublik Deutschland, ist im Alter von 72 Jahren in Hamburg gestorben. Professor Benl war von 1956 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1982 als Professor am Seminar für Sprache und Kultur Japans der Hamburger Universität. In seinen Forschungen widmete sich Benl der um die erste Jahrtausendwende entstandenen älteren japanischen Literatur. Er galt ferner als Spezialist für den Zen-Buddhismus.



Der Revolutionär ohne Sieg

K. H. Bergmanns große Studie über das Leben des Louis Auguste Blanqui

Da erscheint also im Jahre 1986 ein umfangreiches Buch über den französischen Berufsrevolutionär Blanqui, für den in Deutschland kein aktuelles, in Frankreich dagegen ein natürliches historisches Interesse besteht. Immerhin ist es die erste deutsche tatsächlich erschöpfende Biografie des Louis Auguste Blanqui, mit Bienenfleiß zusammengetragen aus Hunderten von französischen Veröffentlichungen, die in einer Bibliografie am Ende des Buches zusammengestellt sind. Der hohe

Karl Hans Bergmann:
Blanqui, ein Rebell im 19. Jahrhundert
Campus Verlag, Frankfurt am Main. 683 S., 138 Mark.

Preis ist ein arges Handicap, umso unverständlicher, als die sicherlich zeitraubende Arbeit vom Beihilfefonds der „VG WORT" gefördert wurde.

Sowieso ist allgemein bekannt, daß Blanqui in der Nachfolge Babeufs der bürgerlichen französischen Revolution eine egalitäre soziale Revolution folgen lassen wollte. Und es ist ebenso bekannt, daß Blanqui sein Leben lang immer wieder Verschwörungen und bewaffnete Aufstände anzettelte und von seinen 75 Jahren über 33 in Gefängnissen verbrachte. Kann das Buch Bergmanns also überhaupt auf Interesse zählen?

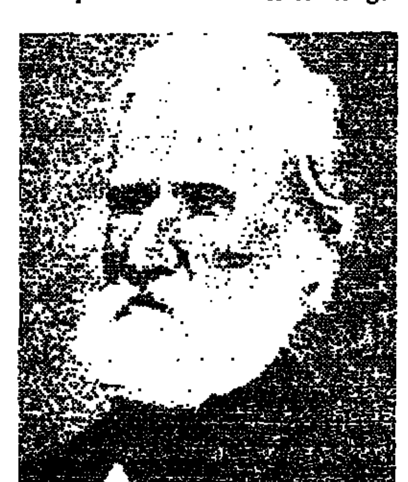
Zwei Komplexe sind es, die den Leser in Spannung versetzen und zum Weiterlesen ermuntern. Der Autor berichtet nur die Fakten und überläßt dem Leser die Interpretation. Der erste Komplex betrifft die Formation des Kindes und jungen Mannes. Das liest sich wie ein spannender Roman.

Sein Vater war Girondist und, kaum als Abgeordneter in Paris angekommen, mit 72 anderen Girondisten verhaftet worden. Doch die Gefangenen erhielten trotz Besuchsverbot das ganze ungewisse Jahr lang Besuch. *Von wem? Blanqui hatte* zusammen mit anderen Girondisten sein Essen im Haus einer verwitweten, vielleicht adligen Frau eingenommen, die mit Hilfe ihrer 13jährigen Tochter durch diesen Mittagstisch der drückenden Not zu steuern suchte. Und die energische Kleine suchte nun täglich „ihre Gefangenen" auf, und das gelang ihr fast immer, durch Charme oder auch mit List. Dieses erstaunliche Wesen hat der 23 Jahre ältere Blanqui einige Jahre danach geheiratet. Und wieder ein paar Jahre später befindet sich, mit Beginn des napoleonischen Konsulats, das Ehepaar in den Seealpen, und Blanqui ist *nichts weiter als ein schlecht bezahlter* Unterpräfekt. Und seine junge Frau verachtet ihn.

Sie hatte geglaubt, einen Helden zu heiraten, und er ist ein braver Trampel, der sich mit einem Trostpflaster abspeisen ließ, im Gegensatz zu seinen Mitkämpfern.

Das Kind Auguste, 1806 geboren, erlebte ununterbrochen diesen von der Mutter nie verheimlichten Gegensatz. Der älteste Sohn hielt zum Vater, aber Auguste war der Liebling der ruhm- und erfolgssüchtigen Mutter. Und als die Mutter eines Tages *ein herrschaftlich ausgestattetes* Schloß mit Ländereien erbte, wurde es mit der Ehe nicht besser, sondern sie ekelte ihren Mann allmählich hinaus, bis es schließlich zur Scheidung kam. Aber zu ihrem geliebten Auguste, der als Jurastudent in Paris eine heldische revolutionäre Richtung einschlug, stand sie getreu und hilfreich ihr ganzes Leben lang.

Dem zweiten aufregenden Komplex gegenüber versagt jegliche Psychologie, und das ist noch spannender: 1839 hat er einen gescheiterten bewaffneten Aufstand unternommen: *12 tote und 62 verwundete Soldaten,* 59 tote und 160 verwundete Blanquisten. In der Untersuchungshaft, auf die dann für ihn lebenslanges Zuchthaus folgte, wurde er drei Tage nacheinander vom Innenminister besucht, zu Privatgesprächen ohne Zeugen.



Louis Auguste Blanqui (1805–1881)
FOTO: DIE WELT

1848 war Blanqui, inzwischen begnadigt, am Tag nach der erfolgreichen Februarrevolution in Paris und erlebte eine Woche später die Veröffentlichung eines nicht unterzeichneten Dokumentes, datiert vom 22., 23. und 24. 10. 1839, in dem jemand dem Innenminister genaueste Auskünfte über Daten, Waffen, Mitgliedernamen der aufständischen Geheimgesell*schaft gab. Alle wichtigen Namen kamen* darin vor, nur Blanqui nicht.

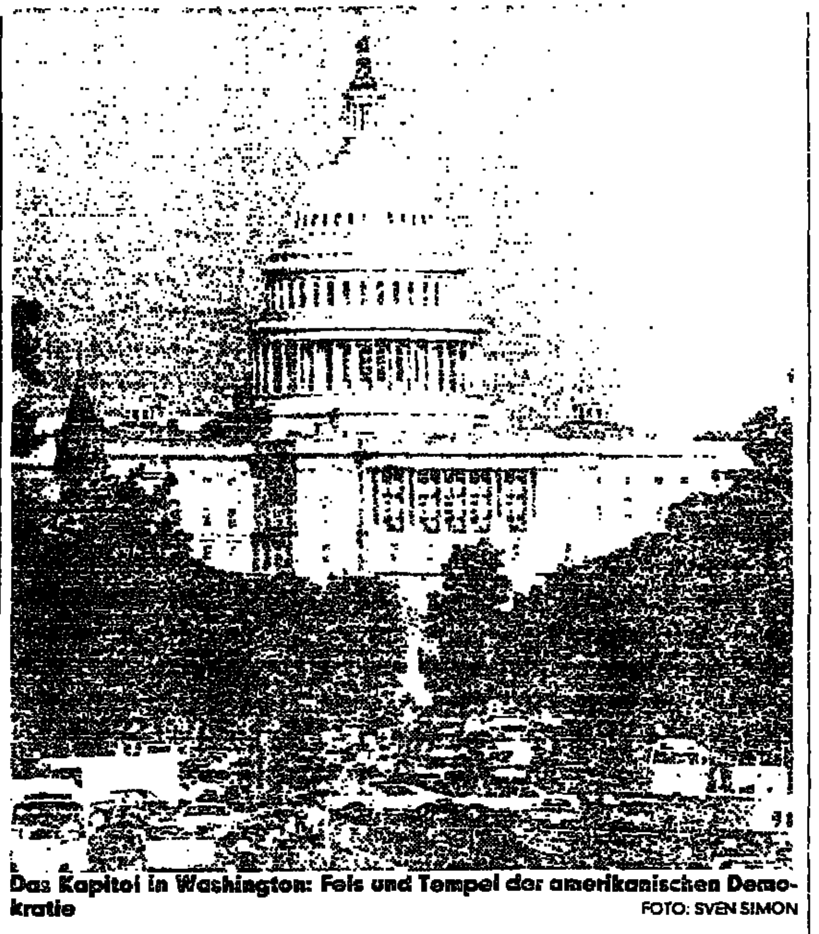
Das gab eine ungeheure Aufregung. Blanqui weigerte sich stets, genauer auf das Dokument einzugehen, er sagte nur immer: Fälschung. Seine Anhänger spalteten sich, sein bester Mann wurde sein bester Feind. Bergmann weist in seiner Dokumentation nach, daß Blanqui 1839 tatsächlich diese ungeheuerlichen Bekenntnisse abgelegt hat. Und dennoch fand Louis Aguste Blanqui immer wieder Anhänger.

Das Ende ist bescheiden: 1879 Be*gnadigung, am 1. Januar 1881 Tod.*

Ein sonderbarer Revolutionär. Unbeugsam immer wieder der Stimme aus frühester Jugend folgend, immer wieder im falschen Moment zuschlagend, immer wieder in den richtigen Momenten verhindert wegen Gefängnisaufenthalts, und dazwischen diese unbegreifliche Missetat gegen die eigenen Kampfgenossen, die gerade unter seiner Führung das Leben riskiert und Tod, Verkrüppelung und Gefängnis geerntet hatten.

Bergmann schildert das alles detailliert und mit Farbe. Die allgemeine Geschichte setzt Bergmann voraus, sonst wäre das Buch noch dicker geworden. Aber auch Einzelheiten, deren fehlende Begründung verwirrt, vergißt er zu klären. Proudhon verwendet sich für Blanquis Wahrhaftigkeit in einer Kommission, 1848, und ein Jahr später finden wir ihn zusammen mit Blanqui im Gefängnis. Wie kommt Proudhon plötzlich ins Gefängnis? Nun, Proudhon hatte den gerade erst gewählten neuen Präsidenten Louis Napoleon öffentlich schwer beleidigt. – Aber das sind Details, über die man hinwegsehen mag.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Das Kapitol in Washington: Fels und Tempel der amerikanischen Demokratie
FOTO: SVEN SIMON

Kapitol und Weißes Haus

Das internationale Ansehen der US-Demokratie

Der kritische Nachdruck ist bemerkenswert, mit dem sich die politische Literatur von der anti-amerikanischen Welle der letzten Jahre distanziert. Auf Emil Peter Müller, der die Geschichte des Anti-Amerikanismus von den Anfängen des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart nachzeichnete, folgt jetzt eine Studie von Klaus von Beyme, der die Frage untersucht, ob und in welchem

Klaus von Beyme:
Vorbild Amerika?
Piper Verlag, München. 175 S., 28 Mark.

Maß das amerikanische Demokratieverständnis Vorbild für andere Nationen sein kann. Der Heidelberger Politik-Wissenschaftler hat dazu Erkenntnisse beizutragen, die den Vereinfachern zu denken geben sollten, die sich ihre Polemik gegen den „Imperialismus" der USA allzu leichtmachen.

Von Beyme kommt zu dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu den älteren Imperien ihren Einfluß nach außen „lockerer" geltend machen: ihre Position als Führungsmacht des Westens sei dauerhafter, weil sie stärker vom Konsens ihrer Alliierten getragen werden. Er warnt diejenigen, die Anstoß an der Selbstgerechtigkeit nehmen, mit der Amerika sich als demokratisches Vorbild begreift, die konsensstiftende Seite der amerikanischen Weltpolitik zu unterschätzen.

Soweit der Vorwurf imperialistischen Betragens gegen die USA gültig sei, zieht man bezeichnenderweise immer das Beispiel der Hemisphären-Politik heran; dabei wird aber übersehen, daß die Amerikaner immer zurückhaltend auf die Versuche reagierten, amerikanische Institutionen im Globalmaßstab zu exportieren. Die Wurzeln dieser Selbstbeschränkung, die übrigens zur Halbherzigkeit und schließlich zur Niederlage in Vietnam beitrug, entdeckt von Beyme in dem Umstand, daß die amerikanische im Gegensatz zur fran*zösischen Revolution ein „periphäres"* Ereignis blieb. Noch heute sind die Amerikaner überzeugt von der Unwiederholbarkeit ihrer konstitutionellen Schöpfung. Sie halten daher das *„Modell Amerika"* für nicht transferierbar und scheuen seinen Export.

Der Autor verweist darauf, daß die Religion im Gegensatz zum europäischen Absolutismus in den USA mit ihren zahlreichen Sekten nie als Herrschaftsmittel wirken konnte. Dies habe zu einem diffusen Sendungsbewußtsein geführt, das danach strebte, durch das Beispiel freiheitlicher Grundsätze mehr zu überzeugen als durch ideologische Triumphe. Dieser Kontrast zum Sowjetsystem, das immer versuchen wird, die sozialistische Revolution zu exportieren, könnte nicht schärfer herausgearbeitet sein. Es hat seine innere Logik – der Verfasser nennt es ein Paradox –, *daß die Wirkung des „Modells Amerika"* immer geringer wurde, je stärker das Land sich in politische Zwänge als Weltmacht verstrickt sah.

Doch die Ansicht, der sich auch von Beyme anschließt, daß es dem amerikanischen Modell nicht an Politischem, wohl aber an politischer Ausstrahlung fehlt, wirft die Frage auf, warum dieser Mangel den meisten Kommentatoren als Vorzug erscheint? Die Risiken, die sich mit jedem Vakuum der Macht verbinden, finden selbst in amerikafreundlichen Analysen wenig Beachtung.

Es mag sein, daß im West/Ost-Verhältnis die militärischen Aspekte nicht mehr die gleiche dominierende Rolle spielen wie auf dem Tiefpunkt des Kalten Krieges. Aber gegenüber einem so unberechenbaren Partner wie der Sowjetunion wird das immer ein Unsicherheitsfaktor bleiben. Die Konvergenz-Theorie, die Charles de Gaulle vor zwanzig Jahren beschäftigte, darf nach Ansicht von Beymes als erledigt gelten. Der „relative Machtverlust der Supermacht Amerika", schreibt er, „ist für ihren Einflußbereich nur zu würdigen, wenn er *mit einem symmetrischen Machtab*bau der Sowjetunion einhergeht ... davon sind wir jedoch noch ein Stück entfernt".

Gewiß wäre es wünschenswert, wenn die Kraft der Selbstreinigung, die in der Innenpolitik der USA wirkt, auf die auswärtigen Beziehungen übertragen werden könnte. Doch gerade die Fähigkeit, die Opposition zu integrieren, wie es der Wechsel von Carter zu Reagan exemplifizierte, versagt auf internationalem Gebiet. Dafür ist nicht das Fehlen einer außenpolitischen Tradition verantwortlich, sondern die unkontrollierten Schwankungen vom Isolationismus zum globalen Engagement.

Daß Amerika manches von seinem Ansehen als formende Kraft der westlichen Demokratie verlor, liegt nicht daran, daß es den einen zu mächtig und den anderen zu schwach vorkommt. Es liegt vielmehr daran, daß in dem Dualismus zwischen Kongreß und Weißem Haus nur Raum für eine weltpolitische Kontinuität auf der Kurzstrecke bleibt.

HEINZ BARTH

Die deutsche Monokratie

Eberhard Jäckels Essay über Hitlers Herrschaft

Neben Werner Maser gehört der Stuttgarter Professor Eberhard Jäckel heute zu den gefragtesten Hitler-Experten. Studien über schriftliche Zeugnisse aus der Frühzeit von Hitler und über seine Weltanschauung folgt jetzt sinngemäß die knappe Expertise über Hitlers Herrschaft. Jäckel definiert diese als eine in der Geschichte äußerst selten anzutreffende „Monokratie", nicht einfach als eine viel häufiger vorkommende Diktatur.

Die Untersuchung gliedert sich in fünf sogenannte „Wege": der Weg zur Macht, zur Herrschaft, in den Krieg, *zum Mord an den Juden und zum* „Weg aus der Geschichte", eine nicht sehr glückliche Formulierung.

Die Wege Hitlers zur Macht und dann zur Herrschaft über das Deutsche Reich sind oft genug behandelt worden. Jäckel zeichnet sie noch einmal nach. Er zeigt auch auf, daß Hitler ja am 30. Januar 1933 keineswegs einfach „die Macht ergriff", sondern nur zum Reichskanzler der Republik ernannt wurde, ohne Reichstagsmehrheit, ohne revolutionären Gewaltakt von seiner Seite. Im Grunde war dieser Schritt das Resultat von *Verlogenheit und schlechten* Nerven im konservativen Lager.

Zwei entscheidende Umstände sah niemand richtig. Einmal die Tatsache, daß Hitler aus österreichischen Gefilden, mit einer ganz anderen Reichsvorstellung als die etwa in Preußen herrschte, stammte. Und zum anderen die Tatsache, daß Hitler im Gegensatz zu seinen ihm zugeteilten konservativen Wächtern im ersten Reichskabinett Hitler / Papen über eine starke Hausmacht verfügte, *förmlich einen „Para-Staat".*

Jäckel bezeichnet die ganze vielschichtige deutsche Rechte vereinfachend als „Monarchisten". Ob man das so einfach tun kann, bleibt fraglich. Zumal es eine breite Bewegung zur Wiederherstellung der Monarchie überhaupt nicht gab. Bei Hitlers Aufstieg zur Herrschaft zeigte sich, wie sehr er in ein Vakuum *hineinstieß.* Einen ebenbürtigen Gegenspieler hat es nie gegeben.

Wollte Hitler von vornherein Krieg, sobald er die Mittel dazu besaß? Jäckel bejaht die Frage. Aber welche Art von Krieg? Einen Weltkrieg? *Jäckel stellt klar, daß er von früh an* zwei Arten von Krieg im Auge hatte: Einen „Vorkrieg" gegen Frankreich, das er lange Zeit für eine sehr starke Militärmacht hielt, die ausgeschaltet werden mußte, um den Hauptkrieg gegen Sowjetrußland führen zu können, den Bolschewismus auszurotten und „Lebensraum" für Deutschland im Osten zu gewinnen. Worüber zu bedenken ist, daß es sich bei Hitlers eigenartiger Psyche hier immer um subvisionäre Wunschziele, nie um exakte Planungen handelte. Die Halbvision vom „Vorkrieg" dürfte auch nach der Münchener Konferenz von 1938 verschwunden sein, als Hitler die Premierminister Englands und Frankreichs erlebt hatte. Hernach nannte er sie dann „kleine Würstchen", die nie ernst machen würden. Bedauerlicherweise kommt bei

Eberhard Jäckel:
Hitlers Herrschaft
Deutsche Verlags-Anstalt, 183 S., 19,80 Mark.

Jäckel der Ausbruch des Krieges gegen Polen zu kurz. Hitlers sehr bescheidene Forderungen für einen Ausgleich mit Polen bleiben unerwähnt. Hitler glaubte abermals an die Möglichkeit einer isolierten Aktion gegen Polen, falls dies sich als widerspenstig erwies. Aber mit dem Bolschewismus, den er ausrotten wollte, hatte er sich dann verbündet und England, mit dem er niemals Krieg führen wollte, erklärte ihm am 3. September den Krieg.

Zentrales Thema ist für Jäckel mit Recht der Weg zum Mord an den Juden, wobei er minutiös die Entwicklung der Vernichtungsidee nachzeichnete. Bei Hitler gibt es ursprünglich nur das Wunschziel von der Entfernung der Juden. *Bis zur Massentö*tung im Zweiten Weltkrieg ist es dann ein langer Weg.

Niemals vor Hitler, so Jäckel, war ein irdischer Gewalthaber auf die wahnwitzige Idee gekommen, wenigstens in seinem Machtbereich alle Juden einfach umbringen zu lassen, nur weil sie Juden waren.

Darum ergibt sich für den Autor im Schlußkapitel die düstere, bohrende Frage nach dem „Warum". Warum gerade in Deutschland? Wie er die Dinge auch zu drehen und wenden versucht, er findet keine Erklärung für das Walten eines monokratischen Massenmörders gerade im eigenen Vaterland. Hier, so Jäckel, sei der Historiker, der Zufall oder Verhängnis nicht gelten lassen könne, an den Grenzen der historischen Wissenschaft angelangt. Das ist nicht sehr befriedigend. Oder ist Hitler, der Monokrat im Massenzeitalter, das Resultat einer perfekten Säkularisierung im 20. Jahrhundert? Wenn der Mensch sich selbst zum Maß aller Dinge setzt, dann wird Ungeheuerliches möglich.

WALTER GÖRLITZ

Spurenleser zwischen den Fronten

Fritz Sittes kenntnisreiche Reportage über die Buschmänner in Namibia

Als es vor einigen Jahren im Ministerrat von Südwestafrika / Namibia zum Streit über Landbesitzansprüche zwischen Schwarzen und Weißen kam, stand der Vertreter der rund 30 000 Buschleute des Landes, Geelbooi Kasche, auf und sagte: „Wenn man es genau nimmt, gehört das Land ursprünglich uns, aber wir bestehen nicht darauf." Damit war der Streit beendet.

Mit diesen wenigen Worten umriß der Buschmann die Tragik seines *Volkes: Sie sind die Urbewohner des* südafrikanischen Subkontinents, lange bevor Bantu oder Weiße ihren Fuß in dieses Gebiet gesetzt hatten. Aber diese friedlichen, kleinen Ureinwohner, deren Sprache kein Wort für „Krieg" kennt, gehören heute zu den „gefährdeten Arten" und genießen doch weniger Schutz als Tiere. Ihr Überleben in unserer sich ständig wandelnden Welt ist ungewiß. Ob das Buch, das Fritz Sitte über sie veröffentlicht hat, in wenigen Jahren als Nachruf gelten könnte, wird die Zukunft zeigen.

Wurden die Buschleute früher von schwarzen und weißen Rinderzüchtern gleichermaßen gejagt und ausgerottet, weil in der simplen Vorstellungswelt der Buschleute ein Rind eine ebensogute Jagdbeute darstellt wie die heimischen Antilopen, so gilt das Schicksal von Geelbooi Kasche als stellvertretend für das ganze Volk. Seiner ursprünglichen Welt entfremdet, wo das Leben ganz auf das Überleben der Sippe in einer feindlichen Umwelt eingestellt ist, ist er heute auch bei den Weißen in Windhuk, wo er eine Zeitlang als Buschmannminister fungierte, ein exotischer Fremder geblieben. Seine eigene Umgebung ist ihm fremd geworden, die andere hat er nie verstanden, und er wird,

Fritz Sitte:
Buschmann, schieß oder stirb
Verlag Styria, Graz. 205 S., 16 Bildseiten, 33 Mark.

meist betrunken, zur tragischen Karikatur seines Volkes.

Die Entwicklung der Buschleute zu Jägern und Beerensammlern, Tradition seit Zehntausenden von Jahren, wird ihnen in der heutigen Zeit zum Verhängnis. Sie seßhaft zu machen, ist ein fast vergebliches Bemühen, und so streiten sich wohlmeinende Fachleute über ihre Köpfe hinweg und mit oft erstaunlichem Unverständnis und Überheblichkeit über das Schicksal dieser liebenswerten Ureinwohner. Das Buch zieht hier ein bewußt nüchternes Fazit. Mit sehr viel Einfühlungsvermögen und vor allem sorgfältigen Recherchen werden Traditionen, Leben und Jagd der Buschleute geschildert. Sitte sagt klar, wie wenig wir als Außenstehende von ihnen wissen und sie verstehen. Das Buch vermittelt einen unglaublich interessanten Einblick in ihre Lebensweise. Humorvoll und ohne spöttische Überheblichkeit werden ihre Begegnungen mit unserer Zivilisation und die oft daraus resultierenden Mißverständnisse erzählt.

Ob ihre größte Fähigkeit, die des Spurenlesens selbst in den unwegsamsten Gegenden, ihnen letztlich zum Verhängnis wird, ist die Frage. Als Soldaten verdingen sie sich in SWA / Namibia im „Buschmann-Bataillon". Die Bezahlung – gleichgestellt mit den Berufssoldaten – ist eine Verlockung. Darüber hinaus sind sie gefürchtete Verfolger der heute aus dem Norden eindringenden Swapo. Bedingt durch die alte Feindschaft mit den Schwarzen, die die Buschleute heute noch als Untermenschen und Sklaven ansehen, werden sie von der Armee als ideale Anti-Terrorismus-Waffe im Kampfgebiet eingesetzt. „Buschmann schieß oder stirb" ist jetzt ihre Überlebensdevise.

MONIKA GERMANI

Die Not der Schöpfung

Von dem Physiker und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker stammt die öffentliche Forderung nach einer „Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung", die vom Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf 1985 aufgegriffen wurde. Eine Weltkonferenz der Kirchen zu den gleichen Fragen hatte bereits die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 für das Jahr 1990 beschlossen.

Nun legt Carl Friedrich von Weizsäcker in dem Buch **„Die Zeit drängt"** *(Carl Hanser Verlag, München. 94 S., 9,80 Mark)* die Argumente dafür vor: „Jetzt, da die neuzeitliche Zivilisation die reale Möglichkeit entdeckt, die Natur, von der sie lebt, selbst zu zerstören, treten die altüberlieferten Bilder vom Gericht zum ersten Mal aus der kosmischen Gleichnisrede in den Gesichtskreis unseres konkreten Handelns. Jetzt sind sie mit unserem Handeln nicht nur moralisch und jenseitig, sondern diesseitig-kausal verbunden. Wir können das Gericht über uns selbst herbeiführen".

So zwingend deshalb seiner Ansicht nach diese Versammlung ist, so unumgänglich ist für ihn, daß Menschenrechte und Äußerungsfreiheit beachtet werden: „Meinungsstreit kann es nur in dem Rahmen geben, in dem es Äußerungsfreiheit gibt", „Unfehlbarkeitsbewußtsein ist tödlich."

Logisch in sich gegliedert, ist das Buch dennoch in wenigen Worten nur andeutungsweise zu beschreiben. Doch ob man jede Ansicht der fünf Kapitel „Die Aufgabe", „Heutige Weltprobleme", „Die Herkunft der Probleme", „Zur Theologie des Friedens" und „Durchführung" teilt: Daß die Argumente durchgedacht sind, daß die Zustandsbeschreibung zutreffend ist, vermag auch derjenige nicht abzustreiten, dem die *erhofften Wirkungen* einer solchen Weltversammlung eine Utopie scheinen.

HENK OHNESORGE

Eine nette Idee: Kinder dürfen alles zeigen und sagen, was sie bewegt

Die Puppenwäsche-Waschmaschine

Noch nie hatten Kinder im Fernsehen soviel zu sagen wie in der Serie „Vorsicht, Kinder in der Kiste". Sieben- bis Dreizehnjährige gestalten, ganz ohne Regiezwänge, diese am letzten Donnerstag angelaufene Reihe.

Das Konzept ist einfach: eine Holzkiste, so groß wie eine Telefonzelle, mit Tür, Sitzbank und einem Guckloch für die Kamera ausgestattet, wird von Stadt zu Stadt gefahren und in Schulen aufgestellt. Darin können sich die Kinder ungestört produzieren – was sie zeigen oder erzählen wollen, bestimmen sie selbst.

Ebenso die Länge ihres Auftritts: sie ziehen einfach einen Vorhang vor die Kamera, wenn sie fertig sind. Der neunjährige Klaus zum Beispiel meint, nachdem er auf Fotos seine Vorfahren vorgestellt hat, er sei der Schönste der Familie; zwei türkische Mädchen singen ein Lied aus ihrer Heimat; zwei Freunde erklären ihre Eishockeyausrüstung; ein Mädchen erzählt, wie ihre Schwester beinahe Opfer eines Sittlichkeitsverbrechers – wie sie es nennt – wurde und kurz danach versucht Tim durch Grimassen seine ins Ohr gesteckten Ohrläppchen „herausflitschen" zu lassen.

Etwa 60 solcher Kurzszenen produzieren Annemieke Kesselaar und Dieter Klar pro Woche. Zunächst sammeln sie die Ideen der Kinder und fragen deren Eltern. Gerade die Abwechslung von unterhaltenden und eher ernsten Vorstellungen macht

Vorsicht, Kinder in der Kiste – in der ARD um 17.35 Uhr

„Vorsicht" zu weit mehr als nur einer Dokumentation von Kinderspäßen, mit vergleichsweise kleinem Aufwand – einem fünfköpfigen Team und einem Lastwagen.

Tiere oder vertraute Gegenstände dürfen selbstverständlich ebenso mit in die „Kiste" genommen werden wie Freunde und Geschwister, die nicht nur beruhigend wirken, sondern oft selbst zum Thema werden. So wird man in einer der Folgen von einem verliebten Dreizehnjährigen erfahren, wie er seine Freundin kennengelernt hat. Ein siebenjähriger Erfinder freut sich darauf, seine Puppenwäsche-Waschmaschine aus Schrott vorzuführen – sie funktioniert übrigens, davon ist er fest überzeugt.

Auch den Erwachsenen bietet der Blick in diese Kisten-Kinderwelt nicht nur Amüsantes, denn durchaus zu bewundern ist oft der Mut zum individuellen Ausdruck, der dieser Serie ihre Farbigkeit verleiht.

Allein ein Zusammenschnitt aller Flötenspieler-Szenen, so meint Dieter Klar, könne abendfüllend unterhalten. Natürlich nimmt das Team die Arbeit so ernst wie die auftretenden Kinder, aber manchmal, erzählt Klar, habe er „am Boden gelegen vor Lachen".

Nach einem Probelauf mit den ersten drei Sendungen sollen ab Mitte Januar weitere sechs folgen. Die Kiste reiste dafür schon nach Hamburg und Euskirchen, von morgen an steht sie im Schulzentrum Marschstraße in Oldenburg. SIBYLLE SMOLKA

Auf der Suche nach dem rechten Weg zur falschen Erkenntnis

„DDR"-TV: Zielbewußt resigniert

Lautlos und unsichtbar kommen sie daher gezogen, gelangen über Antennen und Kabel in Millionen Fernsehgeräte und erwarten, auch darin Schillers „Kranichen des Ibykus" unähnlich, kaum noch „ein wirtlich Dach". Die Rede ist von den Ostberliner Fernsehwellen, in denen sich zum Leidwesen der SED-Führung selbst die „ausgebeutete Arbeiterklasse" allzu selten badet. Diese bedauernswerten Opfer der „imperialistischen Massenmedien" wissen auf Grund ihrer „geistigen Manipulierung" nicht zu schätzen, was ihnen das Fernsehen der „DDR" gebührenfrei für verführerische Angebote macht. Da die „imperialistische BRD" nun einmal nicht an ihrem „systemimmanenten Gebrechen" zugrunde gehen wollte, gab man schließlich das Ziel auf, den Bundesbürger durch den „Fernsehfunk aller Deutschen" zu beeinflussen.

Dies ist eine bittere, nie öffentlich geäußerte Erkenntnis, hatte doch das „DDR"-Fernsehen als massenwirksamstes Lenkungsinstrument innerhalb des Agitations- und Propagandasystems der SED seit seinen Anfängen 1956 bis zum Anfang der siebziger Jahre durchaus eine „gesamtdeutsche" Strategie, die indes heute nicht aufgegebene, sondern lediglich subtiler gewordene und den realen Zuschauer-Gegebenheiten angepaßt wurde. Das der SED angeborene Fernziel, auf dem Wege der „zweiten Phase der Entspannungspolitik" die Vereinigung unter dem Zeichen des „DDR"-Sozialismus zu betreiben, wird schon aus Selbsterhaltungsgründen immer wieder einmal fernsehwirksam in Szene gesetzt („Katja Ebstein unterwegs in der DDR").

So ließ die SED schon 1957 verlauten: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Fernsehentwicklung von Anfang an eine große Bedeutung beigemessen ..., in der richtigen Erkenntnis, daß das Fernsehen wie kein anderes Publikationsmittel geeignet ist, unmittelbar auf die Menschen zu wirken ... Unser Arbeiter- und Bauern-Staat schafft sich durch das Fernsehen ein bedeutsames Instrument, um sehr wirkungsvoll seine kulturell-erzieherische Funktion auszuüben."

Ab 1960 galten darum alle Anstrengungen „dem Ausbau der Fernsehstationen um Berlin und entlang der Grenze, denn die westdeutschen Arbeiter sollen am Bildschirm den Ausbau des Sozialismus in der DDR verfolgen ..." Aber die millionenfache Flucht ihrer Landsleute aus der „DDR" sprach allein für sich und führte Schnitzlers „Entlarvungen" („Der schwarze Kanal") der „volksfeindlichen Propaganda der Bonner Ultras" ad absurdum.

Dann kam der Bau der Mauer. Aber der noch heute amtierende Intendant des DDR-Fernsehens behauptete weiterhin: „Weil der Deutsche Fernsehfunk die Wahrheit unter Millionen auch in Westdeutschland verbreitet, fürchtet Bonn unsere Sender."

Nun, auch die „DDR" ist ein Kind der Zeit. Vermutlich deshalb läßt die SED-Führung resignierend neben dem ungeliebten eigenen jetzt auch die „BRD-Lügen"-Programme in ihre Verkabelungsprojekte mit einspeisen, wohl wissend, daß ihre „Wahrheit" hüben und drüben nicht das Fürchten lehren, sondern zumeist nur langweilen.

PETER-JOACHIM HOLZ



Hätten Sie ihn erkannt? Peter Alexander, am 30. Juni sechzig Jahre alt geworden, nimmt heute um 19.30 Uhr im ZDF den zweiten Teil der Glückwünsche von Show-Kollegen entgegen. FOTO: TB

KRITIK

Eine Skizze

Bophal am Rhein? Dieses Gemälde versuchte **Monitor** zu zeichnen, was gründlich mißlang. Bemühungen um Sicherheit hin, Sorgen um Umweltschutz her: Auch wenn jetzt allerorten Chemiegiganten Prügel einstecken – dem noch unter dem Güte-Siegel ministerieller Ergüsse eins draufzugeben, ist schlechter Stil.

Da es sich immer gut macht, wenn man etwas Brandheißes hervorzaubern kann, kommen einem „Geheimpapiere" aus dem Umweltministerium – man beachte den Plural – gerade recht. Von diesen Mirakel-Schriften war ständig die Rede, aber auch von „den" Experten, und das so selbstverständlich, als ob einmütiger Konsens zwischen Papieren und der Meinung des obersten Dienstherren, Walter Wallmann, bestehe.

Pressesprecherin Claudia Conrad klärt auf: „Bei den ‚Geheimpapieren' handelt es sich um eine Aufzeichnung, die ein Beamter hier aus unserem Haus im August 1986 anfertigte." Gedankenskizzen eines unzufriedenen Beamten, dem bewußt war, daß einiges nicht mit rechten Dingen zugeht? Frau Conrad: „Daß das Skizzen waren, konnte man im übrigen genau sehen: kaum zusammenhängende Sätze, Verben wurden in Klammern eingefügt. Dienstliche Zwecke hatte das schon gar nicht. Dem Vorgesetzten, dem Referatsleiter, geschweige denn der Leitungsebene lag das nie vor."

DIETER THIERBACH



Nur in der ARD:
8.57 Haushaltsberatung im Bundestag
Nur im ZDF:
9.10 Die Sendung mit der Maus
9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Fußball-UEFA-Pokal
12.00 Am schönsten ist es, was wir nicht begreifen können
Dänischer Forscher Niels Stensen
12.50 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau/Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (4)
16.25 Die schönen Mannequins
Gilles und Gerard
Besucht von Elke Baur
16.45 Die Kinder vom Mühlental
17.15 Kein Tag wie jeder andere
Der Zauberlehrling
17.35 Vorsicht
Kinder in der Kiste
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht wird eine Todesursache
Reportage über Arzneimittelsicherheit von Gert Monheim
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Goldene Europa
Hits mit Manfred Sexauer
22.30 Tagesthemen
23.00 Das leise Gift
Fernsehfilm von Erwin Keusch
Martin Vogel, Werksfotograf im Chemie-Konzern GALAG, hat Schnupfen und leichte Bronchitis. Außerdem ist er sauer: Seit drei Jahren fotografiert er für die Betriebszeitschrift immer nur „neue Direktoren, Musterpackungen und gedopte Mäuse".
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Vom Urkrümel zum Atompilz (3)
Von C. Bresch und J. Voigt
16.35 Das kalte Herz
Märchen nach Wilhelm Hauff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Olivia Molina
17.45 Tom und Jerry
18.20 S. Y. Arche Noah
Lange Nächte in Marseille
19.00 heute
19.30 Wir gratulieren Peter Alexander
Wiederholungen aus 25 Shows zum 60. Geburtstag – Mit Heinz Rühmann, Vico Torriani, Peter Hofmann, Luis Trenker
21.00 Kontakte
Auf Gift gebaut – Menschen vor der Frage: Bleiben oder wegziehen? Bericht von Malte Rauch und Wolf-Rüdiger Schmidt
21.45 heute-journal
22.05 Was steht zur Wahl?
Mit Manfred Wörner (CDU), Willy Brandt (SPD), Hans-Dietrich Genscher (FDP), Jürgen Warnke (CSU), Lukas Beckmann (Grünen)
Moderation: K. Bresser, R. Radke
23.20 Die Straßen von San Francisco
Nick soll sterben
0.10 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Ich traf ihn in Paris
Amerikanischer Spielfilm (1937)
21.40 Charade
Kanadischer Kurzfilm (1983)
21.45 Das Revier um vier
22.15 Das Nationalbewußtsein
Aspekte eines Historikerstreits
23.00 Enkel
Epilog eines Schauspielers
Film von Christian Doermer
23.45 Tips für Leser

NORD
18.30 Abschiednehmen
Erfahrungen mit der Trauer
19.15 Natur und Freizeit
20.00 Tagesschau
20.15 Nanu, Sie kennen Korff nicht?
Deutscher Spielfilm (1938)
Mit Heinz Rühmann. Regie: F. Holl
21.45 Berliner Ansichten
22.35 Sie – Er – Es
Rebellen in Hollywood. Fotos vom Frankfurter Bahnhofsviertel. Maria Schell. Nachhilfeunterricht

HESSEN
20.00 Die Abgeordnete Angelina
Italienischer Spielfilm (1947)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
Maxwell-Davies' „Regenbogen". Klerks Orgelkonzert. „Jesus Christ Superstar" in Kassel. Janosch in Frankfurt. Schnitzler in Gießen. Spanisches Ballett in Homburg
22.15 In bester Gesellschaft
Todessymphonie
23.00 Es war 1971
Das erste kommunale Kino

SÜDWEST
19.30 David und Goliath
Italienischer Spielfilm (1959)
Mit Orson Welles
21.05 9 aktuell/Neues um Neun
21.20 Ausgefragt
Baptist Rösler, Bürgerbeauftrager
21.50 Lenz oder die Freiheit
Klare Fronten
23.20 Lieder im Park

BAYERN
18.15 Wegweiser – PS
18.45 Rundschau
19.00 Die blonde Hexe
Französischer Spielfilm (1956)
Regie: André Michel
20.35 Die Galleria Vittorio Emanuele
20.45 Zehn Worte der Freiheit
Die zehn Gebote
21.45 Sperrfrist
Airbus im Aufwind
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Kosten im Gesundheitswesen. Verunreinigung der Gewässer durch chemische Industrie
23.20 Rundschau
23.25 Es lebe die Freiheit
Französischer Spielfilm (1931)
Mit R. Cordy. Regie: René Claire

SAT 1

15.55 Indian River
Charlie und der Doktor
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
Damenwahl
16.25 Die Waltons
Jason sucht seinen Weg
17.10 Lou Grant
Zensur
18.00 Josh
Ein verdorbenes Wochenende
18.30 blick
18.45 Treibstoff
Motormagazin
19.35 Weihnachtsmarkt
Tips für den Gabentisch
19.45 Ein Mann in der Wildnis
Englischer Abenteuerfilm (197?)
Mit Richard Harris, John Huston
Regie: Richard Sarafian
21.40 blick
22.25 Nordamerikanisches Eishockey
Vancouver – Edmonton
23.25 Hawaii Fünf-Null
Die Geiseln
0.10 blick

1 plus

19.00 Kulturweltspiegel
„DDR"-Maler. Afrikanische Särge
19.45 Zwischen den Schlagzeilen
20.00 Tagesschau
20.15 Aus dem Bolschoi-Theater
Ballett-Gala für die Unesco
22.45 Elena und Gidon Kremer
spielen Werke von Erik Satie, Alan Ridout und Avro Pärt
23.15 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Derrick
Geheimnisse einer Nacht
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die durch die Hölle gehen
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Robert de Niro
0.40 Nachrichten



9.00 Wall Street Final
18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm mal in die Küche
Schweinebraten mit süßer Note
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Insiders
20.15 Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Junges Herz voll Liebe
Deutscher Spielfilm (1953)
Regie: Paul May
22.05 RTL-Spiel
22.10 Nachrichten
22.20 Musterschüler Popeye
22.25 Neu im Kino
23.05 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

STAND PUNKT

Überflüssiger Preis

Wenn es darum ging, sich selbst ins rechte Licht zu rücken, waren die Funktionäre des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) schon immer weit vorne. Es kommt nicht von ungefähr, daß DFB-Präsident Hermann Neuberger ein weltweit angesehener und einflußreicher Mann ist.

Für 1988 hat Neuberger die Europameisterschaft in die Bundesrepublik Deutschland geholt. Dabei hat er zwar an Ansehen eingebüßt, weil er auf Berlin als Spiel-Ort verzichtete. Doch wenn erst der zu erwartende finanzielle Gewinn in den Kassen klingelt, fragt keiner mehr nach Berlin.

Aber so eine Europameisterschaft im eigenen Land bietet nicht nur Gelegenheit zur ausgiebigen Selbstdarstellung, sie birgt auch die Gefahr, an Ansehen zu verlieren. Krawalle von rivalisierenden Fans könnten den guten Ruf schnell ruinieren.

Der DFB beugt deshalb vor. Schon jetzt plant der DFB-Sicherheitsbeauftragte Wilhelm Hennes mit Polizeiführern konkrete Einsätze der Sicherheitskräfte. Das ist die praktische, nötigenfalls handgreifliche Seite der Aktion Ruhe und Ordnung. Die ideelle hat Hennes jetzt bei einem Seminar mit Polizeiführern in Münster vorgestellt: Der DFB will einen Fairneßpreis für das beste Publikum bei der EM 1988 stiften, weil dem Fair-Play-Gedanken ein höherer Stellenwert eingeräumt werden soll. Ist das nun besonders naiv oder besonders zynisch?

Wer die Mentalität jener Fans kennt, die den schlechten Ruf des Fußball-Publikums maßgeblich provoziert haben, der weiß, daß sie sich durch Appelle und ideelle Auszeichnungen nicht von ihrem Treiben abhalten lassen. Sie machen sich allenfalls einen Spaß daraus, ihr Image als schlechtestes Sport-Publikum zu festigen. Ebenso wenig hat der DFB Grund, einen besonderen Preis auszusetzen für ein Verhalten, das bei jeder anderen Sportveranstaltung selbstverständlich ist. Damit erhebt der DFB zur Ausnahme, was im Sport eigentlich die Regel sein sollte: Die Fairneß. Und selbst die ist nur dank langfristig vorbereiteter Polizei-Hilfe (siehe oben) zu gewährleisten. Der Fairneß-Preis des DFB – ein absolut überflüssiger Preis.

hof

OLYMPIA / Stand der Vorbereitung auf die nächsten Winterspiele 1988

Hinter der glitzernden Fassade von Calgary kriselt es noch gewaltig

sid. Calgary

In der Innenstadt wird überall gebaut, Bulldozer, Planierraupen und Lastkräne bestimmen das Bild. Scheinbare Hochkonjunktur, wohin der Blick fällt, und der atemberaubende Saddledome, das seit drei Jahren schon fertig gestellte 350 Millionen Mark teure Olympia-Eisstadion, gilt als Sinnbild des modernen kanadischen Pioniergeistes.

Bis zum Beginn der 15. Winterspiele am 13. Februar 1988 wird das Zentrum von Calgary wohl völlig zugebaut. Die nahe gelegenen Rocky Mountains sind dann wohl nur noch aus dem 36. Stockwerk irgendeines Wolkenkratzers zu erspähen. Schon heute üben die Glas- und Betonbauten, Ausdruck der „Uns geht es blendend"-Gesellschaft, den Schulterschluß. Doch hinter Olympia 1988 verstecken sich die Sorgen, hinter der glitzernden Fassade der Cowboy-Stadt im Herzen des „Wild-Rose-Country" Alberta kriselt es.

Der weltweite Kollaps des Ölpreises, die Quote fiel von 28 auf 16 Dollar pro Barrel, hat eine ganze Region in finanzielle Nöte gestürzt, die fast auf Gedeih und Verderb dem Bodenschatz ausgeliefert ist. So mußte beispielsweise die Ölgesellschaft „Bow Valley Industries" 5000 Mitarbeiter entlassen, die Arbeitslosenzahl stieg auf 16 Prozent. Viele Häuser stehen leer, werden zu Niedrigpreisen angeboten, und der rollende Stern aus „Good Old Germany", jahrelanges Status-Symbol, wird immer seltener bestellt. Es wird wieder Pontiak und Oldsmobil gefahren.

Längst haben die Probleme die Regierung in Ottawa auf den Plan gebracht. Premierminister Brian Mulroney zog am vergangenen Wochenende nach Calgary, um mit Gouverneur Don Getty die Probleme zu besprechen. Mit 500 Millionen Mark sollen die Region Alberta und ihre Industrie subventioniert werden. Mulroneys offizielle Eröffnung des 30 Millionen Mark teuren Olympia-Parks, wo das Skispringen sowie die Bob-Wettbewerbe stattfinden werden, war nur ein Randaspekt.

Trotzdem aber wirkt Olympia wie eine Insel inmitten einer stürmischen See. Die Macher der Spiele haben keine Probleme, sind mit allen Anlagen mehr als nur im Zeitlimit, wird davon abgesehen, daß die Sprunganlage noch einmal überholt werden muß. Der kanadische Weltklasse-Springer Horst Bulau war am vergangenen Wochenende in einem Geröllfeld gelandet und glimpflich davon gekommen. Stolz vermeldeten die Organisatoren aber in dieser Woche, daß bereits 20 Veranstaltungen ausverkauft seien. So der Eisschnellauf mit Olympiasieger Gaetan Boucher als Zuschauermagnet und die Medaillenrunde im Eishockey.

Daß am Ende trotz des erwarteten Touristenstroms aus aller Welt auf einem Großteil der 1,7 Millionen Eintrittskarten sitzen geblieben werden könnte, befürchtet niemand. Warum auch? Der Sport zog immer und gerade in schwierigen Zeiten. Der Saddledome mit seinem bis Olympia auf 19 000 Plätze aufgestockten Fassungsvermögen kennt keine Rezession. Die Heimspiele der Eishockey-Profis Calgary Flames sind immer ausverkauft und auch die internationalen Show-Stars spielen vor vollen Rängen, ob Billy Joel oder Steve Wonder.

SPORT-NACHRICHTEN

Bielefeld: Neuer Präsident

Bielefeld (dpa) – Auf der Jahreshauptversammlung des Fußball-Zweitligaklubs Arminia Bielefeld wurde Wolfgang Walkenhorst zum neuen Präsidenten gewählt. Er löst Gisela Schwerdt ab, die am 4. März als erste Frau zur Präsidentin eines Profi-Klubs gewählt worden war.

Dänen verpflichtet

Bonn (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Waldhof Mannheim hat den Dänen Bo Elvar Jörgensen verpflichtet, der bereits am Samstag gegen Homburg eingesetzt werden kann. Der VfL Bochum hat sich mit dem 21 Jahre alten Ole Möller-Nielsen von Vejle BK verstärkt.

Sponsoren im Fußball

Hamburg (dpa) – Teamchef Franz Beckenbauer hat in einem Interview mit der Illustierten „Bunte" die Meinung vertreten, daß sehr bald Sponsoren den Fußball-Pokal, Länderspiele oder sogar eine Saison der Bundesliga kaufen werden, mit ihren Namen versehen und an das Fernsehen weiterreichen.

Peugeot in die Formel 1?

Paris (sid) – Der französische Automobilkonzern Peugeot erwägt einen Einstieg in die Formel 1. Für Peugeot gibt es drei Alternativen: kompletter Rückzug aus dem Sport, der Einstieg in die Prototypen-WM oder in die Formel 1.

ZAHLEN

HANDBALL

Karparten-Turnier, Männer, in Craiova, 1. Spieltag: Bundesrepublik Deutschland – Polen 32:23.

FUSSBALL

„DDR-Oberliga", 12. Spieltag: Brandenburg – Union Berlin 1:2, Aue – Riesa 2:0, Lok Leipzig – Dresden 2:1, Jena – Erfurt 1:2, Bischofswerda – Frankfurt 0:0, Magdeburg – Karl-Marx-Stadt 2:0, Dynamo Berlin – Cottbus 2:1.

TISCHTENNIS

DTTB-Pokal, Herren, Halbfinale: Grenzau – Düsseldorf 5:0.

SCHACH

Olympiade in Dubai, Herren: Ungarn – Bundesrepublik Deutschland 3:1. – Portisch – Kindermann 1:0, Ribli – Lau 1:0, Pinter – Bischoff 1:0, Csom – Hickl 0:1. – Damen: Bundesrepublik Deutschland – China 2,5:0,5. – Hund – Liu 1:0, Feustel – An 1:0, Grünberg – He remis.

TENNIS

Einladungsturnier in Atlanta: Becker (Bundesrepublik Deutschland) – McEnroe (USA) 6:3, 5:7, 6:4. Lendl (CSSR) – Mecir (CSSR) 6:4, 6:3.

TENNIS

Boris Becker besiegte McEnroe

sid. Atlanta

Eigentlich hatte alles ganz freundschaftlich angefangen: 15 000 Zuschauer im „Omni-Colloseum" von Atlanta sangen „Happy Birthday", der gerade 19 Jahre alt gewordene Boris Becker durfte eine entsprechende Anzahl von Kerzen auf einer Torte ausblasen, und auch John McEnroe gratulierte. Doch auf dem Platz hatte der Amerikaner seine Höflichkeit vergessen. Von Boris Becker zum Auftakt dieses Einladungsturniers mit 6:3, 5:7, 7:5 geschlagen, tobte der 27 Jahre alte Tennis-Profi wie in besten Tagen, zankte mit dem Schiedsrichter und kassierte wie gewohnt seine Strafpunkte. Sein sportliches Fazit: „Boris ist im Moment für mich unschlagbar."

Für Boris Becker, der dieses Turnier als Generalprobe für das Masters-Finale im Madison Square Garden in der nächsten Woche in New York betrachtet, stand dieses Match ebenso unter besonderen Bedingungen wie für die ehemalige Nummer 1 der Weltrangliste. McEnroe, der nach seiner selbstgewählten Pause noch nicht die alte Form wiedergefunden hatte, wollte in Atlanta beweisen, daß er immer noch der Größte ist.

Becker gewann leicht den ersten Satz, als sich bei McEnroe die Fehler häuften. Vor allem seine einst so gefürchtete Rückhand ließ ihn im Stich. Zwischen dem ersten und zweiten Satz griff der Amerikaner dann in seine Trickkiste. Er brüllte den Schiedsrichter wegen einer vermeintlichen Fehlentscheidung an und kassierte wegen Beleidigung eine Verwarnung. Bis zum 5:5 hielten beide Spieler ihren Aufschlag. Dann gelang McEnroe sein erster und einziger Break zum 6:5 und der Satzgewinn.

Gleich zu Beginn des entscheidenden Satzes flippte McEnroe wieder aus, tobte nach einem umstrittenen Ball Richtung Schiedsrichter. Der revanchierte sich mit einem Punktabzug. Becker, der „so kurz vor Weihnachten keine Geschenke annehmen wollte", gab den Punkt zurück, gewann aber den von starkem Aufschlagspiel geprägten dritten Satz. McEnroe: „Becker schlägt fürchterlich auf, da ist einfach nichts zu machen. Er wird wohl auch das Masters gewinnen – er oder Ivan Lendl."

Simon Schobel: „Diese Mannschaft hat mein Vertrauen"

JOSEF SIMON, Craiova

Die Mannschaftssitzung war für Simon Schobel schon nach fünf Minuten beendet. „Was soll ich den Spielern nach einem solchen Spiel noch großartig viel sagen?" Ein bißchen Seelenmassage für den einen, Lob für eine ganze Reihe und hauptsächlich eindringliche Warnung vor der eigenen Selbstüberschätzung. Das 33:23 (14:11) der deutschen Handballer zum Auftakt des Karpaten-Turniers gegen Polen war ein gelungener Turniereinstand, aber kein echter Maßstab: „Diese Polen sind keine Weltklassemannschaft."

Und trotzdem machte der Bundestrainer den Eindruck zufriedener Gelassenheit. „Wir hatten vor allem in der zweiten Halbzeit durch eine kompakte Abwehr zu einem hervorragenden Spiel gefunden." Die Erkenntnis, daß selbst nach dem Ausfall eines so wichtigen Spielers wie Christian Fitzek vom VfL Gummersbach genügend Alternativen bestehen, geben Anlaß zu Hoffnung. „Jörg Löhr hat in der Abwehr diese Aufgabe optimal erledigt, und auch Thomas Springel ist nach seinem Comeback als Gewinn zu betrachten."

Daß dabei ein Mann wie Andreas Thiel, der gestern im Spiel gegen Rumänien sein 100. Länderspiel bestritt, 24 Stunden vor seinem Jubiläum lediglich Normalform erreichte, läßt Schobel kalt: „Dann kommt eben halt Stefan Hecker", ist Schobel sich der Selbstverständlichkeit gewiß, mit der sich die Weltklasseleute zwischen den Pfosten im deutschen Tor ablösen. „Andreas hat wahrscheinlich zu viel an sein Jubiläum gedacht."

Der Gummersbacher Schlußmann, den der sowjetische Nationaltrainer Anatoli Jewtuschenko zum Besten seines Fachs auserkor, neidet seinem Zimmergenossen Hecker diesen Achtungserfolg keineswegs: „Er ist ein Topmann. Das haben wir schon mehrfach bei der WM in der Schweiz gesehen. Zu einer guten Mannschaft gehören auch immer zwei gute Torhüter."

Thiel, der 1980 beim Vierländer-Turnier in der Schweiz zum erstenmal das Trikot der Nationalmannschaft überstreifte, „ist eine echte Persönlichkeit" (Schobel), was den Bundestrainer dazu veranlaßte, ausnahmsweise einen Torhüter zum Mannschaftsführer zu machen. „Die Mannschaft achtet ihn." Wie lange allerdings der 26jährige Jura-Student noch für den Deutschen Handball-Bund spielen wird, hängt einzig und allein von der B-Weltmeisterschaft in Italien ab: „Wenn wir wieder baden gehen, dann ist für mich Schluß."

Noch einmal will er sich nämlich nicht den Strapazen eines solchen Turniers mit den umfangreichen Vorbereitungen aussetzen. „Der Frust wäre einfach zu groß, und ein Neuaufbau muß dann so oder so gemacht werden." Thiel, der „wenigstens einmal Weltmeister werden will" („ein Olympiasieg täte es auch"), ist auf dem besten Wege, sogar Rekordnationalspieler zu werden. „Der macht die 200 noch voll", glaubt der Bundestrainer, daß Thiel die 147 Länderspiele des früheren Hüttenbergers Horst Spengler übertreffen wird.

Zuversicht herrscht bei Schobel auch, was die Besetzung des Rechtsaußens angeht. Nach jahrelangem Suchen scheint mit dem Großwallstädter Hansi Müller endlich wieder ein echter Stürmer heranzureifen. „Ich fühle mich sicher und habe jetzt auch die richtige Einstellung", meinte der 24jährige Industriekaufmann, der in seinem 15. Länderspiel in immerhin drei Jahren seine bislang beste Vorstellung bot. Einen weiteren Fortschritt machte auch der Düsseldorfer Spielmacher Walter Schubert, der endgültig die Rolle des Chefs auf dem Parkett übernahm.

„Der Anfang war gut. Aber aller Fortschritt hat keinen Wert, wenn wir uns in Südtirol nicht qualifizieren." Deshalb wartet Schobel erst die nächsten Prüfsteine ab, um weitere Prognosen zu machen. „Aber diese Mannschaft hat mein Vertrauen. Wer dann noch dazu kommt, werden wir nach dem Turnier sehen."

In den ersten beiden Spielen des Vierländer-Turniers bezwang erwartungsgemäß die rumänische Nationalmannschaft ihren eigenen Nachwuchs mit 33:19, dagegen tat sich der Weltmeister von 1982, die UdSSR, beim 29:20 über Bulgarien über weite Strecken sehr schwer und hätte fast einen Punkt abgegeben, wenn die Bulgaren (in Italien Gegner der deutschen Mannschaft) nicht neun Siebenmeter vergeben hätten.

Ein Dämpfer für den Chef der Postgewerkschaft

dpa, Nürnberg

Die anhaltenden Affären um die Neue Heimat und die Gemeinwirtschaft haben auch bei der Wahl zum Vorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) ihren Niederschlag gefunden.

Auf dem 15. DPG-Kongreß in Nürnberg bestätigten gestern 82 Prozent der Delegierten ihren 1. Vorsitzenden Kurt van Haaren im Amt. Damit blieb er allerdings weit unter seinem überragenden Ergebnis von 1983 mit 94 Prozent.

Unter den Delegierten der fünftgrößten Organisation im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) kursierte nach der Wahl das Stichwort „Neue-Heimat-Dämpfer" als Erklärung für den Vertrauensschwund. Der 48jährige Kurt van Haaren hatte als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Neuen Heimat dem Verkauf des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns an den Großbäcker Horst Schiesser zugestimmt. Zudem, so Kongreßteilnehmer, sollen auch innergewerkschaftliche Probleme für die Stimmeinbuße maßgebend gewesen sein.

Zahlreiche Delegierte hatten auf dem Kongreß mehrfach das Verhalten der Gewerkschaftsvorsitzenden im DGB bei der Lösung der Neue-Heimat-Krise kritisiert. Am Dienstag war van Haaren dann erneut in die Schußlinie der Delegierten geraten. Die organisierten Kongreßteilnehmer wurden wiederum aus den Zeitungen und nicht von ihrem Vorsitzenden über den geplanten Teilverkauf der gewerkschaftseigenen Volksfürsorge-Versicherung informiert.

Bei der Wahl der drei stellvertretenden Vorsitzenden erhielt der „Schwarze" im DPG-Vorstand mit 83 (1983: 84) Prozent die meisten Stimmen. Das CDU-Mitglied Klaus-Dieter Zemlin (57) übertraf damit das Ergebnis des 1. Vorsitzenden. Zemlin gilt als Experte in den ihm übertragenen Bereichen Tarif- und Beamtenpolitik sowie Sozialpolitik und Jugendarbeit.

Verbessern konnten ihr Stimmenkonto die beiden Stellvertreter Albert Stegmüller (52) und Emil Bock (54). Der für Finanzen zuständige Stegmüller erhielt 81 (1983: 80) Prozent und Bock 73 (1983: 61) Prozent der abgegebenen Stimmen. Bock ist im Vorstand für Post- und Fernmeldepolitik sowie für Arbeitsbedingungen und Frauen bei der Post zuständig.

Mit einer Milliarde wollte die BGAG Gläubigerbanken Sicherheit geben

Vorstandsmitglied Freyberg: Von 1985 an war Neue Heimat nicht mehr zu sanieren

DIETHART GOOS, Bonn

Führende DGB-Repräsentanten müssen die Verteidigungsstrategie über ihre Mitwirkung beim Niedergang der Neuen Heimat überdenken. Vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages verwies Rolf-Jürgen Freyberg, Vorstandsmitglied der DGB-Finanzholding BGAG, gestern auf die starke Position der Mitglieder seines Aufsichtsrats. Als Anteilseigner sitzen dort fast alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften.

DGB-Chef Ernst Breit und andere Gewerkschaftsführer hatten bei ihren Zeugenvernehmungen erklärt, sie seien im BGAG-Aufsichtsrat nur unzureichend über die Entwicklung der Neuen Heimat bis hin zum Verkauf an den Berliner Brotfabrikanten Schiesser informiert worden.

Freyberg, der nach dem spektakulären Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Alfons Lappas jetzt mit dem weiteren Vorstandsmitglied Manfred Wiesmeier das DGB-Finanzimperium leitet, sagte dagegen, der BGAG-Aufsichtsrat sei das entscheidende Gremium. Die Gewerkschaften als Anteilseigner hätten ihre Kompetenzen auf diesen Aufsichtsrat übertragen. Er habe mehr Befugnisse als alle anderen vergleichbaren Gremien. Seit Aufdeckung des Neue-Heimat-Skandals Anfang 1982 sei der Aufsichtsrat fortlaufend über die schwierige wirtschaftliche Lage des Wohnungskonzerns und die rapide Verschlechterung seiner Ertragslage unterrichtet worden.

In der Befragung durch den Ausschußvorsitzenden Heinz Günther Hüsch teilte Freyberg mit, die BGAG habe im August 1986 gegenüber den Gläubigerbanken der Neuen Heimat eine „Wertsicherungserklärung" abgegeben, in der sich die Holding verpflichtete, dem angeschlagenen Wohnungskonzern noch in diesem Jahr 20 000 Wohnungen abzukaufen.

Freyberg bezifferte den Wert dieser Erklärung in einer „groben Schätzung" mit rund einer Milliarde Mark. Deren Zweck sei es gewesen, den Banken eine Tilgungsaussetzung „schmackhaft zu machen". Freyberg erklärte, er habe schon Ende 1985



Das Vorstandsmitglied der BGAG, Rolf Freyberg, vor dem NH-Untersuchungsausschuß FOTO: AP

eine Sanierung der Neuen Heimat nicht mehr für möglich gehalten.

Mühsam gestaltete sich die Vernehmung des Gewerkschaftsmanagers über die Verkaufsverhandlungen zwischen der BGAG und Schiesser. Etwa im November oder Dezember 1985 habe sich der mittelständische Unternehmer zunächst an die BG-Immobiliengesellschaft als Tochterfirma der BGAG gewandt und Interesse an der Übernahme von Wohnungen der Neuen Heimat in Berlin bekundet.

Freyberg vermochte gestern trotz zahlreicher Nachfragen nicht genau Auskunft zu geben, wann er über die Kontakte mit Schiesser unterrichtet worden ist. Er selbst führte am 30. April das erste Vier-Augen-Gespräch mit dem Kaufinteressenten und informierte seine beiden Vorstandskollegen Anfang Mai darüber. Im Laufe der folgenden Wochen hätten dann zahlreiche weitere Beratungen auf Expertenebene stattgefunden. Er habe sich dann im August wieder in die Verhandlungen eingeschaltet.

DGB-Chef Ernst Breit hatte ausgesagt, er habe erst am 28. August durch den damaligen BGAG-Chef Lappas vom beabsichtigten Verkauf der Neuen Heimat erfahren. Das sensationelle Geschäft wurde dann am 18. September getätigt. Nach der gestrigen Darstellung Freybergs wird es vermutlich zu einer dritten Zeugenvernehmung von DGB-Chef Breit im Untersuchungsausschuß kommen.

Union hält SPD Widersprüche in Wehrpolitik vor

rmc. Bonn

Vor dem Hintergrund der Forderungen der SPD nach einer sogenannten „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit" der Bundeswehr hat der Bundestag gestern abend die für das kommende Jahr vorgesehenen Verteidigungsausgaben diskutiert.

Der Sicherheitsexperte der SPD, Erwin Horn, erklärte, eine Reform der Streitkräftestruktur müsse dem Ausbau der auf Stabilität gerichteten Fähigkeit zur Vorneverteidigung dienen und insbesondere Panzerabwehr, Sperrfähigkeit des Heeres und die Luftverteidigung verbessern.

Der Haushaltsexperte der CDU/CSU-Fraktion, Bernhard Friedmann, zitierte den SPD-Politiker Bahr mit seiner Bemerkung, eine verbesserte konventionelle Verteidigung sei teurer als die jetzige Abschreckungsstrategie. Andererseits erkläre aber der SPD-Kanzlerkandidat Rau, daß er den Anteil des Verteidigungshaushaltes auf den Stand von 1982 zurückführen und damit um 1,7 Milliarden Mark kürzen würde. Dieses passe nicht zusammen. Würde im übrigen die SPD mit den Grünen zusammengehen, würden deren „chaotische Vorstellungen" auf dem Gebiet der Verteidigung die Politik einer SPD-Regierung mitprägen.

Für die FDP-Fraktion unterstrich die Abgeordnete Seiler-Albring, der für 1987 um eine knappe halbe Milliarde gekürzte Verteidigungsetat, der jetzt 50,8 Milliarden Mark umfasse, sei trotz der Reduzierungen geeignet, die Bundeswehr der Bedrohung durch den Warschauer Pakt entsprechend zu unterhalten und weiter auszurüsten. Die Steigerungsrate des Verteidigungshaushalts entspreche mit 1,9 Prozent genau der des gesamten Bundeshaushaltes.

Trotz der Bekräftigung der SPD-Forderungen nach „struktureller Nichtangriffsfähigkeit" strich ihr Verteidigungsexperte Horn heraus, daß sich seine Fraktion unter anderem auch für die Beschaffung des MLRS-Raketenwerfers eingesetzt habe, der als Artilleriewaffe die Nachführung von Kräften beim Angreifer unterbinden solle. Horn bekräftigte, seine Partei wolle die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate rückgängig machen und mit einer Rüstungsklausur sowie der Einsetzung einer Wehrstrukturkommission eine Bestandsaufnahme der Bundeswehr vornehmen, falls sie die Regierungsverantwortung erhalte.

Kühle Atmosphäre beim Koalitions-Gespräch

Kohl: „Kronzeugen"-Regelung nur bei Straffreiheit sinnvoll

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP hat endgültig auf eine Kronzeugenregelung als Mittel der Terroristenbekämpfung verzichtet. Darauf verständigten sich gestern Spitzenvertreter der Union und der Freien Demokraten in einem Koalitionsgespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl. Dagegen soll das im Bundestag bereits eingebrachte Gesetzespaket mit Maßnahmen gegen politisch motivierte Gewalttaten unter Berücksichtigung kleiner redaktioneller Änderungen noch vor Weihnachten verabschiedet werden.

FDP-Chef und Wirtschaftsminister Martin Bangemann erläuterte in dem von Teilnehmern als kühl aber sachlich beschriebenen Gespräch die neue Ausgangslage nach dem Parteitag. Wie gemeldet, war in Mainz beschlossen worden, Mördern aus dem Terrorismusbereich entgegen der Koalitionsabsprache nur Strafmilderung statt Straffreiheit zuzubilligen, wenn sie sich als Kronzeugen zur Verfügung stellen. Bangemann und Fraktionschef Mischnick appellierten an die Union, diese Änderung mit zu übernehmen und damit die notwendigen Konsequenzen aus der Sachverständigenanhörung zu ziehen.

In seiner Eigenschaft als CDU-Vorsitzender widersprach Bundeskanzler Helmut Kohl diesem Ansinnen der Freien Demokraten. Eine Kronzeugenregelung sei nur dann sinnvoll und erfolgversprechend, wenn sich als Anreiz Straffreiheit biete. Die Union sei daher nicht zu den von der FDP gewünschten Änderungen bereit.

Die FDP reagiert mit ausdrücklichem Bedauern

Mit ausdrücklichem Bedauern reagierten die Freien Demokraten auf diese Haltung der Union. Beide Seiten verständigten sich darauf, die Kronzeugenregelung nicht weiter zu verfolgen. Ob nach der Bundestagswahl das strittige Thema Kronzeuge bei Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition wieder aufgegriffen wird, war gestern nicht abzusehen.

Ohne auf die besonders von CSU-Seite am Verhalten der Freien Demokraten geübte Kritik direkt einzugehen, warnte FDP-Chef Bangemann in einer Erklärung nach dem Koalitionsgespräch davor, „die Entschlossenheit des Rechtsstaates im Kampf gegen den Terrorismus in Frage zu stellen". Es gehe daher nicht an, Nachdenklichkeit und Sorgfalt bei der Formulierung der Anti-Terrorismus-Gesetze als Wankelmütigkeit zu diffamieren. Bangemann: „Gesetzgeberische und praktische Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus eignen sich weder vordergründig noch hintergründig als Thema für wahlkampfbezogene Parteipolemik. Die FDP fordert sowohl die Union als auch die SPD auf, im gemeinsamen Kampf aller Demokraten gegen den Terrorismus zusammen zu halten."

Union: Wir wollen jetzt kein Öl ins Feuer gießen

Betont zurückhaltend äußerte sich die Union. Man habe nicht die Absicht, jetzt noch Öl ins Feuer zu gießen und die Kontroverse im Koalitionslager zu vertiefen, hieß es bei der CDU/CSU.

In zwei Bereichen der verbliebenen Gesetzesmaßnahmen zur Terrorismusbekämpfung verständigten sich die Koalitionspolitiker auf redaktionelle Änderungen. Sie betreffen die erweiterte Kompetenz des Generalbundesanwalts. Damit würden Vorbehalte Bayerns gegen Einengung der Länder-Kompetenzen berücksichtigt. Außerdem wurde eine gesetzestechnische Änderung bei der Aufzählung gemeingefährlicher Straftaten vorgenommen, die künftig unter Paragraph 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen) fallen.

Die jetzt gefundenen endgültigen Gesetzesformulierungen werden umgehend im Rechts- und Innenausschuß des Bundestages beraten und dann den Plenum zur Schlußabstimmung vorgelegt. Die Opposition von SPD und Grünen hat bereits angekündigt, daß sie den Anti-Terrorismus-Gesetzen nicht zustimmen werden. Beide Oppositionsfraktion sehen sich durch das überwiegend kritische bis ablehnende Votum der Experten bei einer Anhörung am 14. November im Rechtsausschuß des Bundestages in ihrer Haltung bestätigt. Wie gestern verlautete, plant die CDU/CSU nach der Bundestagswahl weitere Gesetzesinitiativen gegen die Gewaltkriminalität bei Großdemonstrationen.

Löhne: BDI dämpft die Erwartungen

dpa, Saarbrücken

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Joachim Langmann, sieht für das nächste Jahr keine Chance für einen Lohnzuwachs wie 1986. Im Saarländischen Rundfunk sagte er gestern, in diesem Jahr habe ein Vorgriff stattgefunden, so daß der Zuwachs bei den kommenden Tarifverhandlungen deutlich niedriger liegen müsse. Die Forderung der Gewerkschaften nach einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich hält er für unrealistisch. Außer Zweifel steht für Langmann, daß sich der Aufschwung fortsetzen werde.

Moskau bekämpft Drogen-Mißbrauch

AFP, Moskau

Eine „Koordinierungskommission" für die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs ist in Moskau unter dem Vorsitz von Generalstaatsanwalt Alexander Rekunow zusammengetreten. Die Kommission hat sich vor allem mit der Lage in Turkmenistan und Usbekistan befaßt. Von dort kommt ein Großteil des in der Sowjetunion hergestellten Opiums. Die Gründung der Kommission zeigt nach Ansicht von Beobachtern die Bedeutung, die die sowjetischen Behörden dem Drogenkonsum beimessen – ein Phänomen, das noch vor einem Jahr abgestritten wurde.

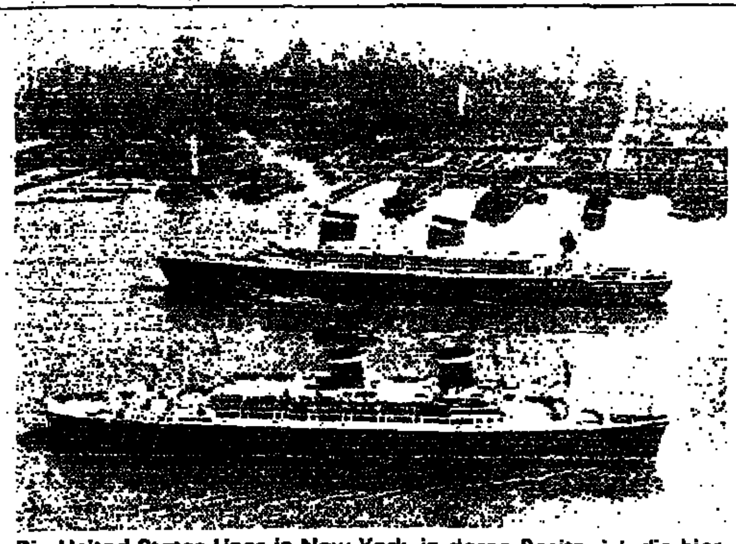
Mauermord vor KSZE-Gremium

Co. Bonn

Der Bonner Delegationsleiter bei der Wiener KSZE-Folgekonferenz, Botschafter Eickhoff, hat die jüngsten Schüsse an der Berliner Mauer, durch die ein Flüchtling am Montag im Bezirk Frohnau ums Leben gekommen ist, scharf verurteilt.

Eickhoff nutzte am Dienstagmorgen gleich die erste Sitzung eines KSZE-Gremiums – der Arbeitsgruppe „Prinzipien" – um darauf hinzuweisen, daß es den Geboten der Schlußakte von Helsinki widerspreche, wenn an den Grenzen zwischen West und Ost immer noch Gewalt ausgeübt werde.





Die United States Lines in New York, in deren Besitz sich die hier abgebildeten Luxusliner United States und America befinden, streichen die Segel. Die zu den größten Containerreedereien *zählenden US-Lines, einer der bedeutendsten Kunden der bremischen* Häfen, sind zahlungsunfähig. Bisher belaufen sich die Verluste auf 237 Mill. Dollar. (S. 15) FOTO: DPA

WELTWIRTSCHAFT

EG: *Die EG-Finanzminister* haben in Brüssel die Beratungen über den Haushalt 1987 wieder aufgenommen. Ein erster Etatplan sah Ausgaben von 35,94 Mrd. Ecu vor. Das Europaparlament erhöhte diesen Ansatz in erster Lesung auf 36,6 Mrd. Ecu.

Steuerreform: Auch die Japaner planen eine Vereinfachung ihres Systems. Wie in den USA ist eine Aufkommensneutralität vorgesehen. (S. 14)

Frankreich: Anfang nächsten Jahres wollen die Banken Scheckgebühren einführen. *Zahlreiche* Verbraucherverbände protestieren gegen dieses Vorhaben. (S. 14)

Konzerne: Unter den 100 umsatzstärksten europäischen Firmen befinden sich *29* deutsche Konzerne. Nach Angaben der „Financial Times" rangiert die britisch-niederländische Royal Dutch/Shell-Gruppe mit 110 Mrd. Dollar Umsatz vor British Petroleum auf Platz eins. Auf Platz sieben steht Siemens. Volkswagen rückte vom 14. auf den zehnten und Daimler-Benz vom 15. auf den 11. Platz vor. (S. 14).

FÜR DEN ANLEGER

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 279,20 (279,87); Chemie: 161,54 (161,91); Elektro: 350,50 (352,39); Auto: 734,84 (737,19); Maschinenbau: 153,65 (152,15); Versorgung: 168,22 (169,06); Banken: 416,18 (415,92); Warenhäuser: 193,98 (194,84); Bauwirtschaft: 526,09 (525,64); Konsumgüter: 187,73 (185,66); Versicherung: 1396,81 (1406,24); Stahl: 138,77 (138,27).

Kursgewinner:	DM	+ %
Daimler	1327,5	8,01
Münch. Rück.	2940,0	5,00
Hann. Papier	257,00	4,90
Henninger	152,00	4,83
Dierig	170,80	4,79

Kursverlierer:	DM	– %
Veith Pirelli	858,00	4,67
KHD	175,00	4,63
Lufthansa St.	167,00	4,57
Überland Ufr.	298,00	4,87
Alcan	61,00	3,79

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Uneinheitlich

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Commerzbank: Eine Dividendenerhöhung von acht auf neun DM kündigt das Unternehmen an. *(S. 15)*

Zusammenarbeit: Die beiden größten deutschen Reedereien, die zum Oetker-Konzern gehörende Hamburg-Süd und die Hapag-Lloyd haben eine weitgehende Zusammenarbeit beschlossen.

Bertelsmann: Die Verlagsgruppe hat ihren Umsatz um 1,2 Prozent erhöht. Wegen der Dollarschwä*che sank der Auslandsumsatz um* 3,5 Prozent, während das Inlandsgeschäft um 7,8 Prozent zunahm. (S. 15)

Bundeskartellamt: Die Kraftwerk Union (KWU) kann die Exxon Nuclear übernehmen.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	25. 11. 86	24. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	150,00	151,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	69,50	73,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	117,50	122,25	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Arbeitsgericht: Den Begriff „Gewerkschaften" hat der 1. Senat in Kassel jetzt genau definiert. (S. 15)

Banken: Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat sich erneut dafür ausgesprochen, den Bankeneinfluß auf ein „erträgliches Maß" zu reduzieren.

Öl: Trotz einer 3,9prozentigen Zunahme der Rohölimporte auf 56 Mill. Tonnen hat sich die Rechnung der Bundesrepublik in den ersten zehn Monaten auf 14,9 Mrd. DM mehr als halbiert.

Ausgaben: Der Planungsausschuß von Bund und Ländern hat den Rahmenplan 1987 für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" Fördermittel von Bund und Ländern in Höhe von 2,44 Mrd. DM beschlossen.

Investitionen: Deutsche Unternehmen haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres nur zwanzig Investitionsprojekte (Vorjahr: *31 Projekte)* in Großbritannien begonnen.

Mittelstand: Der industrielle Mittelstand verlangt für die nächste Legislaturperiode des Bundestages eine durchgreifende Reform der Unternehmenssteuern sowie einen systematischen Abbau von Subventionen.

NAMEN





DEHOGA: Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststät*tenverbandes, Leo Imhoff (Foto* rechts), wird morgen 65 Jahre. Imhoff steht dem Verband mit 200 000 Betrieben und 840 000 Mitarbeitern seit mehr als zwölf Jahren vor.

Ruhrgas: Vorstandsmitglied Christoph Brecht (Foto links) feiert heute seinen 65. Geburtstag. Seit 1959 ist er für die Ruhrgas AG tätig. *1982* übernahm er die Leitung aller technischen Ressorts.

Allianz: Der Aufsichtsrat hat die stellvertretenden Vorstandsmit*glieder Diethart Breipohl und* Herbert Schmeer zu ordentlichen Vorständen ernannt. Heinz Prokop wird am 1. Januar 1987 in den Vorstand berufen.

WER SAGT'S DENN?

Nur auf dem Boden ganz harter Arbeit bereitet sich normalerweise der Einfall vor.

Max Weber

Franke: Staatliche Programme am Arbeitsmarkt sind nur Strohfeuer

Präsident der Nürnberger Bundesanstalt bei der WELT: Schnelle Lösungen gibt es nicht

THOMAS LINKE, **Bonn**

Einen Königsweg oder ein Patentrezept zum Abbau der Arbeitslosigkeit *hatte* der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, bei seinem Besuch in der WELT-Redaktion nicht parat. Doch Schritte in die richtige Richtung gäbe es zu Hunderten: „Dazu gehören die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren. Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsämter für über 460 000 Arbeitnehmer in diesem Jahr, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vorruhestand usw."

Die Zahl der Erwerbstätigen ist laut Gutachten der Fünf Weisen von Ende 1983 bis Ende 1986 um rund 600 000 gestiegen. Franke teilt die Einschätzung des Sachverständigenrats, daß auch im kommenden Jahr mit mehr als 200 000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen sein wird. Hoffnungen auf schnelle Lösungen für das Problem Arbeitslosigkeit wollte Franke jedoch nicht wecken: Eine Erwerbslosenzahl deutlich unter zwei Millionen lasse sich erst in den neunziger Jahren erreichen.

Von „künstlichen", kreditfinanzierten Beschäftigungsprogrammen hält Franke überhaupt nichts: „Das entfacht nur Strohfeuer." Wirkungsvoll hingegen sei beispielsweise die von der Bundesregierung beschlossene Anhebung der Förderungssumme für die Städtebaufinanzierung von *300 Millionen Mark auf über eine Milliarde* Mark jährlich: „Ich hätte mir allerdings gewünscht, daß die Mittel noch um eine weitere Milliarde Mark aufgestockt worden wären", sparte CSU-Mitglied Franke auch nicht mit Kritik am Kohl-Kabinett.

„Natürlich weiß jeder, wo ich parteipolitisch herkomme, aber ich meine doch, daß ich mein Amt objektiv ausübe." An Versuche aus der Politik, diese Objetivität in die „richtige" Richtung zu lenken, konnte sich der Nürnberger Präsident nicht erinnern.

Auch Kritik am Vermittlungsmonopol seiner Mammutbehörde läßt den gebürtigen Osnabrücker kalt. Er verweist auf den Gesetzgeber und die Problemfälle unter den Arbeitslosen: „Eine objektive Beratung und Vermittlung für alle ist nur möglich, wenn sie von neutraler Stelle vorgenommen wird." Private Vermittler würden sich nur auf die leicht vermittelbaren Stellensucher stürzen, um die eigenen Erträge zu sichern: „Wir brauchen keine privaten Vermittler oder eine wesentlich mobilere Bevölkerung, sondern schlicht zwei Millionen mehr Arbeitsplätze."

Vorschlägen zu einem Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes, wie sie jetzt Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vorgelegt hat, steht Franke skeptisch gegenüber: „Was wir jetzt an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fahren, halte ich für die Grenze." 113 000 Arbeitslose fanden in diesen Projekten im letzten Monat vorübergehend Beschäfti*gung. Gesamtkosten: Über drei Milliarden* Mark im Jahr, von denen die Bundesanstalt für Arbeit einen guten Teil einspart, weil sie den so Beschäftigten kein Arbeitslosengeld zahlen muß.

Über 50 Prozent der Teilnehmer können durch die in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gewonnenen Zusatzqualifikationen einen Dauerarbeitsplatz finden. Franke: „Das ist sicher noch nicht voll befriedigend. Aber in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden vor allem Problemfälle untergebracht." Für nicht ganz ausreichend hält der Vater von sechs Kindern die Ausbildungs- und Weiterbildungsbemühungen der Wirtschaft, die in einer freien Gesellschaft das Ausbildungsmonopol habe. Wenn die Wirtschaft heute über Fachkräftemangel klage, sei dies deshalb ein Gutteil Selbstkritik. „Dabei ist unser duales System der Berufsausbildung das Beste der Welt."

Mehr als 91 000 Fälle von Leistungsmißbrauch zählte die Nürnberger Anstalt im letzten Jahr. „Durch einen Austausch von Daten mit der Krankenversicherung kommt die Bundesanstalt jetzt schnell darauf, wenn jemand Arbeistlosengeld kassiert und trotzdem in einem Arbeitsverhältnis steht." Besonders schwierig ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung. Bis zu einer halben Million legaler Beschäftigungsverhältnisse büße unsere Volkswirtschaft dadurch ein, rechnete Franke vor: „Stoppen *könnten sie dieses Problem auch in* einem Polizeistaat nicht."

Bonn steht voll zu seinen Verpflichtungen bei Saarstahl

Darüber hinaus ist die Saarland-Regierung in der Pflicht

HH/DW. **Bonn**

Die Bundesregierung hat keine Pläne für Zechenstillegungen, erklärte Kanzleramtsminister Schäuble dem saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine Mittwoch abend bei einem Gespräch. Aus Gründen der Arbeitsplatzerhaltung würde es die Bundesregierung begrüßen, wenn bei den Saarbergwerken alle Grubenstandorte erhalten blieben.

Zu Saarstahl Völklingen (früher Arbed-Saarstahl) betonte Schäuble, die Bundesregierung habe im März dem Sanierungskonzept Lafontaines in der Erwartung zugestimmt, daß die Regierung des Saarlands dies nunmehr in eigener Verantwortlichkeit durchführe. Dazu leiste der Bund mit der Entschuldung des Unternehmens von bundesverbürgten Krediten in Höhe von 705 Millionen Mark „einen ganz erheblichen Beitrag". Der Bund habe bereits rund eine Milliarde Mark Zuschüsse bewilligt und trage nun den Schuldendienst für die 705 Millionen bundesverbürgte Kredite.

Auch stehe der Bund voll zu seinen Verpflichtungen, die er im Rahmen des EGKS-Vertrags bei den Sozialleistungen übernommen habe (je zur Hälfte Bund und EG-Kommission). Seit dem 1. Januar seien Betriebsbeihilfen nach dem EG-Subventionskodex nicht mehr zulässig.

Lafontaine hält hingegen neue Subventionen für erforderlich. Der Bund solle Anpassungshilfen zur finanziellen Ansicherung des notwendig werdenden Personalabbaus geben. Er bezifferte den neuen Sozialplan auf über 200 Millionen Mark. Als Folge des Preisverfalls auf den Stahlmärkten müsse der Personalstand von jetzt 12 000 auf etwas mehr als 9000 verringert werden.

Polnisches Desaster

Mk. – Noch wird auch in Bankenkreisen darüber spekuliert, was der polnische Finanzminister Samojlik mit seiner Ankündigung gemeint haben mag, sein Land werde in diesem Jahr seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern nicht nachkommen. Ob er damit nur Bekanntes noch einmal wiederholt hat, nämlich den Umstand, daß Polen bereits seit Monaten seine Zinsen und Tilgungen für öffentlich-verbürgte Kredite nicht so (häufig sogar überhaupt nicht) zahlt, wie es bei den Umschuldungen vereinbart worden war; oder ob er tatsächlich etwas Neues verkündet hat, nämlich auch die Einstellung der Zinszahlungen für Bankkredite.

Fest steht: Die polnischen Probleme werden immer größer. Die Verschuldung im Westen lag zur Jahresmitte bei 31,3 Milliarden Dollar. Ende nächsten Jahres könnten es bereits 35 Milliarden sein. Gleichzeitig läuft der Westexport nicht so wie erhofft.

Die Preise für Kohle, Kupfer und Schwefel stehen unter Druck. Und ein Ausweichen auf Fertigerzeugnisse scheitert daran, daß die Mittel zum Aufbau solcher Produktionen fehlen. Eine verhängnisvolle Spirale *nach unten. Der Handel lahmt.*

Die Bundesregierung wollte im Frühjahr helfen, indem sie 100 Millionen Mark für kleinere Projekte verbürgen wollte, um den Polen notwendige Importe zu ermöglichen. Nur 13 Millionen wurden abgesichert, nicht weil es an Vorhaben fehlte, sondern weil Warschau den Verpflichtungen nicht nachkam und so die Notbremse gezogen wurde. Ein weiteres Zeichen für das polnische Desaster.

Ausland steigt in Festverzinsliche ein

Bundesbank: Die Preisstabilität hat für uns einen unverändert hohen Stellenwert

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die deutliche Überschreitung des Geldmengenziels bietet derzeit keinen Anlaß zur Sorge, daß sie eine inflationäre Entwicklung auslösen könnte. Die Gelassenheit der Deutschen Bundesbank will Direktoriumsmitglied Prof. Claus Köhler aber auf keinen Fall als mangelnde Wachsamkeit in Sachen Preisstabilität gewertet wissen. Vor der Jahresversammlung des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Frankfurt bekräftigte er vielmehr den hohen Stellenwert, den die Bundesbank der Preisstabilität unverändert beimißt. Auch für das kommende Jahr erwartet Köhler inflationsfreies Wachstum, und zwar stärker, als soeben vom Sachverstän*digenrat prognostiziert.*

Im Grundsatz begrüßt wurde von Köhler die wachsende Internationalisierung der Kapitalmärkte. Eine enge Kapitalverflechtung wirke auch als Bremse gegen protektionistische Maßnahmen. Weniger glücklich ist die Bundesbank aber offensichtlich mit einem Teil der neuen Finanzierungsinstrumente, die diese Internationalisierung vorantreiben. Die Banken könnten sich dieser Entwicklung nicht verschließen, räumt Köhler ein, allerdings sollte jede Bank sorgfältig überlegen, wie weit sie mitgehen könne.

Zuvor hatte Ludwig Schork, der Vorsitzende des Gemeinschaftsdienstes, daran erinnert, daß allen Äußerungen von Kapitalmarktexperten zum Trotz das Anlegerpublikum offenbar nicht davon überzeugt ist, daß *der seit etwa einem halben Jahr leicht* steigende Zinstrend wieder umkehren könnte. Besonders die privaten Anleger seien verunsichert und warteten ab. Der gesamte Erstabsatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen einschließlich Namenspapiere blieb in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit 104 Milliarden Mark um 3,4 Prozent unter dem Vorjahresstand. Die privaten Haushalte haben sich dabei mit etwa einem Drittel weniger Käufen von Festverzinslichen als im Jahr zuvor am stärksten zurückgehalten.

Kräftig gestiegen ist dagegen das Engagement der Ausländer: Sie erwarben mit 2,3 Mrd. DM von Januar bis September mehr als doppelt so viele Pfandbriefe und Kommunalobligationen wie im Jahr zuvor. Die Ralkreditinstitute wollen dieses Interesse *wachhalten und sich stärker* im Ausland präsentieren.

Mit dem Dollar schwächten sich Pfund und Yen ab

cd. **Frankfurt**

Der Dollar, der schon am Dienstagnachmittag die Marke von zwei Mark unterschritten hatte, weil der sechsprozentige Rückgang der Gebrauchsgüterbestellungen in den USA an den internationalen Devisenmärkten verstimmte, bröckelte gestern zunächst weiter auf 1,9840 DM ab, als noch Stop-Loss-Aufträge zum Zuge kamen, mit denen sich Dollarbesitzer gegen einen weiteren Kursrückgang sichern wollten. Nach der amtlichen Notierung mit 1,9881 (2,0088) DM lebte die Nachfrage wieder auf, die am frühen Nachmittag für eine Erholung auf *1,9960 DM* sorgte. Sie wurde dadurch ausgelöst, daß das US-Außenhandelsdefizit im Oktober mit zwölf Mrd. Dollar geringer ausfiel als erwartet (14 Mrd.).

Ein Wermutstropfen war die Korrektur des September-Defizits von 12,6 auf 14,7 Mrd. Dollar. Mit dem Dollar schwächten sich auch die meisten anderen Währungen ab, der Yen von 1,2280 auf 1,2245 DM infolge des US-japanischen Kursstützungsabkommens und das Pfund. Fester tendierten Schweizer Franken.

AUF EIN WORT

„Kritische Wissenschaftler sind so kritisch, wie Volksdemokratien demokratisch sind."

Dr. Dietrich Schwarz, Hauptabteilungsleiter der VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund. FOTO: DIE WELT

Commerzbank: Investitionswelle läuft 1988 aus

H. WI. **Frankfurt**

Das Sozialprodukt der Bundesrepublik wird 1987 mit drei Prozent ähnlich stark wachsen wie im laufenden Jahr. 1988 allerdings, so prognostizierte Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, vor Journalisten in Frankfurt, drohe eine Abschwächung der Konjunktur, da dann die Investitionswelle auslaufe. Die von Bundesfinanzminister Stoltenberg gezeigte Bereitschaft, gegenüber den Ursprungsplänen bei den für 1988 zu erwartenden Steuersenkungen „noch etwas zuzulegen", könne deshalb nur begrüßt werden.

Daß die Bundesrepublik im Kreise der Industrieländer gegenwärtig die „beste Figur macht", führt Seipp vor *allem auf zwei Faktoren zurück:* Die wieder zunehmende Innovationsneigung der Industrie und der Dienstleistungswirtschaft einerseits und die gesunde Finanzpolitik der Bundesregierung andererseits. Dies habe *schließlich auch dazu geführt, daß die* Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger relativ stärker gestiegen seien als in den vorausgegangenen 15 Jahren.

Boesky und die Folgen

Von GERD BRÜGGEMANN, Washington

Seit dem vergangenen Freitag steht die amerikanische Öffentlichkeit vor der Frage, ob der Insiderskandal um den bekannten Finanzmann Ivan Boesky ein Einzelfall ist, oder ob hier das Teilstück einer Verschwörung sichtbar wird, zu der sich Finanziers, Spekulanten und Investmentbanken zusammengetan haben, um Aktienkurse zu manipulieren. Sollte sich ein solcher Beweis erbringen lassen, würde das schwerwiegende Folgen für die amerikanische Wirtschaft haben, die in ganz anderem Maße als *ihre Wettbewerber in Europa und* Asien auf einen funktions- und leistungsfähigen Kapitalmarkt angewiesen ist. Ohne das Vertrauen von Sparern und Aktionären kann es *einen leistungsfähigen* Kapitalmarkt aber nicht geben.

Ist der Insiderskandal um den Finanzmann Boesky Teil einer Verschwörung von Finanziers, Spekulanten und Investmentbanken? Dies hätte schwerwiegende Folgen für die amerikanische Wirtschaft.

Bisher haben die Ermittlungen der Börsenaufsichtsbehörde solche weitreichenden Vorwürfe nicht erhärten können und Wall Street ist wieder zur Tagesordnung übergegangen. Die Kurse steigen seit einigen Tagen unaufhaltsam. Am Montag durchbrach der Dow-Jones-Industrieindex erstmals seit Monaten die 1900-Punkte-Grenze. Dennoch wäre die Annahme verfehlt, die Krise sei vorüber.

Die zahlreichen Witze, die seit einigen Tagen über die Vorgänge an Wall Street kursieren, lassen eher auf Galgenhumor schließen, mit dem die Börsianer Furcht, Ratlosigkeit und gegenseitiges Mißtrauen zu überdecken suchen. Aber auch in anderen Kreisen hat der Boesky-Skandal weitreichende Resonanz gefunden. So ist an den Universitäten eine Diskussion in Gang gekommen, in der die Frage erörtert wird, ob die Ereignisse von Wall Street zu einer Hinwendung zu einer neuen Ethik in der amerikanischen Gesellschaft führen können, eine Abkehr von der betont materialistischen Gesinnung der letzten Jahre.

Auch einige hundert Kilometer südlich des Finanzzentrums am Hudson in der Haupstadt Washington sind die Vorgänge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ironischerweise war es Missetäter Boesky selber, der nicht nur mit seinen Handlungen, sondern auch mit seinen Auslassungen dazu beitrug: „Wenn meine Verfehlungen eine Überprüfung der Regeln und Praktiken an den Finanzmärkten in Gang bringen, dann kann dabei vielleicht etwas Gutes herauskommen", ließ er nach seinem Fall salbungsvoll verlauten.

Niemand freilich weiß so recht, welche Regeln und Praktiken denn überprüft werden sollten. Der Fall Boesky entstand nicht, weil die Gesetze nicht gut wären, sondern weil er ein Schurke und ein Dieb ist. Finanzminister James A. Baker erklärte denn auch ziemlich lahm, er wolle eine Untersuchung veranlassen. Deutlicher wurden die oppositionellen Demokraten, die nach den *Wahlen vor drei Wochen* über Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses verfügen. Sie möchten die einschlägigen Gesetze in der Weise ändern, daß Übernahmetransaktionen wie die, bei denen Boesky auf*grund von Insiderinformationen* seine hohen illegalen Gewinne machte, zumindest sehr erschwert werden.

Die demokratischen Senatoren und Abgeordneten haben für ihre Pläne einen Bündnispartner gewonnen, mit dem sie sonst nicht direkt zu tun haben wollen: Big Business.

General-Motors-Chef Roger B. Smith spricht sicher für die Mehrzahl seiner Managerkollegen, wenn er über jene Finanziers, die heimlich Aktien eines Unternehmens aufkaufen, um es mit geringen Eigenmitteln dann zu übernehmen, oder aber sich die zusammengekauften Pakete mit hohem Gewinn von den Unternehmern abkaufen zu lassen, sagt: „Sie zerstören Vermögen, vernichten Arbeitsplätze und sie ruinieren Gemeinden."

Diese Aussage beschreibt allerdings nur einen Teil der Wirklichkeit. Der andere Teil besteht darin, daß die Übernahmespekulationen oft nur dadurch möglich waren und sind, daß Mißmanagementunternehmen Ziele für solche Übernahmefinanziers werden.

Gegen die gesetzgeberischen Pläne der Demokraten richtete sich denn auch sehr schnell Widerstand. Niemand liebt die Übernahmefinanziers, aber ihnen wird eine wichtige Funktion in der amerikanischen Wirtschaft zuerkannt: Sie erzeugen Druck auf das Management, die Unternehmen in Form zu bringen oder zu halten.

Tatsächlich war der Fall ja nur möglich, weil Boesky davon überzeugt war, nicht ertappt zu werden. Das Gebot muß deswegen eher lauten, die Überwachung der Märkte so zu gestalten, daß potentielle Übeltäter aus Furcht, erwischt zu werden, von ihren Plänen ablassen. Insofern hätte der Fall Boesky, wenn er ausgestanden ist, für die amerikanischen Börsen neben seiner trüben auch eine gute Seite: Er zeigt, *daß die Börsenaufsicht* manchmal eben doch funktioniert.

Der Samstag darf nicht tabu sein

Gesamtmetall will mit einer Broschüre zur Arbeits-Flexibilität aufklären

THOMAS LINKE, **Bonn**

Wenn sich bei einer 38,5-Stunden-Woche und einer täglichen Regelarbeitszeit von 7,7 Stunden Arbeitszeit und Betriebszeit decken, werden die Anlagen aufs Jahr gerechnet nur zu etwa 17 Prozent genutzt. Rund 83 Prozent des Kapitaldienstes sind nicht abgedeckt. Das ist dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und den dort *angeschlossenen Unternehmen* zu wenig.

Lösung: Arbeits- und Betriebszeit müssen entkoppelt werden, um die Nutzungsquote der Anlagen zu erhöhen. Nur so kann nach Meinung von Gesamtmetall auch dem immer stärker werdenden Druck im internationalen Wettbewerb entgegnet werden, der bei Nichteinhalten von Lieferterminen zu astronomischen Konventionalstrafen geführt hat. Zudem hätten die 1984 abgeschlossenen Manteltarifverträge – „Leber-Kompromiß" – die Betriebe gezwungen, die Kosten der Arbeitszeitverkürzung durch verstärkte Anstrengungen zur besseren Nutzung der verbleibenden Arbeitszeiten wenigstens teilweise aufzufangen.

Doch nicht nur Gewerkschaften sind schwerfällig, wenn es um die Einführung von „Flexi" geht. Auch die Unternehmen – insbesondere Klein- und Mittelbetriebe – reagieren oft *noch mit Unverständnis* und Umsetzungsschwierigkeiten auf die Verbandsforderungen nach Einführung flexibler Arbeitszeiten. Das soll anders werden. Rat und Hilfe soll die neue Flexi-Broschüre „Arbeitszeit-Betriebszeit-Freizeit" bringen, die der Arbeitgeberverband Gesamtmetall jetzt herausgegeben hat. Die Broschüre ist für die betriebliche Praxis bestimmt und von Praktikern geschrieben. Ein Autor, *Günter* Bittelmeyer, ist Personal-Hauptabteilungsleiter bei MTU in Friedrichshafen.

„Wir sind überzeugt, daß die Arbeitszeitgestaltung in den nächsten Jahren zu einer Überlebensfrage wird", erklärte der Leiter der tarifpolitischen Abteilung bei Gesamtmetall Friedrich Wilhelm Siebel bei der Vorstellung der Broschüre in Köln. Arbeitszeit, Betriebszeit und Freizeit lassen sich dank der neuen Techniken entkoppeln. Siebel: „Es kommt nun darauf an, für alle ein ausgewogenes Verhältnis zu finden".

Dabei darf auch der Samstag nicht tabu bleiben, „wenn wir ihn auch nicht flächendeckend als Arbeitstag wollen", erklärte Bittelmeyer. Der Sonntag bleibt auch für Gesamtmetall heilig.

Von neuen Tarifverträgen erhofft sich Bittelmeyer insbesondere eine Verlängerung der Ausgleichszeiträume für Mehrarbeit auf ein Jahr: „*Damit* können wir leben, wenn große Unternehmen auch sicher noch längere Fristen bräuchten."

Weichen für die Uruguay-Runde werden gestellt

Zä. Genf

Die Vorbereitungen für die im September in Punta del Este beschlossene neue Welthandelsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) sind in die entscheidende Phase eingetreten. Mit diesen letzten Vorbereitungen werden gewissermaßen die Weichen für die Anfang 1987 beginnenden eigentlichen Verhandlungen gestellt. Zu diesem Zweck ist ein „Ausschuß für Handelsverhandlungen" (TNC) beauftragt worden, bis zum 19. Dezember ein Gesamtpaket für Struktur und zeitlichen Ablauf der „Uruguay-Runde" vorzulegen. Den ministeriellen Sitzungen dieses Organs in Genf präsidiert der uruguayische Außenminister Enrique Iglesias, alle anderen Sitzungen leitet Gatt-Generalsekretär Arthur Dunkel. Gleichzeitig arbeiten zwei Unterausschüsse, in der einen Gruppe werden die Probleme des Warenverkehrs und die traditionellen Handelshindernisse behandelt, einschließlich Agrarsektor, in der anderen die neuen Verhandlungsbereiche im Dienstleistungsbereich.

Eine Zweiteilung der Vorgespräche war nötig geworden, weil eine kleine von Brasilien und Indien geführte Ländergruppe der vor allem von den Amerikanern verlangten raschen Liberalisierung im internationalen Dienstleistungsverkehr mit Vorbehalten begegnet. Allerdings scheinen sich die Positionen hier allmählich anzunähern.

Von ebenso großer Bedeutung aber sind die Vorgespräche über die Mechanismen, die geschaffen werden müssen, um den Protektionismus zum Stillstand zu bringen und Gatt-widrige Restriktionen abzubauen. In der Sprache der Experten geht es um den sogenannten „stand still" und den „roll back". Im Hause des Gatt gilt eine verbindliche Regelung des „stand still", auf die vor allem die Entwicklungsländer dringen, als „vitaler Bestandteil" des Verhandlungspakets. Die Frage des „roll back" könne später geregelt werden.

Die Japaner planen eine umfangreiche Steuerreform

Weniger Stufen sollen das System vereinfachen – Kosten werden voraussichtlich durch indirekte Abgabe ausgeglichen

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Der umfassendste Plan für eine Steuerreform seit 1950 ist von einem Ausschuß der japanischen Regierung ausgearbeitet und von einem Beirat der regierenden Liberaldemokratischen Partei befürwortet worden. Kernstück der Änderungen soll eine erhebliche Tarifsenkung bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer sein. Der zu erwartende Aufkommensausfall soll durch eine Mehrwert- und Kapitalertragssteuer sowie durch Fortfall der Vergünstigungen beim Sparen ausgeglichen werden.

Die Ermäßigung der Einkommen- und der von ihr abhängigen Einwohnersteuer wird nach dem Plan 33,8 Milliarden Mark ausmachen. Gleichzeitig wird der Spitzensatz von 70 auf 50 Prozent vermindert. Künftig soll es ferner nur sechs statt bisher 15 Steuerklassen geben. Eine spürbare Entlastung soll es für die Berufstätigen im *mittleren Progressionsbereich geben,* doch kommt die Verringerung der Steuerquote bei dieser Gruppe nur auf etwa 15 Prozent. Bei einem Jahreseinkommen bis zu 62 500 Mark wird der Steuersatz 15 Prozent betragen und bei einem Einkommen bis 87 500 Mark 20 Prozent. Die Körperschaftsteuer wird nach dem Plan von bisher 52,9 auf 50 Prozent verringert. Das kommt einem jährlichen Aufkommensausfall von 22,5 Milliarden Mark gleich.

Der Plan sieht auch die Einführung einer indirekten Steuer vor, wobei noch nicht entschieden ist, ob es sich um einen Tarif auf den Umsatz der Produzenten, auf den Umsatz des Handels oder um eine leicht abgewandelte Mehrwertsteuer nach deutschem Vorbild handeln wird. Nach den bisherigen Plänen hat eine fünfprozentige Mehrwertsteuer die besten Aussichten. Von ihr ausgenommen werden sollen Kleinunterneh*men mit Jahresumsätzen von weni*ger als 650 000 Mark, Nahrungsmittel, Kosten für Heilbehandlung, Ausbildung und Kapitaltransaktionen. Abgeschafft werden soll die Steuerbefreiung für kleine Sparguthaben. Zinsen und Dividenden sollen mit einer Kapitalertragssteuer von 20 Prozent belegt werden. Die Absetzungsmöglichkeiten bei freien Berufen sollen eingeschränkt werden.

Während des Wahlkampfes im Sommer dieses Jahres hatte Ministerpräsident Nakasone versprochen, daß die von seiner Regierung beabsichtigte Steuerreform keine hohe Belastung durch eine Mehrwertsteuer bringen würde. Nakasone hat vor wenigen Tagen betont, daß er in der Frage der Mehrwertsteuer eine flexible Haltung einnehme. Eine Mehrwertsteuer würde *fünf Prozent* daher nicht übersteigen.

Japanische Sachverständige rechnen damit, daß die Auswirkungen der *Steuerreform auf die Wirtschaft ge*ring sein werden. Die Belastung für Berufstätige im Alter zwischen 40 und 60 Jahren werde künftig etwas geringer, für Jüngere etwas höher sein. Die hohe Staatsverschuldung von gegenwärtig 1,7 Billionen Mark werde auf die Dauer etwas vermindert und die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden können.

Über die Frage der indirekten Steuer wird in den nächsten Tagen eine Entscheidung des liberaldemokratischen Steuerbeirats erwartet. Das Reformprogramm werde dann als Regierungsvorlage voraussichtlich Anfang nächsten Jahres im Par*lament eingebracht* werden. Da jedoch nicht allein die Oppositionsparteien, sondern auch Teile der Regierungspartei gegen die Einführung der *indirekten Steuer* und die Abschaffung der Steuerbefreiung für kleinere Sparbeträge sind, gilt es noch nicht als sicher, daß die Tarifreform Gesetz wird. (SAD)

EG pocht auf Energiesparen

„Niedrige Ölpreise haben die Verwundbarkeit erhöht"

Ha. **Brüssel**

Wirtschaft und private Verbraucher dürfen in ihren Bemühungen um eine rationelle Energieverwen*dung nicht nachlassen.* Dies hat der EG-Ministerrat gestern in Brüssel betont. Eine sparsame Energienutzung erhöhe die Versorgungssicherheit, verbessere die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und wirke sich günstig auf die Umwelt aus, heißt es in der von den Fachministern verabschiedeten Erklärung. Daraus folge die Notwendigkeit, die bisherigen Anstrengungen eventuell noch zu verstärken.

Der Aussprache lag ein Bericht der EG-Kommission zugrunde. Danach haben die niedrigen Erdölpreise die „Verwundbarkeit" der Gemeinschaft im Energiebereich wieder erhöht. Nach Schätzungen der Brüsseler Experten könnten sich die Netto-Erdölimporte der EG bis 1995 auf 37 Prozent des gesamten Energiebedarfs der Gemeinschaft erhöhen, verglichen mit 30 Prozent nach der mittelfristigen Zielsetzung der Mitgliedstaaten. Der Anteil des Öls am Gesamtverbrauch würde ohne fortgesetzte Anstrengungen zur Einsparung 45 Prozent erreichen, während die EG für 1995 ein Ziel von 40 Prozent angepeilt hatte.

Ansatzpunkte für eine rationelle Energienutzung bildet vor allem der Verkehr. Er hatte als einziger in den vergangenen *zehn Jahren* einen steigenden Energieverbrauch zu verzeichnen. Zwischen 1973 und 1984 nahm der Energiebedarf im Transportbereich *um mehr* als 25 Prozent zu. Die Hälfte des Verbrauchs entfällt heute auf Erdöl, verglichen mit einem Drittel im Jahre 1973.

Der Rat bekräftigte die Notwendigkeit, die Untersuchungen über Einsparungsmöglichkeiten fortzusetzen.

Franzosen reagieren empört

Banken wollen ab Anfang nächsten Jahres Gebühren nehmen

J.Sch. **Paris**

Die von den französischen Banken zum Jahresende angekündigte Einführung des gebührenpflichtigen Schecks stößt bei der Bevölkerung auf zunehmenden Widerstand. Bisher haben 18 Verbraucherverbände ihre Mitglieder zur Auflösung ihrer Kontokorrentkonten und zu anderen Boykottmaßnahmen aufgefordert, zum Beispiel die Streichung der in die Schecks eingeprägten EDV-Referenz. Außerdem wollen sie die Banken vor den Wettbewerbsbehörden wegen illegaler Kartellabsprachen verklagen.

Von solchen Absprachen könne jedoch keine Rede sein, behaupten die Banken. Sie räumen zwar ein, daß sie bei Bearbeitungskosten von durchschnittlich drei Franc je Scheck harmonisierte Kommissionen von zwei bis 2,50 Franc und außerdem eine Kontoführungsgebühr von 20 bis 30 Franc pro Quartal berechnen wollen. Bei den „Gegenleistungen" würden sie sich aber heftige Konkurrenz machen, insbesondere was die Zahl der freien Schecks in Bezug auf den monatsduchschnittlichen Kontostand betrifft. (An eine Verzinsung der Sichteinlagen ist allerdings nicht gedacht.)

Die scharfen Proteste, denen sich auch die Gewerkschaften angeschlossen haben, erklären sich daraus, daß der Scheckverkehr in Frankreich eine sehr große Rolle spielt. Im vergangenen Jahr wurden 4,5 Milliarden Schecks allein von Privaten ausgestellt. Insgesamt 94 Prozent aller Haushalte unterhalten insgesamt 46,2 Millionen Kontokorrentkonten. Dank der neuen Kommissionen würden die Banken nach Schätzung des Finanzministeriums zwischen 3,8 und 12,8 Milliarden Franc Mehreinnahmen im Jahr verbuchen.

PERSONALIEN

Dr. **Rainer Simon** (36), Mitglied der Geschäftsführung der Vergölst GmbH, Bad Nauheim, Tochtergesellschaft der Continental-Gummi-Werke AG, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Sprecher der Geschäftsführung ernannt worden. Er ist Nachfolger von **Wilhelm P. Winterstein** (56), der zum Leiter Konzernlogistik Reifen in Hannover berufen wurde.

Heribert Nees-Reich *(38)*, wurde als Nachfolger von Dr. **Gernot H. Schäfer** Geschäftsführer der Werner & Pfleiderer GmbH, Stuttgart.

Günther Lauffs, Mitinhaber des Hauses Rabenhorst, Unkel/Rhein, feiert am 28. November seinen 85. Geburtstag.

Josef Vennemann ist per 1. Januar 1987 zum Vorstandsmitglied der Überlandwerk Nord-Hannover AG, Bremen, ernannt worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Horst Lennertz**, der in den Vorstand der Preußenelektra AG, Hannover, eintritt.

Siemens in Europa auf Rang sieben

dpa/VWD, **London**

Die britische Wirtschaftszeitung „Financial Times" hat gestern eine Liste der 100 umsatzstärksten europäischen Firmen veröffentlicht. Unter ihnen sind 29 deutsche Konzerne. Die Spitzenposition hält die britisch-niederländische Royal Dutch/Shell-Gruppe mit einem Umsatz von 110 Mrd. Dollar.

Siemens rangiert als größtes deutsches Unternehmen mit einem Umsatz von 24,5 Mrd. Dollar auf dem siebten Rang (Vorjahr: Rang 13). Volkswagen rückte vom 14. auf den zehnten und Daimler-Benz vom 15. auf den 11. Platz der „Financial Times"-Liste vor. Die Karstadt-Gruppe ist mit einem Umsatz von 4,8 Mrd. Dollar auf dem 95. Platz zu finden. Einer der Gründe für das Vordringen der deutschen Gesellschaften ist der starke Wertverlust des Dollar gegenüber der D-Mark während der letzten zwölf Monate.

EG will Zollpolitik ändern

Bevorzugung der Schwellenländer wird abgebaut

Ha. **Brüssel**

Krach mit den Golfstaaten droht die Entscheidung des EG-Ministerrates heraufzubeschwören, die zollbegünstigte Einfuhr von einer Reihe von Mineralölerzeugnissen aus Entwicklungsländern zu kontingentieren. Allerdings könnte dieser Beschluß auch dazu beitragen, die seit einiger Zeit festgefahrenen Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen der Gemeinschaft mit der Golfregion wieder in Gang zu bringen.

Die Kontingents-Regelung wurde im Rahmen des Systems Allgemeiner Zollpräferenzen der Gemeinschaft vereinbart, das jedes Jahr vom Rat angepaßt wird. Um den wirklich bedürftigen Ländern bei der Entwicklung einer eigenen Industrie zu helfen, verfolgt die EG-Kommission das Ziel, zu deren Gunsten gewisse Vorzugszölle für die „Schwellenländer" einzuschränken.

Die EG-Regierungen sind ihr dabei bisher nur teilweise gefolgt. Immerhin einigten sich die Außenminister darauf, an die Stelle der bisherigen Einfuhrplafonds für sensible Raffinerieerzeugnisse vom 1. Januar an feste Kontingente zu setzen. Bislang wurden die zollbegünstigten Importe erst dann (durch die Einführung des „normalen" Außenzolls) gestoppt, wenn sich die Kommission mit Rücksicht auf den EG-Markt zu dieser Maßnahme entschloß. Künftig tritt die Zollerhöhung automatisch ein, doch wird in Brüssel versichert, daß die Kontingente so großzügig bemessen sind, daß es de facto zu keiner Beschränkung der bisherigen Importe kommen dürfte.

Im Gegenzug zu Einfuhrerleichterungen für Erzeugnisse aus anderen Ländern hat die EG für elf Produkte Hongkongs und Südkoreas die Zollfreiheit aufgehoben.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Verfahren gegen NUR

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt, Berlin, hat gegen die NUR Touristik GmbH, Frankfurt, eine Tochter des Karstadt-KOnzerns, ein Kartellverfahren eingeleitet. Die Wettbewerbshüter sehen in der Aufforderung von NUR an die Reisebüros, ihre Geschäftsbeziehungen zur Kaufhaus-Tochter ITS International Tourist Service Länderreisedienste GmbH KG, Köln, zu beenden, einen möglichen Verstoß gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Änderung im Aufsichtsrat

Gelsenkirchen (dpa/VWD) – Die veränderten Besitzverhältnisse bei *dem Hausgeräte- und Großküchen*hersteller Küppersbusch AG, Gelsenkirchen, kommen jetzt auch im Aufsichtsrat zum Ausdruck. Eine au*ßerordentliche Hauptversammlung* wählte Anfang dieser Woche drei der vier Kapitalvertreter neu in das Gremium: den Unternehmensberater Albrecht Baunach, den Rechstanwalt und Steuerberater Peter Goetze und den Rechtsanwalt Gert Krüger.

Umsatzrückgang

Vevey (dpa/VWD) – Das größte Unternehmen der Schweiz, der Nahrungsmittelkonzern Nestlé, erwartet in diesem Jahr aufgrund der Dollarschwäche einen Rückgang des konsolidierten Umsatzes um zehn Prozent auf 38 Mrd. Schweizer Franken, gleichzeitig aber einen „eher etwas höheren Reingewinn".

NMB-Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) – Die Nederlandsche Middenstandsbank (NMB-Bank) will über ein von der BHF-Bank geführtes Konsortium eine siebenjährige 2,25prozentige Optionsanleihe über 150 Mill. DM zu pari begeben. Zu jedem Anleihestück gehören zwei Optionsscheine, die vom 22. Dezember '87 bis zum 22. Dezember'93 zum Bezug von zusammen fünf NMB-Stammaktien zum Kurs von 200 hlf je Aktie berechtigen. Der letzte NMB-Kurs lag bei 209 hfl.

Goldimporte gestiegen

Tokio (VWD) – Deutlich zugenommen haben die Goldimporte Japans *in diesem Jahr. Wie aus Angaben des* Finanzministeriums hervorgeht, erreichten sie in den ersten zehn Monaten 557,2 Tonnen nach 145,6 Tonnen *in der gleichen Zeit des Vorjahres.* Hauptlieferanten waren Großbritannien und die USA. Indonesien hat jetzt angekündigt, daß es seine Jah*resproduktion in den nächsten fünf* Jahren von drei auf sechs Tonnen verdoppeln will. Schürfkonzessionen werden vergeben.

Fiat bestätigt

Rom (VWD) – Fiat S. p. A. hat jetzt bestätigt, daß sie mit Warschau Ver*handlungen über eine Restrukturie*rung der polnischen Automobilindustrie führt. Ein Fiat-Sprecher erklärte, man spreche über eine „recht große Transaktion", nannte jedoch keine Details. Die italienischen Medien hatten berichtet, Fiat stünde kurz vor einem Vertrag mit der polnischen Regierung.

Schwarzkopf gestorben

Hamburg (DW.) – Kurt Schwarzkopf, Aufsichtsratsvorsitzender der Hans Schwarzkopf GmbH, Hamburg, ist im Alter von 81 Jahren verstorben. Er war einen der drei Söhne des Firmengründers Hans Schwarzkopf, der 1898 in Berlin den Grundstein für das heute führende Unternehmen der Haar- und Körperpflege legte. Kurt Schwarzkopf war maßgeblich an bahnbrechenden Erfindungen der modernen Haarkosmetik und am Wiederaufbau des Unternehmens nach der Teilzerstörung des Berliner Stammwerks im Zweiten Weltkrieg beteiligt. Sein Wirken fand öffentliche Anerkennung durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des *Verdienstordens der* Bundesrepublik Deutschland.

Jetzt keine Gesetze

Washington (gb) – Neue handelspolitische Gesetze sollen in den Vereinigten Staaten erst dann erlassen werden, wenn das US-Handelsdefizit, das in diesem Jahr etwa 170 Mrd. Dollar erreicht, unter 100 Mrd. Dollar fallen wird. Erst dann gebe es Spiel*raum für neue* Aktivitäten. Wesentliche handelspolitische Strittigkeiten sollten aus dem Handelsministerium ausgegliedert und dem Handelsbe*auftragten* des *Präsidenten* übertragen werden. Das sind die Folgerungen einer Untersuchung, die jetzt unter dem Titel „Amerikanische Han*delspolitik: Ein* System unter Streß" im International Economic Institute vorgestellt wurden.

Nur leichter Preisanstieg

Washington (VWD) – Der US-Verbraucherpreisindex nahm im Oktober um *0,2 Prozent* zu. Nach letzten Schätzungen war mit einem Anstieg um 0,3 Prozent gerechnet worden.

Perus Wirtschaft ist besser als ihr Ruf

Skeptiker bezweifeln jedoch einen langfristigen Aufschwung – Harter IWF-Kurs

WERNER THOMAS, **Lima**

Wirtschaftsminister Luis Alva Castro konnte stolz eine der höchsten Wachstumsraten Lateinamerikas verkünden, 6,5 Prozent. Die Vertreter der Privatindustrie melden eine Hochkonjunktur. Die Arbeitnehmer klagen zwar noch immmer, registrieren jedoch einen Kaufkraftzuwachs. In der Sechs-Millionen-Metropole Lima wurde selten soviel gebaut wie in diesen Tagen.

Peru wirkt besser als sein – internationaler – Ruf. Die Nation erweckt nicht den Eindruck des Abstiegs, trotz bitterer Fehden mit dem Inter*nationalen Währungsfonds (IWF) und* dem daraus resultierenden Kreditmangel. Anfang November erzielte die sozialdemokratische Regierungspartei APRA einen überwältigenden Sieg bei den Kommunalwahlen.

Das Land boomt. Nach Worten Alva Castros stieg das Realeinkommen seit der Machtübernahme der APRA-Regierung um 70 Prozent. Während der gleichen Zeit seien 150 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Selbst notorische Kritiker des eigenwilligen Präsidenten Alan Garcia konzedieren, daß ihre pessimistischen Prognosen bisher nicht eingetroffen sind. Sie nennen in diesem Zusammenhang Alva Castro, der auch als Premierminister fungiert. Sie bestätigen seinem Team durchaus wirtschaftspolitische Kenntnisse. Doch wie in Argentinien und Brasilien, die einer härteren Sanierungspolitik folgen, verstummen die Skeptiker nicht, die einen anhaltenden Aufschwung für unwahrscheinlich halten. Früher oder später müsse Peru die Rechnung bezahlen für seinen kompromißlosen IWF-Kurs, warnen diplomatische Beobachter.

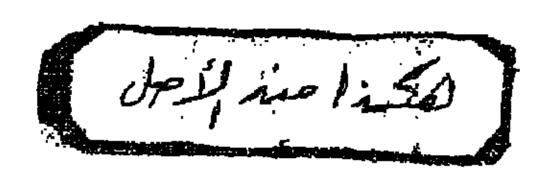
Vor Monaten begrenzte Alan Garcia den Schuldendienst für die 14 Mrd. Auslandsschulden auf zehn Pro*zent der Exporterlöse und* brach alle Kontakte zum Währungsfonds ab. Im August reagierte die Washingtoner Behörde mit einer Kreditsperre.

Die Garcia-Regierung *steckte* die durch reduzierte Schuldendienste freigewordenen Gelder in Entwicklungsprojekte und forcierte so den Boom. Ob die Nation aber auf die Dauer ohne größere Kredite auskommen kann, wird allgemein bezweifelt.

Im kommenden Jahr droht ein wieder stärkerer Druck auf die Preise. Das hohe Etatdefizit, zwischen acht und neun Prozent des Bruttoinlandsproduktes, deutet in diese Richtung. In den ersten neun Monaten dieses Jahres stiegen die Lebenshaltungskosten um 44 Prozent, eine äußerst niedrige Ziffer für peruanische Ver*hältnisse.*

Trotz der antiimperialistischen Rhetorik wurden während der Garcia-Ära keine strukturellen wirt*schaftlichen* Veränderungen vorgenommen. Enteignungen gab es bisher nicht. Allerdings erregten der Fall Belco – die Regierung kündigte der US-Firma *einen* Explorationsvertrag – und der Fall Nestlé – der Schweizer Konzern verkaufte an peruanische Interessenten – international Aufsehen.

Die Wirtschaftspolitik des Präsidenten wirkt noch unklar. Zwei unterschiedliche Denkansätze rivalisieren. Das Alva-Castro-Team verfolgt eine liberale Richtung, von dem *poli*tisch motivierten Anti-IWF-Kurs abgesehen. Der persönliche wirtschaftliche Beraterkreis Garcias, dem frühere Vertreter der linken Militärregie*rung* Velascos (1968–1976) angehören, dringt dagegen auf sozialistische Experimente. Der Einfluß dieser Gruppe kann steigen, wenn jene Ge*rüchte stimmen,* daß Alva Castro Ende des Jahres zurücktreten möchte, um sich bereits auf eine Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen (1990) vorzubereiten.



Grundsteine für den Erfolg

Noweda hat „gewaltiges" Investitionspaket abgeschlossen

ews. Essen

Anhaltende Kontinuität, Solidität und Erfolg prägten das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) der Apothekergenossenschaft Noweda eG, Essen. Dies erklärte Vorstandsvorsitzender Dietrich L. Meyer vor der Generalversammlung. *Der Grundstein für die positive Entwicklung sei 1979/80 mit einem langjährigen Investitionspaket von 52 Mill. DM – „für ein mittelständisches Pharmagroßhandelsunternehmen eine wahrhaft gewaltige Summe" – gelegt worden, das in diesem Jahr mit der Eröffnung des Herforder Betriebs auslief.*

Mit diesen Maßnahmen seien mehrere Ziele erreicht worden, so Meyer weiter. Einmal wurde in drei der vier Betriebe der apothekereigenen Noweda das Sortimentsangebot verdoppelt. Die Produktivität wurde in den letzten sechs Jahren um 95,5 Prozent auf 1,04 Mill. DM pro Mitarbeiter gesteigert. Darüber hinaus konnten die Personalkosten in Relation zum Umsatz um 26,8 Prozent gesenkt werden. Und die Sachkosten wurden um knapp sechs Prozent, die Abschreibungen um 13 Prozent gedrückt.

Durch diese Rationalisierungsinvestition sei weiterhin realisiert worden, daß die Ausschüttungen an die 1430 (1296) Mitglieder gegenüber 1979 deutlich erhöht werden konnten, obwohl in diesem Zeitraum die dem Handel zur Verfügung stehende Spanne von 15,57 auf 14,1 Prozent gesunken sei.

Die Umsatzsteigerung im letzten Geschäftsjahr wird mit 5,2 (7,3) Prozent auf 567 Mill. DM trotz einiger Sonderfaktoren im logistischen Bereich der Noweda als zufriedenstellend bezeichnet. Aus dem Bilanzgewinn von 1,9 (1,1) Mill. DM wird für die Pflichtanteile (mindestens drei je 2500 DM) eine Dividende von wieder neun Prozent plus ein Prozent Bonus ausgeschüttet. Für freiwillige Anteile sind es wieder insgesamt zwölf (10,8 plus 1,2) Prozent.

In der Konzernbilanz, in der auch die beiden Verbundunternehmen Pharca und Noweda AG konsolidiert werden, stieg der Gewinn auf 2,8 (1,9) Mill. DM. Auf dem Weg, einen Eigenkapitalanteil von 20 Prozent zu erreichen, ist die Noweda mit gut 17 (16,3) Prozent ebenfalls vorangekommen.

Commerzbank erhöht Dividende auf neun Mark

Rekordergebnis für 1986 erwartet – Gewinnwachstum hat sich mit der Beruhigung an den Börsen verlangsamt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Commerzbank-Aktionäre können mit einer Dividendenerhöhung von acht auf neun Mark rechnen. Das läßt sich den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Walter Seipp bei der Vorlage des Berichts über die *ersten zehn Monate dieses* Geschäftsjahres entnehmen, der auf den ersten Blick etwas enttäuschend ausfällt. Das starke Tempo des Gewinnwachstums, in der ersten Jahreshäfte maßgeblich vom Wertpapiergeschäft bestimmt, hat sich mit der Beruhigung an den Börsen verlangsamt, ein Trend, der auch bei anderen Banken zu beobachten ist. Auch der sinkende Dollar und niedrigere Umsätze im Außenhandelsgeschäft hinterließen Spuren.

So schwächte sich das Plus beim Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft (siehe Tabelle) von knapp 20 Prozent im ersten Halbjahr auf 8,4 Prozent für die ersten zehn Monate ab. Für das Gesamtjahr zeichnet sich damit ein neuer Rekord ab, der, so die ehrgeizige Aussage Seipps, als Normalergebnis etabliert werden soll. Stärker als das Teilbetriebsergebnis ist das Gesamtbetriebsergebnis (vor Wertberichtigungen und Steuern) einschließlich der Eigenhandelsgewinne gestiegen. Ein vom US-Bankhaus Salomon geschätztes Plus von 20 Prozent für das gesamte Jahr bezeichnete Seipp als nicht unrealistisch.

Nicht erfaßt sind darin außerordentliche Erträge (rund 85 Mill. DM aus dem Verkauf des AEG-Pakets an Daimler und mehr als 10 Mill. DM aus dem Verkauf der Beteiligung an Hannoversche Papier), die – nach den Kursen per Ende Oktober – von den Abschreibungen auf Wertpapiere aufgezehrt wurden. Das bisher beste Betriebsergebnis der Commerzbank wird, so Seipp, nochmals durch hohe Wertberichtigungen geschmälert, die im Kreditgeschäft mit kleinen und mittleren Firmen wegen der noch breiten Insolvenzwelle zugenommen haben.

Ihr unbedeutendes Engagement bei der Neuen Heimat sei schon 1985 zu 90 Prozent abgeschrieben worden. Die von Außenstehenden auf eine Größenordnung von etwa 400 Mill. DM geschätzten Kredite der Tochter Rheinhyp sieht Seipp nicht als gefährdet an. Den viel diskutierten Strukturwandel der Finanzmärkte zum „Allfinanzangebot" betrachtet der Commerzbankchef mit Vorbehalten; viele Vorstellungen seien erst im nächsten Jahrtausend realisierbar. Deswegen will die Commerzbank auch weiterhin bei der Strategie der Kooperation mit Versicherungen und Bausparkassen bleiben, die bisher optimale Erfolge gebracht habe und sich vor allem im im Zuwachs der Baufinanzierungen (14 Prozent Plus bei den Zusagen) spiegele.

Als eines der herausragenden Merkmale des Geschäftsjahres 1986 nannte Seipp die zunehmende Internationalisierung des Geschäfts, die sich bei der Bank zum Beispiel in der Plazierung von fünf Prozent ihres Kapitals in Japan spiegelt, in der starken Expansion des internationalen Emissions-, Wertpapier- und De*visenhandelsgeschäfts und der lang*fristigen Refinanzierung an internationalen Märkten. Ihren Handel mit Fremdwährungsanleihen will die Bank mehr auf ihre Londoner Filiale konzentrieren, und für das Investmentgeschäft in den USA denkt der Vorstand intensiv über eine eigene Tochter in New York nach, wo die indirekte Präsenz als nicht voll befriedigend empfunden wird.

Das Kreditgeschäft war von einer schwachen Nachfrage nach Betriebsmittelkrediten und einer kräftigen Nachfrage nach Mittelstandskrediten mit langfristiger Zinsbindung charakterisiert. Die Bilanzsummenausweitung ist durch die Dollarabwertung um die Hälfte unterzeichnet.

Commerzbank	31.10.86	±%
Bilanzsumme (Mill. DM)	85 363	+ 3,3[1]
Eigenkapital	4 237	+ 27,0
in % d. Bilanzsumme	5	(4)
Gelder v. Banken	31 892	+ 11,2
Gelder v. Kunden	49 384	- 2,5
Eig. Schuldverschr.	4 917	- 9,8
Ford. an Banken	23 780	+ 4,3
Kundenkredite	42 664	+ 6,4
Festverzinsl. Papiere	8 626	- 0,9
Zinsüberschuß	1 783	+ 7,7[2]
Provisionsübersch.	766	+ 14,6
Personalaufwand	1 253	+ 10,2
Sachaufwand	548	+ 9,9
Abschreibungen	89	+ 10,7
Teil-Betriebsergebn.	659	8,4

[1] gegenüber 31.12.1985; [2] gegenüber 10/12 1985

Reederei United States Lines streicht die Segel

ww. Bremen

Die United States Lines in New York, einer der bedeutendsten Kunden der bremischen Häfen, streichen die Segel. Die zu den größten Containerreedereien zählende US Lines ist zahlungsunfähig geworden, die Verluste belaufen sich allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 237 Mill. US-Dollar. Das Schiffahrtsunternehmen stellt damit den Nordatlantikverkehr ein. Im Rahmen seines Dienstes wurde Bremerhaven seit vierzig Jahren einmal in der Woche angelaufen. Von den 124 Mitarbeitern in Bremen und Bremerhaven erhielten 114 die fristlose Kündigung.

In der Vorstandsetage der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) wird in diesen Stunden tief Luft geholt: „Der Verlust dieser Reederei wäre auch für uns sehr schmerzlich." 1985 wurden 39 000 Container der US Lines an der Stromkaje von Bremerhaven umgeschlagen. Die amerikanische Reederei war der fünftgrößte Kunde in der Hafenstadt.

Den Spitzenplatz nimmt Hapag Lloyd ein, gefolgt von der amerikanischen Reederei Sea-Land Service Inc. Diese beiden Schiffahrtsunternehmen verfügen über genügend freie Kapazitäten, so daß nach einem Ausscheiden der US Lines keine Engpässe im Seetransport zwischen Bremerhaven und New York zu befürchten sind. Zudem wurde erst kürzlich in Bremen die Senatorlinie gegründet, die einen Dienst ab Bremerhaven rund um die Welt plant. Sie alle könnten viel mehr aus der Pleite profitieren. Denn die US Lines hat auch ihren weltumspannenden Containerdienst eingestellt.

Was ist „Gewerkschaft"?

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel präzisiert den Begriff

dpa, Kassel

Der 1. Senat des Bundesarbeitgerichts (BAG) in Kassel hat in seiner jüngsten Entscheidung präzisiert, wann aus einer „Arbeitnehmervereinigung" *im tarifrechtlichen Sinn eine* Gewerkschaft wird. Entscheidende Voraussetzung ist danach, ob der Zusammenschluß der Arbeitnehmer beim Abschluß von Tarifverträgen „ernst genommen" wird (Aktenzeichen 1 ABR 22/85 vom 25.11.86).

Die Ernsthaftigkeit könne schon damit dokumentiert werden, daß Arbeitgeber mit einer derartigen Vereinigung sogenannte Anschlußtarifverträge abschließen, die Bedingungen übernehmen, die von einer anderen Gewerkschaft ausgehandelt wurden. Allerdings dürfen solche Anschlußtarifverträge keine „Schein- oder Gefälligkeitsverträge" oder ein Diktat der Arbeitgeberseite sein. Bei streitigen Fällen komme es stets auf die konkrete Situation im Einzelfall an.

Anlaß für die Entscheidung des BAG war ein Rechtsstreit zwischen der Christlichen Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie und mehreren DGB-Gewerkschaften, die ebenfalls für diese Bereiche zuständig sind. Die Vertreter des DGB waren der Auffassung, daß die christliche Gewerkschaft mit nur 22 000 Mitgliedern und wenigen abgeschlossenen Tarifverträgen, die nur einen Teil des beanspruchten Bereichs umfaßten, nicht als Gewerkschaft anzusehen sei. Die abgeschlossenen Tarifverträge seien lediglich bei ihr „abgeschrieben" worden.

Das BAG wies den Rechtsstreit wie bei einem ähnlichen Fall im vergangenen Jahr an das zuständige Landesarbeitsgericht zurück, das nun aufgrund der Hinweise des Bundesgerichts eine abschließende Entscheidung fällen muß. Die „Mächtigkeit" einer Gewerkschaft, sprich die Fähigkeit, ihren Forderungen mit Streik oder Streikdrohung Nachdruck zu verleihen, spielt schon seit dem vergangenen Jahr in der Rechtsprechung nicht mehr die entscheidende Rolle. Deshalb sprach das Landesarbeitsgericht in Köln inzwischen in dem zurückverwiesenen Fall vom vergangenen Jahr dem Arbeitnehmerverband ländlicher Berufe (Aleb) die Tariffähigkeit zu.

Bertelsmann zahlte einen strategischen Preis

Der Kauf des amerikanischen Verlags Doubleday für 475 Millionen Dollar wird alle Kräfte beanspruchen

PAUL WERNER, München

Der Erwerb des amerikanischen Verlags Doubleday & Co. – nach der für den 10. Dezember erwarteten Zustimmung der meisten Aktionäre – wird *in den nächsten Jahren alle* Kräfte der Verlagsgruppe Bertelsmann (Sitz München) beanspruchen. Als Koordinator fungiert dabei der Chef der Verlagsgruppe, Bertelsmann-Vorstandsmitglied Ulrich Wechsler. Um Doubleday in das Haus zu integrieren, seien große Anstrengungen nötig, sagte Wechsler vor der Presse. „Das wird uns einen Doppeltag abverlangen", meint er in Anspielung auf den Namen des Verlags, für den Bertelsmann 475 Mill. Dollar hinlegen will. Erstmals wird damit der Kaufpreis exakt genannt.

Wechsler rechtfertigte den hohen Preis mit der strategischen Bedeutung und dem Potential von Doubleday, auch wenn er einräumte, daß der Verlag in den letzten Jahren „nicht sehr dynamisch" geführt und „von der Spitze her müde geworden" sei. Man müsse den Ertrag erheblich steigern. Bertelsmann gehe es zunächst vor allem darum, den Erfolg des Bantam-Taschenbuch-Verlags für die Zukunft zu sichern und ihn zu ergänzen. An Bantam hatte sich das Gütersloer Haus 1977 beteiligt und dann 1980 alle Anteile übernommen. Die *Erfahrungen mit Bantam ermutigten* zum Kauf von Doubleday.

Man habe dadurch, so bemerkte Wechsler, ein beträchtliches Know-how für die Bestätigung in Amerika gewonnen. Sonst hätte man sich nicht um Doubleday bemüht. Einen Hardcover-Verlag mit Tradition und Reputation aus Bantam heraus zu entwickeln, würde Jahrzehnte dauern. Deshalb habe man sich für das 90 Jahre alte Unternehmen Doubleday entschieden. Von dessen Gruppen-Umsatz von rund 500 Mill. Dollar entfallen jeweils etwa 40 Prozent auf Verlage und auf Buchklubs sowie etwa 20 Prozent auf Druckereien und Buchhandlungen. Wichtig für Bertelsmann ist auch, daß man damit neu in die Buchklubarbeit im englischen Raum einsteigen kann.

Da noch ungewiß ist, wie die gesamte Doubleday-Gruppe mit ihren 4000 Beschäftigten in den Bertelsmann-Konzern eingegliedert wird, ließ Wechsler offen, wie stark durch den Kauf der Umsatz der Verlagsgruppe im engeren Sinne (bisher 3260 Beschäftigte) steigen werde. Im Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) ist der Um*satz nur um 1,2 Prozent auf rund 1,14* Mrd. DM gewachsen, wobei einem Plus von 7,8 Prozent im Inland (auf 511 Mill. DM) ein Minus von 3,5 Prozent im Ausland gegenüberstand. Das liegt aber allein am Verfall des Dollars. Ohne Währungsveränderungen wäre im Ausland ein „stolzes Plus" von 13,3 Prozent herausgekommen und das gesamte Geschäftsvolumen der Gruppe wäre um 11 Prozent gewachsen.

Von den einzelnen Verlagsbereichen haben allgemeine Literatur einen Anteil von 58 Prozent, Nachschlagwerke und Fachinformationen von jeweils 21 Prozent. Bei Nachschlagwerken wurde eine Zunahme um fast 19 Prozent erreicht, was vor allem dem Erfolg der in zwei Jahren völlig neu erarbeiteten „Großen Bertelsmann Lexikothek" mit jetzt 36 Bänden (Wechsler: „Eine einmalige redaktionelle Leistung") zu danken ist. Im ganzen wurden davon bisher mehr als 1,5 Millionen Einzelbände verkauft – in nur zweieinhalb Jahren. Bei mehrbändigen Großlexikas rechnet sich Bertelsmann nun „gut zwei Drittel Marktanteile" aus.

Nicht zufrieden ist man mit der Entwicklung des spanischen Verlags Placa y Janes, dessen Geschäfte unter den schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Mehrwertsteuererhöhung litten. Nicht gelungen ist Bertelsmann der beabsichtigte Einstieg in einen US-Fachverlag. Man wird sich damit angesichts des Doubleday-Kraftakts Zeit lassen. Wegen dieses Engagements stellt man sich auch für einige Jahre auf einen Rückgang der Rendite ein, die im letzten Geschäftsjahr von 4 auf 5 Prozent des Umsatzes (allerdings vor Ertragssteuern) zunahm.

Optimistisch ist Wechsler fürs laufende Geschäftsjahr. Für die gesamte Branche in der Bundesrepublik (Sortimentsbuchhandel und Verlage) wird für 1986 mit einem Wachstum von 6 Prozent gerechnet – bei null Prozent Inflation. 1985 hatte der Buchhandel ein Plus von 5 Prozent erreicht, die Verlage von 6 Prozent.

Kampf um den Futternapf

Quaker Oats am Markt für Tiernahrung erfolgreich

J. G. Düsseldorf

In bundesdeutschen Haushalten *lebten 1985 7,5 Mill. Hunde und Kat*zen oder fast 14 Prozent mehr als vier Jahre zuvor; bis 1990 dürfte deren Zahl auf 8,4 Mill. wachsen. Im Einklang mit solchem Boom der Haustierfreuden rechnet die Quaker Latz GmbH, Euskirchen, auch künftig mit schönen Steigerungsraten ihres Umsatzes. Die könnten für diese mit nun 20,5 (19,6) Prozent am deutschen Hunde/Katzen-Fertigfuttermarkt beteiligte Tochter des US-Konzerns Quaker Oats Co., Chicago, eher noch größer werden als die 1985/86 (30. 6.) erreichte Plusrate von 6,5 (15,1) Prozent auf 210 Mill. DM mit 20 (21) Prozent Exportanteil. Denn anders als in *den USA (rund 80 Prozent) und* auch in Großbritannien (fast 55 Prozent) füttern deutsche Tierhalter Hund und Katze erst zu etwa 30 Prozent mit industriell gefertigter Nahrung.

„Preiskämpfe auf breiter Front" aus verstärktem Eindringen auf den heimischen Wachstumsmarkt (von denen man sich ferngehalten habe) prägten nach dem Urteil der deutschen Konzerntochter in der Berichtszeit das Geschäft. Schweigsam bleibt die Firmenleitung zum in „sehr zufriedenstellender" Entwicklung befindlichen Ertrag. Nach Verlust in 1983/84 und „Turn-around" in 1984/85 sei man nun auf gutem Wege zu einer mindestens 20prozentigen Kapitalrendite.

Die hat die Mutter in Chicago für den Gesamtkonzern längst erreicht. Sie wuchs dort 1985/86 auf die „Rekordhöhe" von 21,2 (20,3) Prozent, begleitet von einer Verbesserung im Gewinn je Aktie für die knapp 30 000 Aktionäre auf 4,49 (3,76) Dollar. Der Konzernumsatz wuchs im Durchschnitt des letzten halben Jahrzehnts *mit 10,2 Prozent Jahresrate auf nun*mehr 3,67 Mrd. Dollar. Die Beschäftigtenzahl liegt ungefähr bei der Aktionärszahl.

Die Geschäftsblüte macht die Konzernleitung expansionslustig. In den letzten Monaten habe man zwei „ausgezeichnete, profitable" US-Unternehmen erworben. Erstens die Golden Grain Macaroni Co., die 1985 umgerechnet 500 Mill. DM Umsatz mit 42 Mill. DM Betriebsergebnis machte; zweitens und, noch größer, die Anderson Clayton Co., die „starke Marken" im Hundefutterbereich (Tochter Gaines) habe und 2,2 Mrd. DM Gesamtumsatz macht. Gaines habe im Hundefuttergeschäft *zuletzt aus 486* Mill. DM Umsatz ein Betriebsergebnis von 50 Mill. DM erzielt. Der Marktanteil von Quaker Oats in der Heimtiernahrung werde sich mit Gaines auf knapp 15 Prozent fast verdoppeln, womit man einen „guten zweiten Platz" unter den einschlägigen US-Herstellern erreicht habe.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Berleburg: GFL-Formteile GmbH, Bad Laasphe-Niederlaasphe; **Bersenbrück:** Friedhelm Kandelhart, Dachdecker, Bramsche; **Bielefeld:** Sieger GmbH; **Detmold:** *Hans-Dietrich v. Petzinger* GmbH & Co. KG Holzleistenfabrikation u. Vertrieb, Bad Salzuflen; **Düsseldorf:** Dr. Girnth & Partner GmbH Handelsges.; **Essen:** Air-O-Mix Mischanlage GmbH, Hattingen; **Hannover:** Nachl. d. Georg Konieczny; **Kleve:** Deutsche Metallnetzwerke Borlinghaus, Krämer & Co. KG, Emmerich; **Landshut:** Nachl. d. Karin Anna Hubert, Rottenburg; **Lübbecke:** HS Garten-, *Friedhofs- u. Sportplatzpflege* GmbH; **Lüneburg:** Lieselotte Bolz, Inh. d. Fa. F. L B. Fußboden- u. Intarsienarbeiten; **München:** Ges. f. aktiven Umweltschutz Dipl.-Chem. Fischer & Gerisch oHG Schadstoffmessungen, Schadstoffentsorgungen; Kunibert Berster, Eching; Christian Schuler, Dachau: Nachl. d. Johann Schruf; Claudio Dornier, Gräfelfing; **Münster:** REB – Ges. f. Börsenberatung u. Ver*mittlung von Warentermingeschäften* mbH; BECO-Kraft Beckmann & Co. KG, Albachten; **Trier:** Sandro Resler, Konz; **Wesel:** GEFI Ges. f. Finanz. u. Immob. mbH, Dinslaken; **Wuppertal:** Bijou – W. Chr. Schmidt GmbH, Erkrath.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Dillenburg: F. W. Weiss GmbH & Co. KG, Eschenburg 2;

Konkurs beantragt: Syke: Praktiker Selbstbau GmbH & Co. KG; Selbstbau Beteiligungs GmbH i. L.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Manfred Karl Schröer, Kaufm., Dorsten 19; **Königstein:** INTA-Bauges. mbH, Kronberg; **Krefeld:** Monierbau Menssen GmbH; **München:** Atmos-Interessengesellschaft für erholsame Freizeitgestaltung mbH; Franz Schwab, Nandlstadt; **Vechta:** Heinz Wehry, Dinklage-Langwege.

US-Schäden verlangen Reservestärkung

Kölnische Rück setzt wieder auf moderates Wachstum – Marktlage bleibt angespannt

HARALD POSNY, Düsseldorf

*Die allgemeine Lage auf dem inter*nationalen Rückversicherungsmarkt ist und bleibt angespannt. Erhebliche Probleme bestehen nach den Worten des scheidenden Vorstandsvorsitzenden der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, Richard A. Wiedemann, weiter in den Sparten *Industrie, Feuer, Haftpflicht* und Transport sowie in den technischen Versicherungszweigen.

Bei der Kölnischen Rück selbst haben die zeitig ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung von Konditionen und Raten gegriffen und erlaubten schon im Geschäftsjahr 1985 wieder ein begrenztes *Wachstum. Doch* auch hier spürte der älteste Rückversicherer der Welt, daß bestimmte Gesundungstendenzen am Markt nicht weiter vorankommen. Wiedemann: „Zufallsbedingt bessere Schadenverläufe in einzelnen Märkten machten es zusätzlich äußerst schwierig, die an sich notwendigen weiteren Verbesserungen durchzusetzen."

So hält die Gesellschaft einstweilen an der selektiven Zeichnungspolitik fest, zumal sich die anhaltende Stärke der DM im Auslandsgeschäft *nochmals stark dämpfend* auswirken dürfte. Das Prämienwachstum wird für 1986 mit vier bis fünf Prozent etwas niedriger als im Vorjahr eingeschätzt. Der bisherige Schadenverlauf zeigt, so Wiedemann, keine strukturellen Verbesserungen der technischen Ergebnisse. Im Gegenteil: In *einzelnen* Märkten war es eher ungünstiger als 1985. An den Umweltschäden durch die Sandoz- und Ciba-Geigy-Rheinverschmutzung ist die Kölnische Rück mit „begrenzten und überschaubaren Anteilen dabei". Der günstige Verlauf des allgemeinen Geschäfts sichert auch für 1986 ein *zufriedenstellendes* Ergebnis.

Das technische Ergebnis hat sich bereits 1985 deutlich verbessert (siehe Tabelle). Dank hoher Kursgewinne aus Wertpapierverkäufen (27 Mill. DM) war es dann auch möglich, 34 (7,5) Mill. DM als „Sonderzuweisung in die Rückstellung für noch nicht abgewickelte *Versicherungsfälle (vor* allem aus US-Produkthaftpflichtrisiken) zu deklarieren. Das verschönt optisch das technische Ergebnis.

Vom Jahresüberschuß (11,7 nach 7,2 Mill. DM) gehen 4,5 (0) Mill. DM in die freien Rücklagen. Aus 40 Mill. DM Grundkapital fließen wieder 18 Prozent Dividende. Angesichts des wieder steigenden Prämienvolumens soll die Hauptversammlung am 16. 12. einem genehmigten Kapital von 10 Mill. DM zustimmen. Mit Reserven von 2,68 Mrd. DM und Garantiemitteln von 2,83 (2,73) Mrd. DM stehen die Chancen für ein moderates, risikobewußtes Neugeschäft gut.

Kölnische Rück	1985	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	1 542	+ 6,4
Auslandsanteil (%)	38,9	(39,9)
Nettoprämie [1]	1 245	+ 3,5
Selbstbehalt (%)	80,7	(83,0)
Aufw.f.Vers.Fälle	854	+ 3,0
Vers.-techn.Ergebn. [2]	- 87,7	(-94,4)
Kapitalanlagen [3]	1 452	+ 7,3
Kapitalerträge [4]	132	+ 25,7

in % d.Nettoprämie	1985	1984	1983
Vers.techn.Ergebn.	- 7,0	- 7,8	- 7,2
Verw.-Kosten	4,1	4,0	3,8
vers.techn.Rückst.	215,4	214,9	206,8
Eigenkapital	12,1	12,1	12,3

[1] Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2] nach Zuführung von 26,4 (13,0) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3] ohne Depotford.; [4] netto; Durchschnittsrendite: 8,9 (8,5) Prozent.

Langläufer leicht abbröckelnd

Während sich der deutsche Rentenmarkt in den letzten Tagen kaum um die Tendenz der US-Bonds gekümmert hat, führte die vorangegangene leichte Abschwächung nunmehr auch bei den deutschen öffentlichen Langläufern zu Gewinnmitnahmen. Ihre Kurse bröckelten bis zu 0,20 Prozentpunkte ab. Das Geschäft blieb gering. Leicht nachgebend waren auch die längerlaufenden Länderanleihen, knapp behauptet lagen DM-Auslandsanleihen. Bei den Pfandbriefen hielten sich die Renditen auf Vortagesniveau.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Höher notierten am Dienstag Gold und Silber an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee kräftige Abschläge hinnehmen mußte, kam es bei Kakao nur zu geringen Veränderungen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	25.11.	24.11.
Dez	280,00-280,50	279,75-280,00
März	273,50-274,00	275,50-274,00
Mai	257,50-258,00	257,75-257,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	202,48	unverh.
Am. Durum	197,16	

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez	96,80	96,90
März	102,10	101,60
Mai	103,70	103,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	82,90-83,00	83,20
März	81,60	81,70
Mai	80,80	80,70

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez	160,75-161,00	160,75-161,00
März	151,75	152,75
Mai	144,00	145,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	165,00-164,75	165,25-165,00
März	175,50-175,75	175,25-175,50
Mai	181,50	181,25-181,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	91,20	89,30
März	87,30	86,30
Mai	87,30	86,30

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	25.11.	24.11.
Dez.	149,75	153,50
März	151,00-151,35	154,00-154,25
Mai	152,75-152,50	154,60-154,75

KAKAO New York ($/t)	25.11.	24.11.
Dez.	1838-1840	1837-1852
März	1882-1887	1877-1892
Mai	1917-1925	1916-1927
Umsatz	2288	2128

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,05-6,10	6,05-6,15
März	6,58-6,60	6,56-6,58
Mai	6,73-6,76	6,69-6,70
Juli	6,88	6,82
Sept.	6,95-6,98	6,87-6,90
Umsatz	6565	3699

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,96	unverh.

KAFFEE London (£/t) Robusta	25.11.	24.11.
Nov	2300-2305	2195-2199
Jan.	2110-2115	2115-2118
März	1985-1990	1995-2000
Umsatz	5245	4077

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1427-1428	1436-1438
März	1463-1464	1467-1468
Mai	1485-1486	1491-1493
Umsatz	2966	3674

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	25.11.	24.11.
Dez	133,80-134,60	135,40–
März	147,40–	148,20-148,40
Mai	150,40-150,60	151,00-151,60
Umsatz	1681	2102

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	26.11.	25.11.
schw. Sarow.spez.	1012,50	1012,50
weiß Saraw.	1415,00	1415,00
weiß Munt.	1430,00	1430,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	25.11.	24.11.
Jan.	123,20	122,00-121,00
März	123,40-123,45	122,15-122,20
Mai	123,10-123,50	122,05-122,75
Juli	123,00-123,25	122,00
Sept.	122,70	121,90-122,00
Umsatz	500	300

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	25.11.	24.11.
	28,50	28,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,62	20,62

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez	14,85-14,87	14,77-14,79
Jan.	15,02-15,03	15,00-14,98
März	15,32	15,29-15,28
Mai	15,55	15,52
Juli	15,72	15,70
Aug.	15,82-15,85	15,80
Sept.	15,70-15,71	15,70

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	13,50	13,50
Choise white hog 4 % fr. F	10,50	10,50

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,50
yellow max. 10% fr.F	9,25	9,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	54,80-54,90	54,65-54,75
Febr.	52,05-52,25	51,75-51,85
April	46,60-46,75	46,45-46,70

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	72,40-72,35	73,10-72,90
März	71,35-71,05	71,65-71,80
Mai	71,00-70,75	71,20-71,80

HÄUTE Chicago (c/lb)	25.11.	24.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	497,75-497,5	496,0-495,75
März	501,5-501,25	499,5-499,25
Mai	504,75	503,0-502,5
Juli	507,5	506,0
Aug.	505,0	503,5
Sept.	496,5	495,5
Nov.	498,5-498,0	497,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	149,4-149,3	149,2-149,3
Jan.	148,9-149,0	148,7-149,5
März	148,9-148,8	148,6
Mai	149,2-149,0	148,7
Juli	149,1-149,2	148,8
Aug.	149,0-149,1	148,7-148,9
Sept.	149,0-149,5	148,8-148,9

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	25.11.	24.11.
Dez	223,00	221,90
März	232,00	230,80
Mai	237,50	235,80

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	25.11.	24.11.
	19,00	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	26.11.	25.11.
jegl. Herk. cif	525,00	525,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	355,00	370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	300,00	302,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	71,00	71,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	410,00	420,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	25.11.	24.11.
Dez.	49,40-49,65	48,65-48,80
März	50,15-50,40	48,95-49,10
Mai	50,40	49,00-49,27
Juli	50,25-50,50	49,10
Okt.	51,50-51,55	50,30-50,40
Dez.	52,00	50,80-50,90

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	44,00	44,00

WOLLE London (neuseel. c/kg) – Kreuzz.	26.11.	25.11.
Dez.	555-559	556-560
Jan.	546-548	–
März	546-549	551-553
Umsatz	2543	2544

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	26.11.	25.11.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	26.11.	25.11.
Dez.	670,00-695,00	670,00-695,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthafen	26.11.	25.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	26.11.	25.11.
Dez.	11890	11959
Jan.	11723	11731

KAUTSCHUK London (p/kg)	25.11.	24.11.
spot	63,00-66,00	63,50-66,50
RSS 1 Jan.	61,00-62,00	61,75-63,00
RSS 2 Jan.	60,00-61,00	60,75-61,75
RSS 3 Jan.	59,00-60,00	59,75-60,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	26.11.	25.11.
Dez.	211,50-213,50	212,50-214,50
Jan.	212,50-214,50	213,50-215,50
Nr. 2 Dez.	210,00-211,00	211,00-212,00
Nr. 3 Dez.	205,00-206,00	206,50-207,50
Nr. 4 Dez.	202,50-203,50	203,00-204,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	26.11.	25.11.
BWC	280	280
BWD	280	280
BTC	315	315
BTD	315	315

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–): BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	26.11.	25.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	223,44-223,58	225,39-225,53
dritt. M.	228,14-228,29	229,81-229,95
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	97,47-97,76	97,00-97,29
dritt. M.	91,91-92,06	92,01-92,15
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	725,30-726,75	724,66-727,52
dritt. M.	735,30-738,15	737,19-738,07
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	146,78-149,63	149,21-152,06
Prod.-Pr.	173,31	185,18
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	26.11.	25.11.
	16,15	16,10

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	26.11.	25.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not *	266,48-266,48	267,53-269,32
BLEI in Kabeln	105,25-106,25	104,75-105,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.ar	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	26.11.	25.11.
MS 58, 1.VS	255-256	257
MS 58, 2.VS	309-311	310-311
MS 63	287-292	288-293

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	26.11.	25.11.
Leg. 225	238-254	240-257
Leg. 226	240-256	247-259
Leg. 231	275-286	277-289
Leg. 233	285-301	287-304

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

PLATIN (DM/g)	26.11.	25.11.
	32,558	32,408
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28500	28728
Rückn.-Pr.	24200	24400
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25090	25150
Rückn.-Pr.	24410	24470
verarbeitet	263208	263808
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24570	24630
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	346,60	347,90
Rückn.-Pr.	336,00	337,20
verarbeitet	361,808	363,208

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	26.11.	25.11.
10.30	384,00	380,75
15.00	383,60	383,75
Zürich mitt	382,80-383,30	380,20-380,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	81100	80800
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	369,50	370,25
3 Mon.	379,70	380,55
6 Mon.	390,25	391,30
12 Mon.	411,10	412,30
PLATIN (£/Feinunze) London	26.11.	25.11.
fr. Markt	334,05	334,70
PALLADIUM (£/Feinunze) London	26.11.	25.11.
f. Händl.-Pr.	82,30	83,05

New Yorker Metallbörse

	25.11.	24.11.
GOLD H & H Ankauf	383,75	380,50
SILBER H & H Ankauf	527,50	528,50
PLATIN		
f.Handl.-Pr	488,00-493,00	488,00-493,00
Prod.-Pr.	600,00	600,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	118,00-121,00	118,00-121,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Nov.	385,50	382,00
Dez.	385,30-386,00	382,00-382,90
Jan.	387,80	384,20
Febr.	389,30-390,00	385,50-386,70
April	392,40-393,50	389,00
Umsatz	44000	28000
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	530,40	526,10
Dez.	530,00-530,50	526,00-526,50
Jan.	533,50	529,40
März	538,00-539,50	534,00-535,00
Mai	543,90	539,00-541,00
Juli	544,00-545,00	543,50-544,00
Sept.	554,60	550,30
Umsatz	20000	14000

KUPFER (c/lb)	26.11.	24.11.
Nov.	59,05	58,80
Dez.	59,00-59,20	58,85-58,90
Jan.	59,30	59,05
März	59,80-59,90	59,60-59,75
Mai	60,00-60,50	60,30-60,40
Juli	60,95	60,80
Sept.	61,70	61,05
Umsatz	12500	7200

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	26.11.	25.11.
mitt. Kasse	784,00-784,50	788,00-789,00
3 Mon.	800,50-801,00	803,00-803,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	342,00-343,00	338,00-339,00
3 Mon	322,50-323,00	316,00-316,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	916,50-917,00	918,50-919,00
3 Monate	941,50-942,00	944,00-944,50
ab. Kasse	–	916,50-917,50
3 Monate	–	942,50-943,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	894,00-894,50	895,00-898,00
3 Monate	923,00-923,50	925,00-925,50
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	555,50-555,75	557,00-558,00
3 Monate	548,00-549,00	550,50-551,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	160-170
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	25.11.	24.11.
Dez.	42,20-42,35	41,80-41,95
Jan.	43,10-43,20	42,80-42,95
Febr.	43,55-43,65	43,60-43,80
März	42,50-42,80	42,50-42,60

GASÖL – London ($/t)	25.11.	24.11.
Dez.	122,00-122,25	124,00-124,25
Jan.	126,00-126,75	128,50-128,75
Febr.	128,50-129,00	131,25-131,75
März	125,75-126,00	127,50-127,75
April	122,00-122,50	125,50-125,75
Mai	120,25-120,50	121,00-122,50
Juni	117,00-121,00	118,00-121,00
Juli	–123,00	117,00-125,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	25.11.	24.11.
Dez.	40,80-40,90	40,50-40,65
Jan.	41,20-41,35	41,00-41,75
Febr	41,70-41,75	41,50-41,80
März	42,25-42,40	42,20-42,30
April	42,90	42,95

ROHÖL – New York ($/Barrel)	25.11.	24.11.
Dez.	14,93-14,95	14,96-15,00
Jan.	15,02-15,06	15,06-15,10
Febr.	15,02-15,06	15,06-15,10
März	15,03	15,06-15,08
April	14,97	15,07

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	25.11.	24.11.
Arabian Lg.	11,70	11,95
Arabian hv.	11,42	11,66
Iran Lg.	13,90N	13,90N
Forties	14,20N	14,75N
North Brent	14,35	14,85
Bonny Light	15,00N	15,10N

Kartoffeln

London (£/t)	25.11.	24.11.
Febr.	111,00	110,00
April	152,80	146,90
Mai	172,80	167,50
Nov.	87,50	85,00

New York (c/lb)	25.11.	24.11.
–	–	–
März	4,45	4,40
Mai	5,10-5,14	5,05-5,10
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	25.11.	24.11.
Jan.	172,40-172,30	169,10-169,40
März	166,70-166,10	165,50-165,00
Mai	165,50	164,30
Juli	165,50	163,40-163,20

Devisenterminmarkt

Bei unveränderten US-Dollar-Abschlägen wurden die Pfund-Deports am 26.11. etwas geringer gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,29-0,19	0,69-0,59	1,30-1,10
Pfund/Dollar	0,63-0,61	1,80-1,77	3,59-3,54
Pfund/DM	2,30-0,90	5,20-3,80	9,60-8,20
FF/DM	16-p	35-19	64-48

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26.11.: Tagesgeld 4,25-4,35 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 26.11.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	5⅞-6⅛	4½-4¾	3¾-4
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	3¾-4
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	3¾-4
12 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 26.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,50; Verkauf 18,00 DM West, Frankfurt: Ankauf 14,75, Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 26.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	193,00	246,52	34,07
20 fr. Napoleon	5,8070	145,00	191,52	32,98
20 sfr Vreneli	5,8070	155,00	205,20	35,34
1 Sovereign Neu	7,3220	171,00	223,44	30,52
1 Sovereign Alt	7,3220	173,00	225,72	30,83
100 Kronen Öster.	30,4880	710,00	977,80	32,07
20 Kronen Öster	6,0980	142,00	184,68	30,29
10 Kronen Öster	3,0480	77,00	103,74	34,04
4 Dukaten Öster.	13,7700	340,00	421,80	30,63
1 Dukaten Öster.	3,4420	78,00	109,44	31,80
10 Rubel Tscherw.	7,7423	190,00	245,10	31,66
Krügerrand 1 Uz	31,1035	745,00	889,20	28,59
Krügerrand ½ Uz	15,5517	393,00	470,82	30,27
2 Rand Südafrika	7,3220	167,00	218,88	29,89
1 Rand Südafrika	3,6610	76,00	109,44	29,89
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	773,00	921,12	29,61
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	79,00	101,66	32,62
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	970,00	1254,00	41,67
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	778,00	926,82	29,80
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	970,00	1151,40	37,02
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	97,00	126,54	40,68

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70); Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 26.11.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,243	6,70
Commerzbank	100,00	27.5.95	59,00	6,41
Commerzbank	100,00	4.6.00	41,50	6,63
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	146,00	8,66
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,78	5,55
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,31	5,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,94	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	7.7.96	52,20	7,01
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,44	6,51
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,17	6,96
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,95	6,61
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,53	7,18
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,39	7,08
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	25,89	7,23
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,61	7,05
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,01	6,58
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,40	6,59
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,40	7,18
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,45	7,31
WestLB 500	126,86	16.2.89	115,10	4,49
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,40	4,92
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,85	5,43
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,65	5,61
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,75	6,88
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,20
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	153,35	5,42
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,10	7,66
Prud Realty	$ 100	15.1.99	73,55	9,78
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	79,375	7,44
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	68,00	7,70
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	57,50	10,47
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	66,25	8,21
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	66,125	8,15
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	62,125	7,93
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,625	9,30
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,75	8,68
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,875	8,58
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	53,125	8,75
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	52,125	8,18

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,73)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	[illegible]
2	4,95 (4,95)	100,1	101,9	103,6	105,5	107,4	[illegible]
3	5,30 (5,30)	99,20	101,6	104,3	107,1	109,8	[illegible]
4	5,61 (5,65)	97,40	100,9	104,4	107,9	111,4	[illegible]
5	5,82 (5,82)	96,10	100,6	104,6	108,9	113,0	[illegible]
6	6,05 (6,05)	94,45	99,95	104,3	109,2	114,1	[illegible]
7	6,40 (6,42)	91,75	97,75	102,8	108,3	113,7	[illegible]
8	6,70 (6,71)	89,15	95,20	101,8	107,2	113,5	[illegible]
9	6,80 (6,80)	87,55	94,10	101,5	107,2	117,5	[illegible]
10	6,81 (6,83)	86,55	93,60	101,4	107,7	114,8	[illegible]
15	7,10 (7,05)	80,76	89,20	97,10	107,2	[illegible]	[illegible]

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,575 (112,579)
Performance-Rentenindex: 250,030 (249,921)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	25. Nov.	5,956-[illegible]
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	[illegible]
	60-270 Tage	[illegible]
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	[illegible]
	60 Tage	[illegible]
	90 Tage	[illegible]
Certificates of Deposit	1 Monat	[illegible]
	2 Monate	[illegible]
	3 Monate	[illegible]
	6 Monate	[illegible]
	12 Monate	[illegible]
US-Schatzwechsel	13 Wochen	[illegible]
	26 Wochen	[illegible]
US-Staatsanleihe	10 Jahre	[illegible]
	30 Jahre	[illegible]
US-Diskontsatz		[illegible]
US-Primerate		[illegible]
Geldmenge M1	10. Nov.	712,8 Mrd. (+3,4 Mrd.)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez	143,00	[illegible]
März	143,40	[illegible]

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	25.11.	24.11.
9¾ EEC 90	106	Werte lagen nicht vor
11¼ dgl. 90	111,125	
10¾ EIB 93	110,625	
11 dgl. 91	113,875	
11¾ dgl. 90	115	
11¾ dgl. 93	121,5	
12 dgl. 95	123,625	
12¼ dgl. 90	117,75	
12¾ dgl. 95	123,125	
13 dgl. 96	120,5	
10¾ Wld Bk 95	114,125	
10¾ dgl. 88	104,75	
10⅞ dgl. 90	111,125	
10¾ dgl. 93	116,375	
11 dgl. 97	115,125	
11¼ dgl. 88	103,75	
11¼ dgl. 90	114,25	
11¾ dgl. 89	109,125	
11½ dgl. 90	114,625	
12 dgl. 93	123,125	
12¼ dgl. 94	126,5	
12½ dgl. 94	128,675	
6¾ Sears 91	104,625	104,625
6¾ Swed.Ex.91	103	103
7 TRW 94	101,625	101,625
6¾ Un.Tech.92	103	103
6¾ W.Disn 96	103,375	103,375
6¾ World Bk96	104,25	104,25
6¾ dgl. 92	104,375	104,375
6¾ dgl. 96	105,75	105,75
7 dgl. 94	108,5	108,5

Euro-Yen

	25.11.	24.11.
6¾ Al.Corp 91	102,625	102,5
6¾ Alf.Sign93	102,425	102,5
7¾ ADB 94	110	110
7 Austria 95	107	107,125
7 BP 92	106,625	106,125
6¾ Danmark 92	105	105
7 Denm.Bk. 92	105,75	105,75
7 Dow Chem.94	101,625	101,625
6¾ EDF 95	106,25	106,125
6½ Eurofima95	102,375	102,375
6¾ dgl. 92	103,5	103,5
6¾ dgl. 93	103,5	103,5
7¾ dgl. 94	106,375	106,25
6½ Foenme 92	105,5	105,375
6¾ Finl.Rep90	104,75	104,75
6½ GMAC 90	102,575	102,125
7¾ Goodyear95	103,5	103,5
5½ dgl. 94	101,875	101,875
6¾ ITT 92	105,5	105,5
6½ McDonal.92	105	105
6¾ Montreal95	105	104,875
6½ NordLB 93	102,625	102,375
6 NIB 91	101,625	101,75
7 dgl. 92	106,625	106,75
7 Pac.Gas 94	–	–
6¾ Penney 92	103,125	103,125
6¾ Procter 92	104,25	104,25
6¾ Sallie 92	103,125	104,25

Lux. Franc Bonds

	25.11.	24.11.
7 Amro 93	99,25	99,25
9¾ Asea 89	100,75	100,75
6¾ Asian Dv87	99,75	99,75
10½ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	103,5	103,5
7 dgl. 93	106,5	106,5
10¾ Ceca 94	106,75	106,75
11 dgl. 92	103,5	103,5
13 dgl. 91	–	–
8¾ Consol 95	105	105
12½ dgl. 92	105	105
8 Copitol 88	100	100
8¼ dgl. 89	100,75	100,75
11 Cr.Lyon 88	100	100
13 dgl. 87	104	104
7¾ Den.Mtg 88	100	100
8¾ EEC 95	105	105
8½ Euratom 89	103,25	103,25
10¾ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8½ Eurof. 89	101,5	101,5
9 dgl. 95	106	106
10 dgl. 91	106,5	106,5
10 dgl. 94	104,75	104,75
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	106	106
9½ dgl. 95	107	107
9¾ dgl. 88	100,25	100,25
9¾ dgl. 95	107	107
10¾ dgl. 94	111	111
11½ dgl. 88	100	100
12¼ dgl. 90	105	105
8¾ Goodyear93	103,5	103,5
9¼ Ind.B.F 95	104,5	104,5
9¾ Hypo Bk.88	107	102
11 Kredlet.93	104,75	104,75
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	104	104
10 dgl. 90	103,75	103,75
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	100	100
8¾ Met.Chim92	103,25	103,25
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8¼ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	107	107
10¼ Paribas89	103,5	103,5
8 Philips 87	100,5	100,5
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100,5	100,5
9¾ dgl. 92	106,25	106,25
10¾ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 86	100	100
9¾ Volvo 87	100,75	100,75
8 WorldBL. 95	103,25	103,25
9¼ dgl. 90	103,5	103,5
10¼ dgl. 89	101	101

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52852

	25.11.	24.11.
8¼ Cop City91	99	99
12¾ dgl. 97	101	101
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¼ Ned. G 88	100,5	100,5
7¼ Queb. P 94	99,5	99,5
8½ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	25.11.	24.11.
7¼ Aegon 95	94,625	94,75
9½ ABN 92	105,25	103,25
9 ANA 95	106,375	106,375
9¾ ANZ 92	106,375	106,375
10¾ Austria93	111,75	111,875
10 BNDA 92	104,5	104,5
8¼ B.d.Roma93	100,5	100,25
9 M.+Hope 97	103,75	103,75
9 Bk.Hels 96	100,25	100,25
7¼ BNP 93	96,375	96,25
8½ dgl. 95	105	105
8¾ Bay Vbk.88	102	102
8¾ BFCE 93	102,375	102,25
9¼ dgl. 92	108,75	108,75
9½ dgl. 95	107,5	107,625
9½ Bull 92	102,875	102,75
9¾ CNT 92	106,875	108,375
9¼ dgl. 95	107,625	107,5
9¾ Cargill 95	105,875	105,625
10¾ Ceca 89	107,25	107,25
9 Chrysl. 92	100,75	100,25
9¼ dgl. 94	100,25	100,25
9 ClubMed 88	103,5	103,5
9 Colgate 91	102,25	102,375
9 Coe City 95	101,625	101,625
9¼ CCF 95	105,75	105,75
9¾ CrdNord 91	105,875	105,75
11¾ CrdFonc90	–	–
11¾ dgl. 90	–	–
6¾ CrdLyon 92	94,625	94,5
8¾ CrdNat 95	105,5	105,625
10¾ dgl. 94	109,875	109,875
8¾ Crdanst 94	104,25	104,25
9¾ Credito 97	108,375	106,5
7¾ Denmark 96	97,75	97,75
9 EDF 97	105,75	105,75
8¾ EEC 93	105,375	104,875
8¾ ELFAqu 92	102	102,25
9 Enso Gut 91	101,625	101,5
9½ dgl. 93	101,575	101,75
10 Euratom 97	107	107
7¾ dgl. 96	96,5	96,625
9¾ Eurofima95	103,875	103,875
8¾ EIB 90	104,5	104,5
8¾ dgl. 93	105,125	105,125
8¾ dgl. 97	104,25	104,25
9¼ dgl. 95	110,125	109,625
10¾ dgl. 94	111,75	111,75
10¾ dgl. 94	–	–
10¼ dgl. 90	109,375	109,375
11¾ dgl. 97	109,875	109,875
7 Eutelsat 93	102,875	102,875
6¾ EDC 96	91,25	91,125
8¾ Fiat 90	102,625	105,125
9 IBK Final 95	101,75	101,75
8¾ Ford C 95	104,375	104,25
7¾ GvB 93	99,625	99,75
7 Giroz. 93	94,675	94,5
10¼ dgl. 95	109,675	110,25
10 IADB 93	111,625	111,625
8¾ IBM 90	105,125	105,125
6¾ Iceland 96	88,5	88,5
9 Imatran 96	101,875	101,575
9¾ Italia 89	104,25	104,125
10¾ dgl. 97	110,375	110,375
9¾ Kansall 92	104,25	104,75
9¾ Kyolmo 92	105,375	105,25
6¾ KB/Ita 95	90	90
10¾ Mocal 95	106,5	106,5
8¾ Mits Tr.93	102,875	102,75
9 MeetHan 91	104,875	104,75
9¾ Mcl 90	101,875	101,875
8¼ Morgan 90	103,5	103,375
8¾ Motorola97	103,625	103,625
7 Nerso 95	103,125	103,125
8¾ N S Wal.93	105,625	105,5
9¾ N Zeal. 90	105,875	105,75
9¾ N Zeal 92	106,875	106,75
7¾ Nissan 96	95,875	95,75
9 Ost.Lbk. 89	104,25	104,25
8¾ Olivetti93	97,875	98
8¾ Parbel 89	101,75	101,75
10 Pechin.90	105,575	105,875
9 Petrof.95	–	–
9¾ Peugeot 90	104,75	104,75
8¾ Phibro 95	100,875	100,875
9 Philips 93	103,5	103,375
9¼ Piba 92	105,75	105,625
10 Prvbk. 97	105,625	105,625
7¾ Rabobk. 96	97,5	97,375
9¾ Reynolds91	103,675	103,625
9 SAS 95	104,75	104,75
9 Sanwa 95	104,25	103,375
8¾ Secpac 90	102,675	102,5
9 SNCI 95	103,575	103,75
8¾ Sumitomo92	105,125	105,125
9¾ dgl. 93	106,375	106,25
9 dgl. 95	105,625	105,5
7¾ Schweden95	91,25	[illegible]
9 Unbk.Nor 95	107,875	107,75
8¾ Vic. 90	104,625	104,75
8¾ WaltD 94	104,5	104,375
9¾ dgl. 95	104,625	104,5
9 Washgt.96	102,25	102,125
7¾ Westpac97	105,25	105,25
8¾ Westdbk.95	103,625	103,5
9¾ dgl. 93	105,25	105,125
9 dgl. 97	107,625	107,5
10¾ dgl. 89	108	107,875
10¾ dgl. 94	109,875	109,875
11 dgl. 95	108,875	108,875
8¾ Xerox 90	103,125	103,125

ECU-Tageswerte

	25.11.	24.11.
Dollar	1,03634	1,02987
bfr	43,2568	43,3008
DM	2,08097	2,08342
hfl	2,35156	2,35376
£	0,731878	0,726538
Dkr	7,85792	7,85819
FF	6,81087	6,81375
Lire	1442,07	1442,59
Ir£	0,764261	0,765132
Sfr	1,73646	1,74511
öS	14,6507	14,6725
Peseta	140,309	140,215
Skr	7,20255	7,18178
Nkr	7,89916	7,89537
kan-$	1,43507	1,42219
Esc	154,874	154,171
Fmk	5,12772	5,11072
Yen	169,545	169,257
Drachme	144,424	143,976

SZR-Wert

	25.11.	24.11.
Dollar	1,20002	1,19777
DM	2,41066	2,41849

Aktien uneinheitlich

Verunsichert durch Dollarschwäche

DW. – Der Rückgang des Dollar auf unter zwei DM hat das Währungsproblem wieder zu einem tendenzbestimmenden Faktor werden lassen. Es kam im Verlaufe verstärkt zu Glattstellungen und verbunden damit zu meist rückläufigen Notierungen. Es gab am Mittwoch nur wenig Kursgewinne.

Erstaunlich widerstandsfähig waren die Aktien der Großchemie, vor allem Bayer. Relativ gut im Markt lagen trotz zwischenzeitlicher kursdrückender Gewinnmitnahmen auch die Aktien der Banken. Zu spüren bekamen die Dollarschwäche die VW-Aktien, gleichwohl hielten sich auch bei ihnen die Einbußen in Grenzen. Daimler setzte dagegen den langsamen Anstieg fort. Rege blieb das Interesse für Conti-Gummi und Phoenix, beides Unternehmen, deren Schicksal mit der Autoindustrie eng verknüpft ist. In beiden Fällen wird sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr mit steigenden Erträgen gerechnet. Siemens-Aktien glichen den anfangs eingetretenen Tagesverlust wieder aus. Bei Mannesmann gab es nach dem Rückschlag vom Vorlag Rückkäufe, die den Kurs über 190 DM steigen ließen. Die Käufer vertreten die Meinung, daß der 1986 rückläufige Ertrag in der heutigen Bewertung schon enthalten ist und man nunmehr auf das Jahr 1987 sehen müsse, in dem es bei Mannesmann wieder aufwärtsgehen dürfte.

Nachbörse: uneinheitlich

DW-Akt.ind.: 279,28 (279,87)
DW-Ums.ind.: 5462 (6020)
Adv.-decline-Zahl: 101 (110)
38-Tg-Linie: 271,31 (271,22)
200-Tg-Linie: 277,45 (277,46)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Genußscheine

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Toronto · Wien · Zürich

Sydney

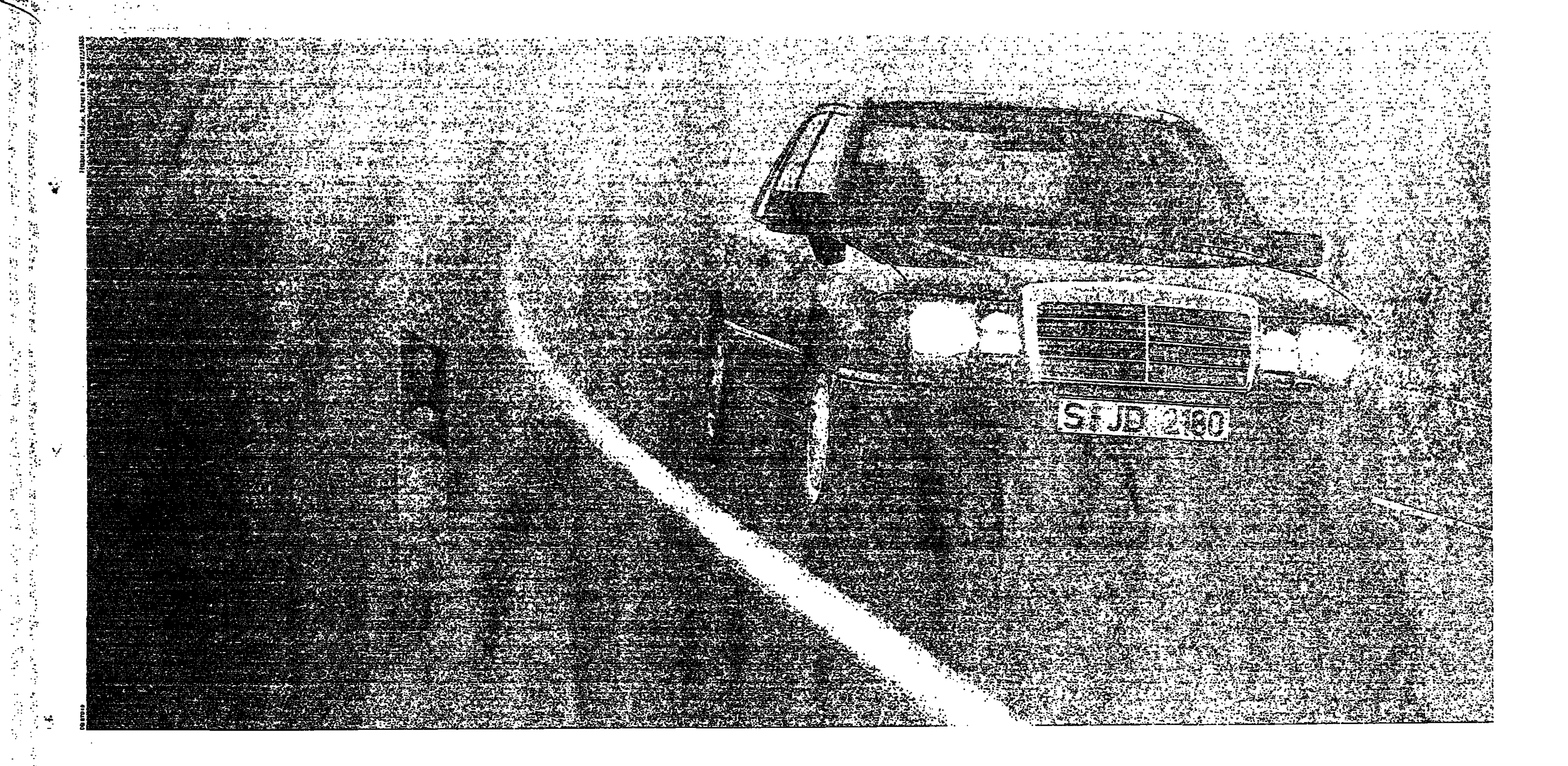
	26.11.	25.11.
ACI	4,02	4,03
Ampol. Explor.	2,8	2,85
Westpacific Banking	4,65	4,65
Bougainville Copper	2,95	2,9
Bridge Oil	0,69	0,68
Brok. Hill. Prop.	8,35	8,3
Coles	5,85	5,8
CRA	6,85	6,8
CSR (Theiss)	2,9	2,88
Metals Expl.	0,75	0,76
MIM-Holdings	2,3	2,28
North Broken Hill	2,66	2,6
Oakbridge	0,55	0,55
Peko Wallsend	6,35	6,3

Oslo

	26.11.	25.11.
Bergen Bank	195	199,5
Den Norske Cred.	184	188,5
Elkem	100	101
Kreditkassen	219	221
Norsk Data	206,5	210,5
Norsk Hydro	148	157
Orkla/Borregaard	400	405,5
Storebrand	311	312
OSE Ind. Index	–	382,27

Zürich (Auszug)

	26.11.	25.11.
Sandoz Inh.	9975	9975
Sandoz Part.	1625	1625
Saurer Nam	79	79
Art. A. Saurer	134	135
Schw. Bankges.	6025	6060
Schw. Bankverein	568	570
Schw. Kredit. A. Inh.	3775	3780
Schw. Rückv. Inh.	19100	19150
Schw. Volksb. Inh.	2700	2685
Sika -B-	3670	3680
Gebr. Sulzer Part.	585	590
Swissair	1355	1350
dgl. NA	1140	1140
Winterthur Inh.	7475	7550
Winterthur Part.	1250	1275
Zür. Vers. Inh.	8500	8525
Index: Schw. Bankv.	672,40	675,20



Ein Mercedes beruhigt.

Das Leben ist aufregend genug.

Da sollte man sich nicht auch noch von seinem Auto nervös machen lassen.

Ein Mercedes beruhigt.

In vielerlei Hinsicht.

Beruhigend ist seine gesamte Konzeption, die eine angenehme und entspannende Atmosphäre beim Fahren schafft. Damit man in jeder Verkehrssituation ruhig und gelassen reagiert.

Beruhigend ist sein hohes Maß an Sicherheit, die sich auch auf den Fahrer überträgt und ihn vor unüberlegten Entscheidungen bewahrt.

Beruhigend ist seine Verarbeitungsqualität, die ihm in den Pannenstatistiken des TÜV Jahr für Jahr einen Platz unter den Zuverlässigsten sichert – und natürlich auch für einen außergewöhnlich hohen Wiederverkaufswert sorgt.

Beruhigend ist aber auch die Tatsache, daß in einem Mercedes heute serienmäßig die modernsten technischen Lösungen zur Reduzierung der Schadstoffe im Abgas verwirklicht sind.

Denn das Auto behält nur dann seinen hohen Stellenwert, wenn es auch zukünftig mit technischen Innovationen weiter zur Umweltentlastung beitragen kann.

Und schließlich:

Ist es nicht beruhigend zu wissen, daß hinter jedem Mercedes ein Unternehmen steht, das nicht nur mehr Erfahrung hat als jeder andere Automobilhersteller, sondern das auch durch die Verbreiterung seiner Basis dem Automobil neue Perspektiven eröffnet und seiner Weiterentwicklung mit Sicherheit neue, starke Impulse gibt?

Wie in den vergangenen 100 Jahren werden wir auch in Zukunft mit immer wieder neuen Ideen und Entwicklungen alles tun, um das Auto für den Menschen noch sinnvoller, das heißt noch sicherer und komfortabler, noch sparsamer und noch umweltfreundlicher zu machen.

Wer von seinen Fahrzeugen verlangt, daß sie nicht nur den heutigen Anforderungen entsprechen, sondern auch der künftigen Entwicklung standhalten, muß sich ständig mit neuen Technologien auseinandersetzen.

Wir tun es.

Damit Sie sich auch in Zukunft auf einen Mercedes verlassen können.

In aller Ruhe.



Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 26. 11. 1986
1609 Optionen = 86 100 (94 350) Aktien,
davon 234 Verkaufsoptionen = 11 700 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 1-280/50B, 300/28; 320/12; 340/7; 360/4B; 400/2B, 4-300/41G, 320/25; 340/16B; 380/12B; 400/5G; 7-300/45; 320/31,5, 340/27, Agiv 1-460/10G; BASF 1-260/18B, 270/15, 280/7; 300/2; 2980/4; 4-280/17; 300/10; 320/6; 340/4; 7-260/32G; 280/25, 300/12,6; 320/6,5, Bayer 1-280/50B; 290/18,1; 300/17; 310/8; 370/5,9, 330/2G; 350/1; 370/0,80; 4-280/41; 300/26; 320/16, 340/9; 360/5B; 7-320/24G; 340/17; 360/8; BBC 4-300/10G; 7-300/55B; BHF 1-500/40; 550/12,5G; 600/5G; 4-550/25G; Bay. Hypo 1-600/20G; 4-600/30G; 650/12G; 7-600/42G; Babcock 1-130/70B, 140/10B; 150/4,4, 160/2,5; 4-130/23G; 140/13G; 150/10G; 160/6; 170/5B, 7-140/20G; 150/15B, 160/10; 170/8B; BMW 1-464,5/130B, 500/110B; 550/60B; 564,5/36G; 600/20B, 650/7,5B, 664,5/4,6G; 700/3,9; 4-550/70B; 600/40G; 650/24B; 700/10B; 7-600/45B; 650/26,1G; Bay. Vereinsbk. 1-550/17, 600/6; 4-550/30; 600/15, Commerzbk. 1-280/48; 300/28,9; 320/14, 340/7; 360/4, 4-300/38, 320/26; 340/18, 360/10; 380/7,5, 400/6,1; 7-300/47, 320/36; 340/26; 360/20; Conti 1-300/50G; 315/43G; [illegible]

[illegible]

Rentenoptionen

Frankfurt: 26. 11. 1986

[illegible]

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2500B. Düsseldorf: BMW 571,5 [illegible] Goldschm. 234bG, Lehnkering 720T, Nixdorf Vz. 482, O & K 108,5, Thüga 425G. Frankfurt: BMW 575, Frankona 585, Fuchs St. 165bB, Fuchs Vz. 159,5, Goldschm. 238, Magdeburger Feuer NA 460rtB, Magdeburger Feuer 1300G, Mainzer 2088, Mainkraft 540, Mercedes 1158, Nixdorf 483, Thüga 420, Ymos Vz. 191. Hamburg: –. München: Mercedes 1160, Sumpf 1201B, VAB 2400.

Bezugsrechte: Berlin: Berl. Elektrik 1,70. Frankfurt: Trinkaus 9,6.

Devisenmärkte

Trotz der Ernüchterung vom Vortag verstärkte sich der Druck auf die Leitwährung am 26. November nicht. Der Dollar eröffnete um 1,986 und erholte sich auf 1,988. Angesichts der US-Außenhandelszahlen verhielt man sich abwartend. Klarheit brachten die Zahlen jedoch auch nicht. Das Oktoberdefizit in Höhe von 12,1 Mrd. Dollar war nicht schlecht, die Revision des Vormonats-Fehlbetrages von 12,6 auf 14,7 Mrd. Dollar enttäuschte jedoch und verunsicherte. Der Kurs fiel auf 1,981 zurück und zog in einer Reaktion anschließend bis auf 1,994 an. Der Schweizer Franken erhöhte sich auf 120.15. Für die übrigen Währungen wurden meist Mittelkorrekturen festgestellt. US-Dollar in: Amsterdam 2,247; Brüssel 41,35; Paris 6,511; Mailand 1377,75; Wien 13,997; Zürich 1,6547; Ir. Pfund/DM 2,721; Pfund/Dollar 1,43; Pfund/DM 2,845.

Devisen und Sorten

26.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Ank.-Kurs³	Wechs.-Sorten* Ankauf	Verkauf
New York¹	5,50	1,9841	1,9921	1,9799	1,94	2,04
London²	11,0	2,836	2,850	2,797	2,77	2,92
Dublin²	12,8	2,714	2,728	2,658	2,65	2,78
Montreal¹	8,47	1,432	1,440	1,4206	1,39	1,49
Amsterd.	4,50	88,39	88,61	88,29	87,50	89,25
Zürich	4,00	120,05	120,25	120,07	118,25	121,00
Brüssel	8,00	4,80	4,82	4,775	4,68	4,36
Paris	9,50	30,455	30,615	30,255	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,41	26,55	26,11	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,31	26,45	25,64	25,50	27,25
Stockh.	7,50	28,75	28,91	28,47	28,00	29,75
Mailand³**	12,0	1,4385	1,4485	1,4235	1,405	1,485
Wien	4,00	14,182	14,222	14,164	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,477	1,487	1,454	1,43	1,55
Lissabon**	14,5	1,33	1,35	1,305	0,95	1,56
Tokio	3,00	1,223	1,226	1,222	1,18	1,24
Helsinki	8,50	40,46	40,66	39,72	39,25	41,25
Belgrad***	–	–	–	–	0,15	0,55
Budap.***	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen***	20,5	1,418	1,472	–	0,80	1,55
Ankara***	–	–	–	–	0,18	0,37
Sydney*	–	1,2835	1,3025	–	1,24	1,36
Johannbg.*	10,0	0,863	0,897	–	0,72	0,97
Hongkong*	–	25,38	25,66	–	25,25	29,75

Alles in Hundert; ¹1 Dollar; ²1 Pfund; ³1000 Lire, *Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; ** nicht amtlich notiert; *** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen

Ausschreibung

Heinz Herbert Karry-Preis 1987

Die Heinz Herbert Karry-Stiftung Gemeinnützige Gesellschaft mbH zeichnet Persönlichkeiten, die sich durch Wort, Schrift oder Handeln mutig und engagiert für das Gedeihen und den Ausbau unseres freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates einsetzen oder eingesetzt haben, mit einer mit einem Geldpreis von 10.000,– DM verbundenen Heinz Herbert Karry-Gedächtnismedaille in Gold aus.

Die Preisträger werden durch Ausschreibungen, Bewerbungen oder Benennungen von einer unabhängigen Jury ausgewählt.

Mitglieder der Jury sind:

Dr. Fritz Ullrich Fack, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Werner Holzer, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau
Professor Dr. Hartwig Kelm, Intendant des Hessischen Rundfunks
Otto Kirst, Staatssekretär a. D.
Heribert Reitz, Staatsminister a. D., MdL
Professor Dr. Gerhard W. Wittkämper, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster

Bewerbungen und Vorschläge werden bis zum 15. Januar 1987 erbeten an:

Heinz Herbert Karry-Stiftung
Hellerhofstraße 2–4 (Zimmer 109) 6000 Frankfurt am Main 1

Der Heinz Herbert Karry-Preis wird am 6. Mai 1987 im Kaisersaal des Römers in Frankfurt am Main überreicht werden.

Frankfurt am Main, im November 1986

Der Stiftungsrat
Dr. med. Wolfgang Bechtoldt †
Dr. Wolfgang Gerhardt
Bundesminister Dr. Walter Wallmann
Hans-Wolfgang Pfeifer
Professor J.F. Volrad Deneke
Raimund A. Bach
Erhard Bouillon
Dr h.c. Walter Hesselbach

FINANZANZEIGE

ROLINCO

ROLINCO N.V.

Rotterdam

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 26. November 1986 hat u. a. beschlossen, für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende in Höhe von hfl 1,16 auf jede Aktie zu nom. hfl 10,– auszuschütten.

Die Dividende kann vom 5. Dezember 1986 an gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 28 entgegengenommen werden. Der Gegenwert der Dividende wird in Deutscher Mark zum Tageskurs oder auf Wunsch in holländischen Gulden gutgeschrieben oder ausgezahlt. Zahlstellen sind im Bundesgebiet und in Berlin (West) sämtliche Niederlassungen der nachstehend genannten Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank AG
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG.

Die Aktien unserer Gesellschaft werden ab 27. November 1986 an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg und München „ex Dividende" gehandelt und amtlich notiert.

Besteuerung der Erträge in Deutschland
In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind die Erträge gemäß § 17 des Auslands-Investmentgesetzes zu versteuern.
Von der Dividende in Höhe von hfl 1,16 je Stammaktie über hfl 10,– unterliegen hfl 1,12, d. h. 1,16 abzüglich hfl 0,04, die bereits früher als ausschüttungsgleicher Ertrag versteuert wurden, der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

Besteuerung in den Niederlanden
Die Dividende wird grundsätzlich unter Abzug einer niederländischen Dividendensteuer (Quellensteuer) von zur Zeit 25% ausgezahlt.
Nach dem deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 16. Juni 1959 (BGBl 1960 II. S. 1781) haben in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) ansässige Aktionäre auf Antrag einen Anspruch auf Ermäßigung der niederländischen Dividendensteuer auf 15%. Der diesbezügliche Ermäßigungsantrag ist grundsätzlich zusammen mit den Dividendenscheinen einzureichen bzw. nach den niederländischen Ausführungsbestimmungen innerhalb einer vertretbaren Zeit nach dem Fälligkeitstermin der Dividende nachzureichen. Bei der gegenwärtigen Praxis der niederländischen Stellen empfiehlt es sich in diesem Falle jedoch, eine Frist von etwa 3 - 4 Wochen einzuhalten. Der Ermäßigungsantrag ist auf dem vorgeschriebenen Vordruck zu stellen und mit einer Wohnsitzbestätigung des für den Aktionär zuständigen Finanzamtes versehen zu lassen.

Demnach wird von der Dividende von	hfl 1,16
25 % in den Niederlanden einbehalten, mithin	hfl 0,29
worauf auf Antrag 2/5 erstattet werden =	hfl 0,12

Wiederanlage der Dividende in Rolinco-Aktien
Den Aktionären bieten wir an, die Dividende (nach Abzug von 25% niederländischer Dividendensteuer) spesenfrei wieder in Aktien unserer Gesellschaft zu einem Vorzugskurs anzulegen. Der Kurs, zu dem die Wiederanlage vorgenommen werden kann, wird am 5. Dezember 1986 — dem Tag der Dividendenzahlung — bekanntgegeben werden. Dieser Kurs wird ungefähr 1% unter dem an der Amsterdamer Börse am 5. Dezember 1986 notierten Kurs liegen. Die aus der Dividendenzahlung zu erwerbenden Aktien können zum gleichen Kurs auf volle Anteile aufgerundet werden. Aktionäre, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, werden gebeten, bis zum 3. Dezember 1986 ihrer Depotbank einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Bilanz zum 31. August 1986

Aktiva	hfl	Passiva	hfl
Wertpapiere:		Stammaktienkapital	606.866.750
Europa	1.778.189.142	Agiorücklage	342.414.500
Amerika	1.599.182.776	Sonstige Rücklagen	4.174.973.158
Japan	1.402.001.783	Gewinnvortrag	63.368
übrige Gebiete	238.854.933		
	5.018.228.634	Den Stammaktionären zustehendes Vermögen	5.124.318.096
Festgelder u.a. flüssige Mittel	136.596.462	5 1/2% kumulatives Vorzugsaktienkapital	...
		6 1/2% kumulatives Vorzugsaktienkapital	6.934.800
			5.131.252.896
Forderungen aus Dividenden u. Zinsen	5.147.465	6 1/2% Wandelanleihe	21.735.200
			5.152.988.096
Forderungen aus Wertpapiergeschäften	37.931.486	Ausschüttungen für das Geschäftsjahr	71.060.755
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.774.598	Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften	13.399.626
		Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	676.236
Sonstige Forderungen	44.283.889	Sonstige Verbindlichkeiten	6.835.821
	5.244.962.534		5.244.962.534

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. September 1985 bis 31. August 1986

Aufwendungen	hfl	Erträge	hfl
Verwaltungskosten	11.833.673	Erträge aus Anlagen	79.470.943
Zinslasten	1.412.983		
Reingewinn	66.224.287		
	79.470.943		79.470.943

Der Aufsichtsrat		Der Vorstand
H.H. Nauta	P.A.W. Roef	Th. M. Scholten
H.J.E. van Beuningen	W. Scheel	A.J. van Oostveen
The Earl of Cromer	S. Veil	W.M. Engelberts
J.M. Goudswaard	J.-Ch. Velge	N.J.H. van der Meer
J. Kremers	H.J. Witteveen	N.W. Veer
J.-M. Lévêque	J. Zijlstra	

Prüfungsvermerk
Wir haben den Jahresabschluß 1985/86 der Rolinco N.V. geprüft. Aufgrund dieser Prüfung bestätigen wir, daß dieser Jahresabschluß einen getreuen Einblick in den Umfang und die Gliederung des Vermögens der Gesellschaft zum 31. August 1986 und des Ergebnisses des Geschäftsjahres 1985/86 vermittelt.
Rotterdam, den 9. Oktober 1986 Dijker en Doornbos/registeraccountants

Die Hauptversammlung vom 26. November 1986 hat folgende Gewinnverwendung beschlossen (Art. 39 -41 der Satzung):

Reingewinn des Geschäftsjahres	hfl 66.224.287
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	hfl 131.424
	hfl 66.355.711
Nicht ausgeschüttete Dividende für das vorige Geschäftsjahr	hfl 2.168.432
	hfl 68.524.143
der allgemeinen Rücklage entnommen	hfl 2.600.000
zur Ausschüttung verfügbar	hfl 71.124.143
wie folgt zu verteilen:	
Dividende auf Stammaktien	hfl 70.396.543
Dividende auf 5 1/2% kumulative Vorzugsaktien	hfl ...
Dividende auf 6 1/2% kumulative Vorzugsaktien	hfl 450.762
Feste Gehälter für 12 (12) Aufsichtsratsmitglieder*)	hfl 213.450
	hfl 71.060.755
Vortrag auf neue Rechnung	hfl 63.388
	hfl 71.124.143

Rotterdam, im November 1986 DER VORSTAND

*) für zwei (ein) Aufsichtsratsmitglied(er) nur anteilig für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Frau Bonners Buch über ihr Leben mit Sacharow

Ein Dokument der Liebe

Am Ende der Lektüre empfindet der Leser Scham und Bewunderung. Bewunderung für diese tapfere, kranke Frau, die im Laufe von sechs Monaten in einer ihr fremden Umwelt und nach schweren Herzoperationen mit Ministerpräsidenten, Senatoren, Wissenschaftlern und Journalisten diskutiert, unzähligen Einladungen Folge leistet, sich ihren nächsten Verwandten und Freunden widmet und dann noch die Kraft aufbringt, dieses Buch zu schreiben. Bewunderung vor allem auch angesichts der Leidenschaft und Beharrlichkeit, mit der sie sich stets und überall für die in der Sowjetunion eingesperrten „Politischen" und insbesondere für ihren



in Gorkij an der Wolga von aller Welt isolierten Mann, den Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow, einsetzt.

Hart geht Jelena Bonner-Sacharowa mit jenen westlichen Politikern ins Gericht, die von Menschenrechten zwar bei jeder Gelegenheit salbungsvoll reden, in der Praxis aber aus sogenannten realpolitischen Gründen wenig oder gar nichts für sie tun; hart auch mit vielen westlichen Kollegen ihres Mannes, die sich im Schutz der freien Welt zwar zu Sacharow bekennen, aber kaum daß sie sowjetischen Wissenschaftlern gegenübersitzen, leisetreterisch und anpassserisch taktieren.

Jelena Bonner sieht in solchem Verhalten Beispiele für ein ohne Not praktiziertes „Doppeldenk" und „Doppelsprech", wie wir es aus George Orwells „1984" kennen. Ihr Leitsatz lautet: Es kann keine glaubwürdige Friedenspolitik ohne die Veteidigung der Menschenrechte geben und keine glaubwürdige Verteidigung der Menschenrechte ohne die Verteidigung jedes einzelnen schutzbedürftigen Menschen.

Schämen müssen sich vor dieser Frau und vor diesem Buch auch diejenigen, die trotz aller voraussetzbaren Kenntnis der sowjetischen Desinformationspolitik dennoch immer wieder auf immer dieselben Tricks des KGB hereinfallen. Das reicht bis in die persönliche Sphäre von Frau Bonner selbst. War nicht im Westen häufig von einem ungefährlichen „Mikroinfarkt" Jelena Bonners die Rede – und nun die lebensgefährliche 6-Bypass-Operation am offenen Herzen in Massachusetts! Und wurde nicht angesichts der uns vom KGB-Verkäufer Viktor Louis angedrehten Filme vielerorts über ganz unwichtige Details der Zwangshospitalisierung und der drei Hungerstreiks von Sacharow diskutiert und dabei die schreckliche Amoralität dieser mit versteckter Kamera produzierten Aufnahmen „übersehen"? Folgerichtig fragt denn auch die Autorin ihre Leser: Wer von Ihnen wäre bereit, sich mit herunterrutschenden Hosen und als kauende Maschine vor der ganzen Welt zur Schau zu stellen? Würden Sie sich einem Arzt anvertrauen, der Sie während der Untersuchung *ohne Ihr Wissen heimlich* filmen läßt?

Damit kein falscher Eindruck entsteht: In erster Linie richten sich die Anklagen der Autorin natürlich an die Moskauer Adresse. Dabei verzichtet sie auf jede billige Polemik. Sie schildert einfach ihr Leben mit Sacharow in der Verbannung in Gorkij und enthüllt dabei, wie wenig das dem Westen vom KGB vorgegaukelte „normale Leben" dem tatsächlichen Alltag der Familie Sacharow entspricht.

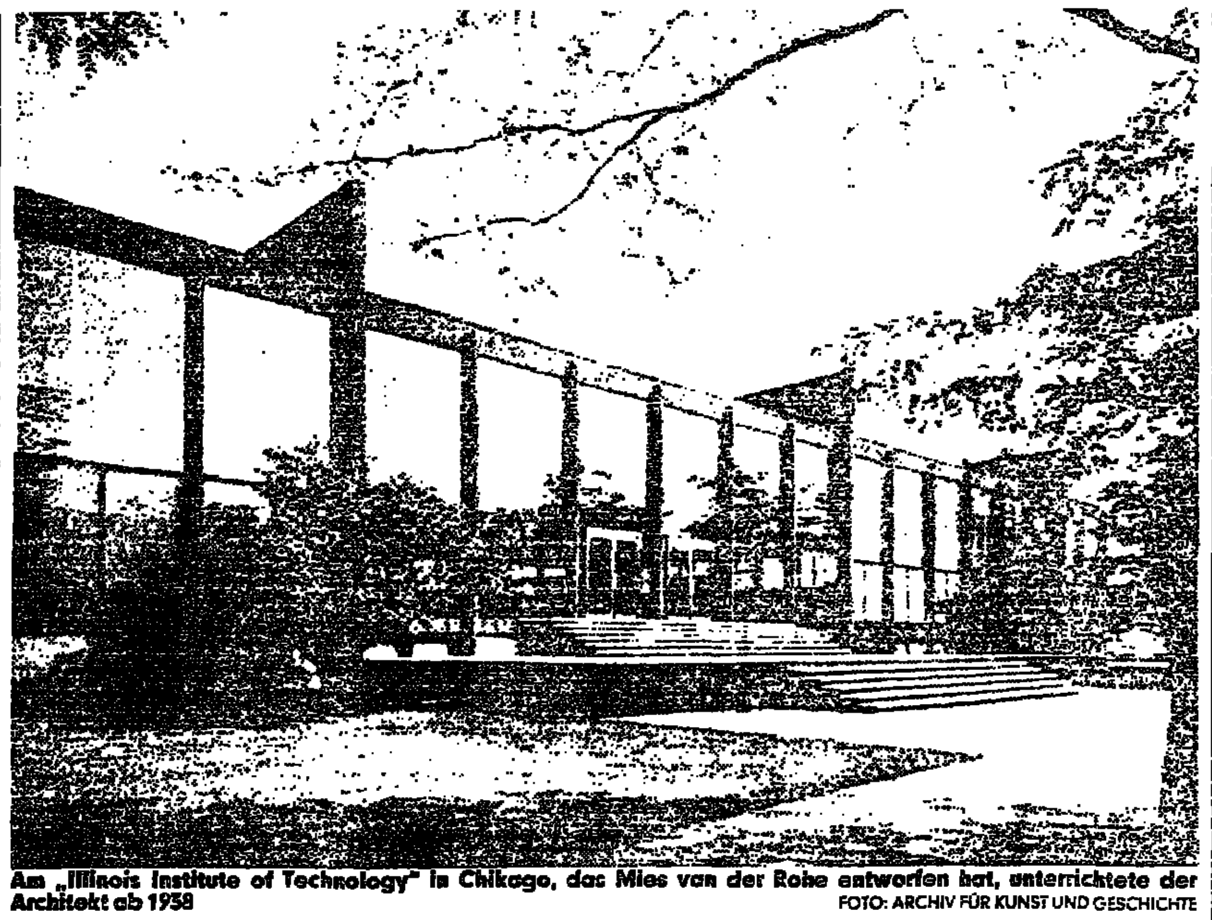
Die großen und kleinen Schikanen, und Demütigungen sind Legion. Aus Briefumschlägen kriechen Kakerlaken hervor, Autoreifen werden durchstochen, Motorteile gestohlen, Postkarten gefälscht, Rundfunksendungen gestört, Telefongespräche unterbrochen. Tag und Nacht sitzen Posten vor der Tür der Sacharows, die Besuchern den Eintritt verwehren und gelegentlich auch Manuskripte aus der Wohnung stehlen.

Mit einigen in diesem Buch erstmals veröffentlichten Dokumenten und Details kann Jelena Bonner jetzt der vom KGB gegen sie ganz persönlich inszenierten Verleumdungskampagne den Boden entziehen. Vor drei Jahren hatte man in Moskau damit begonnen, sie als grenzenlos egoistische „schreckliche Frau" darzustellen, die den etwas naiven und weltfremden Wissenschaftler Sacharow völlig umgarnt habe. Vor dem Hintergrund dieser Verleumdung liest sich das Buch wie eine einzige gegenseitige Liebeserklärung der beiden Betroffenen.

Denn bei aller politischen Brisanz und Aussagekraft ist dieses Buch doch in erster Linie ein großes Buch der Liebe. Was klingt da nicht alles an Wünschen und Sehnsüchten an! Während eines knappen halben Jahres durfte sie gelegentlich am Sonnenstrand von Florida oder an Bord eines Jets von einem Leben träumen, für das es in der Verbannung in Gorkij keine Hoffnung gibt. Sie zeigt sich dankbar in rührender Weise, aber die kleine Wohnung in Gorkij kommt ihr doch schöner vor. Denn, und damit schließt das Buch: Sie kann dort bei Andrej Sacharow sein.

BERND NIELSEN-STOKKEBY

Jelena Bonner: „In Einsamkeit vereint". Piper Verlag, München. 320 S., 29,80 Mark.



Am „Illinois Institute of Technology" in Chikago, das Mies van der Rohe entworfen hat, unterrichtete der Architekt ab 1938
FOTO: ARCHIV FÜR KUNST UND GESCHICHTE

Berlin feiert den 100. Geburtstag Mies van der Rohes mit zwei Ausstellungen

Schinkel war sein großes Über-Ich

Doppelte Berliner Verbeugung: Gleich zweimal wird augenblicklich Ludwig Mies van der Rohe mit exzeptionellen Ausstellungen geehrt. Anlaß ist der 100. Geburtstag des 1969 verstorbenen Architekten. Die Neue Nationalgalerie ist kein Architekturmuseum; daher gehören Ausstellungen zur Baukunst und Städteplanung nicht in ihren engeren Aufgabenbereich. Aber der Tempel aus Glas und Stahl nahe am Tiergarten war das letzte noch zu Lebzeiten van der Rohes vollendete Kunstwerk dieser überragenden Gestalt der Moderne – ein Bau, der Schönheit und Fragwürdigkeit seines Schaffens in sich zusammenfaßt.

Daß die unvergleichliche Halle in ihrer ersten Konzeption eigentlich für das Management eines Rum-Konzerns gedacht war, belegt jetzt jener Hotel-Briefbogen aus Santiago de Cuba, auf dem ein Mitarbeiter von Mies eine erste Skizze anlegte, in die van der Rohe dann das Fledermaus-Emblem der Spirituose hineinkrakelte. Die große Schau, die hier gezeigt wird, wurde vom Museum of Modern Art übernommen (WELT v. 27.3.86); es ist die erste umfassende Gesamtdarstellung aus dem MOMA-Archiv, dem der architektonische Nachlaß zugefallen war.

Die Ausstellung überspannt das gesamte architektonische Lebenswerk Mies van der Rohes, wobei das Hauptgewicht bei dem „modernen", dem fortgeschrittenen Architekten liegt. Aber so wichtige Arbeiten wie die Entwürfe für das Bismarck-Denkmal und das Haus Kroeller (1912) sind eindrucksvoll vorhanden, und sie lassen überdeutlich jenen in der Schulung durch Peter Behrens gefilterten Klassizismus Karl Friedrich Schinkels erkennen, erinnern einmal an seinen Plan für ein Schloß in Orianda, das andere Mal an Charlottenhof. Die Wirkung diese Über-Ichs, das Schinkel für Mies bedeutete, kann man getrost auch in der Nationalgalerie selbst wiederfinden.

Die Vitalität der Schau kommt aus den Zeichnungen. Das gilt keineswegs nur für die erhellenden hyperpräzisen Grundrisse und Ansichten, die eben doch eine durch die Mannschaft vermittelte Realität des Meisters darstellen, sondern ganz exemplarisch für die Skizzen und großen Ideen-Entwürfe. Allein schon das zeichnerische Material ist für die Struktur der Berliner „Wolkenkratzer", die hier auch mit Modellen in ihrer gläsernen, von keinerlei Funktionszwängen beirrten Leichtigkeit faszinieren, ein phänomenales Medium dynamischer Veranschaulichung.

Von den heutigen Vorwürfen an die Adresse einer menschenfeindlichen Massenarchitektur, die sich auf die Konzepte der Moderne berief, bleibt Mies relativ unbehelligt. Er konnte freilich, sowohl mit seiner Material- und Detailliebe wie im großen Rahmen, über luxuriöse Grundkonditionen verfügen, die seine tausend Nachfolger oder epigonalen Jünger eben nicht hatten. Wer sonst kann es sich schon leisten, ein Hochhaus auf teuerstem Boden, an der Park Avenue, 27 Meter von der Straßenfront zurückzusetzen?

Die zweite Berliner Ausstellung, im Bauhaus-Archiv, gilt (mit dem vieldeutigen Titel „Der vorbildliche Architekt") van der Rohes Architekturunterricht. Er hatte schon nach dem Motto „Ich will keine Marmelade, nicht Werkstatt und Schule" das Bauhaus als Direktor nachdrücklich auf das Fachgebiet Architektur konzentriert, die Rolle der Werkstätten reduziert, die Produktion weitgehend beendet. Das von ihm konzipierte Lehrprogramm in Chicago brachte zwar eine starke Fixierung auf die Weitergabe praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten, legte aber auch großen Nachdruck auf die Vermittlung von „Werten".

Die jetzige Ausstellung wurde gemeinsam mit dem Illinois Institute of Technology in Chicago realisiert, an dem Mies van der Rohe seit 1938 lehrte. Mit ihren Materialien, Proportions- und Aufrißstudien, Übungen mit Texturen, dem Visual Training und Perspektiven läßt sie anhand der vielerlei Schülerarbeiten immerhin erkennen, wie sehr der Unterricht bei Mies sich ganz auf die Persönlichkeit des Lehrers richtete.

(Nationalgalerie bis 15.1.87, anschließend Barcelona. Katalog des MOMA bisher nicht fertiggestellt. Bauhausarchiv bis 18.1.87, Katalog Nicolaische Verlagsbuchhandlung, 32 Mark.) PETER HANS GÖPFERT

Zum Tode der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz

Das Leiden am Leid

Im vergangenen März hätte das Stück von Ingeborg Drewitz, „Eine deutsche Party", vom Badischen Staatstheater in Auftrag gegeben, in Karlsruhe uraufgeführt werden sollen. Es kam nicht dazu. Das Theater hielt das Stück für „nicht spielbar". Jetzt ist die Schriftstellerin in ihrer Geburtsstadt Berlin im Alter von 63 Jahren gestorben. Die Aufführung, in dieser Spielzeit in Hannover vorgesehen, wird sie also nicht mehr erleben.

Das Stück hatte die fünfziger Jahre zum Gegenstand, sollte aber nach dem Willen der Autorin deutlich in die Gegenwart hineinragen. Ihr sei klargeworden, schrieb sie bei Rückgabe des Auftrags an die Intendanz, „daß die 50er Jahre, die für mich ja gelebte Biographie sind, nicht schon als eine in sich geschlossene Raum-Zeit behandelt werden können, weil sie ins Heute hineinwuchern".

Ingeborg Drewitz war eine Schriftstellerin, die nicht „bloß" Literatur schrieb. In ihren zahlreichen Romanen, Erzählungen und Hörspielen war sie bemüht, politische und soziale Realitäten im Blick zu halten, gesellschaftliche und zeithistorische Fragestellungen zu entwickeln, zu formulieren und zur Diskussion zu stellen. Man sagte ihr „Begabung für sensible Sozialprosa" nach.

Frau Drewitz gehört der Generation an, die den Krieg voll miterlebt hat und für die 1945 „das Wort ‚Anfang' etwas von Verheißung hatte". Aufbruchstimmung, die Erkenntnis vom Kontinuum geschichtlicher Abläufe wie auch das Bedürfnis, zurückzublicken, sich zu erinnern und persönliche Erfahrungen von der Nazizeit und der Nachkriegszeit aufzuarbeiten, kennzeichnen ihren schriftstellerischen Werdegang.

Einer ihrer letzten Romane, „Gestern war Heute" (1978), ist so ein Versuch. Er schildert anhand einer Berliner Familie die Zeitereignisse von 1923 bis 1978: vier Generationen im Spannungsgeflecht von Krisen und deren Überwindung, von Rollenidentitäten und deren Emanzipation – auch und gerade aus dem Blickwinkel der Frau.

Weibliche Selbstfindung und -behauptung waren durchaus zentrale Themen der Drewitz, vielleicht mehr noch ein aktuelles, gesellschaftspolitisches Anliegen. Sie engagierte sich frühzeitig im literarischen Verbandsleben. So war sie Mitbegründerin des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS). Sie war im Präsidium des PEN-Zentrums aktiv. Sie setzte sich für sozial Benachteiligte ein.

Ingeborg Drewitz war eine Frau, für die Literatur Ansporn war, gegen Ohnmacht und Resignation anzuschreiben, und sie war eine Schriftstellerin, die versuchte, mit ihrem Schreiben ihre Rolle als Frau in der Gesellschaft zu legitimieren.

WOLFGANG MINATY



Für sie war Gestern immer Heute: Ingeborg Drewitz (1925–1986)
FOTO: TEUTOPRESS

Empfindsamer Reisender

Der Tübinger emeritierte Literaturprofessor Hans Mayer (79), der vor 23 Jahren seinen Lehrstuhl in Leipzig nach schweren Angriffen seitens der SED verließ und in die Bundesrepublik übersiedelte, hat in Ost-Berlin auf Einladung der dortigen Akademie der Künste einen Vortrag über Karl Kraus gehalten. Es war die erste Reise Mayers in die „DDR" seit seiner Ausreise 1963. Der in Köln geborene promovierte Jurist, der nach 1933 in die Schweiz emigrierte und dort mit einem Buch über Georg Büchner hervortrat, arbeitete nach dem Krieg als politischer Redakteur am Hessischen Rundfunk in Frankfurt, bevor er dem Ruf an die Leipziger Universität folgte.

In Ost-Berlin vor der Akademie hieß ihn jetzt sein ehemaliger Kollege aus gemeinsamen Frankfurter Tagen, der SED-Schriftsteller Stephan Hermlin, willkommen. Hermlin sprach von einem „Tag der Freude" und sagte, daß Mayer in der „DDR" „nie vergessen" gewesen sei. Mayers Entschluß, 1963 Leipzig zu verlassen, sei „natürlich in erster Linie ein persönlicher Entschluß" gewesen, doch er sei „nicht ohne das Zutun von Leuten zustande gekommen, die ihn, Mayer, gern losgeworden wären".

Nach seinem Vortrag erklärte Mayer gegenüber dpa, daß er die von der SED vertretene These von den „zwei deutschen Kulturen" nicht akzeptieren könne. Der Auftritt in Ost-Berlin sei für ihn ein „großer Tag" gewesen und eine „Abrundung seiner Biographie". Von Mayer erschien soeben im Suhrkamp Verlag die literarische Aufsatzsammlung „Das unglückliche Bewußtsein".

A.W.

SIE BRAUCHEN KEINEN LANGEN HALS, ...

UM EINE ANDERE PERSPEKTIVE ZU GEWINNEN.

Warum wollen Sie sich das Recht vorenthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort sein – mit einem Dutzend oder mehr internationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber anstecken und von Städten faszinieren, die auf Gold und Diamanten gegründet wurden. Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Veränderungen, die in Südafrika vor sich gehen, angenehm überrascht sein. Allein dies zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den günstigen Wechselkurs von ganz besonderem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum, dieses wunderschöne Land zu erleben, und lassen Sie sich von seinem Zauber gefangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber, was Südafrika dem Besucher zu bieten hat, finden Sie in dem neuen SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name ____________________

Adresse ____________________

DW 27/11

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.

„Faust" in 160 Minuten

M. v. Z. – Die 16jährigen Schülerinnen des Mailänder Lyzeums „Manzoni" hatten sich so gut im Theater amüsiert, daß sie ihre Freundinnen nicht mehr verstanden. Die seufzten nämlich dauernd über die schwierige Faust-Lektüre, zumal über Faust II, den sie doch gerade besonders „divertente" gefunden hatten.

Drei Stunden hatte die Aufführung (samt 20 Minuten Pause) gedauert, in der Regisseur Glauco Mauri abwechselnd den Faust und den Mephisto spielt, wie sein vorzüglicher junger Gegenpart Roberto Sturno, der sich von Mephisto in den Liebhaber eines bezaubernden Gretchens (Angela Di Nardo) verwandelt. „Denn diese beiden Personen stellen die zwei Seelen des Menschen in einer Brust dar", sagt Mauri, der nach der Prosaübersetzung des Gräcisten Dario Del Corno die flotte Kürzung besorgt hat. Zu schweigen vom Goetheanum in Dornach, das unbeirrt alljährlich den ganzen Faust in sechs je dreistündigen Abenden aufführt, hat Glauco Mauri alle Konkurrenten, die es im besten Fall in vier Stunden schaffen, mit Längen, pardon, Kürzen, geschlagen.

Dabei ist er ein sehr ernst zu nehmender Theatermann, der nie leichtfertig mit Texten umgeht. Für diese Inszenierung hat er sich, wie weiland Goethe, von dem alten Puppenspiel inspirieren lassen. Er beginnt mit winzigen Puppenszenen, er läßt Faust und Mephisto in fußlange Röcke kleiden – das Puppengewand, in dem die Hand des Spielers steckt –, läßt die Granden am Kaiserhof und Helena wie Kasperlefiguren auftauchen.

Alles wäre in Ordnung, wenn über diesem gelungenen Hand-, nein, Faustreich Glauco Mauris und nicht Goethes Name stünde. Denn nun muß sich das italienische Publikum, entzückt vom possierlichen Puppenspiel guter Akteure, doch wohl fragen, warum im Programm, in den Deutschstunden der Schule und den Germanistikvorlesungen der Uni dieser Goethe und sein „profundestes Werk" so maßlos überschätzt werden.

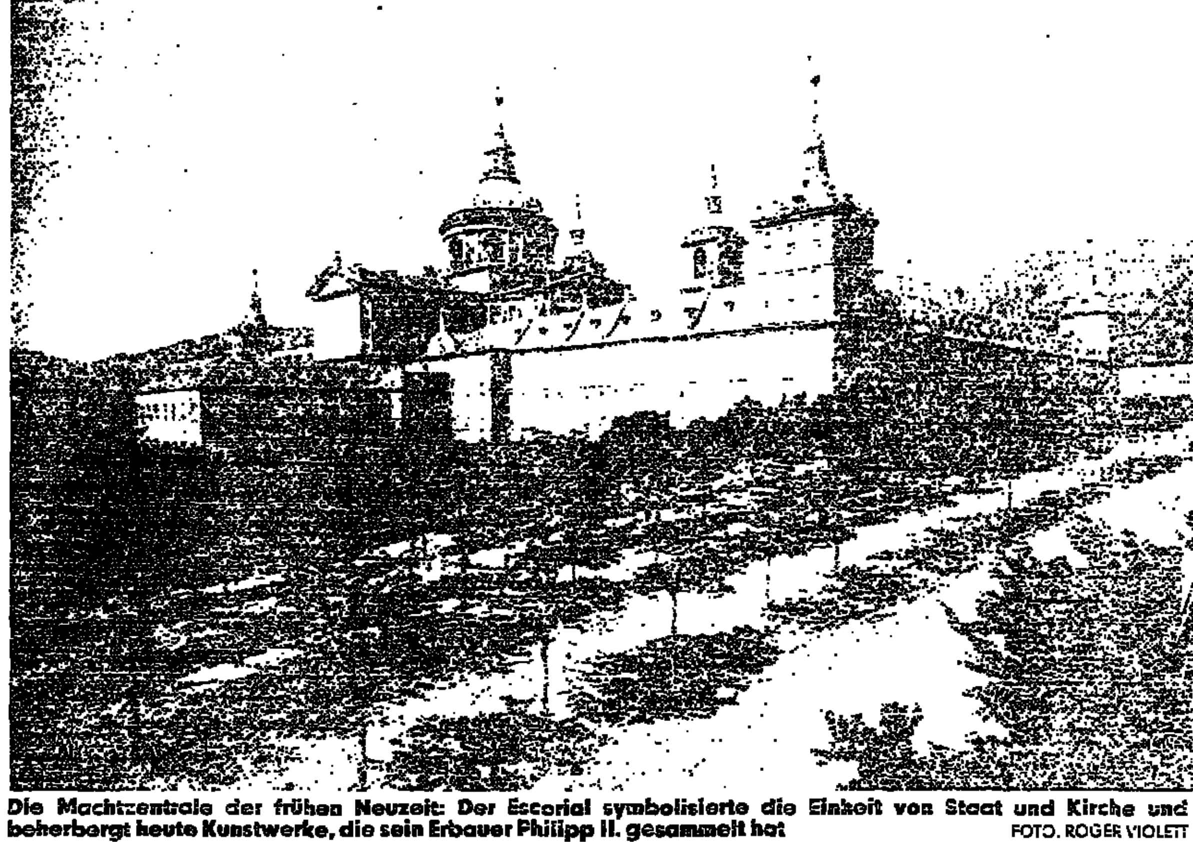
Der erste Staatsmann der europäischen Moderne – Eine Ausstellung im Escorial soll Philipp II. und seine Zeit rehabilitieren

Ein fahrender Ritter auf dem Schreibtischstuhl

Langsam hebt sich der Schleier jener „schwarzen Legende" französischer Rivalität, die Jahrhunderte hindurch auf dem Escorial und seinem Erbauer Philipp II. als der „düsteren Spinne in ihrem steinernen Netz" lagerte. Befreit auch von dem gewiß schönen Wust Schillerscher Fehldeutungen, geht der Blick auf eine faszinierend geschlossene Architektur braun-gealterten Granits und die rot-blonde Energie des ersten Staatsmannes der europäischen Moderne. Ohne Zwänge kann der Besucher heute die Machtzentrale eines dem weltlichen und geistigen Sinne des Wortes nach katholischen Reiches betrachten: Seinen Wesenskern, die Einheit von Staat und Kirche, gibt es nicht mehr, seit das zweite vatikanische Konzil ihm vor zwanzig Jahren den endgültigen Todesstoß versetzte.

Vier Jahrhunderte, nachdem im Sommer 1586 der letzte frisch-graue Granitblock in das Bauwerk am Südhang des Guadarrama-Gebirges gefügt wurde, eröffnete König Juan Carlos I. von Spanien eine Ausstellung, die in vier Abteilungen die Idee dieses Regierungsklosters offenlegen und den Mann darstellen will, der hier seine Dynastie zum ersten Mal seßhaft machte. Philipp II. tauschte den Sattel der bis dahin als fahrende Ritter umherziehenden Monarchen mit dem Schreibtischstuhl einer modernen Staatszentrale. Diesen harten Stuhl aus Holz und Leder stellte er in eine Kanzlei, deren Kraftzentrale der Hochaltar der Basilika über dem Pantheon der spanischen Könige bildet.

Um den Chor herum bauten Philipps Architekten, Juan Bautista und nach dessen Tod Juan de Herrera, den Regierungstrakt mit Thronsaal, Kanzlei und den privaten, höchst schlichten Wohnräumen. Das dem Flammenrost des Märtyrers Laurentius nachgebildete Kloster kann in seiner Konzeption als Regierungssitz nur aus dem Zeitgeist des Jahrhunderts der Reformation und der Gegenreformation des Trentiner Konzils verstanden werden. In den kunsthistorisch wertvollen Katalogen (Gesamtpreis: 90 Mark) der Ausstellung wird deutlich, daß Luther und Teresa de Avila ebenso wie die Katholischen Könige Spaniens eigentlich genau das gleiche wollten: nämlich die Kirche erneuern.



Die Machtzentrale der frühen Neuzeit: Der Escorial symbolisierte die Einheit von Staat und Kirche und beherbergt heute Kunstwerke, die sein Erbauer Philipp II. gesammelt hat FOTO. ROGER VIOLETT

Die Politik, der Machtkampf um das europäische Reich, gab der Geschichte eine andere Richtung, als der Escorial sie eigentlich symbolisieren sollte. Den Königshof vor dem Kirchenportal – benannt nach den weisen Königen der Bibel – umschließen links die Klosterzellen, rechts die Schule und als symbolisch wohlverstandene Verbindung zwischen beiden der größte Bibliotheksneubau seiner Zeit im Zentrum der Gebäudefront.

Das erste Thema der in verschiedenen Flügeln des Escorial untergebrachten Ausstellung lautet „Kirche und Staat". Wunderbare Silber-, Goldschmiede- und Emaillearbeiten wie der Reisealtar Karls V. finden sich unter Brüsseler Wandteppichen neben Elfenbeinschnitzereien oder jener Kassette aus geschnittenem Bergkristall, die der Herzog von Mailand einer Tochter Philipps II. schenkte. Goldeingefaßt, mit Perlen und Edelsteinen besetzt, soll die Truhe – eine der schönsten ihrer Art überhaupt – einst den Kopf des Märtyrers Hermengild beherbergt haben.

Die zu jener Zeit modische masochistische Lust am blutigen Leiden zeigen schöner die Werke von Tizian und Tintoretto. Religiöse Absicht und den keineswegs nur frommen persönlichen Geschmack lassen das Ausgestellte zum Thema „Gemälde und Skulpturen" erkennen. Was man nicht glauben sollte: El Grecos strebende Frömmigkeit ermüdete schon den sonst sehr eifrigen Sammler Philipp. Fasziniert aber zeigte er sich von Tizian, den er in Italien kennengelernt hatte und dessen höchster Protektor er wurde.

Hier aber bleibt der sonst wissenschaftlich ernsthaft aufgezogene Katalog mit Zeugnissen vieler Hispanisten aus aller Welt denn doch seine Objektivität schuldig: kein Hinweis darauf, daß der Monarch die Erotik Tizians höchst zufrieden für seine privaten Räume reservierte. Insgesamt hinterließ der Sammler Philipp 1500 Gemälde und Skulpturen. Als erster „Mega-Kollektionär" wurde er so Vorbild für andere Sammler und Mäzene wie Philipp IV. von Spanien, Karl I. von England und Ludwig XIV. von Frankreich.

Der interessanteste Teil der Ausstellung, „Glaube und Wissen", gibt einen Querschnitt durch die Bibliothek, deren Gestaltung der König zehn Jahre hindurch mit seinem Architekten Herrera beriet. Ein völlig neues Konzept in Ausgestaltung und Inhalt der Bücherei führte schließlich zur These, Philipp habe trotz seines Seesieges über die islamische Flotte bei Lepanto erkannt, daß man Religionskriege nicht mit Waffen gewinnen kann. So sammelte der König seine griechischen, arabischen und hebräischen Schriften nicht etwa als neutraler Liebhaber schöner Dokumente. Vielmehr ordnete er Bibelkommentare, Koransuren, Luthers Thesen, die Schriften der Teresa von Avila und natürlich auch Okkultes – gewissermaßen als Fortsetzung der Wissenschaften – nach sachlichen Bezügen. Philipp betrachtete das in seiner Bibliothek Gesammelte als entscheidendes Rüstzeug, unabdingbar für die politische und dialektische Führung.

Die persönliche Beschäftigung mit den Wissenschaften, auch denen über die Natur, ließ ihn zahlreiche Schulen und Universitäten gründen. Nicht nur in Spanien selbst, sondern auch in Übersee, vor allem in Südamerika. Und hier muß man sich denn fragen, warum der Katalog nichts über die berühmten Aufzeichnungen de las Casas sagt. Der immer wieder falsch zitierte Pater schrieb seine geharnischte Kritik an der Praxis der oft grausamen Herrschaft der Spanier in Südamerika eben nicht als Revolutionär der Humanität, sondern im Auftrage des Königs. Daß Philipp nur selten auf diese Berichte mit Strafversetzungen oder Gefängnis reagierte, beweist auch, daß die Kommunikation über Ozeane und Kontinente hinweg zu jener Zeit nur mit erheblichen Verzögerungen „funktionierte".

Der vierte Teil der Ausstellung mit dem Titel „Die königlichen Häuser" ist dem Palast und seiner im Laufe der Jahrhunderte wechselnden Einrichtung gewidmet. Die Kenntnis von Geschichte und Idee des Escorial läßt den Betrachter schließlich auch jenem Bürgermeister von Madrid verzeihen, der vor zwei Jahren dafür sorgte, daß die Verdi-Oper „Don Carlos" eben nicht im Königshof des Escorial aufgeführt wurde. Der intellektuelle Sozialist der antifrankistischen Opposition, Prof. Enrique Tierno Galván, konnte es als Kenner der Historie einfach nicht zulassen, daß die gewiß schön verpackte Geschichtslüge buchstäblich auf den Gräbern der Beteiligten aufgeführt werden sollte.

ROLF GÖRTZ

JOURNAL

Wörterbuch der Literaturwissenschaft

AP, Berlin

Über Begriffe wie „Kitsch", „Thriller" oder „Limerick" können sich Fachleute und interessierte Laien künftig aus einem „Wörterbuch der Literaturwissenschaft" informieren, das jetzt im Verlag des Bibliographischen Institutes Leipzig erschienen ist. Herausgegeben wird das Nachschlagewerk von Nationalpreisträger Claus Träger, einem der anerkanntesten Literaturwissenschaftler der „DDR". Träger ist auch Autor zahlreicher Artikel des „im deutschen Sprachraum einmaligen Nachschlagewerks".

Lübeck plant den Bau eines Konzertsaals

DW. Lübeck

Eine Bürgerinitiative „Konzertsaal für Lübeck" hat jetzt einen Architektenwettbewerb entschieden, der den Umbau der alten Stadthalle in einen anspruchsvollen Konzertsaal zum Gegenstand hatte. Erster Preisträger ist das Architekturbüro Kleffel/Köhnholdt aus Hamburg; außerdem wurden vier weitere Entwürfe ausgezeichnet, nochmals vier angekauft. In der Begründung für den ersten Preis heißt es u. a.: „Der Saal entspricht den klassischen Konzertsaal-Vorbildern, akustisch sind keine großen Probleme zu erwarten." Der Verein will nun versuchen, die etwa 20 Millionen Mark, die für die Umgestaltung nötig sind, aus Spenden sowie durch Bundes- und Landeszuschüsse aufzubringen, da die Stadt nicht zur Finanzierung in der Lage ist.

Belvedere-Wettbewerb auch für Operette

DW. Wien

Der Belvedere-Wettbewerb in Wien, einer der wichtigsten Gesangswettbewerbe, erweitert sein Spektrum. Neben dem Opernwettbewerb, der zum sechsten Mal ausgetragen wird, findet im Juli 1987 erstmals auch ein Wettbewerb für Operettensänger statt. Dessen Semifinale und Finale werden in Budapest ausgetragen. Anmeldung und Information bei der Wiener Kammeroper, Fleischmarkt 24, 1010 Wien.

Stiftung in Kansas City erwirbt Moore-Werke

AFP, Washington

57 Skulpturen des im August im Alter von 88 Jahren verstorbenen britischen Bildhauers Henry Moore sind für rund 20 Millionen Dollar aus der größten privaten Sammlung von Moore-Werken in die Hall Family Foundation in Kansas City (Missouri) übergewechselt. Die Stiftung will sie als Leihgabe dem Museum von Kansas City zur Verfügung stellen. Die National Gallery in Washington hatte gehofft, Teile der Sammlung von George und Virginia Ablah aus Wichita (Kansas) zu erben, und bereits ins Auge gefaßt, eigens einen Garten für die Werke des zu den bedeutendsten zeitgenössischen Bildhauern gehörenden Moore anzulegen.

Neue Räume fürs Deutsche Spiele-Archiv

wm. Marburg

Das Deutsche Spiele-Archiv in Marburg hat jetzt in einer gründlich sanierten alten Schule neue Räumlichkeiten erhalten. Die weitaus größte Spielesammlung in der Bundesrepublik umfaßt rund 7000 Gegenstände, vom mittelalterlichen Brettspiel bis zum elektronischen Videospiel, dazu 2500 Spielkarten sowie eine umfangreiche Bibliothek.

Bari spielt Piccinnis „Ifigenia in Tauride"

R. F. Bari

Das Teatro Petruzzelli in Bari spielt ab 6. Dezember Niccolò Piccinnis Oper „Ifigenia in Tauride": es ist dies die erste Wiederaufführung des vor 200 Jahren in Paris erschienenen Werkes in neuerer Zeit. Luca Ronconi inszeniert, Donato Renzetti ist der Dirigent.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Manche halten ihn für den bedeutendsten Philosophen unseres Jahrhunderts. Er wird gerne bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten zitiert, und doch – kaum ein Denker ist so oft mißverstanden und fehlinterpretiert worden: Sir Karl Popper, Logik-Professor, Erkenntnis- und Wissenschaftstheoretiker, Begründer des Kritischen Rationalismus. Franz Kreuzer, vormals Journalist, heute österreichischer Umweltminister, hat jetzt ein langes Interview mit Popper in Taschenbuchform veröffentlicht. Dabei werden viele Mißverständnisse, die wohl auch bei Kreuzer vorhanden waren, ausgeräumt. Lobend zu erwähnen ist wieder die schnörkellose, auch für den philosophischen Laien leicht verständliche Sprache Poppers.

Kü

Franz Kreuzer: „Offene Gesellschaft – Offenes Universum, ein Gespräch über das Lebenswerk des Philosophen Karl Popper". Piper, 99 S., 9,30 Mark

Einer gegen alle: Der Film „Der schwarze Tanner"

Zünftig hergenommen

Wie eine Schleimspur zieht der währschafte deutsch-schweizer Berg- und Männer-Film „Der schwarze Tanner" ebenso glänzende wie zähe Lobsprüche nach – obwohl dieser Mischung von heroischer Landschaft und knorriger Gesinnung sonst nicht die Sympathie der Publicity gehört. Der Grund, warum sich hier plötzlich so viele Profis angesprochen fühlen, liegt offenbar darin, daß ihnen derzeit gängige Reizworte wie Umweltschutz, lebendige Demokratie, Selbsthilfe, Widerstand, Selbstbestimmung, staatliche Übergriffe und so weiter in reinster Höhenluft angedient werden, wo vormals der Förster im Silberwald schoß, wo Heidi molk und Christel spann.

Im hochromantischen Bergbauernhof, zwischen Waldweben und Schneetreiben, besetzt mit malerischen Charakterköpfen à la Wilhelm Leibl und Hans Thoma, aber in einer leider ortslos verflüchtigten Kunstsprache, passiert folgendes: Als im Zweiten Weltkrieg die Schweiz vorsorglich Bergwiesen in Ackerland verwandelte, buttert und käst der alte Tanner (Otto Mächtlinger) unbeirrt weiter, denn der staatliche Eingriff geht ihm wider Vernunft und Natur. Für sein zum Schwarzhandel gewordenes Milchwirtschaften kommt er, als weder Strafmandate noch Heuenteignung helfen, ins Gefängnis. Nach einem Hungerstreik entlassen sie ihn mit der Begründung des Ackerbauleiters (Dietmar Schönherr): „Besser ein lebender Tanner als ein toter Demokrat." Doch daheim gräbt er sich in den Misthaufen ein und stirbt (er hat die Erde wieder, und sie ihn), und der treue Hofhund heult einen langen Abschied über dem ersten Öko-Rebellen der Berge.

Der Schwyzer Regisseur Xavier Koller hat weder Kuhglocken geschont noch Bergfluch, weder Haustier-Idylle noch bäuerlichen Witz (melkender Sohn spritzt mit dem Euter ins Gesicht der Freundin), um nach einer Erzählung seines Landsmannes Meinrad Inglin den Konflikt Staatsräson–Bürgergewissen möglichst natürlich zu entwickeln und naturnah durchzustehen. Man sieht, wie an Steilhängen gemäht und gepflügt wird. Spürt das konspirative Einverständnis der Bauern (und wie gefährlich es umschlagen könnte): Immer wieder sehen sie aus wie kurz vor dem Rütli-Schwur.

Wer ausschert, dem drohen sie gleich mit Aufhängen. Der Tanner-Bauer reißt einem Beamten, der eine Handvoll Scholle prüft („Wächst doch wieder nach!"), ein Haarbüschel aus, das ja auch wieder nachwächst. Der Hund ist auf Krawattenträger dressiert. Die Beamten müssen den tobenden Tanner bewußtlos schlagen, bevor sie ihn abtransportieren, und sind dann unterschwellig voller Respekt: „Er hat uns schon zünftig hergenommen ...". Seine Zelle kann als Gegensatz zur Freiheit der Berge nicht enger und (siehe den vollen Eimer) stinkiger sein – aber dagegen hörte man nach der Uraufführung einen Protest aus Zürich: es sei ein Gefängnis, wie es in der gesamten Innerschweiz keines gibt!

Über die Fragwürdigkeit der moralisch-ökologischen Empfehlung des Films wird merkwürdigerweise nicht diskutiert, die Worte „unsolidarisch" und „stur individualistisch" fallen nicht. Notabene: In Inglins alter Erzählung bereut Tanner, er zahlt Buße und kehrt voller Scham zurück! Die neue Version, laut Koller „überzeitlich gültig", braucht offenbar einen radikaleren Acker-Gegner.

Tanner als Haltungsangebot für heutige Atom-Gegner zum Beispiel. Das angeblich Überzeitliche schnurrt also zusammen ins ausgesprochen Zeitgebundene. Daß einer wie Tanner, wenn auch ehrenvoll, auf dem Misthaufen der Geschichte endet, wird zwar gezeigt – aber so überzeitlich gemeint ist's nun wieder nicht.

ARMIN EICHHOLZ



Einzelkämpfer gegen die Obrigkeit: Otto Mächtlinger als Tanner in Xavier Kollers Film FOTO: FUTURA

Blick hinter die Kulissen: Theaterbrief aus Paris

Harlekin mit Goldherz

Wenn von Ariane Mnouchkine die Rede ist, dann spitzen wir die Ohren. Ein junger Schauspieler, Philippe Caubère mit Namen, würde, so hieß es, im Théâtre des Arts Hebertot in einem zweiteiligen Stück, genannt „Ariane ou l'âge d'Or", sich mit den Inszenierungen von Ariane Mnouchkine auseinandersetzen. Von seinem beruflichen Werdegang her ist Caubère dazu bestens qualifiziert. Von 1971 bis 1976 war er Schauspieler am Théâtre du Soleil. 1977 interpretierte er den Molière im Film von Ariane Mnouchkine, und 1978 inszenierte und spielte er den „Dom Juan" im Théâtre du Soleil.

Was Caubère jetzt auf die Bühne brachte, war eigentlich der Blick hinter die Kulissen. Der Zuschauer erfährt von den Geburtswehen, die üblicherweise den Kreationen eines Stückes der Mnouchkine vorausgehen. Im zweiten Teil wird er durch die Irrungen und Wirrungen bei der eigentlichen Aufführung geführt. Mit außerordentlichem Humor, viel Poesie, aber auch einem gut Teil Haßliebe beschreibt Caubère die Zornesausbrüche von Ariane und ihre Zweifel über das Gelingen.

Die Schauspieler werden eingedeckt mit Kritik, immer weitergehetzt, nie werden Lob oder Ermunterung gespendet. Violaine, die herumkommandiert wird, sich dagegen wehrt, Ferdinand, der Innereien für das Ensemble der Schauspieltruppe kaufen muß, weil Ariane ihm zu wenig Geld gegeben hat – all das vermag Caubère in einem magischen Realismus heraufzubeschwören.

Auch wer nie ein Stück von der Mnouchkine gesehen oder gar einen Blick hinein in den Workshop geworfen hat, um all die vielen kleinen Spitzen und Anspielungen voll zu verstehen, der ist doch von Caubères Stück und seiner Interpretation fasziniert. Dabei gleicht keine Aufführung der anderen, sie hängt in hohem Maße von den Reaktionen des Publikums ab. Während der im Sommer vorproduzierte erste Teil zwei Stunden und 40 Minuten dauerte, sich dann auf dreieinhalb Stunden steigerte und damit Mnouchkines Proportionen erreichte, sank die Spieldauer jetzt wieder auf zweieinviertel Stunden. Der erst kürzlich produzierte zweite Teil kann freilich nicht mehr das Niveau halten. Es flattern nur noch bloße Gags über die Bühne.

Was man von der Compagnie Renaud-Barrault nicht sagen kann. Sie feiert gerade ihren 40. Geburtstag. 1946 hatte man mit einem „Hamlet" debütiert (Übersetzung von Gide, Dekor und Kostüme von André Masson). Und nun bringt man, an der Grenze zwischen Commedia dell'Arte und der Opéra comique, das Stück „Le Théâtre de Foire", das die Traditionen des französischen Jahrmarkttheaters von Lesage zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufnimmt.

In lockeren Sequenzen, deren phantastische Eingebungen nicht durch die rationalen Überlegungen des Erwachsenen gebremst werden, gibt man sich ganz der Freude am Spiel hin. Die Inspiration schöpft aus den verschiedensten Quellen, einer Fabel von Äsop ebenso wie den Fresken des Olymp oder der im 18. Jahrhundert herrschenden Vorliebe für exotische Chinoiserien.

In drei locker verbundenen Teilen – „Arlequin, Roi des Orgres", „La Forêt de Dodone" und „La Tête Noire" – entsteht eine Gesellschaft voller Charme, die ohne Hintergedanken sich dem Lachen und Erstaunen hinzugeben vermag. Ein Harlekin mit einem Herzen aus Gold und rein wie Bergwasser führt uns durch verwunschene Wälder, wo die Bäume sprechen und mit ihren Zweigen die Schlafenden hüten. Wenn auch hier bürgerliche Intrigen um das leidige Geld vorkommen, sie haben vor Harlekin keinen Bestand, er bringt sie zu Fall. Ein sprechender Schuh, hoch wie ein Haus, reist um die Welt und bringt eine chinesische Prinzessin heim.

Ein Märchen? Gewiß. Ein Spiel, Theater eben. Man hat seine helle Freude daran.

BEATRICE SCHAFFHAUSER

KULTURNOTIZEN

„Praktina", das erste europäische Symposium für Praktische Instrumentelle Analytik, wird vom 1. bis zum 5. Dezember an der Fachhochschule Niederrhein in Krefeld organisiert.

Bronzen der Sammlung Liechtenstein sind bis 15. Februar im Frankfurter Liebighaus erstmals seit 1945 wieder komplett der Öffentlichkeit zugänglich.

Robert Mallet-Stevens, ein nahezu in Vergessenheit geratener Architekt, wird mit einer Ausstellung in Tours anläßlich seines 100. Geburtstages gewürdigt.

Hermann Hesse als Maler ist eine Ausstellung gewidmet, die bis 11. Januar 1987 in der Städtischen Galerie Würzburg zu sehen ist.

Werke des Malers Ilya Kabakows aus der Sowjetunion sind im Pariser „Centre National d'Arts Plastiques" bis zum 11. Januar zu sehen.

Am Wettbewerb Long-Thibaud nehmen in Paris vom 29. November bis 8. Dezember 60 junge Pianisten aus 20 Ländern teil.

Mazzino Montinari, der Herausgeber der historisch-kritischen Ausgabe von Nietzsches Werken und Briefen, ist im Alter von 58 Jahren gestorben.

Rom: Spontinis Oper „Agnes von Hohenstaufen"

Wenn Könige lieben

Er war der Repräsentant des französischen Kaiser- wie des preußischen Königreiches, Liebling Napoleons wie Friedrich Wilhelms III.: Gasparo Spontini. Schadenfroh, wie die Geschichte sein kann, wurde er nach seiner Vertreibung aus Berlin schlichtweg vergessen. Wagners Begeisterung für den gefallenen Opernzeremonienmeister konnte nicht verhindern, daß einzig die „Vestalin" ihres klassischen Faltenwurfes wegen überlebte. Dabei sind die Äußerlichkeiten Spontinis, seine kühl exerzierten Opernaufmärsche nicht einmal so weit entfernt vom Prunk des „Rienzi". So primadonnenhaft der Opernbetrieb sich auch ziert und immer wieder mit verblüffenden Ausgrabungen aufwartet, Spontini dürften wohl selbst die ausgepichtesten Verfechter der Grand Opéra ad acta gelegt haben. Eine Aufführung in Rom brachte die vorgefaßte Meinung ins Wanken.

Was Spontini als kolossales deutsches Geschichtsbild in Form eines öd aufwendigen, unnötig komplizierten Welfen- und Ghibellinendramas auf die Bühne brachte, besitzt den Biß des Theaterdemagogen, auch wenn es anscheinend die königstreuesten Anhänger kalt ließ. Doch das hatte der immer streitsüchtige Italiener selbst verschuldet. Auch eine Überarbeitung brachte 1837 keinen Erfolg. Angesichts der volkstümlichen Figuren der deutschen romantischen Oper mußten die Gestalten aus Ernst Rapachs Schauspiel wie blutleere Vampire der uralten Oper wirken.

Die Nacherzählung des Inhalts dürfte die eifrigsten Dramaturgieadepten ins Schwitzen bringen. Nur das Kargste: Mainz 1194. Der Barbarossa-Sproß Heinrich VI. verbannt Heinrich den Löwen. Der Sohn des Löwen, ebenfalls ein Heinrich, liebt die Hohenstaufertochter Agnes. Er flieht aus französischer Gefangenschaft und trifft in Mainz auf einen Rivalen, den verkleideten französischen König. Heimlich heiratet er Agnes, besiegt den König, soll aber – da ja verbannt – inhaftiert werden. Dem ewigen Streit macht Heinrich der Löwe kurzerhand ein Ende. Der deutsche Kaiser beugt sich dem Aufrührer.

Effekt um jeden Preis ist das Stichwort. Generalstabsmäßig verteilt Spontini alles auf der Bühne, was singen kann, läßt im Orchester alles spielen, was Noten lesen kann. Die erzielte Wirkung ist oftmals phänomenal, der Duktus kraftstrotzend martialisch, doch immer wieder brechen kleine melodische Floskeln durch, steigern sich Duette oder Ensembles zu hitzig lodernden, fast berstenden Freudengesängen, hat der hymnische Überschwang mitreißenden Impetus. Der zweite Akt – nicht nur das vielzitierte Finale – ist schlichtweg überwältigend.

Doch der Gesang wird in die Enge getrieben, die Deklamation in höchster Lage gehört zur dominierenden Ausdrucksweise. Nicht erst Wagner wurde zum Stimmkiller. Nur kerngesunde Stimmkanonen können den dauernden Attacken durch vielfach geteilte Chormassen, brillant gesteigerte Bläserfanale standhalten – doch wo gibt es die? Die orgelnde Deklamation mit intimer Phrasierung zu durchsetzen, war nicht die Sache Rainer Buses (Heinrich VI.), der sich auf ein dumpfes Bariton-Gleichmaß zurückzog. Zuverlässig, mit allerdings quäkendem Timbre sang Ezio di Cesare den Kaiser-Bruder Philipp, mit zusammengebissenen Zähnen, wild jede Linie zerhackend, suchte Roberto Frontali als französischer König im Ensemble Autorität zu bewahren. Als Irmengarda, die Mutter der Agnes,



Streitlustiger Musiker: Der Komponist Gasparo Spontini FOTO. ULLSTEIN

führte Glenys Linos einen ständig forcierten Mezzo vor.

Auch bei Monserrat Cabellé (Agnes) sind nur noch Fragmente des einstigen Belcanto-Wunders zu erleben. Abgesehen davon, daß sie jede Figur in die Uniformität eines unerschütterlichen Pianopanzers bettet, bleibt sie, was die Ausgeglichenheit ihrer Register, einen stärker als mezzoforte bezeichneten Ton angeht, unbefriedigend. Trotz der stilistischen Unsicherheit gefällt bei Veriano Lucchetti (Heinrich) das sängerische Temperament, doch auch er wird zur Überforderung angetrieben, wodurch der Ton fett und ungelenk werden kann.

Fände sich ein Ensemble, dies zu singen, dazu ein Dirigent, der sich als intelligenter Klangdramaturg und menschlicher Sängerbegleiter bewähren möchte, so müßte die „Agnes" noch einmal einen Versuch wert sein. Muti hat sich ihrer immerhin zweimal angenommen. In Rom haben der auf pure Lautstärke drängende Dirigent Maximiano Valdes und der sorglose Regisseur Antonio Caldenra das Werk verschenkt.

ROLF FATH

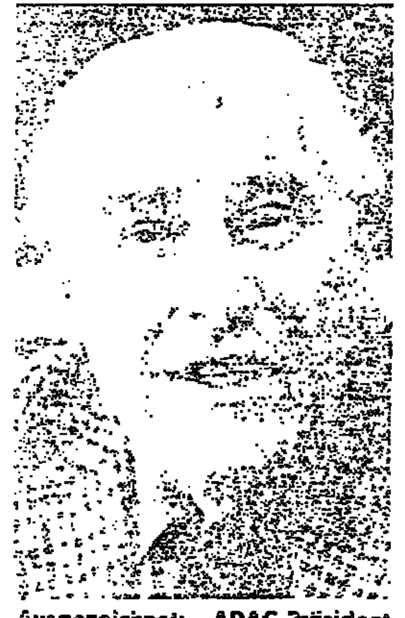
Für die Autobranche viel Lob vom Minister

Zum 11. Mal wurde in Berlin das „Goldene Lenkrad" verliehen

HEINZ HORRMANN, **Berlin**

Deutschlands Automobilindustrie hat mehr als nur einen Koffer in Berlin. Nach der Motor-Show AAA reisten die Repräsentanten und Interessenvertreter der Unternehmen und der Automobilclubs zum zweiten Mal in diesem Jahr geschlossen in die alte Reichshauptstadt. Die 11. Preisverteilung des „Goldenen Lenkrads" im Verlagshaus Axel Springer an der Kochstraße wurde zum Familienfest einer ganzen Branche.

Obwohl die Wahl der internationalen Jury bereits bekannt war – in der Klasse eins gewann der Citroën AX, der Audi 90 in der Mittelklasse und der BMW 735i in der Hubraumgruppe über zwei Liter (WELT vom 22. November) –, wurden die ausgewählten Autoneuheiten des so erfolgreichen



Ausgezeichnet: ADAC-Präsident Franz Stadler FOTO: AP

Jahrgangs 1986 stürmisch gefeiert. Bundesverkehrsminister Werner Dollinger wertete das Ergebnis als „erneuten Beweis, daß die deutsche Automobilindustrie eine absolute Spitzenposition in der Welt hat".

„Ich meine, daß darum auch kein Anlaß besteht, laut nach protektionistischen Maßnahmen zu rufen", sagte Dollinger in seiner Festrede. „Ich wende mich gegen jede Art von Einfuhrbeschränkungen. Leistung und Können, das in den Produkten der Automobilhersteller zum Ausdruck kommt, wird sich immer am Markt durchsetzen können. Hier hat unsere Industrie nach wie vor die Führungsposition."

Lobend äußerte sich der Minister über den schnellen Anstieg der schadstoffarmen Fahrzeugen auf unseren Straßen. Die erfolgreiche Zwischenbilanz, so Dollinger, sei nicht allein auf die eingeleiteten Maßnahmen zurückzuführen, sondern auf die tatkräftige Unterstützung der Bürger und der Fahrzeughersteller.

Die Zahlen belegen seine Ausführungen: Anfang November gab es bereits mehr als 1,5 Millionen schadstoffarme Pkws in der Bundesrepublik, darunter fast 390 000 Autos mit Katalysator. Zwei Drittel der Pkw-Käufer entscheiden sich heute für ein schadstoffreduziertes Fahrzeug. Jeder dritte von ihnen bevorzugt dabei ein Automobil mit geregeltem Drei-Wege-Katalysator. Rund ein Viertel des Normalbenzins, das heute in den Tank gefüllt wird, ist schon bleifrei.

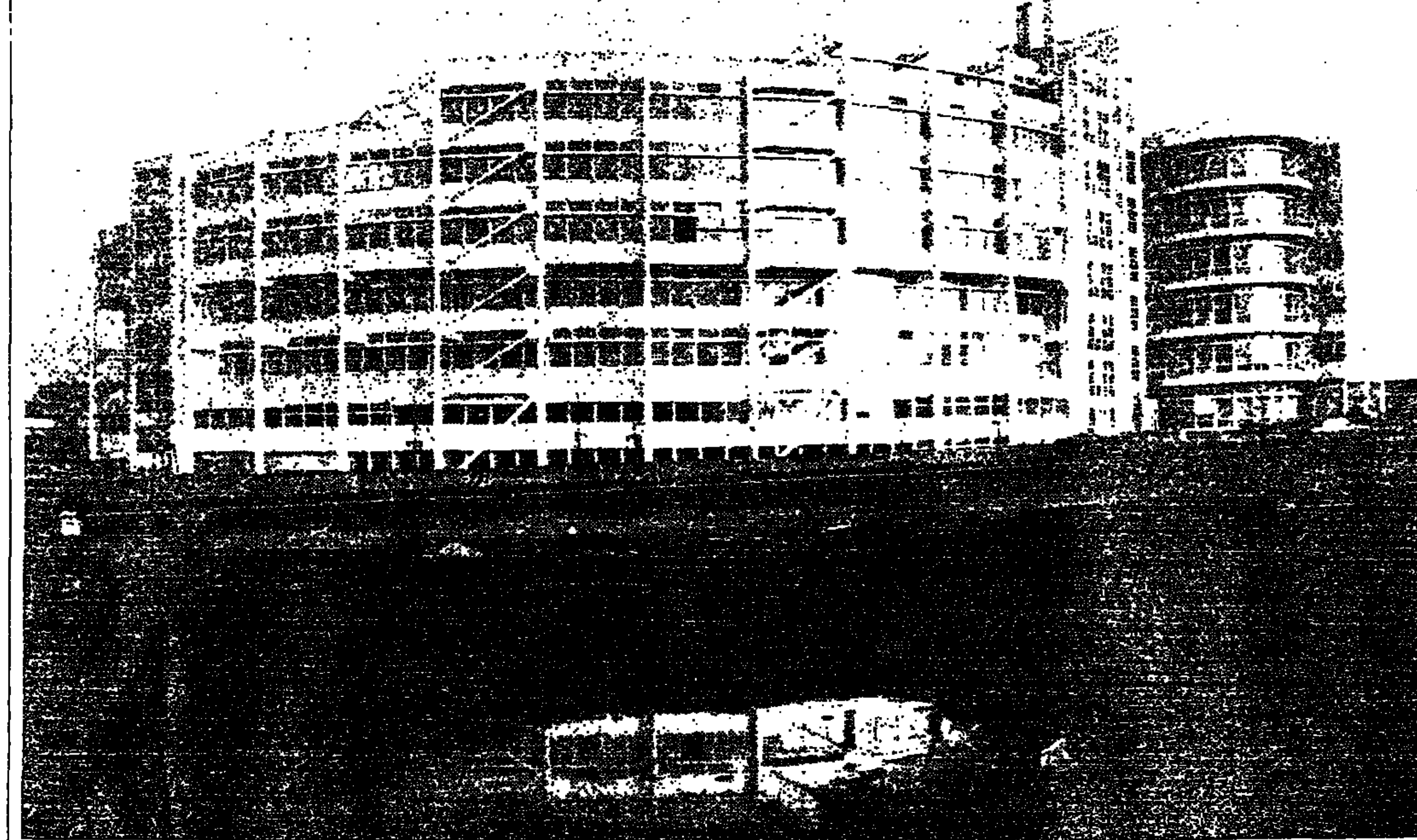
Auch die Entwicklung der Verkehrssicherheitsmaßnahmen sei positiv, sagte Dollinger. Die Unfallentwicklung 1985 habe das günstigste Ergebnis seit über 30 Jahren gebracht. Auch ohne Tempolimit seien die Unfalltoten auf unseren Autobahnen um 24 Prozent zurückgegangen. Der Anstieg der Unfallentwicklung in diesem Jahr sei kein Grund zur Panikmache. Nüchtern betrachtet, so *Dollinger, seien die* Witterungsverhältnisse und die enorme Zunahme des Kfz-Bestandes verantwortlich dafür.

Neben den „Auto-Oscars" für die neuen Modelle wurde der Präsident des ADAC, Franz Stadler, mit einem persönlichen „Goldenen Lenkrad" ausgezeichnet. Peter Tamm, der Vorstandsvorsitzende des Axel Springer Verlags gab die Begründung. Stadler gehöre zu den Initiatoren der bundesweiten Notrufnummer 110. Er habe mitgeholfen, die Verkehrserziehung und Verkehrshilfe der Straßenwacht auszubauen und schließlich den „Gelben Engeln" das Fliegen beigebracht.

Damit ist der ADAC-Luftrettungsdienst gemeint, der eine Viertelmillion Einsätze geflogen ist. Wörtlich sagte Peter Tamm: „Das ‚Goldene Lenkrad' anstelle einer Rettungsmedaille, so sehe ich den Sinn des Preises, der heute an Herrn Stadler vergeben wird. Wer wäre besser für diese Auszeichnung prädestiniert als er."

Der weltweit anerkannte Automobilpreis „Goldenes Lenkrad", von der Wochenendzeitung „Bild am Sonntag" initiiert, symbolisiere das Engagement des Hauses für das Auto als Wegbereiter des Menschen in unserer Zeit.

Einer, der sich besonders über den diesjährigen Preis für seine Marke freute, war Audi-Entwicklungschef Ferdinand Piëch. Piëch hatte mit jedem Autojahr einen technischen Paukenschlag präsentiert und dafür nun zum siebten Mal für seine Arbeit den Preis der Jury zugesprochen bekommen. Der Weg zum Erfolg wird am Samstag in der „Auto-WELT" geschildert.



Das neue „Produktionstechnische Zentrum" (PTZ) der Technischen Universität Berlin am Ufer der Spree FOTO: KEYSTONE

Eine Traumfabrik für das 21. Jahrhundert

H.-R. KARUTZ, **Berlin**

„Los, werft die Roboter an!" Dieses gewisperte Kommando und der rhythmische Tanz der Maschinenarme begleiteten Bundespräsident Richard von Weizsäcker und seinen Troß, als der Berliner aus Bonn direkt am Spreeufer eine Welt-Novität einweihte: die Traumfabrik, einen Traum von Fabrik oder die Fabrik der Träume des 21. Jahrhunderts.

Himmlisch weiß gegliedert, nachts wie eine „Symphony in Blue" über dem Wasser leuchtend, Raumschiff von einem anderen (Zukunfts-) Stern ... Dabei ein sehr heutiger Bau: Deutschlands Roboter-Papst Günter Spur – erst vor Tagen einem Brandanschlag auf Dienstwagen und Haus entgangen – führte in dem 136-Millionen-Bau die Forschungspioniere seines Fachs zusammen: rechnergesteuerte Kunstmenschen, Maschinenbau des Jahres 2001.

Die Formel heißt „CIM-Salabim" (Computer Integrated Manufactoring). Mitten in einer Schutthaldenlandschaft, umringt von Kohlenhalden und Öltanks, steht das „Produktionstechnische Zentrum Berlin" (PTZ). Ein holpriger Name für diese elegante Vision von Technik, Know-how, Wissen und Forschen – eine „swingende" Werkstatt von Geist und Praxis.

Unter der 14 Meter hohen Halle mit Glashaube nebst einem verspielten „Pickel" obenauf, lichtdurchflutet wie ein Filmatelier, arbeiten das Institut für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik der Technischen Universität und das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik. Die Spezialität des Hauses: Roboter so aufeinander abzustimmen und zu koppeln, daß die Produktion fließender, rationeller wird. Professor Spur nennt das „unser Roboter-Ballett".

Zur Premiere „tanzte" tout Berlin an, soweit es der Zukunftstechnologie frönt, nicht mit Spielbank-, sondern Computer-Chips umzugehen versteht und auch die Technik beherrscht, mit angemessener Verspätung erst zum Buffet-Opening an Ort und Stelle zu sein.

Gäste aus Ost und West unterm Zeltdach vereint

Denn im Überschwang der Eröffnungsfreude hatten die Gastgeber gleich ein Fünfstundenprogramm mit viel Weihereden vorbereitet.

Weizsäcker stand die Freude über den Bau im Gesicht geschrieben: „Hier zeigt sich, daß Geist und Technik keine Gegensätze sein müssen, sondern daß sie zusammengehören und sich gegenseitig steigern können." Er hatte, noch als Regierender Bürgermeister, das Traumfabrik-Kind mit in die Wiege gelegt. Nachfolger Eberhard Diepgen begeisterte sich an dem Jahrhundertbau und an den Gästen im Parkett: „Aus Ost und West, aus dem ganzen Deutschland".

Dort saßen sie einträchtig nebeneinaner unter weiß-blauem Wimpelschmuck, gelben Blumenschalen, in einer Bierzeltatmospähre à la Isarauen: der Chef der Dresdner TU, ein Rektor aus Moskau, ein Exrektor aus dem alten Industrierevier Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), der Bundespräsident, CDU-Senatoren zuhauf. Es wimmelte von Magnifizenzen, Exzellenzen, hoben Alliierten – samt und sonders schlechte Luft und Schweißperlen unter dem Zeltdach teilend.

Der Rest der Gäste flanierte derweil im Dickicht der Computerlabyrinthe, der Fertigungsbühnen und Laseraugen: eine bizarre Geräuschkulisse als Hintergrundmusik – bisweilen dem Pfeifton einer Schmalspurlok im Bayerischen Wald ähnelnd oder dem röhrenden Warnsignal eines Mississippi-Dampfers. Denn auch Roboter „leben". Und manchmal seufzen sie. Ihre Erfinder halten sie mitunter eh für Menschen wie du und ich.

50 Millionen Mark Wert stecken in den Anlagen, die von der Spacelab D-2-Mission bis zum lasergesteuerten Tausendstel-Millimeter-Einpaß von Autofrontscheiben schier alles zu „begreifen" scheinen. Aber die Tükken der Technik sind so fern nicht: Unentwegt pustete ein freundlicher Japaner den Staub von seinem Computerschirm, und Hautkontakt lieben die stummen Riesen nimmer: „Bitte hier nicht gegenlehnen", konnte der Bundespräsident einem Schildchen entnehmen.

Fachsimpelei der Computerfreaks

Neben „flexiblen Montageinseln zur Wrap-Stecker-Montage" hielten die rotberockten Musikanten des „Devonshire and Dorset Regiment", hier im britischen Sektor zu Hause, das Feldzeichen der Nostalgie aufrecht: Ihre ehrwürdig-antiquarischen Notenbücher müssen schon Queen Victoria erlebt haben. Jedenfalls spielten die Briten, getreu ihrem Motto „Semper fidelis", beim legeren „Get Together" des Schlußempfangs tapfer gegen alles an: die Konkurrenz der Dixie-Melodien, das „Plop" der Sektkorken, das Klackern der Pumps auf dem Betonboden und die Fachsimpelei der Computerfreaks. – Selbst den Maschinenmenschen fehlte anderntags eine Mütze Schlaf.

Hammer, Beil und Kreissäge: Unfälle beim Heimwerken

dpa, **Bonn**

Etwa 180 000 Bundesbürger verletzen sich beim Heimwerken jedes Jahr so schwer, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben müssen. Fast alle Unfälle sind Folge von Verhaltensfehlern beim Basteln, Reparieren und Holzzerkleinern, hieß es beim HUK-Verband. Nur 100 seien auf technische Unzulänglichkeiten von Maschinen und Werkzeug zurückzuführen. Der Hammer gilt als gefährlichstes Werkzeug. Er rangiert vor Beil und Axt (19 000 Unfälle), Kreissäge (15 000), Schraubenzieher (12 000) und Säge (11 000). Obwohl Frauen inzwischen ein Drittel der Heimwerker stellen, entfielen rund 90 Prozent der Unfälle auf Männer.

Mord am Zwillingsbruder

SAD, **Paris**

Wer seinen Zwillingsbruder tötet, begeht nicht Selbstmord, sondern Mord. Mit dieser Begründung verurteilte jetzt ein französisches Geschworenengericht den angeklagten Bruno Jolif zu 15 Jahren Gefängnis. Jolif hatte vor drei Jahren seinen Zwillingsbruder Guy erdrosselt und die Leiche verbrannt (WELT vom 25. 11.). Ein Zwillingsforscher hatte in dem Prozeß erklärt, eineiige Zwillinge seien „eine Person in zwei Körpern". Deshalb müsse man von Selbstmord sprechen.

Wasser des Po verseucht

dpa, **Rom**

Rund 70 000 Menschen in der norditalienischen Provinz Ferrara müssen aus Tankwagen mit Trinkwasser versorgt werden, weil das Leitungswasser mit dem Unkrautvernichtungsmittel Atrazin verseucht ist. Das Trinkwasser der Gemeinden wird direkt aus dem Fluß Po gepumpt und durch Filteranlagen gereinigt. Es wird vermutet, daß die ausgiebigen Regenfälle der letzten Tage große Mengen des in der Landwirtschaft eingesetzten Atrazins in den Fluß geschwemmt haben.

Zum Verwechseln ähnlich

AFP, **Paris**

Ein neues Zehn-Franc-Stück verwirrt die französische Bevölkerung: Die Münze im Wert von umgerechnet etwa drei Mark sieht den 50-Centimes-Stücken (rund 15 Pfennig) zum Verwechseln ähnlich. Finanzminister Balladour schloß eine Einziehung al-





Größenvergleich: Links die neue Zehn-Franc-Münze, rechts das alte 50-Centimes-Stück

ler neuen Zehn-Franc-Münzen entschieden aus. Nach einer Anpassungszeit würden sich die Franzosen an die Neuerung gewöhnen. Kellner, Serviererinnen und Toilettenfrauen sind schon jetzt davon angetan: Ihre Trinkgelder haben – vermutlich unbeabsichtigt – seit Umlauf der neuen Münze erheblich zugenommen.

Nach Lachsalven entlassen

dpa, **London**

Eine englische Supermarktkette hat fünf Lehrmädchen fristlos entlassen, weil sie dem guten Ruf des Unternehmens geschadet hätten. Der Grund: Die Teenager hatten bei einem Gerichtsbesuch einen Lachanfall bekommen. Anlaß der Heiterkeit war ein Junge, der im Gerichtssaal mit seinem Stuhl umgefallen war. Der Gerichtsbesuch war Teil des Ausbildungsprogramms.

Nur einspurig befahrbar

dpa, **Köln**

Autofahrer müssen sich am Samstag auf Verkehrsbehinderungen am Leverkusener Kreuz einrichten. Zwischen acht und 14 Uhr wird die A 3 Köln–Oberhausen in Fahrtrichtung Oberhausen wegen Änderungen der Beschilderung nur *einspurig* befahrbar sein.

Neue „Liebes-Brücke"

AFP, **Manama**

Das Scheichtum Bahrein im Golf ist keine Insel mehr, sondern künftig mit dem benachbarten Saudi-Arabien verbunden. Die „Jisr Al-Mahabba"-Brücke – zu deutsch „Liebesbrücke" – wurde gestern von den Monarchen beider Länder, König Fahd Ben Abdel Asis und Scheich Issa Ben Salman Al-Chalifa, offiziell eröffnet. Mit einer Länge von über 25 Kilometern ist die Brücke eine der größten der Welt.

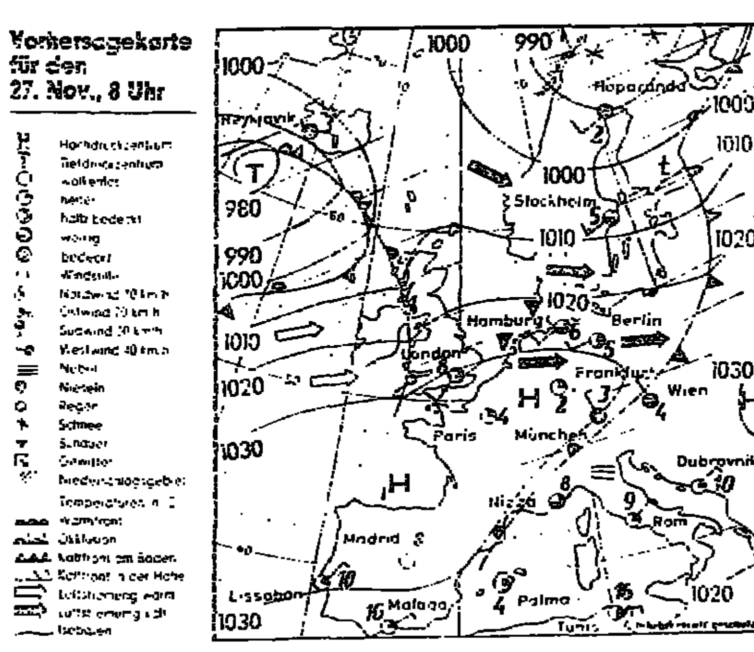
WETTER: Wolkig, aufheiternd

Lage: Die eingeflossene frische Meeresluft gerät unter Hochdruckeinfluß. Gegen Abend greift die Warmfront eines atlantischen Tiefdrucksystems auf die Nordhälfte über.

Vorhersage für Donnerstag: Im Süden örtlich Frühnebelfelder. Sonst allgemein teils heiter, teils wolkig und niederschlagsfrei. Am Nachmittag nördlich der Mittelgebirge von Westen her Bewölkungsverdichtung und zum Abend zeitweise Regen. Temperaturen zwischen 9 Grad im Norden und 5 Grad im Süden. Nachts im Norden um 4, im Süden plus 1 bis minus 4 Grad.

Weitere Aussichten: Im Norden bewölkt, aber kaum Niederschlag, im Süden heiter bis wolkig, teils neblig, wenig geänderte Temperaturen.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.00 Uhr*, Untergang: 16.20 Uhr; **Mondaufgang:** 3.29 Uhr, Untergang: 14.30 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	11	bw
Bielefeld	12	Sp
Braunlage	7	Sp
Bremen	12	Sp
Dortmund	12	bd
Dresden	12	he
Düsseldorf	11	Sp
Erfurt	10	bw
Essen	10	R
Feldberg/S.	3	he
Flensburg	10	R
Frankfurt/M.	10	bd
Freiburg	13	he
Garmisch	7	he
Greifswald	12	bw
Hamburg	12	Sp
Hannover	13	R
Kahler Asten	?	[illegible]
Kassel	10	bd
Kempten	13	he
Kiel	12	bd
Koblenz	12	bd
Köln-Bonn	12	bd
Konstanz	3	Ne
Leipzig	11	bw
List/Sylt	10	Rs
Lübeck	12	bd
Mannheim	12	he
München	14	he
Münster	11	Sp
Norderney	10	bw
Nürnberg	9	bw
Oberstdorf	10	he
Passau	4	he
Saarbrücken	10	bw
Stuttgart	11	he
Trier	9	Sp
Zugspitze	6	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	19	he
Amsterdam	11	bw
Athen	16	he
Barcelona	18	he
Belgrad	5	Ne
Bordeaux	12	he
Bozen	9	he
Brüssel	10	bw
Budapest	7	he
Bukarest	8	bd
Casablanca	21	he
Dublin	9	he
Dubrovnik	20	he
Edinburgh	7	Rs
Faro	17	he
Florenz	14	he
Genf	9	wl
Helsinki	9	bd
Hongkong	17	bw
Innsbruck	7	bw
Istanbul	10	Sp
Kairo	23	he
Klagenfurt	1	bd
Konstanza	7	bd
Kopenhagen	10	bw
Korfu	22	he
Las Palmas	21	bw
Leningrad	9	bd
Lissabon	15	he
Locarno	11	he
London	9	he
Los Angeles	17	wl
Luxemburg	6	Sp
Madrid	11	wl
Mailand	9	he
Malaga	18	he
Mallorca	19	he
Moskau	-2	Sp
Neapel	20	he
New York	7	bd
Nizza	16	he
Oslo	7	R
Ostende	10	bw
Palermo	22	he
Paris	10	he
Peking	2	bw
Prag	8	bw
Rhodos	20	he
Rom	14	he
Salzburg	3	bw
Singapur	28	bw
Split	19	he
Stockholm	11	bw
Straßburg	12	he
Tel Aviv	21	he
Tokio	14	bw
Tunis	17	bw
Valencia	16	he
Varna	9	bd
Venedig	12	he
Warschau	11	bw
Wien	5	bw
Zürich	10	wl

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall, Sa = Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

„Flüsterasphalt" vermindert Lärm

dpa, **Saarbrücken**

Der seit zwei Monaten im Saarland erprobte „Flüsterasphalt" hat zu einer deutlichen Lärmminderung auf *der Autobahn geführt. Der saarländi*sche Umweltminister Jo Leinen sagte gestern, bei Lärmpegel-Messungen auf der 1,2 Kilometer langen Versuchsstrecke der Autobahn bei Saarbrücken hätten die Rollgeräusche auf „Flüsterasphalt" bei trockener Fahrbahn im Durchschnitt um vier Dezibel niedriger gelegen. Dies bedeute eine stärkere Lärmsenkung, als sie die Halbierung des Autoverkehrs zur Folge hätte; die Hohlräume des grobporigen Spezialasphalts wirkten stark schallschluckend. Weil Regenwasser schneller von der Fahrbahn ablaufe, bestehe zudem kaum Aquaplaning-Gefahr. Vorteile werden auch für den Winter erwartet: Da sich Salz in den Hohlräumen sammele, halte die Tauwirkung länger an und es müsse weniger Salz gestreut werden.

Zuviel ist ungesund

Schweizer Studie belegt Gefahr bei übermäßigem Joggen

AP, **Bern**

Regelmäßiger Ausdauersport wie Jogging ist nur dann sinnvoll und gesund, wenn er mit Maß und Ziel betrieben wird. Wer zuviel läuft, läuft auch Gefahr, sich Defekte des Bewegungsapparates zuzuziehen. Zu diesem Schluß kam ein Team von Wissenschaftlern unter der Leitung von Bernard Marti vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern. In ihrer in der „Schweizerischen Medizinischen Wochenschrift" *veröffentlichten Studie hieß es*, daß fast jeder zweite von 4358 befragten Läufern unter Beschwerden litt, die er sich beim Joggen zugezogen hatte.

Die Teilnehmer eines Volkslaufs in Bern im Mai 1984 wurden per Fragebogen um die Wiedergabe positiver und negativer Eindrücke gebeten. 45,8 Prozent gaben an, sich während der vorangegangenen zwölf Monate beim Training verletzt zu haben. Die meisten klagten über Beinbeschwerden, viele über Rückenschmerzen. 14,2 Prozent der Befragten hatten wegen ihrer Beschwerden den Arzt auf*suchen müssen, 2,3 Prozent fehlten* längere Zeit am Arbeitsplatz.

Als Hauptübel ermittelte man übertriebenes Training. Während das wöchentliche Laufpensum jener Jogger, die Beschwerden hatten, bei durchschnittlich 26 Kilometer lag, liefen die anderen, die keine gesundheitlichen Probleme hatten, im Schnitt nur 22 Kilometer pro Woche. Alter, Trainingsterrain oder Schuhwerk haben dagegen keinen Einfluß auf die Häufigkeit von Beschwerden. Eine Empfehlung, beim Jogging nach dem Rezept „Je mehr, desto besser" zu verfahren, sei sehr fragwürdig, heißt es in der Studie. Dagegen seien eine Stunde Ausdauersport oder bis zu 15 Kilometer Dauerlauf pro Woche durchaus empfehlenswert.

Ehefrau in eine Tonne einbetoniert

dpa, **Neunkirchen**

Ein 35jähriger Mann hat seine zwei Jahre jüngere Ehefrau erschlagen, die Leiche in einer Tonne einbetoniert und im Garten vergraben. Wie die Polizei gestern mitteilte, geschah die Tat bereits am 7. August im gemeinsamen Haus der Eheleute in der saarländischen Gemeinde Merchweiler bei Neunkirchen. Der 35jährige hatte seine Ehefrau zunächst als vermißt gemeldet und wurde nach wochenlangen Ermittlungen der Polizei in dieser Woche festgenommen.

Nach anfänglichem Leugnen habe er die Tat zugegeben. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei war es am Tattag zwischen den Eheleuten zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf der Mann seine Frau mit einer Eisenstange erschlug. Am Nachmittag meldete der Mann, seine Frau habe das Haus ohne ersichtlichen Grund verlassen, während er im Garten arbeitete.

Geld und Zeitgeist: Für Junge ist Sparen Sport

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Am Thema Geld, so scheint es, scheiden sich die Geister und die Ge*nerationen. Die 60jährigen halten die* 30jährigen für Verschwender. Umgekehrt erscheinen die Älteren in den Augen der Jüngeren oft als Geizhälse. Aber beides stimmt gar nicht, wie eine neue Untersuchung zeigt. Der tatsächliche Unterschied: Die Jüngeren gehen mit Geld zwar leichter um – aber auch geschickter.

Das Frankfurter Psydata-Institut untersuchte *im Auftrag der Deut*schen Kapitalanlagegesellschaft (Deka) an zwei repräsentativen Bevölkerungsgruppen (58 bis 62 Jahre beziehungsweise 28 bis 32 Jahre), welche Bedeutung Geld, Geldausgeben, Sparen, Kapitalanlage und Besitz in ihrem Leben spielen.

Es verglich dabei das Verhalten der heute 30jährigen vor allem damit, was *die heute 60jährigen gedacht und ge*tan haben, als sie selbst noch jung waren. Dreißig Jahre Zeitgeistwandel werden deutlich – am Beispiel Geld. Befragt man die Alten über die Jungen und umgekehrt, werden die üblichen Vorurteile sichtbar. 29 Prozent der 60jährigen sagen, die 30jährigen seien im Geldausgeben „zu locker und spontan". 18 Prozent nennen das Stichwort „überflüssige Dinge", 13 Prozent „schnell Schulden machen". *Die Retourkutsche: 40 Prozent der* 30jährigen meinen, die 60jährigen seien „zu sparsam", 31 Prozent kritisieren, sie „gönnen sich zu wenig oder haben nichts von ihrem Geld".

Aber trifft das zu? 92 Prozent der Jüngeren haben ein Sparbuch oder schon eins gehabt (von den Älteren hatten dies mit 32 Jahren nur 82 Prozent), ein Girokonto unterhalten so*gar 95 Prozent (45), einen Bausparver*trag 54 Prozent (19), eine Lebensversicherung 63 Prozent (28), einen Prämiensparvertrag 60 Prozent (5), eine Festgeldanlage 28 Prozent (4). Das hängt natürlich mit der gegenüber den 50er Jahren gewaltig verbesserten wirtschaftlichen Gesamtlage zusammen. Aber es widerlegt auch die Mär von den „Hans-guck-in-die-Lufts", *die angeblich nur in den Tag* hineinleben.

Bekräftigt wird dies durch die Antworten auf die Frage, was man mit einem Lottogewinn von 100 000 Mark machen würde. Hier gilt für beide Gruppen die heutige Situation. 44 Prozent der Jüngeren (Ältere: 46) würden das Geld festlegen oder sparen. 24 Prozent (12) nennen „eigenes Haus, Eigentumswohnung", 18 Prozent (9) „Schulden tilgen". Nur 11 *Prozent der Jüngeren (Ältere: 5) wol*len den Gewinn „ausgeben, verprassen", 20 Prozent (11) ein neues Auto anschaffen, 10 Prozent (7) „mit Aktien spekulieren".

Aber wenn für die Älteren das Sparen eher mit Vorsorge, mit dem Gedanken an vielleicht kommende schlechte Zeiten verbunden ist, scheint es für die Jüngeren mehr eine *Art Sport zu sein. Man höre und stau*ne: 14 Prozent der 28- bis 30jährigen haben bereits Aktien besessen (dagegen nur 4 Prozent der Älteren vor 30 Jahren). Bei Gold beziehungsweise Münzen sind es 12 Prozent (5), bei festverzinslichen Papieren 18 Prozent (3), bei Kreditaufnahme allgemein 58 Prozent (27), eine Euroscheckkarte besitzen 75 Prozent (vor 30 Jahren gab es sie noch nicht).

Interessanterweise steht dieses eher „sportliche" Verhältnis zum Geld in keinem direkten Zusammenhang damit, ob der einzelne als Kind viel oder wenig Taschengeld bekommen hat. Dabei haben sich die Verhältnisse gerade hier stark geändert. 26,6 Prozent der Jüngeren (67,6 der Älteren) sagen, sie hätten selbst mit 15 Jahren von den Eltern noch keinen Pfennig Taschengeld erhalten. Das *durchschnittliche monatliche* Taschengeld bei den übrigen 15jährigen jedoch stieg innerhalb von 30 Jahren von 9 auf sage und schreibe 29,50 Mark. Dennoch scheint sich dieser Unterschied weder auf die Sparsamkeit noch auf das Finanzgeschick oder das später erzielte Einkommen auszuwirken.

Selbst in der Einstellung zu bestimmten gängigen Redensarten über Geld (von „Geld regiert die Welt" bis zu „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not") unterscheiden sich die beiden Altersgruppen weniger voneinander, als man annehmen könnte. Immerhin meinen noch 51 Prozent der Jüngeren (80 bei den Älteren), daß man nur dann etwas kaufen solle, wenn man das Geld dafür gespart hat.

Der deutlichste Generationsunterschied wird beim Satz sichtbar: „Ab und zu macht es mir Spaß, auch völlig unsinnige Dinge zu kaufen". Das kreuzen 54 Prozent der Jungen, aber nur 24 Prozent der Älteren an. Aber das wissen die Werbeagenturen sowieso schon längst.

ZU GUTER LETZT

Binnen weniger Tage schnappte die Polizei in Tennessee 40 Wilddiebe in flagranti, als diese von einer Bundesstraße aus ganze Salven auf ein Reh am Waldrand abfeuerten. Die Wilderer waren offenbar neu im Geschäft: Keiner bemerkte, daß es sich bei dem Tier um eine von der Polizei aufgestellte Attrappe handelte.